Deutschland und der Korridor

Hg. von Friedrich Heiß
in Zusammenarbeit mit Günter Lohse und Waldemar Wucher.

Volk und Reich Verlag Berlin, ©1939.
Diese digitalisierte Version © 2005 by **The Scriptorium**.
Alle Illustrationen stammen aus dem Original.
Druckversion 2016 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Inhalt:

Widmung
Zur Einführung

A. Von den Grundlagen

- **1. Der ostmitteleuropäische Raum** - Universitätsprofessor Dr. Nikolaus Creutzburg
- **2. Volkstum und völkische Leistung im Weichselland** - Universitätsprofessor Dr. Erich Keyser
- **3. Das politische Schicksal des Weichsellandes** - Universitätsprofessor Dr. Erich Maschke

B. Die Zerstörung des Ostraumes durch den Korridor

- **1. Wie die Ostgebiete des Reiches verlorengingen** - Dr. Karl C. von Loesch
  - **a. Die Zerschlagung Ostdeutschlands**
  - **b. Die ohne Volksabstimmung Polen übereigneten Gebiete**
  - **c. Der Aufstand in Südposen**
  - **d. Das Diplomatenspiel um den "Zugang zum Meere"**
  - **e. Die Abtretung**
  - **f. Die Abstimmungsgebiete im Nordosten**
  - **g. Das Abstimmungsgebiet im Süden**
  - **h. Sonstige zugunsten Polens vom Reiche abgetrennte Gebiete**
  - **i. Schlußbetrachtung**
  - **j. Anhang**

- **2. Die ostdeutsche Wirtschaftslandschaft und ihre Zerstörung durch das Diktat von Versailles** - Universitätsprofessor Dr. Walter Geisler
  - **a. Die Raumbegriffe Deutscher Osten und Ostmark**
  - **b. Die Herausbildung des einheitlichen Wirtschaftsraumes im deutschen Nordosten**
  - **c. Das Wesen der Wirtschaftslandschaft**
  - **d. Die Zerstörung des einheitlichen Wirtschaftsraumes**

- **3. Danzigs Schicksal seit Versailles** - Dr. Karl Hans Fuchs, Pressechef des Senats der Freien Stadt Danzig
  - **a. Die "Freie Stadt" von 1920 bis 1933**
  - **b. Danzig unter dem Nationalsozialismus - Die Abrechnung mit dem Völkerbund - Die Ära der Verständigung mit Polen**
  - **c. Der letzte Abschnitt hat begonnen!**

4. Die reichsdeutschen Randgebiete - Dr. Heinz Rogmann

5. Der Deutschtumskampf in Westpolen - Hans Schadewaldt

6. Der deutsche Durchgangsverkehr durch den Korridor - Dr. Herbert Franze

C. Der Widersinn der polnischen These

1. Danzig und Gdingen - Oberregierungsrat Dr. Kurt Peiser

2. Das Korridorproblem in der internationalen Diskussion
- Staatsarchivrat Dr. Ulrich Wendland
- a. Der Korridor - schon als auftauchender Gedanke ein Ärgernis
- b. Männer von Versailles über den Korridor
- c. Die internationale Diskussion 1925-1933
  - i. Kurze Geschichte
  - ii. Kurze Charakteristik der Diskussion
  - iii. Die schriftlich niedergelegten Zeugnisse
    - Frankreich
    - England
    - Italien
    - Verschiedene
    - Amerika
- d. Nachlese und Schluß

D. Deutschland und Polen

1. Die polnische Absage: Die Aera vergeblicher deutscher Verständigungsbemühungen
- F. W. von Oertzen

E. Bild- und Kartennachweis

F. Anhang (hier vom Scriptorium beigefügt - im Original dieses Buches nicht vorhanden):

Die kirchliche Lage in Polen - Hans Schadewaldt



Widmung

Seit die Welfen, **die deutsche Hanse** und der Deutsche Orden vor 700 Jahren den ersten Weg nach dem Osten bahnten, haben Millionen deutscher Menschen sich diesem Werke hingegeben. Aus Kraft und Glauben, Not und Blut erneuerte sich immer wieder der innere und äußere Bestand Ostdeutschlands.

Im Bewußtsein dieser Leistung widmen wir dieses Buch dem Heer der Toten, die für das deutsche Schicksal im Osten fielen, dem Glauben der Vertriebenen an die Heimat, den Deutschen, die in Bedrängnis und Unterdrückung ausharren, den Kämpfern für die künftige Freiheit Ostdeutschlands.



Zur Einführung

Von allen Bestimmungen des **Versailler Diktats** ist die Schaffung des Korridors **in der Weltöffentlichkeit stets als eine untragbare und daher den Frieden gefährdende Entscheidung angesehen worden. Aus dieser im Auslande sich ständig verbreiternden Erkenntnis** hat sich seit 1919 über die Frage, was das an Deutschland begangene Unrecht wiedergutgemacht werden könnte, eine lebhafte internationale Diskussion angebahnt, in deren Verlauf sich zahlreiche führende englische, französische und amerikanische Schriftsteller und Staatsmänner für die Beseitigung dieses Unrechts einsetzten. Man wußte, daß im deutschen Volke die Empörung über diesen Willkürakt der Westmächte stets lebendig bleiben werde, und daß die Korridorfrage in irgend einer Weise geregelt werden müsse, wenn es zu einem Ausgleich zwischen dem Deutschen Reich und Polen kommen solle.

In dem Wunsche, dieses Problem von sich aus im Wege gegenseitiger Verständigung zu lösen, hat Deutschland im Januar 1934 mit Polen den Zehnjahrespakt geschlossen. Es schien damals, als wäre Polen bereit, mit Deutschland im versöhnlichen Geiste die zwischen den beiden Ländern noch offenen Fragen zu diskutieren und einer friedlichen Regelung entgegenzuführen. Um den Reifeprozeß des begonnenen Verständigungswerkes nicht zu stören, übte die deutsche Publizistik und Wissenschaft in der Behandlung dieser Fragen weitgehende Zurückhaltung. Die deutschen Veröffentlichungen aus der Zeit von 1934 bis 1939 sind Beweis dafür, daß man deutscherseits unter Hintanstellung wichtiger Belange ehrlich bemüht war, die deutsch-polnischen Beziehungen zu entspannen, ein Streben, das allerdings in Anbetracht der fortdauernden feindseligen Haltung Polens auf die härteste Probe gestellt war und geradezu an Selbstverleugnung grenzte.

Die Ereignisse des Frühjahrs 1939 schufen wie auf politischem so auch auf publizistischem Gebiet eine neue Lage. Hatte Polen im Widerspruch zum Presseprotokoll schon während der Geltungsdauer des deutsch-polnischen Abkommens durch zahlreiche pseudo-wissenschaftliche und propagandistische Veröffentlichungen die polnische und die europäische Öffentlichkeit in den Fragen Danzigs und des Korridors in tendenziösem Sinne zu beeinflussen versucht, so eröffnete es nach Absage an die Verständigungspolitik des verstorbenen Marschalls Pilsudski eine wilde anti-deutsche Kampagne, die im Verein mit **brutalen Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe in Polen** und mit kriegerischen Vorbereitungen Osteuropa über Nacht wieder zum Gefahrenherd für den europäischen Frieden werden ließ.

Die *Politischen Monatshefte "Volk und Reich"* haben Jahre hindurch das Problem der deutschen Ostgrenze systematisch und zusammenhängend bearbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit ist in dem Ende 1932 im Volk und Reich Verlag erschienenen Buch *"Deutschland und der Korridor"* zu einem wissenschaftlich-publizistischen Standardwerk zusammengefaßt worden.

Aufgabe des vorliegenden Buches, das gegenüber der Ausgabe vom Jahre 1932 völlig neu bearbeitet wurde, ist zu beweisen, welcher politischer und wirtschaftlicher Irrtum mit der Zerreißung des deutschen Ostens begangen wurde, und zu warnen vor den Weiterungen einer Fehlpolitik, die wider alle menschliche Vernunft einen Mißgriff der Gewalt bedeutet. Deutschland hat das Recht auf seiner Seite, das Recht der **Geschichte und der völkischen Leistung**, das Recht eines großen Volkes auf seinen von ihm in Generationen erschlossenen Lebensraum. Mit echter politischer Leidenschaft, mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und mit dem festen Willen, für den Kampf um eine endgültige und dauerhafte Lösung eine wirksame publizistische Waffe zu schaffen, gingen alle Mitarbeiter ans Werk. Ihnen sei für ihre Bereitschaft auch an dieser Stelle herzlich gedankt.



Der ostmitteleuropäische Raum
Nikolaus Creutzburg

Der östliche Teil des mitteleuropäischen Raumes wird in seiner ganzen Ausdehnung von der **Weichsel** durchströmt. Aber die Weichsel vermag nicht aus dem von ihr durchflossenen Gebiet eine räumliche Einheit zu gestalten, denn für die Gliederung des Raumes ist sie nur von untergeordneter Bedeutung. Die Gliederung des Raumes ist vielmehr, wie in ganz Mitteleuropa, auch hier bestimmt durch das Vorhandensein von annähernd breitenparallel, also West-Ost verlaufenden Zonen. Diese Zonen sind, in der Aufeinanderfolge von Süden nach Norden: die Hochgebirgszone, die Mittelgebirgszone, die Tieflandzone. Ganz anders der osteuropäische Raum, der, in seiner ganzen Ausdehnung Tiefland mit nur geringen Höhenunterschieden, keinerlei Zonengliederung unterworfen ist.

Wenn der Osten Mitteleuropas ein Übergangsgebiet nach dem weiten Osten Europas darstellt, ein Übergangsgebiet mit unscharfen und fließenden Grenzen, so kommt das auch in dem Verhalten der oben erwähnten Zonen zum Ausdruck. Die drei Zonen Mitteleuropas setzen sich zwar weit nach Osten hin fort, aber sie erscheinen zum Teil abgeschwächt, zum Teil verstärkt - sie ändern jedenfalls bis zu gewissem Grade ihren Charakter. Abgeschwächt ist die Hochgebirgszone, die hier, im westlichen Karpatenbereich, gegenüber den Alpen um rund 200 bis 250 Kilometer nach Norden verschoben ist. Abgeschwächt ist auch die Mittelgebirgszone, die in Mitteleuropa infolge ihrer breiten Entwicklung, vermöge der ihr eigenen Kleingliederung und Kammerung den Charakter des Raumes in erster Linie bestimmt. Schon zwischen Oder und Weichsel schrumpft die Mittelgebirgszone zu einem nicht sehr bedeutenden, viel schmaleren und niedrigeren Rest zusammen. Östlich der Weichsel setzt, in unmittelbarer Fortsetzung der Mittelgebirgszone, eine verhältnismäßig breite, gleichfalls West-Ost sich erstreckende Zone von Hügelländern und mäßig hohen Plateaus ein (Lubliner Hügelland und Podolische Platte), die, obwohl geologisch anders gebaut, doch in bezug auf die Reliefgliederung die Rolle der Mittelgebirgsschwelle als einer Vorstufe zum Hochgebirge noch eine gute Strecke nach Osten weiterführt, um sich dann allmählich zu verlieren.

Ostritzsee in der "Kaschubischen Schweiz".

Auch durch Ostmitteleuropa zieht sich also, in ähnlicher Weise wie durch das übrige Mitteleuropa, eine Strecke



Im Hügelland südlich der Ostseeküste.

weit nördlich des Randes der Hochgebirgszone, eine zweite, West-Ost verlaufende Randlinie. Wenn diese Randlinie auch weniger deutlich, weniger gebuchtet ist als der nördliche Rand der deutschen Mittelgebirgsschwelle (obwohl jede Höhenschichtenkarte sie als Grenze der 200-Meter-Zone deutlich hervortreten läßt), so ist sie doch als Scheidelinie, als natürliche Zonengrenze wie als Landschaftsgrenze nicht weniger von entscheidender Bedeutung. Man könnte sie, ähnlich wie den Rand der deutschen Mittelgebirgsschwelle, eine binnenländische Wiederholung der Küstenlinie nennen.

Der Landschaftsaufbau der Küstenzone



[Vergrößern]

Sind sowohl Hochgebirgszone als auch die als Vorstufe bezeichnete Mittelgebirgs- beziehungsweise Plateauzone im ostmitteleuropäischen Raum wesentlich schmaler und unansehnlicher als weiter im Westen, so gewinnt umgekehrt die Tieflandzone vom Weichselgebiet an eine immer größere Ausdehnung. Schmal im Westen, erweitert sie sich nach Osten zu, einem Trichter ähnlich, immer mehr, um schließlich in die weiträumigen Tieflandschaften Osteuropas überzuleiten. Man könnte das Mittelgebirgsland die west- beziehungsweise mitteleuropäische, das Tiefland die osteuropäische Landform nennen. In Mitteleuropa herrscht das Mittelgebirgsland vor, es ist das diesem Raum eigentümliche Landschaftselement - in Osteuropa herrscht fast ausschließlich der Tieflandcharakter. Aber diese beiden Formenelemente, die - abgesehen vom Hochgebirge - die Grundelemente der Landschaftsgestaltung des europäischen Festlandsrumpfes sind, durchkreuzen sich. Die Mittelgebirgsschwelle endet in einem - schmalen - Ausläufer bis nach Podolien, und umgekehrt entsendet das weite, ungegliederte osteuropäische Tiefland nördlich davon einen zur Zone gewordenen, stetig sich verschmälernden Ausläufer bis an die Nordsee - eben das Norddeutsche Tiefland. Ostmitteleuropa ist ausgesprochenes Übergangsgebiet, Begegnungsgebiet der beiden Zonen, es hat Anteil an beiden. Freilich sind die beiden Zonen hier einander nicht völlig gleichwertig. Den Charakter des nördlich der Karpathen gelegenen, ostmitteleuropäischen Raumes wird zweifellos stärker durch das Tiefland bestimmt als durch die Mittelgebirgs- beziehungsweise Plateauzone.



Im ostdeutschen Tiefland.

Die Reliefgliederung des Weichsellandes



Tiefland
Diluviale Höhenrücken stärkeren Reliefs
Hochflächen und Platten, teilweise von Mittelgebirgscharakter
Karpathen (Hochgebirge)
Beckenlandschaften
Sanftwelliges Hügelland von Mittelgebirgscharakter
Diluviale Landrücken geringen Reliefs
Mittelgebirge stärkeren Reliefs
Karpathen-Vorzone
Grenze des Weichsel-Einzugsgebietes

Aber auch die Tieflandzone dacht sich hier keineswegs, wie etwa im nördlichen Rußland, gleichsinnig zum Meere ab, sondern sie ist im mitteleuropäischen wie im osteuropäischen Raum in Gürtel gegliedert, die wiederum West-Ost verlaufen. Nördlich der erwähnten Randlinie

der Mittelgebirgsschwelle folgt zunächst ein breiter "Gürtel der größten Eintiefungen" (von den Polen der "Gürtel der größten Täler" genannt), und daran schließt sich, diesen Tiefengürtel gegen das Meer abriegelnd, ein im großen und ganzen West-Ost gerichteter, im einzelnen schwach bogenförmig geschwungener Höhengürtel, der "Baltische Höhenrücken". Westlich der Weichsel ist er sehr deutlich als "Pommerscher Höhenrücken", ebenso als "Preußischer Höhenrücken" zwischen Weichsel- und Memelstrom - östlich der Memel, beim Betreten des osteuropäischen Raumes, verliert er bezeichnenderweise sehr rasch an Deutlichkeit.

Der ausschlaggebende Grundzug in der Gliederung des Raumes ist also der einer ausgesprochenen Zonengliederung in breitenparalleler Richtung. Diese Zonenanordnung wird aber von den großen Strömen, die samt und sonders eine südnördliche Laufrichtung besitzen, durchbrochen. Ost-West gerichtete Zonen kreuzen sich also mit Süd-Nord verlaufenden Flüssen. Diese Tatsache ist von außerordentlicher Wichtigkeit; sie führt dazu, daß für die **Gliederung** des gesamten mitteleuropäischen Raumes die großen Flüsse höchstens in zweiter Linie in Betracht kommen können. Denn die Zonengliederung stellt ganz klare, unzerreißbare Zusammenhänge in der West-Ostrichtung her, Zusammenhänge, die durch die Einschaltung der quer dazu verlaufenden Flüsse in keiner Weise aufgehoben werden. Ganz anders liegen die Dinge in Osteuropa. Hier entsprechen den Flußgebieten meistens große Becken (Wolgabecken, Dnjeprbecken, Pripetbecken); hier folgt die Richtung der Flüsse keinem allgemeinen, einheitlichen Abdachungsgesetz - hier ist vielmehr unregelmäßige Ausbildung, radiale Anordnung der Neben- beziehungsweise Quellflüsse (Dnjepr, Pripet) die Regel. Hier bestimmen tatsächlich die Flüsse die Gliederung des Raumes, hier verbinden sie die ungeheuren Räume ihrer Einzugsgebiete zu räumlichen Einheiten, zu wirklichen Flußräumen.

Die Weichsel ist in keiner Weise ein Strom Osteuropas, sondern sie gehört zusammen mit Oder, Elbe, Weser und Rhein zu der großen "Fünfstromreihe" Mitteleuropas. Diesen Flüssen sind kennzeichnende Eigenschaften gemein. Es sind, im großen betrachtet, quer verlaufende Durchbruchsströme, die teilweise - wie die Weichsel - im Hochgebirge wurzelnd einen Teil ihres Laufes im Mittelgebirgsland zurücklegen, die Mittelgebirgsschwelle in der Süd-Nordrichtung überwinden und dann den Tieflandgürtel zum Meere hin durchmessen. Freilich ist die Allgemeinrichtung der fünf Ströme nicht eine rein nördliche, sie ist vielmehr im großen und ganzen nach Nordwesten gerichtet. Das ist das Erbe einer langen, widerstreitenden Entwicklung. Die Nordwestrichtung ergibt sich gewissermaßen als das Ergebnis von Kräften, deren eine Komponente die Flüsse - unter dem Zwang der Verhältnisse während des Eisrückzuges im Norddeutschen Tiefland - nach Westen hin abzuführen bestrebt war, deren andere Komponente nach dem endgültigen Eisrückgang der natürlichen, nach Norden gerichteten Abdachung des Landes Rechnung zu tragen versuchte.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich eine wichtige, allen fünf Flüssen gemeinsame Eigenschaft: die Zusammensetzung, Zusammenstücklung des Flußlaufes aus mehreren Laufstrecken verschiedener Entstehung und verschiedenen Charakters. Die "Durchbruchstendenz" nach der allgemeinen Abdachsrichtung, nach Norden hin ist keineswegs allgemein, sondern sie wird ständig gekreuzt von West-Ost- beziehungsweise Ost-West-Tendenzen. Das kommt bereits im unmittelbaren Vorland der Hochgebirgszone zum Ausdruck. Nördlich der Karpaten schließt sich - ebenso wie nördlich der Alpen - die Mittelgebirgszone nicht unmittelbar an die Hochgebirgszone an, sondern es schaltet sich zwischen die beiden Zonen eine Vorlandzone ein, das Karpatenvorland. Hier besteht selbstverständlich das Bestreben zur Entwicklung von breitenparallel verlaufenden Flüssen oder Flußabschnitten. Da aber die Mittelgebirgszone hier verhältnismäßig schmal und niedrig ist und da sie dort, wo polnisches Mittelgebirge und Lubliner Plateau aneinandergrenzen, eine starke Einschnürung erfährt, so war hier ein Durchbruch nach Norden leicht möglich.

In der Tieflandzone endlich besteht infolge des Vorhandenseins von zahlreichen, fast durchweg

West-Ost gerichteten breiten und flachen Talfurchen, den sogenannten Urstromtälern, gleichfalls die Neigung zur Einschaltung von breitenparallel verlaufenden Flußabschnitten. Die Weichsel fließt ja, ebenso wie Oder und Elbe, keineswegs auf geradem und kürzestem Wege dem Meere zu, sondern ihr heutiger Lauf im Tieflandteil, wie auch der Lauf vieler ihrer Nebenflüsse, ist zusammengesetzt aus alten Urstromtalstrecken und aus jüngeren, die verschiedenen Urstromtalstrecken verbindenden, süd-nördlichen Durchbruchsstrecken. Eine solche Durchbruchsstrecke ist für die Weichsel auch erforderlich, um die letzte der west-ostverlaufenden Zonen, die des Baltischen Höhenrückens, zu überwinden. Für die Laufrichtung von Weichsel, Oder und Elbe sind unvermittelte Knickungen, rechtwinklige Abbiegungen charakteristisch. Die Weichsel besitzt damit einen "mitteleuropäischen" Flußcharakter, der grundsätzlich verschieden ist von dem "osteuropäischen" Flußcharakter, wie ihn bereits der nahe benachbarte Pripet in klarer Ausbildung zeigt. Die Weichsel ist ein unregelmäßig aus verschiedenen Abschnitten "zusammengesetzter" Fluß, der Pripet dagegen ist die regelmäßige, zentrale, einheitlich entstandene Entwässerungsader einer weiten Tieflandmulde.

Das Einzugsgebiet der Weichsel hat seine Grenzen, vor allem im nördlichen Teil, durch geologische Zufallsereignisse erhalten. Die Grenzen des Einzugsgebietes liegen nicht da, wo sie nach dem inneren Bau und dem Relief des Landes liegen sollten, sondern sie sind vielfach verschoben. Infolgedessen sind die einzelnen Teile des Weichseleinzugsgebietes in ihren Beziehungen zum Hauptstrom nicht gleichwertig.

Von einem einheitlichen "Weichselraum" kann schon deswegen nicht die Rede sein, weil die Weichsel die natürliche, west-ostverlaufende Zonengliederung, die in allererster Linie für die Gliederung des ostmitteleuropäischen Raumes maßgebend ist, durchbricht. Die Verhältnisse lägen ganz anders, viel einfacher, wenn an Stelle der Gliederung in breitenparallel verlaufende Reliefzonen eine Meridionalgliederung bestünde. Dann würden Flußgebiet und Naturraum einigermaßen zusammenfallen.

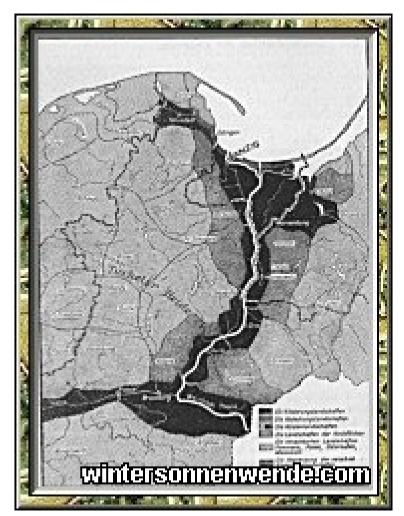
So erscheint es aber schon deshalb als abwegig, etwa das Einzugsgebiet der Weichsel als "Weichselraum" zu bezeichnen und diesen Flußraum zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Raumgliederung zu machen, weil die Wasserscheide im Osten weit über die ihr durch das Relief des Landes vorgeschriebenen Grenzen (die etwa den flachen Landrücken beziehungsweise Platten entsprechen, die die Umwallung des Pripetbeckens bilden) hinausgreift, im Westen dagegen hinter diesen Grenzen zurückbleibt. Bug- und oberes Narewgebiet sind, von der Weichsel im Verlauf einer langen und komplizierten Entwicklung "erobert", wohl äußerlich zum Einzugsgebiet der Weichsel geworden - nach dem inneren Wesen des Landes gehören sie aber vielmehr zu den Landschaften des **Ostens**, zur westlichen Polesie beziehungsweise zu Podlachien. Andererseits steht das Gebiet der oberen Warthe der Weichsel, obwohl es nicht zu ihrem Stromgebiet gehört, im Grunde näher als die östlichen Landschaften um den mittleren und oberen Bug und um den oberen Narew.

Die Weichsel gewinnt eine klare und eindeutige Beziehung zu demjenigen Teil des ostmitteleuropäischen Raumes, den sie mit ihrem großen, nach Western geöffneten Bogen umfaßt und umgreift. Sie fügt dieses von ihr auf drei Seiten eingeschlossene Land, obwohl es ziemlich verschiedenartige Landschaftsbestandteile enthält, zu einer gewissen räumlichen - wenn auch nicht landschaftlichen - Einheit, zu einer Art großer Halbinsel zusammen. Sie verleiht diesem Raum gewissermaßen den Blick nach Westen, sie bringt ihn dem Westen näher, sie schließt ihn aber gleichzeitig zu einem gewissen Grade gegen Osten ab. Sie gibt dem Gebiet des Weichselbogens den Charakter, wenn auch die Nebenflüsse, die sie aus diesem Raum erhält, viel unbedeutender sind als die von Osten kommenden und wenn auch der breite westliche Teil des Weichselbogenraumes - das Gebiet der oberen Warthe - überhaupt nicht mehr Einzugsgebiet der Weichsel ist.

Der Raum des Weichselbogens wird durch den ungefähr breitenparallel verlaufenden Rand der Mittelgebirgsschwelle in zwei etwa gleich große Abschnitte geteilt: einen südlichen, von höher

gelegenen Flächen und von Mittelgebirge erfüllten Anteil und einen nördlichen Tiefland- anteil. Die Grenze zwischen diesen beiden Zonen ist keineswegs scharf und linienhaft - so wie vielfach im Bereich der deutschen Mittelgebirgsschwelle - sondern der Übergang vollzieht sich ganz allmählich. Trotzdem ist diese Grenzzone sowohl als Landschafts- wie als Kulturgrenze von außerordentlicher Bedeutung.

Die Landschaften des unteren Weichseltales



[Vergrößern]

Der südliche Teil des Weichselbogenraumes gehört zu der historischen Landschaft Kleinpolen (die außerdem noch den westlichen Teil des Karpatenvorlandes, also Westgalizien, umfaßt) und kann zusammenfassend als "kleinpolnisches Hügelland" bezeichnet werden. Wirkliches Mittelgebirge ist darin auf einen ziemlich kleinen Raum beschränkt, auf das Gebiet der etwas über 600 Meter sich erhebenden Cysogóry. Der Charakter ist anders als der der deutschen Mittelgebirge. Es handelt sich um mehrere, parallel verlaufende, langgestreckte, aber vielfach unterbrochene Bergrücken, die teils kahl, teils von urtümlichem Wald bedeckt sind und durch breite, zum Teil von Löß erfüllte Mulden voneinander getrennt werden. Im Nordosten wie im Nordwesten verlieren sich diese, aus gefalteten paläozoischen Gesteinen bestehenden Bergrücken allmählich in sanftwellige, weite Ebenen im Bereich von Kreideschichten. Noch weiter nach Südwesten steigt das Land wieder etwas an, und es entwickeln sich, im sogenannten "Polnischen Jura", Landschaftsbilder, die etwa der Fränkischen Albhochfläche mit ihren tief eingeschnittenen Tälern und ihren bizarren, hellweißen Kalkfelsen ähnlich sind. Je weiter nach Süden, desto mächtiger wird die Lößdecke, die die Landformen einhüllt.

Die Weichsel bildet hier im Süden wie auch im Osten eine scharfe Landschaftsgrenze, sie scheidet das "Kleinpolnische Hügelland" scharf vom Karpatenvorland, vor allem von dem tiefgelegenen, dreieckigen Senkungsfeld der Weichsel-San-Ebene. Südlich davon erheben sich die zunächst noch sanften, dann stufenförmig ansteigenden Hügel des Beskidenvorlandes, die in die Beskiden und schließlich ins Hochgebirge überleiten. Auch das östlich des Weichseldurchbruches gelegene Lubliner Hügelland besitzt, obwohl es annähernd die gleichen Höhen aufweist wie das Kleinpolnische Hügelland und obwohl es die Rolle der Mittelgebirgsschwelle nach Osten weiterführt, anderen Bau und anderen landschaftlichen Charakter. Es ist eine weithin von Löß überdeckte, vielfach kahle Hochfläche, die aus flachlagernden Kreideschichten besteht, allerdings - vor allem an den Rändern - stark zerschnitten ist.

Viel weniger stark als im Süden tritt die eingrenzende und abschließende Bedeutung der Weichsel im Norden, im Bereich des aus glazialen Aufschüttungen bestehenden Tieflandes in die Erscheinung. Während die Landschaften der sanftwelligen Hochebenen, Hügelländer und Mittelgebirge den südlichen Teil des Weichselbogens gerade vollkommen ausfüllen, herrscht im Norden beiderseits der Weichsel der gleiche oder wenigstens ein sehr ähnlicher Landschaftscharakter, der eines ziemlich einförmigen Tieflandes, das aus niedrigen, von beckenartigen Weitungen und von breiten, sandigen Urstromtälern unterbrochenen Diluvialplatten besteht. Grundmoräne - vielfach lehmig - bildet das Material dieser Diluvialplatten. Endmoränenhügel sind den Platten zwar stellenweise auch aufgesetzt, aber sie sind meist undeutlich und treten nur wenig in die Erscheinung.

Die Weichsel schneidet hier also aus einer im wesentlichen gleichartigen Landschaft äußerlich einen Teil heraus. Aber sie bestimmt auch bis zu gewissem Grade den Charakter des Raumes um den unteren Bug, den unteren Narew, um die Wkra und Skrwa. Die historische Landschaft Masowien, die im Norden bis an die Südabdachung des Preußischen Höhenrückens und im Süden

bis an den Rand der Mittelgebirgsschwelle heranreicht, wird von der Weichsel in zwei Teile geteilt: das nördliche, höhere Masowien und das südliche, niedere Masowien.

Der Raum des Weichselbogens - einschließlich Hochmasowiens, einschließlich auch des im Westen an Masowien angrenzenden Kujawien - erscheint als das Kerngebiet des ostmitteleuropäischen Raumes. Es ist gleichzeitig das Kerngebiet des polnischen Volkstums und auch des polnischen Staates. Man kann nicht oft genug und nicht scharf genug betonen, daß dieser Raum ein Übergangsgebiet mit fließenden Grenzen ist, ein Raum, der, als Lebensraum für ein Volk betrachtet, einer starken Eigenprägung, einer ausgesprochenen Individualität entbehrt. Dieses Gebiet ist dem Meere abgekehrt. Es ist in breiter Front dem Westen geöffnet und daher auf den Westen hingewiesen. Tausende von Fäden verknüpfen es seit dem Beginn des historischen Geschehens mit dem Westen, mit dem deutschen Mitteleuropa. Der breite Wall des Baltischen Höhenrückens verschließt ihm den Norden, und der Durchbruch der Weichsel durch den Höhenrücken stellt wohl eine Verkehrsverbindung nach dem Meere hin dar und beansprucht den Rang einer wichtigen, Süd-Nord verlaufenden Leitlinie - aber er vermag die Tatsache der Meeresabgekehrtheit des ganzen Raumes damit nicht aufzuheben.

Über den podlachischen Landrücken, zwischen Weichsel und Bug, zieht die große europäische Landschaftsscheide. Östlich davon liegt das streng kontinentale Osteuropa. Wenn das Flußgebiet der Weichsel auch fast ganz Podlachien - das Land um den mittleren und oberen Narew und südlich davon - umfaßt und sich bis in die westlichsten Teile der Landschaften Polesien, Wolhynien und Podolien hinein erstreckt, so besitzen diese östlichen Landschaften doch nur sehr wenig innere Beziehung zur Weichsel. Podlachien ist ein erst ziemlich spät besiedeltes und nur unvollkommen gerodetes Übergangsgebiet, ein völkischer Grenzraum. Polesien - das Land des Pripetbeckens und der unendlichen Wald-Sumpfeinöden -, Wolhynien - die breite, großenteils fruchtbare nördliche Abdachung der podolischen Platte - und Podolien sind ausgesprochen osteuropäische, nicht mehr polnisch besiedelte Landschaften. Ihre Blickrichtung geht nach Osten, sie finden ihre landschaftliche Fortsetzung im Osten, in Richtung auf den Dnjepr hin. Sie kehren dem Raum des Weichselbogens den Rücken. Sie sind das Vorland des Weichselbogenraumes gegen die Unendlichkeit der osteuropäischen Weiten.

Umgekehrt darf der Weichselbogenraum zwar als eine Art Vorhof Osteuropas betrachtet werden. Das kontinentale Klima wird hier, wenn auch in etwas abgemildertem Maße, noch einmal weit nach Westen getragen, und nicht nur der Lage sondern auch dem landschaftlichen Charakter nach ist hier das eigentliche Ostmitteleuropa. Im Norden dagegen, in der küstennahen Zone, greifen maritimes Klima und einwandfrei mitteleuropäischer Landschaftscharakter bis weit in den Nordosten Europas.



Das Netzegebiet.
[Vergrößern]

Der Baltische Höhenrücken besitzt eine außerordentlich starke landschaftsscheidende, abschließende Wirkung. Alles, was auf diesem Höhenrücken und nördlich davon liegt, bildet einen Naturraum für sich. Diese Zone blickt nach der Küste, aber sie besitzt so gut wie keine innere Beziehung zur Weichsel, die den Höhenrücken und die küstennahe Zone wie ein Fremdling durchbricht.



Netzebrücke bei Schneidemühl an der Diktatgrenze.

Das nördliche Pommerellen ist nur ein Ausschnitt aus dieser mitteleuropäisch-deutschen küstennahen Zone, es ist nicht zu denken ohne den Zusammenhang seiner

waldigen Endmoränenhügel, seiner langgestreckten Rinnenseen, seiner Grundmoränenlandschaft mit den gleichen Landschaftsformen, wie sie sich in der westlichen wie in der östlichen Fortsetzung derselben Zone nahezu unverändert finden. Auch der von Kiefernwald bedeckte große Sandfächer der Tucheler Heide, die sich südlich an die Endmoränenstaffeln Pommerellens anschließt, findet seine Entsprechungen im Westen wie im Osten. An der Netzelinie setzt die Zone der Urstromtäler und der Diluvialplatten ein, und auch dieses Land südlich der Netze und südlich der unteren und mittleren Warthe - das Posener Land - zeigt einwandfrei die Wesenszüge der mitteleuropäischen Landschaft, es ist aber seinerseits eine Art Vorhof zu den ostmitteleuropäischen Landschaften des Tieflandteiles im Weichselbogenraum.



Lindenwerder mit dem Urstromtal der Netze.

Im ganzen genommen ist der ostmitteleuropäische Raum ein Durchgangsgebiet allererster Ordnung. Die Natur hat für die Bewegungsbestrebungen dieses Raumes in erster Linie die breitenparallele Richtung vorgezeichnet. Zahlreiche west-ost-gerichtete Linien, Talfurchen, Flüsse, Höhenränder und Höhenzüge vermögen für Bewegungen dieser Art geradezu leitend zu werden. Sie erlangen die Bedeutung von natürlichen Leitlinien für Völkerbewegungen, für die Ausbreitung kultureller Einflüsse, für Handelsbewegungen - endlich auch für die politische Ausdehnung.



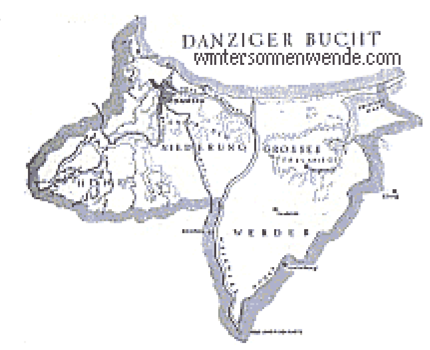
Wartheniederung bei Schrimm.

Diesen vielen, breitenparallel verlaufenden Leitlinien steht eine einzige meridional gerichtete gegenüber: die Weichsel. Aber ihre Bedeutung als Süd-Nord-Linie wird stark eingeschränkt durch die Tatsache, daß der Fluß auf seinem Weg von den Westbeskiden bis zur Ostsee einen gewaltigen Umweg beschreibt, daß er die Scholle des kleinpolnischen Hügellandes in einem weit nach Osten ausholenden Bogen umfließt, eingeschränkt auch dadurch, daß er als meridionale **Linie** die breitenparallel angeordneten **Zonen** durchbricht.



Volkstum und völkische Leistung im Weichselland
Erich Keyser

Seitdem das Erbrecht der Dynastien an den von ihnen beherrschten Gebieten durch den Anspruch der Völker auf den von ihnen ererbten und besiedelten Grund und Boden ersetzt worden ist, hat die Ausbreitung der Völker und Volksgruppen und ihre Herkunft politische Geltung erlangt. Die Fragen, wie und wann die Völker entstanden sind, wo ihr Ursprung liegt und welche Länder sie später durch ihre Arbeit in Besitz genommen haben - Fragen, denen ursprünglich nur wissenschaftliche Bedeutung zukam - verlangen heute eine politisch entscheidende Antwort. Dies trifft mit besonderem Nachdruck für jene Gebiete zu, deren Bevölkerung im Laufe der Jahrhunderte in völkischer Hinsicht gewechselt hat und in denen verschiedene Volksgruppen ansässig sind.



Das Gebiet der Danziger Bucht.
[Vergrößern]

Zu diesen Gebieten gehört das Weichselland, der Raum längs des Stromes von Thorn bis zu seiner Mündung in die Ostsee bei

Danzig. Denn in ihm hat nicht nur in den letzten beiden Jahrzehnten eine polnische Mehrheit die deutsche abgelöst, sondern auch schon in früheren Zeiten haben Bevölkerungsgruppen deutscher und slawischer Art in ihm neben- und nacheinander gesiedelt. Gewiß kann allein die Tatsache, daß eine Volksgruppe in einem Lande einmal gewohnt hat, für seine heutige und künftige staatliche Zugehörigkeit nicht maßgebend sein. Es gilt aber auch das Wort des amerikanischen Präsidenten Wilson, das die Voraussetzung für die Niederlegung der deutschen Waffen im Herbst 1918 gebildet hat, die Völker dürften nicht wie Steine auf einem Schachbrett hin- und hergeschoben werden; es müßten die landschaftlichen Zusammenhänge beachtet und das Selbstbestimmungsrecht der Völker berücksichtigt werden.



Am Weichselufer in Thorn.

In der Tat können politische Ansprüche nicht nur auf die jeweilige Anwesenheit einer Volksgruppe in einem Lande gestützt werden; diese Volksgruppe muß selbst über ihr Schicksal entscheiden können, und sie muß in dem Lande, dessen politische Herrschaft sie für sich beansprucht, etwas geleistet haben. Denn da nicht selten im Dasein der einzelnen menschlichen Gemeinschaften und auch der Völker Minderheiten die Gestaltung des Lebens und die kulturelle Entwicklung bestimmen, könnte es sonst geschehen, daß die kulturärmere Masse die Entscheidung über die an der Zahl kleinere, an Leistungsfähigkeit jedoch überragende Bevölkerungsgruppe erhält und damit den für sie selbst auf die Dauer schädlichen Niedergang der Kultur herbeiführen würde. Volkstum und völkische Leistung müssen miteinander in Einklang sein, wenn politische Rechte von ihnen abgeleitet werden sollen. Die eingangs aufgeworfene Frage nach der Bevölkerungsgeschichte des Weichsellandes ist deshalb dahin zu erweitern: Welche Volksgruppen haben seit alters das Weichselland besiedelt und welche Leistungen haben sie für seine kulturelle Entwicklung aufzuweisen? Eine solche Untersuchung ist auch gerade deshalb notwendig, weil bis in die neueste Zeit das Volkstum einiger der Gruppen, die das Weichselland bewohnen, angezweifelt oder falsch dargestellt worden ist; werden doch von polnischer Seite nicht nur die Kaschuben als Polen bezeichnet sondern auch die Mennoniten als "Holländer" der deutschen Bevölkerung als fremdartig gegenübergestellt.

Das Weichselland hat seit alters eine ununterbrochene nordisch-germanische Bevölkerung aufzuweisen gehabt. Sie hat stets die kulturelle Entwicklung des Landes bestimmt. Nur ihre Zahl und ihre Ausschließlichkeit sind öfters bedeutsamen Schwankungen unterworfen gewesen. Schon zur jüngeren Steinzeit, als zum ersten Male eine bäuerliche Kultur an der Weichsel sich ausbreitete, waren es Menschen nordischer Herkunft, die diesen Wandel der Kultur von der Stufe der Fischer und Jäger zum seßhaften Bauerntum herbeigeführt und damit das Antlitz des Landes umgestaltet haben. Die südliche Gruppe dieser Bauern stammte aus dem Kulturkreise der Bandkeramik, der zur jüngeren Steinzeit den größten Teil von Mittel-, West- und Süddeutschland, Böhmen, die Alpenländer und die Gebiete längs der Donau bis zum Balkan bedeckte. Er hat nur wenige Ausläufer nach dem Preußenlande in die Gegend von Kulmsee und Graudenz entsandt, während das benachbarte Kujawien rings um Hohensalza stärker besiedelt war. Mit Vorliebe wurden die fruchtbaren Löß- und Schwarzerdböden aufgesucht. Die westliche Gruppe der Bauern kam von der unteren Oder her. Sie gehörten dem Volke der Trichterbecherkeramik an, das damals das südwestliche Schweden, Jütland und Norddeutschland besiedelte. Es ist bekannt durch seine Großsteingräber, von denen sich jedoch im Preußenlande keine Beispiele gefunden haben. In breiter Front, von der Küste der Ostsee bis zur Warthe, rückten diese nordischen Bauern, die mit ihren langen Schädeln nachweislich der nordischen Rasse zuzuzählen sind, über Pommerellen hinweg an die Weichsel vor. Auch an der Nogat und im Kulmerlande reihten sich ihre Wohnplätze aneinander. Einige Ausläufer drangen an die nördliche Küste des Frischen Haffs zwischen Fischhausen und

Königsberg und durch Masuren bis Lötzen und Darkehmen vor. Sie trafen dort auf die Träger der Kammkeramik, die von ihnen, wie die Übernahme von Gefäßformen zeigt, wirtschaftlich und handwerklich beeinflußt wurden. Diese Nordmänner der Trichterbecherkultur waren die ersten, welche das gesamte Preußenland kulturell geeinigt haben. Sie haben die älteren Bevölkerungsgruppen so stark zurückgedrängt, umgestaltet oder aufgesogen, daß zum ersten Male in der Geschichte das ganze Gebiet ein einheitliches Gepräge empfing. Die kulturelle Mittelachse ihres Siedlungsraumes war der untere Weichsellauf, von dem, wie später zur Zeit der Goten, auch das obere Weichselland bis zu den Karpathen bevölkert worden ist.

Bald nachdem die Träger der Trichterbecherkultur die erste Vereinheitlichung und Vernordung des Preußenlandes bewirkt hatten, folgten ihnen zwei weitere Kultur- und Völkerwellen aus dem Westen, das Volk der Kugelflaschen und das Volk der Schnurkeramik. Auch sie beide waren Bauernvölker, wenn auch Jagd und Fischfang nicht verschmäht wurden, wo sich, wie an den beiden Haffen, dazu Gelegenheit bot. Das Volk der Kugelflaschen bevorzugte die schweren, fruchtbaren Schwarzerdböden in Kujawien und im Kulmerlande, genau wie es in Mitteldeutschland auf der Magdeburger Börde seßhaft war. Denn diese Kugelflaschenleute kamen unstreitig aus dem mittleren Deutschland, aus Anhalt, dem nördlichen Teil der Provinz Sachsen und aus der Kurmark. Sie begruben ihre Toten in mächtigen Steinkisten. Während Ostpommern von ihnen stark besiedelt war, fehlen auffallenderweise Funde dieser Kultur aus dem Gebiet links der Weichsel. Nur auf den Abhängen des Stromes treten einige Funde zutage. Sie schließen sich an die reichen Gräberfelder südlich der oberen Netze an. Auch im Kulmerlande und im westlichen Masuren um Ortelsburg ist diese Kultur stark vertreten, während sie im nördlichen und östlichen Ostpreußen nicht belegt ist. Nur das westliche Grenzgebiet und der Süden des Preußenlandes waren somit von den Kugelflaschenleuten bewohnt. Sie verfügten über ausgedehnte Handelsbeziehungen, da sie von der Kurischen Nehrung Bernstein und aus dem östlichen Galizien den schön gebänderten Feuerstein einführten. Es waren wohlhabende und schmuckliebende Menschen, die der jungsteinzeitlichen Kultur des Preußenlandes einen lebhaften und farbigen Einschlag verliehen.

Der Norden des Preußenlandes war dagegen mehr kriegerisch gestimmt. Die Streitaxt gilt nicht mit Unrecht als das Wahrzeichen seiner Kultur. Auch sie kam von der unteren Saale und Elbe her und breitete sich von der Oder zunächst an der Küste entlang aus. In Succase bei Elbing wurde das erste große jungsteinzeitliche Dorf ausgegraben, das den Trägern dieser Kultur zugeschrieben wird. Sie wird auch nach der ihr eigentümlichen Schnurkeramik benannt.

An der Danziger Bucht und am Rande des Frischen Haffes bildete sich eine eigenartige Mischkultur unter schnurkeramischer Führung aus, indem die neuen Einwanderer die Reste der Trichterbecherkultur und der Kammkeramik übernahmen; sie wird als "Haffküstenkultur" bezeichnet. Während die Kugelflaschenleute von der Küste des Preußenlandes im wesentlichen sich fern hielten, überzogen die Schnurkeramiker auch das Binnenland. Sie saßen in der Tucheler Heide, an der Warthe, an der Netze, in Kujawien und im Kulmerlande, bei Stuhm und Preußisch-Holland, bei Rosenberg und Osterode und über das ganze Gebiet der Masurischen Seen verstreut.

Diese Tatsache ist umso wichtiger, als die Schnurkeramiker von der neueren Forschung einstimmig als die "Indogermanen" betrachtet werden. Da sie über das Preußenland hinweg bis zum Baltenland und in das Innere Rußlands zu verfolgen sind, haben sie auf diesem Zuge die ältere Bevölkerung der Kammkeramik "indogermanisiert". Es waren in jedem Falle Menschen nordischer Rasse aus "Deutschland", welche das Preußenland ihrer Heimat verbunden und den Osten mit dem Westen verknüpft haben.

Gleichviel welcher Kultur und Rasse die genannten Volksgruppen zugehört haben, bevorzugten sie im wesentlichen die gleichen Gebiete zur Ansiedlung. Zu längerer Niederlassung lockten nur jene Gegenden an, in denen sich im Urwalde größere Lichtungen befanden. Denn der Wald war noch der

Feind des Menschen. Seine kunstvoll geschliffenen Steinbeile und Äxte reichten nicht aus, weitere Waldstrecken zu roden und auf die Dauer an erneuter Bewaldung zu hindern. Doch ist auch zu bedenken, daß die waldfreien Flächen der damaligen Bevölkerung durchaus genügt haben dürften. Sie lebte, wenn auch nicht mehr ausschließlich, so doch zum großen Teile noch von Jagd und Fischfang. Deshalb wurden die Küstenräume wie von alters her gerne aufgesucht. Ein Kranz von Siedlungen zog sich am Rande der Danziger Bucht, der Weichselniederung und des Frischen Haffs entlang. Die Kämpen von Rutzau und Oxhöft am Putziger Wiek, der Höhenrand südlich von Danzig bei Bangschin, Rottmansdorf und Schönwarling, einige Erhebungen in dem damals noch sumpfigen und wasserbedeckten Danziger und Marienburger Werder boten ebenso erwünschte Wohnstätten wie der Saum der Elbinger Höhe, wo die Gegend von Tolkemit reich besiedelt war. Auch die Frische Nehrung und das südliche Samland weisen mehrfach Funde auf. Besonders häufen sie sich auf der Haffseite der Kurischen Nehrung.

Von der Weichselmündung aus erstreckte sich die Besiedlung vornehmlich auf dem rechten Stromufer nach Süden, wo das Kulmerland wiederum stark bevölkert war. Die nur gelegentlich mit Bäumen und Sträuchern bestandenen Grasfluren luden dort, wie in Kujawien, zur Niederlassung ein. Um den wertvollen Ackerboden möglichst auszuwerten, wurden die Wohnstätten auf benachbarten Sandinseln angelegt. Die Kreise Graudenz, Kulm, Thorn, Briesen und Strasburg zeigen die dichtesten Menschenansammlungen, die zur jüngeren Steinzeit in Ostdeutschland bekannt sind.

Am Ende der jüngeren Steinzeit war das Preußenland ziemlich einheitlich von nordischen Stämmen bevölkert gewesen; erst die unermeßliche Ausbreitung der Indogermanen, welche ihre wichtigste und schließlich herrschende Gruppe gebildet hatten, lockerte ihren Zusammenhang und gestattete im Laufe der Jahrtausende die Herausbildung neuer Völker. Bezeichnend genug wurde das Weichselland wiederum zum Grenzraum. Denn im Osten der Weichsel traten allmählich immer deutlicher die baltischen Völker hervor. Im Süden des Warthe-Netzetales dehnten sich die Illyrier aus, und an der Küste zwischen den Mündungen der Oder und der Weichsel entstand das Volk der Ostgermanen. Jedem dieser drei Völker war ein eigener Kulturkreis zu eigen, der sich aus den Bodenfunden sichtbar heraushebt, wenn auch eine mannigfaltige Übernahme und Ausgleichung der Kulturgüter geschah.

Die Illyrier haben den geringsten Einfluß auf die Entwicklung des Weichsellandes ausgeübt. Ihre Kultur wird durch ausgedehnte Felder flacher Gräber veranschaulicht, in denen die Asche der Toten in zahlreichen Tongefäßen beigesetzt war. Da Funde dieser Art zunächst in der Lausitz in größerem Umfange gemacht sind, wurde und wird die Kultur der Illyrier häufig als Lausitzer Kultur bezeichnet. Doch ist sie nicht nur in der Lausitz sondern auch in Böhmen, Schlesien und Westpolen verbreitet. Als ihre Träger sind immer mehr die Illyrier erkannt worden, die erst später unter dem Ansturm der Germanen ihre Wohnsitze südwärts bis zum Balkan verlegt haben. Ihre Anwesenheit im Oder- und Wartheland wird durch mehrere Ortsnamen illyrischen Ursprungs bezeugt. Der von einigen polnischen Schriftstellern behauptete Zusammenhang dieser Illyrer mit den erst ein Jahrtausend später auftretenden Slawen ist nicht zu erweisen. Gleich den Trägern der älteren Bandkeramik sind sie später von dem Wartheland aus, zwischen Bromberg und Thorn über die Weichsel vorgedrungen und haben das Kulmerland besiedelt. Sie haben von dort aus auch die Kultur der benachbarten westmasurischen Stämme baltischer Herkunft beeinflußt. Eine ähnliche Entwicklung erfuhr von ihnen jene Bevölkerungsgruppe, die in der älteren Bronzezeit im Hügellande Pommerellens ansässig war. Die Kraft der illyrischen Kultur erlosch um 400 vor der Zeitenwende. Nur an der Weichsel bei Bromberg, bei Czersk und an der Netze bei Usch sind noch einige spätere Urnenfelder zutage getreten. Bald darauf hatten die Germanen die Herrschaft zu beiden Seiten der unteren Weichsel angetreten und die Illyrier bis hinter die mittlere Oder, ein wenig später hinter die Sudeten zurückgetrieben, soweit sie nicht von ihnen kulturell und volklich aufgesogen worden sind.

Während die Illyrier nur den Südwesten des Preußenlandes und diesen auch nur zeitweise besetzt hielten, konnten die seit jeher im Osten des Gebietes heimischen Kulturgruppen sich sogar wiederum über die Weichsel nach Westen ausdehnen. Auch prägte sich in ihnen immer stärker eine volkliche Eigenart aus, die sie zweifellos als "baltisch" kennzeichnet. Denn es ist anzunehmen, daß die Überlagerung der Kammkeramik durch die Schnurkeramik die Indogermanisierung ihrer Träger und damit die Entstehung der baltischen Völker bewirkt hat. Wenn späterhin zu den baltischen Völkern die Letten, die Litauer, die Kuren und die Prußen gezählt werden, so kann zur Zeit noch nicht entschieden werden, ob alle diese Völker auch schon in der geschilderten Zeitspanne der Bronzezeit vorhanden gewesen sind oder ob sie sich erst später aus einer ursprünglich einheitlichen Volksgruppe herausgelöst haben. Dagegen ist die Behauptung, daß die späteren Prußen auf die bronzezeitliche Bevölkerung im östlichen Ostpreußen zurückgeht, durch Funde genügend gesichert. Die westlichen Ausläufer dieser baltischen Kultur finden sich in der älteren Bronzezeit bei Belgard und Schlawe in Ostpommern, bei Putzig und Neustadt, in der Tucheler Heide und bei Mewe. Sie sind hier ebenso bald verschwunden, wie an der Nogat und im Kulmerlande. Denn schon um 1000 vor der Zeitenwende lag die Westgrenze der baltischen Stämme an den Seen des Oberlandes, bei Soldau und Neidenburg.

Während die Illyrier nordwärts und südwärts sich schoben und die Balten fast unbeweglich am Boden hafteten, bereiteten sich im Nordwesten des Preußenlandes die größten Ereignisse vor. Seit der Wende vom zweiten zum ersten Jahrtausend brach sich die germanische Kultur von Westen her Bahn. Sie breitete sich von der unteren Elbe über **Mecklenburg** zur unteren Oder aus und erreichte staffelweise die Persante, die Leba und die Danziger Bucht. Bald darauf wurden auch die Elbinger Höhe und die Gegend um Preußisch-Holland erreicht. Diese einwandernden Germanen waren Bauern, die ihre Toten in mächtigen Hügelgräbern, später in Steinkisten beisetzten. Da diese Kultur deutlich germanische Züge trägt, aber auch von der Kultur der germanischen Siedler westlich der Oder unterschieden ist, wird sie mit Recht als ostgermanisch bezeichnet. Die Bodenfunde bezeugen die Herausbildung eines eigenartigen germanischen Stammesgebietes, das im Laufe der Zeit durch räumliche Ausbreitung und durch scharfe Trennung vom Mutterland selbständige Züge annahm.

Das Ursprungsland der Ostgermanen



[Vergrößern]

Ursprungsland (Ostgermanen)
Wanderweg 600-200 v. d. Zeitwende

Dieses Volk der Ostgermanen hatte seine deutlich erkennbare Urheimat im Hinterlande der Danziger Bucht. Die dichtesten Siedlungen lagen zwischen der Persante und der Radaune, reichten südlich bis zur Linie Belgrad, Rummelsburg und Stargard. Die wundervoll geformten Schwerter, die wie der gleichzeitige kostbare und geschmackvolle Schmuck der Frauen von heimischen Handwerkern hergestellt wurden, bezeugen die Kunstfertigkeit und den wahrhaft adligen Geist ihrer Träger. Von der Danziger Höhe breiteten sie sich über die Tucheler Heide und über die Netze hinweg bis zum Warthelande, später zur mittleren Oder aus. Die Weichsel wurde später ostwärts überschritten und zunächst das Oberland und das Kulmland besiedelt. Die dort vormals ansässigen Balten und Illyrier wurden verdrängt. Das Weichseltal bildete die Lebensachse eines weitgedehnten germanischen Volksbodens. Von dort wurde bis zum dritten Jahrhundert auch der Oberlauf der Weichsel bis hin zu den Karpathen besetzt. Im Südwesten bildete der Wall der Sudeten eine natürliche Grenze. Im Nordosten scheint die landwirtschaftlich wichtige Klimagrenze, etwa auf der Linie Braunsberg-Allenstein, dem Vordringen der bäuerlichen Germanen Halt geboten zu haben. Doch wurde die benachbarte baltische Kultur mehrfach beeinflußt. Im fünften und vierten Jahrhundert ballte sich auf der Danziger Höhe die Bevölkerung so stark wie noch niemals zuvor. Siedlung reihte sich an

Siedlung. Auch die Gebiete zwischen Konitz, Flatow und Bromberg, das westliche Kulmerland und die Gegend zwischen Marienwerder, Marienburg und Elbing weisen zahlreiche Fundplätze auf. Erst als die Bastarnen und Skiren, wie die ostgermanischen Stämme dieser Frühzeit von den Schriftstellern der Mittelmeervölker genannt werden, auf die Wanderschaft gegangen waren, trat eine gewisse Entvölkerung der Heimat ein. Sie erfuhr eine erneute Verdichtung, als die Goten kurz vor Beginn unserer Zeitrechnung von der schwedischen Küste und von Gotland aus die Weichselmündung übersiedelten. Das Land an der Danziger Bucht wurde daher noch im sechsten Jahrhundert Gothiskandza, das Gotenland, genannt. Auch die Burgunden verließen ihre Sitze auf Bornholm und im südlichen Schweden und verlegten sie nach der Küste Ostpommerns und an die untere Weichsel. Der gesamte Raum zwischen der Persante im Westen und der Passarge im Osten wurde von germanischen Siedlern ausgefüllt. Südlich von den Burgundern, im Kulmerlande, an der Warthe und an der mittleren Oder begründeten die Wandalen ein machtvolles Siedlungsgebiet.

Alle diese Bauernsiedler zeichneten sich durch eine reiche Kultur aus, die besonders in den künstlerisch hervorragenden Grabbeigaben an Waffen und fraulichem Schmuck zutage tritt. Die Schmiedekunst der Germanen erlebte damals in der Nord-Ostmark ihre höchste Blüte. Sie hatten es nicht nötig, sich ausländischer Vorbilder zu bedienen. Zwar wurde wohl das Eisen, das damals bei der Herstellung von Waffen und Geräten die hergebrachte Bronze bereits verdrängt hatte, zum Teil von auswärts eingeführt. Auch lieferten die Kelten und die Römer gelegentlich einige Bronzegefäße und Schmucksachen. Trotzdem zeigen die reichen Verzierungen von Schwertern, Schwertscheiden und Lanzenspitzen, die im Weichsellande gefunden wurden, einen so eigenartigen Geschmack und einen so vollendeten Schönheitssinn, daß ihnen die fremden Einfuhrwaren in keiner Weise gleichzukommen vermögen. Die kriegerische Tüchtigkeit, die technische Fertigkeit und die geistige Kraft dieser ostgermanischen Stämme, die an der Weichsel zu weltgeschichtlicher Bedeutung heranreiften, prägten sich in ihnen aus.

Germanische Funde der späteren Völkerwanderungszeit im Oder- und Weichselraum



● Funde des 5. Jahrhunderts

▲ Funde von gotischen Rückwanderern des 6. und 7. Jahrhunderts in Ostpreußen

Mehr als ein halbes Jahrtausend, vom ersten Jahrhundert vor und in den ersten fünf Jahrhunderten nach Beginn unserer Zeitrechnung, ist somit das Land an der Weichsel ausschließlich im Besitz gotischer Stämme gewesen. Um so überraschender ist ihr späteres Verschwinden. Es wird erklärt durch eine fortgesetzte, lange Zeit währende Auswanderung der jüngeren Volksschichten; sie verließen wegen Überbevölkerung der Heimat oder auch aus Abenteuerlust die väterlichen Gefilde und zogen Jahr für Jahr in kleinen Gruppen südwärts nach der Donau, auf den Balkan und an das Schwarze Meer. Geburtenrückgang, Minderung der Volkszahl und Arbeitermangel waren die Folge. Es zeigten sich ähnliche bevölkerungspolitische Verhältnisse, wie sie auch in den letzten Jahrzehnten im deutschen Nord-Osten eingetreten sind, als wiederum gerade die Jugend in die Großstädte und Industriegebiete in Mittel- und Westdeutschland abwanderte. Zwar sind germanische Volksgruppen noch im sechsten und siebenten Jahrhundert im Weichsellande gerade in der Umgebung von Danzig nachweisbar; aber sie reichten nicht aus, um die Felder zu bestellen. Volksfremde Hilfskräfte wurden deshalb herangerufen; sie kamen, sobald sie die Gunst der Stunde bemerkten, in immer größerer Zahl und nahmen kampflos und ohne sonderliche Mühe den Boden ein, den seine bisherigen germanischen Besitzer achtlos aufgegeben hatten. Es waren im Osten der Weichsel die Prußen und im Westen die Pomoranen.

Die Prußen breiteten sich ursprünglich von der Memel bis zur Passarge und nach der Minderung der

Goten auch bis zur Weichsel aus. Das von Jordanes erwähnte Mischvolk der Widiwarier dürfte aus dem Rest der Ostgermanen und zugewanderten Prußen entstanden sein. Die Südgrenze der Prußen bildeten die ausgedehnten Waldungen an den Masurischen Seen, die erst im ausgehenden vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert dem Verkehr erschlossen wurden. Auch das Land Sassen um Neidenburg, die Löbau und das Kulmerland, das durch die Drewenz, die Weichsel und die Ossa begrenzt wird, waren einst von Prußen bewohnt. In diesen fruchtbaren und seit alters reich besiedelten Gegenden haben schon in früherer Zeit heftige Grenzkämpfe zwischen den Prußen und den Polen stattgefunden. Die Polen sind erst um das Ende des zwölften Jahrhunderts in das Kulmerland eingedrungen und aus ihm öfters von den Prußen vertrieben worden. Die im Osten anstoßende Landschaft Löbau wies im dreizehnten Jahrhundert noch gar keine polnische Bevölkerung auf. Noch im fünfzehnten Jahrhundert war eine größere Anzahl dort gelegener Güter zu prußischem Recht ausgegeben und von Prußen bewohnt.



Kulmsee im Kulmerland.



Ruine der im 13. Jahrhundert gegründeten Ordensburg Rehden.

Im Westen grenzten die Prußen im wesentlichen an die Weichsel, die sie späterhin nachweisbar nur an zwei Stellen, in der Gegend von Mewe und an der Weichselmündung, überschritten haben. Prußische Siedlungen und Dienste waren im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert in dem Gebiet zwischen Mewe, Dirschau und Stargard vorhanden. Da Prußen aus dem Bereich des Herzogs Mestwin von Pommerellen an einem Einfalle in das Ordensland teilgenommen haben, gehen diese Siedlungen mindestens wohl schon auf den Anfang des dreizehnten Jahrhunderts zurück. Vielleicht hat das Vorkommen von Schwarzerde um Mewe die Prußen zum Überschreiten der Weichsel gerade an dieser Stelle veranlaßt. Auch im Gebiet der Weichselmündung waren die Prußen nach Westen vorgedrungen. Die Bevölkerung der Fischersiedlung Danzig bestand, wie Urkunden aus den Jahren 1271 und 1348 bezeugen, aus Pomoranen und Prußen. Auch sind zahlreiche Ortsnamen im Danziger Werder und auf der Danziger Höhe nur aus der prußischen Sprache zu erklären. Die Prußen unterlagen frühzeitig dem kulturellen Einfluß der benachbarten Germanen. Wie Tacitus hervorhob, glichen sie in ihren Gebräuchen und in ihrer Lebensweise den Sweben. Ihre Sprache enthielt noch im Mittelalter zahlreiche gotische Lehnworte. Ebenso scheinen ihre religiösen Vorstellungen durch die Germanen beeinflußt worden zu sein.



Danzig,
im Mündungsgebiet der Weichsel gelegen,
wird schon im Jahre 997 genannt
und 1224 als deutsche Stadt gegründet,
kommt 1309 in den Besitz des Deutschen
Ordens und tritt 1361 **der Hanse** *bei.*
Das Bild der Stadt ist ein Zeugnis ihrer
allzeit deutschen Geschichte.
Blick über die Dächer der Stadt mit dem
ragenden Turm der Marienkirche.

Nördlich der Warthe und Netze und östlich der Oder bis zur Weichsel breiteten sich die Pomoranen aus. Die Wasserscheide zwischen den Nebenflüssen der Weichsel und der Leba gliederte sie in die Westpomoranen und die Ostpomoranen. Beide Gruppen waren stammesmäßig und staatlich von den Polen geschieden, die mehrfach vergeblich ihre Unterwerfung erstrebten. An den Mündungen der

Oder und Weichsel entstanden frühzeitig unabhängige politische Gewalten. Das Fürstentum Danzig wird bereits für 997 bezeugt.

Ebensowenig wie in dieser Zeit eine politische Verbindung zwischen den Polen und den Pomoranen bestanden hat, ist ihre Sprache anfangs die gleiche gewesen. Es ist zwar schwer, das ursprüngliche Verhältnis der pomoranischen zur polnischen Sprache heute noch einwandfrei festzustellen, da pomoranische Sprachdenkmäler außer einigen urkundlich erwähnten Orts- und Personennamen erst seit dem sechzehnten Jahrhundert erhalten sind. Trotzdem ist sich die moderne Sprachwissenschaft darin einig, daß in frühester Zeit das Polnische, das Pomoranische und das Podlabische als selbständige Sprachgruppen innerhalb der westslawischen Sprachen zu betrachten sind. Einige lautliche Erscheinungen erweisen dabei, daß das Pomoranische mit dem Podlabischen enger verwandt gewesen ist als mit dem Polnischen. Zu Beginn des zwölften Jahrhunderts wiesen die polnische und die pomoranische Sprache noch starke Unterschiede auf. Denn Bischof Otto von Bamberg, der polnisch sprach, konnte sich mit den Pomoranen nur durch einen Dolmetscher verständigen. Später hat die polnische Sprache die pomoranischen Mundarten sehr stark beeinflußt, da sie seit dm zwölften Jahrhundert als Kirchensprache und seit dem fünfzehnten Jahrhundert auch als Amtssprache in Pommerellen große Verbreitung gefunden hat. Trotzdem haben bis in die neueste Zeit gerade die nördlichen Mundarten - und das ist für die anfängliche Scheidung der beiden Sprachen bezeichnend - solche Eigentümlichkeiten sich erhalten, die das Pomoranische von dem Polnischen absondern. Die Reste der Pomoranen, die heute zu mehr als 100.000 Personen im nördlichen Teil von Pommerellen ansässig sind, werden, besonders seitdem die Mehrzahl der Pomoranen ausgestorben oder durch Eindeutschung zu Pommern geworden ist, seit einigen Jahrhunderten als Kaschuben bezeichnet. Die völkische Sonderstellung der ursprünglich dem wendischen Volke angehörenden Kaschuben gegenüber den Polen wird dadurch mit Recht verdeutlicht.

Während die Prußen östlich und die Pomoranen westlich der Weichsel sich niederließen und damit den Strom zur Völkerscheide machten, wurde die Einheit des Raumes durch die Wikinger gewahrt. Sie haben um die Wende des Jahrtausends von Norden her über See das Weichselland mit den germanischen Volksgebieten in Verbindung gehalten. Zwar haben sie sich nur als eine dünne Schicht über der fremden Bevölkerung ausgebreitet; aber sie dürften an der Weichsel wie an der Oder und in dem nach ihnen benannten Land der Russen die wirtschaftliche und kulturelle Führung und die politische Herrschaft ausgeübt haben. In Elbing unterhielten sie einen weit bekannten Markt; in Ohra bei Danzig hatten sie einen Anlegeplatz für ihre schnellen Boote, mit denen sie vom Rande der Danziger Höhe über das damals bis dahin reichende Frische Haff nach der Pregelmündung und dem Samland fuhren, aber auch die Weichsel aufwärts das Innere des Landes bereisten. Sie vermittelten die Waren und Münzen des Orientes gegen die Schätze des Nordens; ihre Verbindungen reichten, wie einst die der Goten, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer. An der Küste der Danziger Bucht, zu beiden Seiten der Weichsel und mehrfach in Pommerellen ist ihre frühere Anwesenheit durch Bodenfunde bezeugt.

Die Wikinger waren die Wegbereiter der Deutschen. Schon im zehnten Jahrhundert dehnten die deutschen Kaufleute ihre Handelsbeziehungen von der unteren Elbe bis zur Weichsel aus. Den gleichen Weg beschritten deutsche Missionare. Der Bischof Adalbert von Prag, der im Jahre 997 als erster das Christentum im Danziger Lande verkündete und bald darauf bei seiner Predigt im Samland von den Prußen erschlagen worden ist, war in der Domschule zu Magdeburg erzogen und ein Vertrauter des deutschen Kaisers Otto III. Seinen Spuren folgte der Graf Bruno von Querfurt, der anscheinend im südlichen Masuren seinen Opfertod fand. Der Waffenstreit zwischen dem Deutschen Reich und dem damals erst neu erstehenden polnischen Staate um die Herrschaft an der Warthe, Oder und Havel hemmte zwar zunächst die Auswanderung der Deutschen nach dem Osten. Die Herzöge von Polen suchten, die Odermündung gewaltsam in ihre Hand zu bringen; sie hatten aber nur vorübergehenden Erfolg. Denn ihre Angriffe wurden von den Pomoranen an der unteren

Warthe und an der Netze abgewehrt. Auch gegenüber den Pomoranen an der Weichsel und den Prußen konnten sie nichts ausrichten. Erst als die römische Kurie die christlich gewordenen Gebiete von Pommerellen mit dem Bistum Wloclawek und dem Erzbistum Gnesen verbunden hatte, gelang es der polnischen Geistlichkeit, die pomoranische Bevölkerung zeitweise zu beeinflussen. Staat und Kirche suchten somit, dem Polentum den Zugang zur Ostsee zu erzwingen; er wurde nicht durch die friedliche, aufbauende Arbeit bäuerlicher Siedler gewonnen. Diese im zwölften und dreizehnten Jahrhundert fortgesetzten Bemühungen scheiterten jedoch völlig, als die deutsche Auswanderung nach dem Nordosten in größerer Zahl einsetzte. Es geschah seit dem Ende des zwölften Jahrhunderts.

Die Wiederbesiedlung des deutschen Ostens im Mittelalter



[Vergrößern]

Der deutsche Bauer, dem das Mutterland zu eng geworden war, erstrebte neuen Acker, der deutsche Bürger Gelegenheit zu gewerblicher oder kaufmännischer Tätigkeit. Das Weichselland wurde von zwei Seiten aus der deutschen Besiedlung erschlossen. Über See und an der Küste von Pommern entlang kamen die Niederdeutschen, von der mittleren Oder und Warthe die Mitteldeutschen. Beide Gruppen von Einwanderern entstammten zum größten Teil den benachbarten, bereits von Deutschen besiedelten Ländern; doch wurden sie auch durch unmittelbaren Zuzug aus Altdeutschland westlich der Elbe verstärkt. So trat das Weichselland in enge, blutsmäßige Verbindung mit den niederdeutschen Gebieten von **Pommern, Mecklenburg**, **Brandenburg**, **Holstein**, **Hannover**, Westfalen und dem Rheinland und mit den mitteldeutschen Bezirken von **Schlesien**, der Mark Meißen und **Thüringen**. Während in den Seestädten und an der Küste des Frischen Haffs der Anteil der Niederdeutschen überwog, erhielten das Kulmerland und das Ermland vorwiegend mitteldeutsches Gepräge. Diese Unterschiede haben sich im Laufe der Jahrhunderte mehr und mehr ausgeglichen, so daß schon im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert eine gemeindeutsche Mundart sich entwickelte, die als Schriftsprache von der Kanzlei des Deutschen Ordens übernommen wurde. Diese verschiedene stammesmäßige Herkunft hat der deutschen Bevölkerung des Weichselraumes seit jeher eine ungewöhnliche Aufgeschlossenheit verliehen, die noch heute den Westpreußen an der Weichsel von dem Ostpreußen am Pregel und von dem Pommern an der Oder deutlich unterscheidet.



Marktplatz mit Rathaus in Kulm.

Die Landesherren haben die Einwanderung der Deutschen tatkräftig unterstützt, nicht nur der Deutsche Orden, der seit 1226 um die Errichtung eines machtvollen Staatswesens auf dem östlichen Ufer der Weichsel bemüht war, sondern auch die Fürsten von Danzig und Herzöge von Pommerellen, die im zwölften und dreizehnten Jahrhundert das Land westlich der unteren Weichsel beherrschten. Trotzdem haben sie auf



Ruine der Ordensburg Schwetz, die 1338 bis 1348 vom Deutschen Ritterorden errichtet wurde.



Stadt und Burg Mewe an der Weichsel, seit 1282 beim Deutschen Ritterorden, 1297 mit Kulmischem Stadtrecht begabt.

die Zusammensetzung der Bevölkerung im einzelnen keinen Einfluß ausgeübt sondern diese den örtlichen Lokatoren oder den Beziehungen überlassen, die zwischen den neuen Ansiedlern und ihren Sippengenossen und Stammesverwandten in der Heimat ohnehin bestanden. Die ritterlichen Kreuzfahrer, die dem Orden in seinen Kämpfen gegen die Prußen zu Hilfe zogen, brachten auf den ausgedehnten Grundherrschaften, die ihnen der Orden als Dank übergab, Angehörige ihrer väterlichen Besitzungen unter. So dürften gleich den ersten Rittern, die dem Orden sich anschlossen, auch die von ihnen angesetzten Bauern im Kulmerlande und in den Gegenden um Marienwerder und Elbing den Gebieten an der Elbe um Magdeburg, an der Saale um Halle, um Hannover und Lübeck sowie aus Obersachsen und Schlesien entstammt sein. Als nach der endgültigen Niederwerfung der prußischen Aufstände am Ende des dreizehnten Jahrhunderts die deutsche Bauernansiedlung planmäßig durchgeführt wurde, nahm die Zahl der Deutschen in Kürze erheblich zu. Doch hat der Deutsche Orden auch prußische Bauern und Grundherren vielfach angesetzt. In der Erkenntnis, daß der deutschen Kultur die Zukunft gehörte, haben diese nicht nur das deutsche Recht und deutsche Wirtschaftsweise bald übernommen sondern auch der deutschen Sprache sich angeglichen und blutmäßige Verbindungen mit den deutschen Einwanderern erstrebt. Diese wurden ihnen jedoch durch das völkische Bewußtsein der Deutschen jener Zeit erschwert, so daß erst viel später im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert die Reste der prußischen Bevölkerung entweder ausgestorben oder in der deutschen Volksgruppe aufgegangen sind. Der Orden hat auch den polnischen Besitz im Kulmerland anerkannt; doch hatte dort die deutsche Siedlung bereits nach einem Jahrhundert eine so starke Ausdehnung erfahren, daß, wie die Polen im Jahre 1332 selbst zugeben mußten, im Kulmerlande zum größten Teil deutsch gesprochen wurde.



Ordensburg von Thorn.

Dieses rasche Anwachsen der deutschen Bevölkerung, die sich bis zur Mitte des vierzehnten Jahrhunderts auch in Pommerellen durchgesetzt hatte, ist nicht, wie gelegentlich von deutschfeindlicher Seite behauptet wurde, auf die Ausrottung der einheimischen Bevölkerung durch die Ordensritter zurückzuführen, sondern dadurch zu erklären, daß einmal die Prußen und Pomoranen selbst kulturell und sprachlich zu Deutschen wurden, dann aber auch die deutschen Einwanderer durch die Rodung der Waldungen und die Trockenlegung der Sümpfe einen gewaltigen Siedlungsraum sich neu erschlossen und dicht bevölkerten. Es überstieg daher nicht nur ihre Zahl bald die Anzahl der Fremden, sondern auch ihre kulturelle Leistung wog so beträchtlich vor, daß die "Undeutschen" nach kurzer Frist aus dem Erscheinungsbild des Landes verschwanden. Denn die deutsche Siedlung setzte nicht plötzlich ein und hörte ruckartig wieder auf, sondern sie dauerte ununterbrochen durch die Jahrhunderte fort; nur wurde sie je länger je mehr durch Binnenwanderung im Weichsellande selbst

Die Verbreitung des deutschen Stadtrechts im Osten



Städte mit deutschem Recht
Geschlossene Verbreitung des deutschen Rechtes auf dem Lande
Einzelverbreitung des deutschen Rechtes auf dem Lande

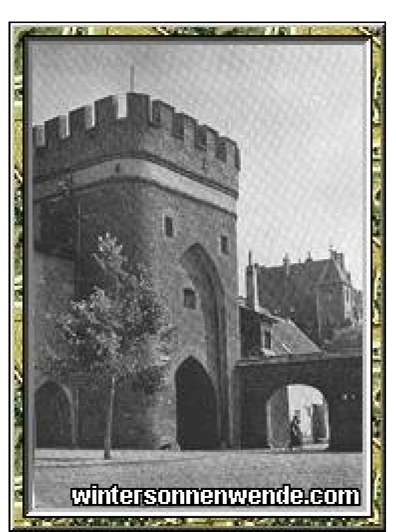
vorwärts getrieben. Von der Weichsel breiteten sich die deutschen Siedlungszellen und Volksräume in gleicher Weise nach dem Westen wie nach dem Osten aus, bis dort der Anschluß an den deutschen Volksboden in Pommern und in der Neumarkt und hier die große Wildnis an der Grenze von Litauen erreicht wurde, die schließlich seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts aus Mangel an Siedlern nicht mehr bezwungen werden konnte.

Recht gut ist die Herkunft der deutschen Einwanderung in die Städte des Weichsellandes zu übersehen. Denn da die Städte Namen, Beruf und Herkunft ihrer neuen Bürger fortlaufend zu verzeichnen pflegten und diese Bürgerbücher noch mehrfach erhalten sind, kann der Anteil der einzelnen deutschen Landschaften an der Zusammensetzung der städtischen Bevölkerungsgruppen genau errechnet werden. In Elbing, das über die ältesten bevölkerungsgeschichtlichen Quellen verfügt, stammten von den Bürgern, die bis 1353 nachweisbar sind, 29 v.H. aus dem Ordenslande, 21 v.H. aus den Gebieten zwischen der Oder und der Elbe, wobei **Pommern, Mecklenburg** und Holstein mehr Einwanderer stellten als Schlesien, Obersachsen und Brandenburg, und 36 v.H. aus dem Mutterlande zwischen Elbe und Rhein, wobei die Westfalen den Vorrang hatten; die Herkunft der übrigen Bürger ist unbestimmbar. Da in Elbing wie in allen anderen Städten des Weichsellandes nur Deutsche das Bürgerrecht erhielten, erweist die Herkunft von Elbinger Bürgern aus Dörfern und Flecken im Ordensstaate, daß auch diese bereits eine starke, wenn nicht ausschließlich deutsche Bevölkerung hatten.



Thorn war im Mittelalter durch Mauern und Türme stark befestigt.

Auch in Thorn stammte am Ende des vierzehnten Jahrhunderts die Mehrzahl der Neubürger mit 43 v.H. aus dem Ordenslande; die übrigen waren vorwiegend in Schlesien und Obersachsen beheimatet, also mitteldeutscher Herkunft; Angehörige des polnischen Volkstums waren trotz der nahen Grenze ohne Bedeutung. Noch weniger war dies in der größten Stadt des Weichsellandes der Fall, in Danzig. Die Rechtstadt Danzig, der Hauptsitz des Handels und Gewerbes, hatte um 1380 10.000 und zusammen mit der Altstadt und der Jungstadt um 1420 etwa 20.000 Einwohner; von ihnen kann höchstens 1 v.H. einem nichtdeutschen Volkstum zugeschrieben werden. Es entsprach der Bedeutung Danzigs als Fernhandelsplatz, daß dort die Einwanderung aus dem Mutterlande verhältnismäßig stark war; sie machte wie die Einwanderung aus dem Ordenslande und aus dem Gebiet zwischen Oder und Elbe ein Drittel der gesamten Einwanderung aus. In den Jahren 1364 bis 1399 kamen aus Westfalen 12 v.H., aus Hannover 8 v.H., vom Niederrhein und aus den Niederlanden 6 v.H. der Neubürger, weitere 12 v.H. aus Holstein, **Mecklenburg und Pommern**, so daß allein 38 v.H. der Bürger, die außerhalb des Weichsellandes gebürtig waren, niederdeutscher Art gewesen sind. Ihr Einfluß wurde verstärkt durch die ansässige Danziger Bürgerschaft, die gleichfalls überwiegend niederdeutsch war und durch die Zuzöglinge aus dem Ordensstaate, der, wie gesagt, in seinen nördlichen Gebieten von Niederdeutschen besiedelt war. Der schlesische Einschlag machte in Danzig nur 4 v.H. aus. Von den Einwanderern aus dem Ordensstaate stammte je ein Drittel aus der Weichselniederung, aus Pommerellen und aus den Ländern östlich der Weichsel. Der Zuzug aus dem Werder erfolgte aus 51, aus Pommerellen aus 74 und aus den übrigen Gebieten aus 77 Ortschaften. Die große Zahl der pommerellischen Dörfer, aus denen Neubürger in Danzig aufgenommen wurden, bezeugt nicht nur für die nähere Umgebung der Stadt sondern auch für die südlichen Gebiete der Tucheler Heide



Thorn: Reste der Verteidigungsanlagen.

zwischen Schwetz, Tuchel und Schlochau die weitgehende Eindeutschung des Landes.



Straße in Kulm. Kulm wurde 1233 vom Deutschen Orden zur Stadt erhoben und war längere Zeit Landeshauptstadt des Ordenslandes. Die Kulmische Handfeste ist als deutsches Stadtrecht im Osten weit verbreitet.

Diese gewaltige Kulturarbeit wurde in ihren Grundfesten erschüttert durch die Kriege, die der Deutsche Orden nach 1409 viele Jahrzehnte hindurch gegen Polen führen mußte. Der polnische Staat, der seit 1386 mit dem litauischen Staate unter der gleichen Herrschaft vereinigt war, erstrebte die Unterwerfung des Weichsellandes und die Vertreibung des Deutschen Ordens und der deutschen Bevölkerung. Die Folgen der Kriege waren verheerend. Zahlreiche Dörfer und Güter, auch manche Städte wurden eingeäschert, die Äcker lagen wüst, Häuser und Höfe standen leer. Gerade die deutschen Siedlungen waren von diesen Zerstörungen am härtesten betroffen worden; denn in ihnen hatten die feindlichen Horden am meisten rauben, sengen und morden können. Zwar bemühte sich der Orden sogleich noch am Ende seiner Herrschaft, die eingerissenen Lücken wieder auszufüllen; aber es fehlten damals Siedler. Der Zuzug aus Altdeutschland hatte sich gemindert, und die Binnenwanderung wandte sich vorwiegend den Städten zu, die, wie die Kriegserfahrungen gelehrt hatten, noch am ehesten Schutz und Arbeitsgelegenheit boten. Die Folge war, daß die Verluste der deutschen Bevölkerungsgruppen nicht völlig ergänzt werden konnten und somit die restliche pomoranische Bevölkerung wieder stärker hervortrat. Dazu hat die polnische Regierung, nachdem es ihr gelungen war, das Weichselland und Polen seit 1454 durch Personalunion der Krone zu verbinden und seit 1569 den größten Teil des Landes dem polnischen Reiche gewaltsam anzugliedern, auf den umfangreichen Besitzungen, die einst der Orden erworben und besiedelt hatte und die nun königliches Eigentum geworden waren, zahlreiche Polen ansässig gemacht. Auch der Landadel, der zum Teil sogar selbst verpolte, und nach der Reformation die katholische Kirche sind in gleicher Richtung vorgegangen. Jetzt entstanden zum ersten Mal polnische Siedlungen im Gebiet von Stuhm und im südlichen Pommerellen. Auch wurde die polnische Bevölkerung im Kulmerland verstärkt. Der bald darauf einsetzende Streit zwischen Luthertum und Gegenreformation verband sich mit den völkischen Gegensätzen. Der Volkstumskampf entflammte auf breiter Front und mit heftiger Leidenschaft.

Trotz der Unduldsamkeit der polnischen Regierung, der Bischöfe und des Adels fand jedoch das Deutschtum nicht seinen Untergang. Es erlitt zwar Einbußen; es behauptete aber seine Geltung in den Städten und in weiten Bezirken des Landes. Die Städte haben mit geringen Ausnahmen während der drei Jahrhunderte der polnischen Herrschaft ihr Deutschtum bewahrt. Die deutsche Gerichtssprache hielt sich in einigen kleinen Städten des Kulmerlandes bis zur zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts, in Kulm bis zum Jahre 1600, in Strasburg blieben die Innungen rein deutsch, in Neidenburg, Preußisch-Stargard, Dirschau, Graudenz, Konitz, Schöneck, Putzig und in anderen Orten bestand, wie die Sprache der Rats- und Gerichtsbücher und die von diesen Städten ausgegangenen Schreiben bezeugen, die deutsche Verwaltung bis zum Ende der polnischen Zeit. In der Stadt Konitz waren von 1550 bis 1772 von 2.000 Bürgern höchstens 25 polnischer Abstammung. Auch die Bürgerschaft von Dirschau gehörte ausschließlich dem deutschen Volkstum an. So war es auch in vielen anderen kleinen und mittleren Städten. Die Großstädte Danzig, Elbing und Thorn gaben erst recht nicht den hergebrachten Grundsatz auf, daß nur Männer "deutscher Art und Zunge" das Bürgerrecht und damit die Fähigkeit

Städte im deutschen Osten um 1600 und ihre Verkehrsverbindung mit Binnendeutschland



[Vergrößern]



Graudenz an der Weichsel. Graudenz bestand schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts als deutsche Siedlung und erhielt 1291 Stadtrecht.

zum Erwerb von Grundbesitz und zur unbeschränkten wirtschaftlichen und politischen Tätigkeit erwerben durften. Von den Neubürgern der Stadt Danzig stammten in den Jahren 1710 bis 1793 nur 3 v.H. aus nichtdeutschem Volksboden; aber auch diese waren, wie gerade die Einwanderer aus Polen und Litauen, vorwiegend deutscher Herkunft. Der Anteil slawischen Volkstums an der Zusammensetzung der Danziger Bevölkerung kann somit auch im achtzehnten Jahrhundert nur auf 1 v.H. berechnet werden. Aus Altdeutschland kamen 10 v.H. der Einwanderer, aus dem neuen Siedelland östlich der Elbe 84 v.H. und davon allein aus dem Preußenland 53 v.H. Die reich besiedelten Dörfer der Weichselniederung gaben die meisten Einwanderer ab; auch das Kulmerland, Pommerellen und die westlichen Teile von Ostpreußen waren an dem Zuzug nach Danzig stark beteiligt und erwiesen damit wiederum die große Bedeutung, die das Deutschtum auch in der Bevölkerung der dort gelegenen ländlichen Ortschaften gehabt hat. Die ausgedehnten Besitzungen der großen Klöster Oliva, Pelplin, Karthaus, die Umgebung der Städte Hela, Putzig, Neustadt, das erst 1643 gegründet wurde, Schöneck und Konitz, die gesamte Niederung der Weichsel zwischen Danzig und Elbing und von Dirschau über Kulm nach Thorn behielten bis zum Beginn der preußischen Herrschaft ihre deutsche Bauernbevölkerung. Diese war sogar im sechzehnten, siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert durch Zuwanderung aus den Niederlanden, aus Schlesien und aus dem Schwabenlande nicht unwesentlich vermehrt worden.



Fischereihafen in Hela.



Im Fischerdorf Hela.

Aus den Niederlanden, aus Friesland, Holland und Flandern wanderten seit der Reformation zahlreiche Bauern und Handwerker in die Weichselniederung ein. Als "Täufer" oder, wie sie bald nach ihrem Führer genannt wurden, als Mennoniten wurden sie von der spanischen Gegenreformation aus Haus und Hof vertrieben und fanden, da sie wegen ihrer Tüchtigkeit von Stadt- und Grundherren geschätzt wurden, zunächst bei Danzig und Elbing, später auch am oberen Weichsellauf eine neue Heimat. Sie behielten zwar noch lange ihre holländische und flämische Mundart und ihr Brauchtum bei, galten jedoch unter der Bevölkerung des Weichsellandes nur in religiöser, nicht in völkischer Hinsicht als Fremde. Denn niemals war das Bewußtsein erloschen, daß auch die Bewohner der Rheinmündungen dem deutschen Volkstum zugehörten und sich von den übrigen Angehörigen des deutschen Volkskörpers nur stammesmäßig unterschieden. Auch bildeten die Niederlande zu jener Zeit noch einen Teil des Deutschen Reiches. Solche Mennoniten wurden durch den Rat der Stadt

Die deutsche Siedlungsbewegung in Posen und Westpreußen vom 16. bis 18. Jahrhundert



[Vergrößern]

Danzig auf den bisher sumpfigen Flächen des Danziger Werders seit 1547 angesiedelt und breiteten sich um 1600 auch an der Elbinger Weichsel in der Scharpau aus. Auch die Stadt Elbing setzte sie seit 1556 im Ellerwald an; dagegen war ihr Aufenthalt und ihre Betätigung in den Städten selbst mancherlei Beschränkungen unterworfen. Zahlreiche Streusiedlungen der Mennoniten entstanden ferner schon in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts im Großen Werder um Tiegenhof, im Kleinen Marienburger Werder und am Drausensee und zogen sich im Laufe des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts die Niederungen von Mewe, Marienwerder, Schwetz, Graudenz, Kulm und Thorn stromaufwärts. Im Jahre 1780 wurden im preußischen Weichselland 12.603 Mennoniten gezählt. Obwohl sie durch Abwanderung nach Südrußland eine empfindliche Einbuße erlitten, dehnten sie ihre Besitzungen von Ort zu Ort weiter aus und haben damit die ländliche Kultur der Weichseldörfer bis zur Gegenwart weithin bestimmt. In den letzten 100 Jahren sind sie mit der übrigen deutschen Bevölkerung vielfach blutsmäßig verschmolzen und würden es heute entrüstet ablehnen, wenn sie, wie es von polnischer Seite zur Irreführung des Auslandes geschieht, als Nichtdeutsche betrachtet würden. Sie sind ein eigenartiger, wertvoller Bestandteil der deutschen Bevölkerung immer gewesen und stets geblieben.



Im Danziger Werder.



Im Netzebruch.

Während des Dreißigjährigen Krieges flüchteten ferner zahlreiche Bauern und Handwerker aus Schlesien vor den Verfolgungen der Soldateska in die Städte und Dörfer des Weichsellandes; auch namhafte schlesische Dichter jener Zeit, wie Martin Opitz und Andreas Gryphius, begaben sich nach Danzig. Sie verstärkten den mitteldeutschen Einschlag, der in der Bevölkerung des Weichsellandes schon seit der Ordenszeit bestand. Eine oberdeutsche Volksgruppe trat dagegen zum ersten Male am Ende des achtzehnten Jahrhunderts an der Weichsel auf. Es waren "Schwaben", die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat in Südwestdeutschland verließen und durch Friedrich den Großen im Netzegebiet, im Kulmerlande und auf der Danziger Höhe angesiedelt wurden. Ihr Zuzug beschränkte sich auf die Jahre 1776 bis 1805 und umfaßte nur einige Tausend Siedler. Da sie geschlossen angesetzt wurden und ihre Mundart und Sitten zum Teil bis zur Gegenwart beibehielten, nehmen sie gleich den Mennoniten eine Sonderstellung unter den Deutschen des Weichsellandes ein. Weit geringer war der Einfluß, den einige schottische Einwanderer seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts in Danzig, Elbing und einigen anderen Orten blutsmäßig und kulturell ausübten. Auch Hugenotten haben sich auf ihrer Flucht aus Frankreich im Lande nicht unmittelbar niedergelassen sondern sind erst später aus ihrer neuen Heimat im östlichen Ostpreußen oder aus Pommern und der Kurmark zugezogen. Es braucht nicht betont zu

Die Verbreitung der Hauländerdörfer im Osten





Kolmar am Südrand des Netzebruches.

werden, daß es Litauer an der Weichsel niemals gegeben hat. Die Bevölkerung des Weichsellandes bestand in der Mehrzahl aus deutschen Bauern und Bürgern und neben ihnen aus je einer kaschubischen Bevölkerungsgruppe im Norden und einer polnischen Bevölkerungsgruppe im Süden von Pommerellen und im Kulmerlande.

Der deutsche Anteil an denStädten des Weichsellandes um 1772



[Vergrößern]

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Weichselraum, als er im Jahre 1772 durch Friedrich den Großen mit dem übrigen, östlichen Preußenlande wiedervereinigt wurde und erneut unter deutsche Herrschaft kam, noch eine deutsche Bevölkerungsmehrheit aufwies. Zwar waren gerade in den letzten Jahrzehnten der polnischen Zeit, besonders durch die schwedisch-polnischen Kriege und später durch den Einfall der Russen, wiederum wie im fünfzehnten Jahrhundert zahlreiche Ortschaften zerstört worden. Viele Städte hatten nicht mehr als 1.000 Einwohner. "Das Land ist wüst und leer, die Äcker ausgesogen, voll Unkraut und Gestein, die Wiesen versumpft, die Wälder gelichtet." In solchem Zustand hatten die Polen das einst so blühende Land zurückgelassen. Zum Glück war der deutsche Besitzstand in der ganzen Weichselniederung von Thorn bis Danzig, in den Gebieten um Elbing, Marienburg und Marienwerder, um Thorn und Kulm und im äußersten Westen im ganzen erhalten geblieben. Die Bevölkerung des Gebietes, das 1772 dem Königreich Preußen eingegliedert wurde, bestand je zur Hälfte aus Protestanten und Katholiken und hatte somit, da ein Teil der katholischen Bevölkerung auch deutscher Herkunft war, eine deutsche Mehrheit.

Stadt Marienburg.

Im Gegensatz zur landläufigen Vorstellung haben Friedrich der Große und seine Nachfolger wohl viel zur kulturellen Hebung des Wohlstandes und zur Beseitigung der schweren Schäden der "polnischen Wirtschaft" geleistet, aber nur im geringen Umfange Bevölkerungspolitik getrieben. Es wurden nicht allzuviel Deutsche neu angesetzt; nur wenige von ihnen kamen von außerhalb des Landes. Wenn alsbald, besonders nach den erneuten Schrecken der Napoleonischen Kriege, der Anteil der deutschen Bevölkerung ständig anwuchs, so ist diese Erscheinung darauf zurückzuführen, daß die planmäßige Förderung von Landwirtschaft und Gewerbe, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung der Lebensverhältnisse und vor allem das Ende des Kampfes gegen die deutsche Volksgruppe ihre natürliche Vermehrung angeregt haben. Eine Unterdrückung der polnischen und kaschubischen Volksgruppen kann dagegen der preußischen Regierung, besonders des neunzehnten Jahrhunderts, nur mit Unrecht vorgeworfen werden. Das Gegenteil wäre statthaft. Denn gerade die sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen der preußischen Regierung haben der polnischen und der kaschubischen Bevölkerung in der neu eingerichteten Provinz Westpreußen erst die Bildung eines gesunden Bauerntums und eines bürgerlichen Mittelstandes ermöglicht. Der

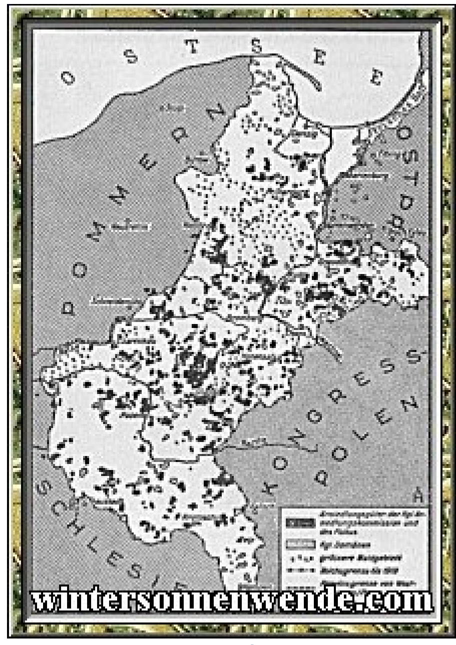
Die Wirtschaftsbelebung im unteren Weichselland unter Friedrich II.



[Vergrößern]

Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Landes ist daher auch nicht zurückgegangen sondern gestiegen. Er betrug im Regierungsbezirk Danzig 1831 nur 24 v.H., dagegen 1890 schon 28 v.H. und im Regierungsbezirk Marienwerder 1831 nur 34 v.H. und 1890 bereits 40 v.H. Volkstum und völkische Leistung stehen in wechselseitiger Beziehung. Jede Volksgruppe bestimmt Umfang und Art der kulturellen Arbeit, die von ihren Angehörigen geleistet wird. Die Höhe dieser Leistung, die Blüte städtischen und bäuerlichen Lebens beeinflußt aber wiederum die zahlenmäßige Vermehrung und die artmäßige Besserung der gleichen Volksgruppe. Je weniger eine Volksgruppe kulturell leistet, umso geringer ist sie an Zahl und Geltung; je mehr sie Vorbildliches schafft, desto mehr übt sie auch auf die volksfremde Bevölkerung eine starke Anziehungs- und Angleichungskraft aus und nimmt selbst an Zahl, Bedeutung und Selbstbewußtsein zu. Gerade die weitgehende Anpassung an den deutschen Kulturstand hat die polnische und die kaschubische Bevölkerung in der Provinz Westpreußen im neunzehnten und im beginnenden zwanzigsten Jahrhundert an Volkszahl, Besitzumfang, Wohlstand und Bildung gefördert.

Die Siedlungstätigkeit Preußens seit 1870



[Vergrößern]

Bei der letzten Volkszählung vor dem Weltkriege 1910 betrug die Einwohnerzahl der Provinz Westpreußen nach den auch von polnischer Seite veröffentlichten Angaben 1.703.474 Personen. Von ihnen gaben 1.097.943 deutsch, 475.853 polnisch, 107.199 kaschubisch und der Rest deutsch und eine andere Sprache als Muttersprache an. Die Bevölkerung bekannte sich somit mit 65 v.H. zur deutschen und nur 35 v.H. zu einer der slawischen Muttersprachen. In der Provinz Westpreußen lag somit eine überwiegende deutsche Mehrheit vor. Das gleiche war in den beiden Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder der Fall. Im Regierungsbezirk Danzig bekannten sich 532.620 Personen (72 v.H.) zur deutschen und nur 102.080 (14 v.H.) zur polnischen und 100.148 (14 v.H.) zur kaschubischen Muttersprache. Im Regierungsbezirk Marienwerder hatten 565.323 (59 v.H.) deutsche, 373.773 (39 v.H.) polnische und 7.051 (2 v.H.) kaschubische Muttersprache.

Es bekannten sich ferner zur deutschen Muttersprache in der Stadt Elbing 100 v.H., in der Stadt Danzig 97 v.H., in der Stadt Graudenz 85 v.H. und in Thorn 66 v.H. Nur in wenigen Städten gab es eine Mehrheit mit nichtdeutscher Muttersprache. Es war somit ungerecht und eine vertragswidrige Verfälschung des feierlich zugesicherten Selbstbestimmungsrechts der Völker, wenn die Bevölkerung der Provinz Westpreußen in ihrer Gesamtheit nicht nach ihrem Willen gefragt und ohne Rücksicht auf die geschichtlich gewordenen Lebenszusammenhänge gebietsmäßig willkürlich auseinandergerissen wurde. Die Abstimmung ist in dem größten Teile Westpreußens unterblieben, weil die Polen ein für sie selbst ungünstiges Ergebnis einer solchen Volksbefragung vorausgesehen haben dürften. Denn nicht nur in der Gesamtheit der Provinz sondern auch in ihren Polen zugeteilten Teilen war eine deutsche Mehrheit schon allein nach der Muttersprache vorhanden.

Der deutsche ländliche Grundbesitz in Posen und Westpreußen im Jahre 1910



[Vergrößern]

In dem vom Deutschen Reich abgetrennten Gebieten der Provinz Westpreußen standen sich 1910 736.721 (57 v.H.) Personen mit deutscher und 557.664 (43 v.H.) mit polnischer oder kaschubischer Muttersprache gegenüber; in den abgetrennten Gebieten des Regierungsbezirkes Danzig waren es sogar 418.559 (67 v.H.) Personen mit deutscher und nur 204.651 (33 v.H.) Personen mit polnischer oder kaschubischer Muttersprache. Auch in dem abgetrennten Teil des Regierungsbezirkes Marienwerder standen nur 353.013 (52 v.H.) Personen mit polnischer oder kaschubischer Muttersprache einer Gruppe von 318.162 (48 v.H.) Personen mit deutscher Muttersprache gegenüber.

Diese Ziffern lassen jedoch nicht das deutsche Volkstum im Weichsellande in seinem vollen Umfang erkennen. Denn wie **eine Volksabstimmung, die im Jahre 1920 im Bezirk von Marienwerder und im südlichen Ostpreußen** durchgeführt wurde, gezeigt hat, ist die Angabe dieser oder jener Muttersprache im Jahre 1910 nicht dem politischen Bekenntnis zu einem Volkstum gleichzusetzen. Während die Zählung der Bevölkerung nach Muttersprachen in Masuren ein Überwiegen der Gruppe mit masurischer Muttersprache ergeben hatte, hat gerade dort fast die gesamte Bevölkerung zu 97 v.H. für das Verbleiben ihrer Heimat zum Deutschen Reich sich entschieden. **In Masuren haben 86 v.H. der Bevölkerung mit masurischer Muttersprache und in den westpreußischen Abstimmungsgebieten 50 v.H. der Bevölkerung mit polnischer oder kaschubischer Muttersprache für Deutschland gestimmt.** Es ist somit anzunehmen, daß auch in Pommerellen und im Kulmerlande bei einer Abstimmung mindestens die Hälfte der Bevölkerung, die im Jahre 1910 das Polnische oder Kaschubische als Muttersprache für sich angegeben hatte, ein Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt haben würde.



Posen - Kaiserschloß, erbaut 1905 bis 1910 von Schwechten.

Die obigen Zahlen über die Verteilung der Volksgruppen in den ohne Abstimmung abgetrennten Gebieten sind demnach erheblich zu berichtigen. Bei einer Abstimmung im Weichselkorridor, also in den Gebieten, die ohne Befragung der Bevölkerung vom Deutschen Reiche abgetrennt wurden, würden im Jahre 1920 nicht nur 57 v.H. der Bevölkerung mit deutscher Muttersprache sondern auch noch mindestens die Hälfte der Bevölkerung mit polnischer oder kaschubischer Muttersprache, also weitere 22 v.H., somit im Ganzen 79 v.H. für Deutschland sich entschieden haben. Die vom Regierungsbezirk Danzig abgetrennten Gebiete würden eine deutsche Mehrheit von 84 v.H., die vom Regierungsbezirk Marienwerder abgetrennten Gebiete würden eine deutsche Mehrheit von 74 v.H. gehabt haben. Dabei ist bei dieser Berechnung noch der für Deutschland ungünstigste Fall angenommen. Mindestens drei Viertel, wahrscheinlich vier Fünftel der Bevölkerung des Weichsellandes sind somit durch den Machtspruch von Versailles vergewaltigt worden. Selbst wenn von dieser Zahl die Bevölkerung im späteren Gebiet der Freien Stadt Danzig abgerechnet werden würde, hätte eine Abstimmung nur in den der Republik Polen zugeteilten Gebieten schlecht gerechnet eine deutsche Mehrheit von 56 v.H. ergeben. Es muß aber berücksichtigt werden, daß die ungerechtfertigte und sinnlose Zerreißung des ganzen Weichsellandes der gesamten Bevölkerung der früheren Provinz Westpreußen schwersten Schaden gebracht hat. Denn bei einem engen wirtschaftlichen, kulturellen und familiären Zusammenhang, der zwischen allen Teilen des Landes seit jeher bestanden hat, wurden die Gebiete um Elbing,



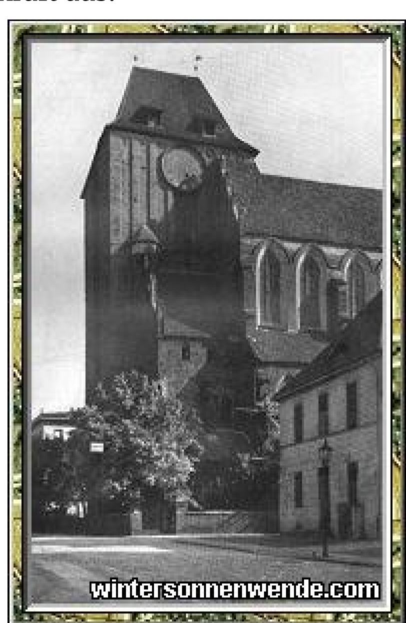
Posen - Kaiserschloß.
Posen ist als Handelsstadt an der Straße Berlin - Frankfurt an der Oder - Warschau entstanden und zeigt auf dem westlichen Wartheufer heute noch den Kern der deutschen Stadtgründung.

Marienburg, Marienwerder von dem Versailler Gewaltakt nicht weniger betroffen als die Bevölkerung im Gebiet der Freien Stadt Danzig und auch im Bereich der späteren Wojewodschaft Pomorze.



Rathaus in Posen, Renaissancebau aus dem 16. Jahrhundert.

Die politische Aufteilung des Weichsellandes war das erste Unrecht, das die Westmächte angeblich zugunsten Polens der dortigen deutschen Volksgruppe und damit auch dem gesamten deutschen Volke zugefügt haben. An dem zweiten Unrecht, das sie erleiden mußte, waren die Polen allein schuldig. Sie haben bereits in den ersten Jahren ihrer Herrschaft aus den von ihnen unrechtmäßig besetzten Gebieten des Weichsel- und Warthelandes mehr als 1.000.000 Deutsche vertrieben. Es wurde hier die größte Völkerwanderung erzwungen, welche die Geschichte Mitteleuropas bisher *[Anm d. Scriptorium: d. h. bis zum Jahre 1939]* aufzuweisen gehabt hat. Nur dieser erneuten Gewalttat ist es, abgesehen von der anzuzweifelnden Gültigkeit der späteren polnischen Volkszählungen, zuzuschreiben, wenn diese in den letzten Jahren eine starke polnische Mehrheit in Pommerellen und im Kulmerland erbracht haben. Denn die Vertreibung der Deutschen wurde zahlenmäßig durch ein weiteres, drittes Unrecht am Weichsellande ausgeglichen, durch die Herbeiziehung von kulturell tiefstehenden Siedlern aus Galizien und den östlichen Gebieten des polnischen Staates. Das völkische Gesicht des Weichsellandes wurde in den polnisch beherrschten Teilgebieten zwangsweise osteuropäisiert. Dagegen ist das Deutschtum im Danziger Lande und in den dem Deutschen Reich verbliebenen Bezirken an Zahl und kultureller Leistungsfähigkeit spätestens seit 1933 erheblich gesteigert worden; es übt auch auf die abgetrennten Landschaften und auf die dort verelendenden deutschen Volksgruppen eine wachsende Anziehungskraft aus.



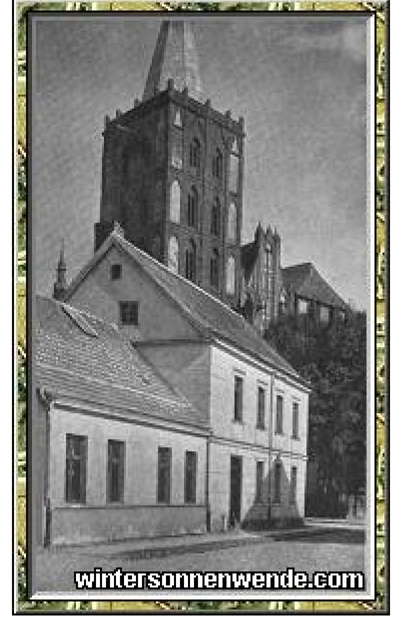
Mächtiger deutscher Kirchenbau in Thorn.

Der einzigartigen Bedeutung, welche das deutsche Volkstum im Weichsellande seit jeher besessen hat, entspricht seine kulturelle Leistung. Selbst wenn alle anderen Quellen von der Anwesenheit der deutschen Siedler in den Städten und Dörfern des Weichsellandes schweigen sollten, würden ihre Werke von ihnen zeugen, und zwar nicht nur von ihrem Dasein sondern auch von ihren überragenden Fähigkeiten. Denn alles, was von menschlicher Arbeit aus jenen fernen Jahrhunderten erhalten ist, ist allein ihnen zu verdanken. Es gibt kein Baudenkmal und kein Kunstwerk, keinen Kanal und keinen Deich, keine Burg und keine Kirche, keinen Stadtgrundriß und keine Dorfanlage, die nicht von Deutschen geschaffen sind. Vor ihrer Ankunft war das Land, soweit nicht noch der Boden die Schätze ostgermanischer Kultur verbarg, wüst und leer. Es ist auch später keine einzige kulturelle Leistung von anderen als von Deutschen vollbracht worden. Wer an jenen Tatsachen zweifeln sollte, braucht nur einmal auf einer Reise durch das Weichselland stromaufwärts von der Wahrheit dieser Behauptung sich zu überzeugen. Schon die Mündung der Weichsel bei ihrem alten Ausfluß bei Weichselmünde oder bei ihrem Durchbruch durch die Dünen im Jahre 1840 oder bei ihrem Durchstich bei Schiewenhorst aus dem Jahre 1895 oder bei der Stelle, bei der die Elbinger Weichsel in das Frische Haff fließt, sind durch deutsche Hände geregelt, wenn nicht erwirkt worden. Deutsche Wasserbauer haben den Strom in Deiche eingezwungen und jahrhundertelang durch sie das Land, soweit es möglich war, gegen Überschwemmungen geschützt; sie haben den westlichen Teil des Frischen Haffes, der einst bis nach Danzig reichte, eingedämmt und trockengelegt und damit im wahrsten Sinne des Wortes sogar erst das Land geschaffen, auf dem



Vorlaubenhaus in Taunsee in der Danziger Niederung.

heute deutsche Dörfer stehen. Sie haben die Radaune von Praust nach Danzig geleitet, damit sie dort Mühlen trieb und die Graben der Burg und Stadt bewässerte. Sie haben ähnliche Mühlengräben bei Marienburg und Marienwerder angelegt. Sie haben die gesamte Niederung im oberen Laufe der Weichsel bis nach Thorn hin sowie den Netzebruch urbar gemacht. Deutsche Bauern haben die Felder in Fluren geteilt und die Urwälder gerodet. Überall zeigt die Landschaft des Weichsellandes den ordnenden Sinn des deutschen Menschen. Ein Schritt über die Grenze nach Süden, nach Polen hinein, und alles schaut anders aus.



Backsteinkirche in Kulm.

Die Deutschen haben die Mehrheit der Dörfer und Güter begründet, die Ausmaße ihrer Höfe und Häuser, ihrer Wiesen und Äcker abgesteckt. Sie haben die älteren Ortschaften, wo sie solche vorfanden, nach deutscher Art umgelegt; nur auf dem unfruchtbaren Boden der Kaschubei finden sich noch Siedlungen, die von den Deutschen nicht umgestaltet worden sind. Denn jene Sandflächen wurden den Pomoranen überlassen. Es gibt wenige Gebiete in Deutschland oder sogar in Mitteleuropa und keines in Osteuropa, das an der Pracht seiner Bauernhäuser mit dem Weichselland wetteifern kann. Die Vorlaubenhäuser der Weichselniederung mit ihrem schwarz und weiß gemusterten Fachwerk sind ein Kennzeichen der Landschaft und gehen, wie wohl mit Recht vermutet wird, auf ostgermanische Vorbilder zurück. Das Straßendorf oder das Angerdorf werden überragt von der Pfarrkirche, die meist in Backstein ausgeführt und mit trutzigem Turm versehen ist. In den Gutssiedlungen bildet das Herrenhaus den Mittelpunkt der Ortschaft; nicht selten ist es schloßartig ausgebaut, wie in Finkenstein bei Rosenberg.



Alte Backsteinkirche in Bromberg.

Neben den Dörfern und Gütern ziehen die Städte die Aufmerksamkeit des Reisenden auf sich. Eine Kette unvergleichbarer Städte reiht sich zu beiden Seiten

Anm. d. Scriptorium, 2005: Und nachdem Polen die Weichselbefestigungen seit 1945 vernachlässigt und sich dadurch Hochwasser-katastrophen selbst eingehandelt hat, sind es **wieder bzw. noch immer die Deutschen**, die bei Überschwemmungen mit Geld- und Sachspenden einspringen und den Schaden in dem durch polnische Mißwirtschaft verkommenen, einst deutschen Land aus eigener Tasche beheben helfen! Man denke nur an das Hochwasser im Juli 2001: "**Mit Spenden und umfangreichen Hilfstransporten unterstützen die Hilfsorganisationen aus Nordrhein-Westfalen die Hochwasseropfer in Polen...**" Wir kommen nicht umhin, zu fragen, ob Polen im umgekehrten Falle Deutschland wohl auch so großzügig geholfen hätte?

Die Bevölkerungsdichteim unteren Weichselland

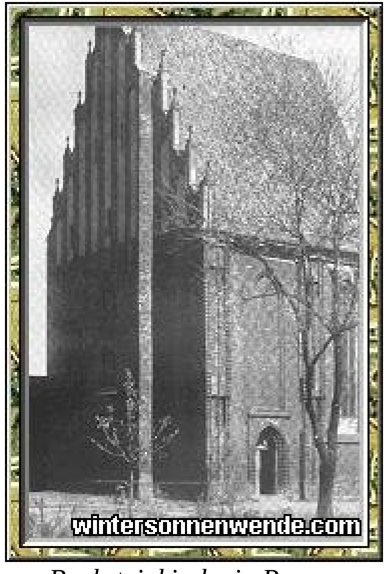


[Vergrößern]

des Stromes aneinander, an seiner Mündung liegen Danzig und Elbing, die Umschlagplätze der Hanse, auf dem östlichen Ufer der Nogat und der Weichsel die Trutzburgen in Marienburg und Marienwerder. Ihnen gegenüber ragen am Abhange der pommerellischen Hochflächen Dirschau, Mewe, Neuenburg empor. Weiter südlich grüßen sich über den Strom hinweg Graudenz, Schwetz und Kulm, und endlich bildet das turmreiche Thorn den würdigen Abschluß an der südlichen Pforte nach Polen hin. Diese Städte waren einst wehrhaft mit ihren Mauern, Türmen und Toren, wie sie noch in Danzig und Thorn erhalten sind. Die Speicher in Danzig, Elbing und Graudenz zeugen von ihrem Handel. Die Burgen und Burgtürme in Marienwerder, Mewe, Graudenz und Schwetz künden von dem Machtbewußtsein ihrer Landesherren. Auch die Landschaften, die von der Weichsel weiter entfernt sind, waren durch Burgen geschützt, wie sie in Schlochau und in Rheden, in Bütow, das lange Jahrhunderte auch zum Weichsellande gehörte, und in Gollub noch vorhanden sind.



Hohe Speicher an der Mottlau in Danzig.



Backsteinkirche in Posen.

Die Pfarrkirchen, unter ihnen in Danzig St. Marien, St. Katharinen, St. Johann, in Elbing St. Nikolai und St. Marien, in Marienwerder der Dom, in Thorn St. Johann und St. Marien, sind mit edelsten Kunstwerken, Altären, Grabsteinen, Gittern und Leuchtern geschmückt. Die Kirchen der großen Klöster, wie **Oliva** und Pelplin, stehen ihnen in keiner Hinsicht nach; auch viele Dorfkirchen beherbergen ungewöhnliche künstlerische Erzeugnisse, deren Wert auch den Einheimischen oft unbekannt ist. Die Rathäuser in Danzig, Thorn und Marienwerder, die Große Mühle und der Große Kran in Danzig, die Zeughäuser und Bürgerhäuser derselben Städte gelten seit alters als hervorragende Beispiele deutscher Baukunst und Technik. In den kleineren Städten ist vieles nur ein Abglanz von der Kunst und dem Kunstgewerbe der kulturell führenden Orte; aber ihr Gepräge ist nicht minder deutsch zu allen Jahrhunderten gewesen. Wenn übereifrige Fanatiker versucht haben, den polnischen Ursprung dieser oder anderer Gebäude im Weichsellande daraus zu erweisen, daß sie Bauten in Krakau oder Warschau gleichen, so übersehen sie bewußt oder aus geschichtlicher Unkenntnis,



Backsteinkirche in Pelplin, von den Zisterziensern im 13./14. Jahrhundert als eine der bedeutendsten gotischen Kirchen des Ordenslandes errichtet.



Turm der Danziger Marienkirche.



Rathaus von Thorn. Die Anfänge des Baues gehen in das 13. Jahrhundert zurück.

daß deutsche Meister seit jeher in polnische Städte gerufen worden sind. Gerade Danziger Künstler, Baumeister, Bildhauer, Silberschmiede und Maler haben ebenso wie die Buchdrucker in Danzig und in Thorn maßgebende Werke des vermeintlich polnischen Geisteslebens gefertigt.

Die deutschen Künstler, die in den Städten und auf den Burgen des Weichsellandes gearbeitet haben, stammten ebensogut aus dem Preußenland wie aus anderen Gebieten Deutschlands. Sie sind noch mehr und noch weiter gewandert als die bürgerlichen und bäuerlichen Siedler. Dichter und Gelehrte wanderten ein; sie alle haben das Weichselland zu einem unabtrennbaren Bestandteil des großdeutschen Kulturraumes gemacht. Das Weichselland hat reichlich vergolten, was ihm von auswärts beschert wurde. Es sei nur an den Thorner Nikolaus Coppernicus und den Danziger Arthur Schopenhauer erinnert; beide entstammten altansässigen deutschen Familien und haben die geistige Entwicklung nicht nur des deutschen Volkes sondern der gesamten Menschheit befruchtet. Auch Andreas Schlüter nannte sich einen Danziger, und die Nennung aller der hervorragenden, für die deutsche Geistesgeschichte bedeutsam gewordenen Männer und Frauen, die in den kleineren Orten an der Weichsel beheimatet waren, würde viele Seiten füllen. Niemals aber hat ein Pole das Antlitz des Landes künstlerisch gestaltet, niemals einen geistigen und kulturellen Einfluß auf die Bevölkerung ausgeübt und nicht ausüben können, weil die Kulturtragenden und -empfangenden, die Deutschen, seine Sprache gar nicht verstanden haben. Denn das Polnische wurde in den Städten höchstens als Fremdsprache von den Kaufmannssöhnen aus geschäftlichen Rücksichten gelernt.



Die mächtige Ordensburg Mewe.

Es ist für den Kenner der Geschichte überflüssig, über einen etwaigen Vorrang deutscher und polnischer Kultur im Weichsellande zu streiten; denn da es keine polnische Kultur in ihm jemals gegeben hat, kann sie auch keinen Vorrang gehabt haben. Es sind Geschichtsfälschungen übelster Art, wenn neuerdings Werke deutscher Kunst in Darstellungen der polnischen Kunst- und Kulturgeschichte veröffentlicht werden oder wenn Männer wie Daniel Chodowiecki, der trotz seinem polnischen Namen nicht polnisch sprechen konnte, zu einem polnischen Geisteshelden gestempelt werden. Wirkliches polnisches Wesen hat im Weichsellande erst nach seinem Raub im Jahre 1920 um sich gegriffen. Denn nie wird sich das deutsche Volk zu dem "Wunder" von Gdingen oder zu den "Poniatowkis", den Hütten der neuen galizischen Siedler, bekennen wollen. Sie wirken auf jeden, der einen unverbildeten Sinn für die Eigenart natürlich gegebener und geschichtlich gewordener Landschaft besitzt, als störende Fremdkörper; sie sind nicht nur undeutsch, sie sind auch unweichselländisch. Denn es gilt immer noch das Wort, das der Danziger Ratsherr Johann Fürst im Jahre 1552 dem polnischen Großmarschall entgegengeschleudert hat: Mein Herr, der Erdboden im Lande kann es nicht leiden, wenn die Polen über die Deutschen - und fügen wir hinzu: über ihr deutsches Land - regieren sollen oder Gewalt an ihm üben.



Das politische Schicksal des Weichsellandes
Erich Maschke

Wer das politische Schicksal des Weichsellandes nur in den letzten Jahrhunderten betrachtet, möchte vielleicht auf den Gedanken kommen, daß der mehrfache Wechsel deutscher und polnischer Herrschaft, den es erfuhr, für seine geschichtliche Stellung überhaupt bezeichnend sei und es nach Lage und Geschichte keinem der beiden Völker ganz gehöre. Doch der Blick, der über die nächste Vergangenheit zurückschweift, erkennt sogleich, daß dem nicht so ist. Über Jahrhunderte und

Jahrtausende hinweg hat das Weichselland nur **eine** dauerhafte und organische politische Bindung gehabt: es gehört in die große Linie der nordisch-germanisch-deutschen Überlieferung hinein. Was von ihr abweicht, ist im mächtigen Zuge der Geschichte belanglos.

Das deutsche Weichselland. [*Vergrößern*]

Gehört das Land westlich der unteren Weichsel wie auch teilweise östlich derselben schon in der jüngeren Steinzeit (etwa 4000 bis 2000 vor der Zeitwende) zu einem nordischen Kulturkreise, der Südschweden, Dänemark, Schleswig-Holstein, Nord- und Ostdeutschland umfaßte, so gilt etwa der gleiche Raum- und Kulturzusammenhang auch in der folgenden Bronzezeit. In ihrem letzten Abschnitt (etwa seit 1200) zeigt sich, ganz Norddeutschland bis an die Weichsel umfassend und gelegentlich noch über sie hinaus nach Osten reichend, eine Bevölkerung, die schon eindeutig als germanisch bezeichnet werden kann und einer Herkunft mit den Germanen Skandinaviens und Dänemarks ist. Gleichzeitig wirkt sich von Süden her die sogenannte Lausitzer Kultur aus, die vor allem Süddeutschland und Polen umfaßt und wohl illyrischen, gewiß aber nicht urslawischen Stämmen zuzuweisen ist. Mit der Eisenzeit tritt die germanische Lebenseinheit im Weichselraume stets deutlicher hervor. Immer wieder nimmt dieser neue Zuwanderer aus dem Norden auf. Wanderten frühe ostgermanische Stämme, die sich hier bildeten, nach dem Süden ab, so rückten seit etwa 150 vor der Zeitwende neue ostgermanische Stämme in den altgermanischen Siedlungsraum des unteren Weichsellandes ein: Burgunder, Rugier und Vandalen, denen dann nach ihrem Abzuge in der sogenannten Römischen Kaiserzeit, den ersten Jahrhunderten nach der Zeitwende, die Goten folgten. Ihr Teilstamm der Gepiden siedelte westlich der Weichsel, während die eigentlichen Goten östlich derselben bis über die Passarge hinaus ihre Sitze einnahmen. Hatte der ostgermanische Siedelraum schon Jahrhunderte hindurch die Gebiete von Weichsel, Netze und Warthe umfaßt, so dehnte er sich im Laufe der ersten nachchristlichen Jahrhunderte immer mächtiger aus, so daß die Weichsel in ihrem Gesamtverlauf geradezu als Achse des ostgermanischen Lebensbereiches erscheint.

Auch die Goten wanderten in der sogenannten Völkerwanderungszeit nach Süden ab. Gaben sie ihre alten Sitze auch nicht völlig auf, so daß Teile von ihnen zurückblieben und in der späteren Bevölkerung aufgingen, so entstand doch in der Zeit vom sechsten bis achten Jahrhundert im unteren Weichselraume eine völlige Siedlungsleere. Die germanische Zuwanderung von Norden hörte hiernach mit einer Ausnahme auf: denn im neunten bis zwölften Jahrhundert erschienen die Wikinger, die als Händler und Krieger von der Küste her tief in die Flüsse nach Süden vordrangen. An sie schließt noch zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts die dänische Ausdehnung im Ostseeraume an, die auch das Samland erreichte, doch wurde sie sogleich von der deutschen Ostbewegung abgelöst.

Diese Jahrtausende germanischer Geschichte im Weichsellande wie in ganz Ostdeutschland gehören zum stolzesten Inhalt germanisch-deutscher Vergangenheit, doch haben sie im Hinblick auf den weiteren Verlauf der politischen Geschichte im Weichsellande noch eine besondere Bedeutung. Anders als in unserer Zeit moderner Technik schlossen sich früher sowohl Wanderungen wie Staatenbildungen an die natürlichen Bedingungen der engeren und weiteren Landschaften und Räume an. Es beweist daher die eigentlichen organischen und naturgemäßen Zusammenhänge, in die der Weichselraum eingefügt ist, wenn er als Randzone der Ostsee, als Bestandteil der norddeutschen Tiefebene, die uraltes germanisches Heimatland sind, erscheint, aber niemals vom ostmitteleuropäischen Binnenlande, den späteren slawischen Siedlungsgebieten, aus besiedelt oder politisch gestaltet worden ist. Schon in den langen Jahrtausenden der Vorgeschichte gehörte das Weichselland also in den gleichen raumpolitischen Zusammenhang, in den es dann durch deutsche Staatsbildungen von neuem hineingestellt wurde. Ferner zeigen die verschiedenen germanischen

Landnahmen im Weichsellande, daß dieses zu beiden Seiten des Stromes eine historische Einheit bildete, die nur vorübergehend unvollständig war, wenn Wanderungen sich an der Weichsel stauten.

Ein solcher Zustand, der die Weichsel zur Völker- und Staatsgrenze machte, trat nach dem Abwandern der Germanen ein. Denn langsam sickerten nun Slawen in das Land westlich der unteren Weichsel ein. Wann sie kamen, ist ungewiß, denn eine lange Zeit der Fundleere zeigt, daß sie friedlich in einen fast verlassenen Raum einrückten, in den sie vor dem siebenten Jahrhundert nicht gekommen sein können. Von Osten her aber wanderten die baltischen, also nichtslawischen Preußen, die sich in einer Jahrhunderte alten Siedlungskontinuität gebildet hatten, wohl schon seit dem fünften Jahrhundert nach Westen über die Passarge bis an die Weichsel. Doch wurde diese auch jetzt nur vorübergehend zur Völkerscheide, denn als der deutsche Orden den Kampf um Preußen aufnahm, hatten die Preußen bereits begonnen, die Weichsel zu überschreiten und in Pommerellen vorzudringen. Doch war der Strom im Beginn des dreizehnten Jahrhunderts politische Grenze.

Die Slawen, die langsam sich im westlichen Weichsellande ansiedelten, bildeten den Stamm der Pomoranen, das heißt der "Am Meere Wohnenden". Ihre Geschichte ist beherrscht vom Kampfe gegen Polen. Wenn polnische Forscher in Pommern eines der polnischen "Mutterländer" und in den Pomoranen einen der ursprünglichen Stämme sehen wollen, die zum polnischen Volke zusammenwuchsen, so ist die ganze Geschichte des pomoranischen Stammes bis zum Aufgehen in der deutschen Herrschaft ein einziger Widerspruch gegen jene These. Die Warthe-Netzeregion war das Grenzgebiet, in dem die Pomoranen ihre Freiheit gegen das polnische Machtstreben zu verteidigen hatten. Die Ausgrabungen in der Burg Zantoch am Zusammenfluß von Netze und Warthe haben dem Boden die Zeugnisse dieses jahrhundertelangen erbitterten Kampfes entrissen. Die Netze aufwärts lag zwischen diesem Flusse im Süden, der Küddow im Westen, der Weichsel im Osten und Dobrinka und Kamionka im Norden eine ursprünglich zu Pommerellen gehörige Landschaft, die den bezeichnenden Namen "Kraina" (Grenzmark) führte. Wie die Netzeline auf das Weichselknie von Fordon hinführt, so stand auch geschichtlich das Netze-Wartheland in einer notwendigen Verbindung mit dem politischen Schicksal des Weichsellandes. Zunächst war die Region von Netze und Warthe als Kampffeld für das Ringen zwischen Pomoranen und Polen, so daß hier auch über die politische Südgrenze des westlichen Weichsellandes entschieden wurde. Sodann aber wurde die gleiche Linie wirksam für das Wachstum der deutschen Staaten, die entweder auf das Weichselland von Westen her zustrebten oder von ihm aus nach Westen hin die Rückverbindung zur älteren deutschen Staatenwelt suchten: die Askanier und den deutschen Orden.

Die politische Lage im Osten um 1000



[Vergrößern]
Die Grenze des polnischen Sprachgebietes, die nach Norden hin die Netzelinie nicht überschreitet, ist nach polnischen Forschungen eingezeichnet. Das polnische Sprachgebiet hat nie die Ostsee erreicht.

Ein Vorstoß polnischer Fürsten über den Grenzraum der Warthe und der Netze gelang nur gelegentlich und nur vorübergehend. Der erste christliche Herrscher Polens, Misika (gestorben 992), hat - als Lehnsmann des deutschen Königs wohl im Einverständnis mit diesem und seinen Markgrafen - den Widerstand der Pomoranen wohl gebrochen, doch erst sein Nachfolger Boleslaw der Kühne vermochte einen Einfluß auszuüben, der bis an die Küste reichte. Nach wenigen Jahrzehnten ist selbst von diesem oberflächlichen Einwirken keine Rede mehr. Erst Boleslaw Schiefmund (1107 bis 1138) unterwarf das westliche Pommern, während er im östlichen Pommern kaum die Küste erreicht haben dürfte. Doch selbst wenn das der Fall war, blieb die polnische Herrschaft über das westliche Weichselland ebenso oberflächlich wie kurzfristig, machten ihr doch die inneren Wirren, die nach dem Tode des Herzogs infolge der Teilung Polens

unter seinen Söhnen ausbrachen, schnell wieder ein Ende. Dagegen gelang es Polen, in diesen Kämpfen die Netzelinie zu gewinnen. Um was es damals den Polen und ihren nördlichen slawischen Nachbarn ging, hat ein polnischer Chronist treffend ausgesprochen: "Die Polen erstrebten den Ruhm, die Pomoranen verteidigten ihre Freiheit."

Einen gewissen politischen Einfluß wahrte sich Polen allerdings auch weiterhin durch die kirchliche Organisation, durch die Pommerellen seit 1123 beziehungsweise 1148 dem Bistum Kujawien (Sitz: Leslau an der Weichsel), die Gegend zwischen Küddow, Netze und Brahe dem Erzbistum Gnesen unterstellt wurden. Doch konnten diese die politische Entwicklung nicht tiefer beeinflussen, wie die staatliche Unabhängigkeit Ostpommerns seit der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts beweist.

Lassen sich für diese Zeit auch nur wenige geschichtliche Einzelheiten erkennen, so ist doch gewiß, daß das östliche Pommern unter einer eigenen Dynastie, den Samboriden, seine Unabhängigkeit zurückgewonnen hatte. Als Ostpommern oder Pommerellen bildete das westliche Weichselland einen Staat, der seine Selbständigkeit in politischer Hinsicht gegen Polen sorgsam wahrte, sich aber kulturell und blutsmäßig gern der deutschen Einwanderung erschloß. Hatte Mestwin I. (gestorben 1220) Pommerellen unter seine vier Söhne geteilt, so ragte unter diesen nur der älteste, Swantopolk (1220 bis 1266), hervor. Er nahm den Herzogstitel an, um seine Unabhängigkeit gegenüber Polen zu unterstreichen. Er, der Herr der Gebiete von Danzig und Schwetz wurde, mußte sich nun mit der Tatsache auseinandersetzen, daß östlich der Weichsel sich politische Änderungen von weitreichender Bedeutung anbahnten.

Die politische Lage im Osten Anfang des 13. Jahrhunderts



[Vergrößern]

Im Winter 1225/1226 hatte der polnische Teilfürst Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe gegen die heidnischen Preußen gebeten, deren er sich nicht mehr aus eigener Kraft erwehren konnte. Gleich anderen polnischen und pommerschen Fürsten hatte auch Konrad eine gewaltsame Unterwerfung und Missionierung der Preußen versucht, sie aber damit nur gereizt, so daß er schon das damals polnisch besiedelte Kulmerland an sie verloren hatte. Der Deutsche Orden sollte für seinen Einsatz im Kampf dieses Kulmerland, das zwischen Weichsel, Drewenz und Ossa lag, erhalten sowie alles Land, das er in Preußen erobern könne. Nach mehrjährigen, des öfteren unterbrochenen Verhandlungen hatte der Hochmeister des Ordens, Hermann von Salza, die völlige politische Unabhängigkeit des künftigen Ordensstaates gegenüber seinen Nachbarn hergestellt, so daß die Brüder im Jahre 1230 den Kampf um Preußen aufnahmen.



Thorn, 1231 vom Deutschmeister Hermann Balk gegründet und 1233 mit Kulmischem Stadtrecht ausgestattet, war im Mittelalter eine blühende Hansestadt.

Von ihren ersten Burgen aus, von Thorn und Kulm, fuhren sie zu Schiff die Weichsel hinab und von dieser aus nach Osten in das Innere des Landes. Nachdem sie die Küste erreicht und im Jahre 1237 Elbing gegründet hatten, folgten sie der Haffküste nach Osten und konnten nun auch von hier aus in das Innere der preußischen Stammesgebiete vordringen. Nach unendlichen Mühen, die mehrfach, so besonders durch den großen, im Jahre 1260 ausbrechenden Aufstand, durch die Erhebungen der schon Unterworfenen hinfällig wurden, war die Eroberung der preußisch besiedelten Landschaften östlich

der Weichsel noch vor dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts beendet. Wo vorher eine Anzahl einzelner Stämme nebeneinander gehaust und gegeneinander gekämpft hatten, ohne sich zu einer höheren Staatsform zusammenzufinden, da erstreckte sich jetzt der preußische Ordensstaat, der durch den straffen Aufbau der Bruderschaft selbst gleichfalls wohl geordnet und schlagkräftig war, wie kaum ein anderer Staat in Europa. War die Eroberung des Landes nach dem allgemeinen Denken des Abendlandes zu jener Zeit durch die Missionierung der Unterworfenen gerechtfertigt, so erhielt die Errichtung des deutschen Staates östlich der unteren Weichsel seine tiefste Rechtfertigung doch erst durch seine kulturelle Leistung, von der an anderer Stelle die Rede ist.

Durch die Entstehung des Ordensstaates war die politische Lage an der unteren Weichsel durchaus geändert. Nicht nur war hier ein deutscher Staat entstanden. Er gehörte auch dank des Privilegs Kaiser Friedrichs II. von 1226 zum Deutschen Reich. Während seine Beziehungen zum benachbarten Masowien, dessen Herzog der Orden einst aus der Preußennot geholfen hatte, auch weiterhin sich freundschaftlich entwickelten, entstand alsbald nach dem Beginn des Kampfes um Preußen ein scharfer Gegensatz zu Herzog Swantopolk von Ostpommern, der nun östlich der Weichsel nicht mehr eine Vielzahl verhältnismäßig ungefährlicher preußischer Stämme sondern einen starken deutschen Staat zum Nachbarn hatte. Dabei war nicht der deutsche Charakter des neuen Herrn im östlichen Weichsellande dem Herzog bedenklich, stand er doch der deutschen Siedlung in seinem eigenen Lande überaus günstig gegenüber. Es war vielmehr ein staatlicher Gegensatz, der erst nach längeren Kämpfen gegen den mit den Preußen verbündeten Herzog beigelegt wurde.

Wenn es dann im Jahre 1309 zur Erwerbung Pommerellens durch den Deutschen Orden kam, so war diese Ausdehnung der Ordensherrschaft über den Strom in das westliche Weichselland keineswegs eine Gewalthandlung sondern beruhte auf Rechtsgrundlagen, deren Entstehung nicht leicht zu übersehen, an deren Verbindlichkeit für den Orden aber nicht zu zweifeln ist.

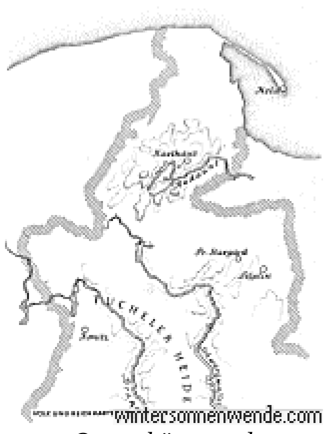
Das Danziger Rathaus am Langen Markt.

Innere Gegensätze zwischen Herzog Swantopolk und seinen Brüdern, zwischen seinem Sohne Mestwin II. und dessen Oheimen und endlich zwischen Mestwin und seinem Bruder Wartislaw bahnten den brandenburgischen Askaniern wie dem Deutschen Orden den Weg ins westliche Weichselland. Während die Brüder das verständliche Bestreben hatten, sich eine Rückverbindung nach Deutschland auf dem Landwege aufzubauen, deren sie für Kreuzfahrer und Siedler bedurften, drängten die Askanier, das bedeutendste nordostdeutsche Fürstengeschlecht dieser Zeit, über die Oder und strebten durch das Land Stargard und die Uckermark der westpommerschen, durch die Neumark der ostpommerschen Ostseeküste zu. In verschiedenen innerpolitischen Verbindungen suchten nun die einzelnen ostpommerschen Fürsten sich durch Versprechungen und Gebietsabtretungen die Bundes-genossenschaft einerseits der Askanier, andererseits des Ordens zu sichern.


Die Ausdehnung des Deutschen Ordens bis 1410



[Vergrößern]



Ostseeküste und Pommersche Seenplatte.
[Vergrößern]

Sambor, ein Bruder Swantopolks, trat dem Orden schon 1251 die Insel Zantir im Weichseldelta ab und schenkte ihm - ohne

Rücksicht auf ältere Besitzansprüche des **Klosters Oliva** - 1276 das Land Mewe. Trotz der Versuche Mestwins II., diese Zusagen an den Orden hinfällig zu machen, bestätigte die Kurie die Gültigkeit der Anrechte des Ordens auf das Land Mewe; es wurde daher den Brüdern 1282 in der Tat überlassen, während diese auf ihre Ansprüche auf Schwetz, Neuenburg, Thymau und Belgard verzichteten, die ihnen die Oheime Mestwins, Sambor und Ratibor, abgetreten hatten. Den Brüdern blieb auch wertvoller Besitz im Weichsel-Nogat-Delta. Sie errichteten auf dem linken Weichselufer die Burg Mewe. Der Ordensstaat begann so, in langsamem und friedlichem Wachstum nach Pommerellen vorzudringen. Weitere Schenkungen, sogar aus der Hand Mestwins, kamen hinzu.

Andererseits trug Mestwin aus Gegensatz gegen seinen Bruder Wartislaw seine Gebiete Danzig, Dirschau und Schwetz im Jahre 1269 dem Markgrafen von Brandenburg als Lehen auf, doch als die Askanier drei Jahre später Danzig besetzten, vertrieb er sie mit Hilfe des Herzogs Boleslaw von Großpolen, mit dessen Neffen Przemyslaw II. er dann 1282 ohne Rücksicht darauf, daß er über sein Land wegen der brandenburgischen Lehnshoheit gar nicht mehr verfügen konnte, einen Erbvertrag schloß. Außerdem machte der kinderlose pommerellische Herzog auch den Herzögen von Vorpommern Hoffnungen auf die Nachfolge.

Als Mestwin im Jahre 1294 starb, mußte daher notwendigerweise die größte Verwirrung entstehen. Da Przemyslaw von Großpolen das von ihm geforderte Pommerellen sogleich besetzte, nahmen die Brandenburger im Bunde mit Wizlaw von Rügen ihre Rechtsansprüche mit der Waffe wahr. Der Tod Przemyslaws brachte sie ihrem Ziele nicht näher, denn jetzt behauptete einerseits der großpolnische Herzog Wladyslaw Ellenlang, andererseits König Wenzel II. von Böhmen mit der Nachfolge in Polen selbst auch den Anspruch auf Ostpommern. Wenzel II. und sein gleichnamiger Sohn und Nachfolger machten dem Orden mehrere Schenkungen und stärkten in Pommerellen den Einfluß des einheimischen Adelsgeschlechtes der Swenza als Stütze gegen Ellenlang. Als der erbenlose Wenzel III. dann ermordet worden war und Ellenlang schon erfolgreich die Eroberung Pommerellens betrieb, verbanden sich die Swenzas mit den Askaniern, die jetzt mit aller Kraft wieder darangingen, ihr verbrieftes Recht auf Ostpommern durchzufechten. Sie besetzten (1308) die Stadt Danzig, konnten aber die Burg nicht nehmen. Deren polnische Besatzung rief nun die Ordensbrüder zu Hilfe, die gegen Entschädigung zum Eingreifen bereit waren und die Brandenburger aus der Stadt Danzig vertrieben. Da aber die Polen nicht die versprochene Entschädigung zahlten, behielten die Ritter die Stadt in ihrer Hand und besetzten nach dem Abzuge der Brandenburger dazu auch das übrige Pommerellen. War dieser letzte Schritt zunächst auch eine Kriegsmaßnahme, so wurde er doch sogleich auf rechtliche Grundlagen gestellt, denn der Orden kauften den Brandenburgern die Gebiete von Danzig, Dirschau und Schwetz gegen eine bedeutende Geldsumme ab, so daß die unzweifelhaften Besitzrechte der Askanier jetzt auf ihn übergegangen waren. Durch Kauf erwarb der Orden in den folgenden Jahren von einer Herzogin von Kujawien das Weichseldelta, von den Swenzas die Grafschaft Neuenburg und das Gebiet von Tuchel, aus anderen Händen Schlochau sowie (1329) Bütow und verschiedenen kleineren Besitz. Er war damit der Herr Pommerellens geworden. Die Kraina bleib bei Polen.

Pommerellen alsdeutsche Landbrückezur Zeit des Ordens



[Vergrößern]

Es ist notwendig, die unübersichtlichen Rechtsverhältnisse und politischen Zusammenhänge, die zu diesem Ergebnis führten, genau zu überblicken. Seit dem vierzehnten Jahrhundert verbreiten die Polen die Auffassung, daß der Orden sich mit Gewalt im Pommerellen festgesetzt habe. Wie verlogen schon damals ihre Darstellung der Tatbestände war, wird dadurch gekennzeichnet, daß sie vor dem Forum der Kurie und anderwärts behaupteten, die Ordensritter hätten in Danzig ein Blutbad angerichtet, dem 10.000 Bürger zum Opfer gefallen seien. In Wirklichkeit hatte Danzig damals höchstens 2.000 Einwohner und wurden 16 pommerellische

Ritter ausgeliefert und als Straßenräuber hingerichtet.

Die deutsche Ostseestellung im Mittelalter



Der Orden stützte seinen pommerellischen Besitz auf die Rechte der Askanier, die nicht schlechter und zudem älter waren als die Ansprüche der großpolnischen Herzöge. Die Ritterbrüder rundeten diesen Besitz durch Kauf ab. Im Sinne der Zeit und damit für jedes geschichtliche Denken erscheint das Recht des Ordens auf Pommerellen unbezweifelbar. Es beruhte nicht auf Gewalt. Seine Voraussetzung war der innere Zerfall des ostpommerschen Herrscherhauses. Das Ergebnis war der erneute Zusammenschluß des Weichsellandes unter deutscher Herrschaft, wie es Jahrtausende hindurch einen einheitlichen germanischen Siedlungsraum gebildet hatte. Die wenigen Jahre polnischer Herrschaft in Pommern im zwölften und die polnischen Nachfolgeansprüche in Pommerellen im ausgehenden dreizehnten und beginnenden vierzehnten Jahrhundert verschwinden daneben als bedeutungslose Episoden.



An der Diktatgrenze auf reichsdeutschem Boden die Marienburg, "das edelste weltliche Bauwerk des deutschen Mittelalters" (Heinrich von Treitschke), Wahrzeichen deutscher Aufgabe im Osten, 1274 vom Deutschen Ritterorden zur Sicherung der Nogatstraße gegründet und von 1309 bis 1457 Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens.

Für anderthalb Jahrhunderte stand das Weichselland zu beiden Seiten des Flusses unter dem gleichen politischen Schicksal. Der Orden erhob die Marienburg an der Nogat zur Residenz des Hochmeisters, der nach Preußen übersiedelte; von hier aus umschloß die Verwaltung des Ordens die westliche wie die östliche Hälfte des Landes mit gleicher Sorgfalt und Verantwortung. Erst unter der Ordensherrschaft blühte Danzig auf. Die Gebiete zu beiden Seiten der Weichsel wurden die wertvollsten und wohlhabendsten im ganzen Ordenslande.

Der Orden mußte seinen pommerellischen Besitz auch noch in den Jahrzehnten nach dem Erwerb mit der Waffe und mit der Kunst seiner Diplomatie gegen Polen verteidigen. Wladyslaw Ellenlang, der 1320 mit dem Einverständnis des Papstes den Königstitel angenommen hatte, strengte an der Kurie mehrere Prozesse an, die ohne Ergebnis für ihn blieben. Überdies suchte er seinen Anspruch auf Pommerellen mit Gewalt zu verwirklichen, indem er 1326 zunächst Brandenburg und im folgenden Jahre den Ordensstaat angriff. Der deutsche Osten und seine östlichen Nachbarn bis nach Ungarn und dem ukrainischen Fürstentum von Halicz ordneten sich in diesen Kämpfen in verschiedenen Bundessystemen, bis schließlich der Nachfolger Ellenlangs, Kasimir der Große, im Vertrage von Kalisch (1343) feierlich und unter Zustimmung der polnischen Großen "für ewige Zeiten" auf Pommerellen verzichtete. Der Orden gab dafür seine Ansprüche auf Kujawien und Dobrin an der Weichsel auf. Hat auch der polnische König weiterhin eine Verbindung mit Pommern herzustellen gesucht, so hat er doch den Verzicht auf Ostpommern ernst genommen und zum Orden sogar ein freundschaftliches Verhältnis gefunden, um die Kraft Polens ganz auf den Osten, die Gewinnung Wolhyniens ausrichten zu können.

Der Ostseeraum in der Hanse



[*Vergrößern*]

Der Orden setzte den Heidenkampf, zu dem er seiner Aufgabe nach verpflichtet war, nach der Unterwerfung der preußischen Stämme gegen die im Osten

angrenzenden Litauer fort. Das Preußenland selbst aber wuchs nicht nur durch die deutsche Siedlung immer tiefer in den deutschen Lebenszusammenhang hinein sondern knüpfte auch feste politische Fäden zum Ostseeraum. Von den sechs preußischen Städten, die **dem Bunde der deutschen Hanse** angehörten, lagen drei an der Weichsel. Von ihnen verlor Kulm, das einst die Hauptstadt des Ordens hatte werden sollen, mehr und mehr an wirtschaftlicher Bedeutung, während Thorn zwar seinen alten Wert behielt, aber doch von Danzig, der Königin des Weichsellandes, weit überflügelt wurde. Daher war Danzig auch führend, als sich die preußischen Hansestädte am Kampfe des Bundes gegen König Waldemar IV. von Dänemark beteiligten. Hatte der Hochmeister den Eifer seiner Städte zunächst gedämpft, so ließ er ihnen wegen der ständigen Belästigung des preußischen Handels durch die Dänen dann freie Hand. Die preußischen Städte beteiligten sich an der Kölner Konföderation des Jahres 1367 gegen Waldemar, die die bisherige Handelsfreiheit am Sund und die Hanserechte auf Schonen wiederherstellen sollte. Drei Jahre später mußte sich Dänemark den Forderungen der Hanse beugen, deren Herrschaft im Ostseeraum damit für über ein Jahrhundert gesichert war. An den Vorrechten, die der Vertrag von Stralsund den Hansestädten brachte, hatten nicht nur die preußischen städtischen Mitglieder des Bundes sondern auch das übrige Ordensland teil.

So schlang das Handelsinteresse feste politische Bande, die das Weichselland wieder in den alten Zusammenhang der germanisch-deutschen Ostsee hineinstellten, während der Weichselhandel zwar eine entscheidende wirtschaftliche Rolle spielte, aber Danzig und das übrige Ordensland in keiner Weise etwa zu einer Küstenzone des binnenländischen Polen werden ließ.

Während der Orden in den Litauern seine eigentlichen, dem Auftrage der Mission entsprechenden Gegner sah, vergaß Polen den Anspruch auf Pommerellen trotz des Kalischer Friedens nicht. Es fand sich in gemeinsamer Gegnerschaft gegen den Orden mit Litauen in der Union des Jahres 1386 zusammen. Der litauische Großfürst Jagiello, der in der Taufe den Namen Wladyslaw annahm, erhielt mit der Hand der polnischen Königin Hedwig auch die Krone Polens. Wie eine Zange umschloß jetzt der polnisch-litauische Unionsstaat das Ordensland.

Die Spannung wurde dadurch verschärft, daß der alte pomoranisch-polnische Kampf um die Netzelinie in einer neuen Frontstellung wiedererwachte. Kasimir der Große hatte einige Jahre vor seinem Tode (1370) das Gebiet zwischen Drage und Küddow, das Deutsch-Kroner Land, das zur askanischen Neumark gehört hatte, sowie Driesen und Zantoch am Südufer der Netze erworben und dadurch den Abstand zwischen dem Ordenslande und der Neumark erweitert. Da kaufte der Orden nach längerem Zögern von dem verschuldeten deutschen Könige Sigmund, dem auch Brandenburg gehörte, im Jahre 1402 die Neumark, um zu verhindern, daß sie an Polen verkauft wurde. Im Jahre 1408 gelang es ihm, auch Driesen durch Kauf zu erwerben. Bis auf die Lücke zwischen Drage und Küddow, die von 1365 bis zum Jahre 1772 in polnischem Besitz blieb, war die Verbindung zwischen der Neumark und dem übrigen Ordensland hergestellt. Der großpolnische Handel an der Oder stand unter Aufsicht des Ordens, der Riegel, den Polen mit dem Erwerb der Neumark zwischen das Ordensland und das übrige Deutschland gelegt hätte, war noch einmal gesprengt, der Schritt Polens auf Pommern zu dadurch verhindert. Die Hoffnungen des großpolnischen Adels auf eine Eroberung Pommerellens wurden aussichtsloser, so daß seine Erbitterung gegen die Brüder ins Ungemessene wuchs.

Aus den Grenzkämpfen um die Netzeburgen Zantoch und Driesen sowie um das Deutsch-Kroner Land wuchs der Konflikt des Ordens mit Polen hervor, der jenem die erste Niederlage durch polnische Waffen eintrug. Hochmeister Ulrich von Jungingen glaubte, sich dem Druck der polnisch-litauischen Umklammerung nicht mehr anders als durch den offenen Krieg entziehen zu können. Er nahm den Kampf im Jahre 1409 auf. Doch noch zögerten Verhandlungen den Ausbruch der Feindseligkeiten hin. Erst als ein neunmonatiger Waffenstillstand abgelaufen war, überschritten die Polen im Juli 1410 bei Lautenburg (südöstlich Kauernick) die Grenze des Ordenslandes. Die Zeit

der Verhandlungen und der Waffenruhe hatte es dem Feinde möglich gemacht, auch die litauischen, russischen und tatarischen Truppen Witowts, des Vetters König Jagiellos, heranzuführen. So stand das Ordensheer der vereinten Macht des Unionsstaates gegenüber. Das polnisch-litauische Heer beabsichtigte über die Drewenz unmittelbar auf die Marienburg, das Herz des Weichsellandes und der Ordensverwaltung, vorzurücken. Es wurde aber durch den Aufmarsch der Ordenstruppen nördlich der Drewenz daran verhindert, wandte sich nach Osten über Gilgenburg, das in Flammen aufging, und traf am 15. Juli 1410 bei Tannenberg und Grünfelde auf das Ordensheer, das entschlossen war, den Feind an weiteren Greueltaten zu verhindern. Der Tag endete mit der Niederlage des Ordens.

Der polnische König glaubte, jetzt leicht der Marienburg Herr zu werden. Doch als er vor ihr eintraf, hatte der Komtur von Schwetz, der die Schlacht bei Tannenberg nicht mitgemacht hatte, da er die Südgrenze Pommerellens gegen den Feind sichern mußte, bereits alles zur Verteidigung gerüstet. Das feindliche Heer mußte schließlich abrücken. Der Thorner Friede, den der noch während der Belagerung zum Hochmeister gewählte Heinrich von Plauen im Februar 1411 abschloß, ließ dem Orden seinen ganzen Besitz einschließlich der Neumark, doch gab dieser das Dobriner Land zurück, das er 1392 pfandweise wiedererworben hatte; über Driesen und Zantoch sollte ein Schiedsgericht urteilen.

So hatte der Krieg trotz der Niederlage des Ordens auf dem Schlachtfelde keine Entscheidung gebracht. Diese wurde noch einmal um Jahrzehnte hinausgezögert. Als aber endlich die Stunde für sie gekommen war, da riß nicht die polnische Angriffslust das westliche Weichselland vom Orden los. Nur weil die Stände des Landes ihrer Herrschaft den Gehorsam aufsagten, wurde das Ordensland zerschlagen.

Seitdem der Orden dazu übergegangen war, selbst in großem Umfang Ausfuhrhandel zu treiben, um die Produkte seiner Eigengüter nutzbringend verwenden zu können, wurde das alte Einvernehmen zwischen ihm und seinen Städten zunehmend gestört. Dazu kam, daß der Krieg mit Polen in den Jahren 1409/1410 der Wirtschaft Preußens tiefe Wunden geschlagen hatte, die umsoweniger heilen konnten, als der Thorner Friede dem Ordenslande eine untragbar hohe Kriegsentschädigung auferlegt hatte. Schon Heinrich von Plauen war daher genötigt gewesen, vom Lande Steuern zu verlangen, wie sie im blühenden Ordensland bisher überhaupt nicht bekannt gewesen waren. Auch seine schwachen Nachfolger mußten an die Stände des Landes die gleichen, ja erhöhte finanzielle Forderungen stellen.

Nun war das fünfzehnte Jahrhundert in ganz Deutschland, ja noch darüber hinaus die Zeit, in der die Stände durch das Recht der Steuerbilligung wachsenden Einfluß auf die Politik gewannen. Der fürstliche Territorialstaat wurde durch den "Ständestaat" ersetzt. Auch das Deutsche Reich erlag diesem Vorgange, erkämpften doch die deutschen Fürsten gegenüber Kaiser und König ebenso die reichsständische Freiheit, wie sie ihrerseits in ihren Ländern den Forderungen der Landstände nachgeben mußten. Wenn im fünfzehnten Jahrhundert die preußischen Stände im Kampfe gegen die Ordensherren groß wurden, so war das ein Vorgang, der grundsätzlich in nichts von der allgemeinen deutschen Verfassungsentwicklung abwich. Ein Unterschied war nur insofern gegeben, als in Preußen weniger der Adel, wie sonst im Reich und auch im benachbarten Polen, als vielmehr die großen Städte die Träger der ständischen Bewegung waren. Ein Unterschied lag auch insofern vor, als der Landesherr Preußens eine geistliche Körperschaft, eben der Deutsche Orden, war, der unvermeidbar die allgemeine Krise der katholischen Kirche Deutschlands und des ganzen Abendlandes in dieser Zeit auch an sich selbst erfuhr. Denn so tapfer und bedingungslos der Orden nach außen hin sein Recht gegen Polen wahrte, solange noch die geringste Aussicht bestand, auf diesem Wege die politische Freiheit zu hüten oder wiederzugewinnen, so sehr war doch die Form des Ordens selbst einer Reform oder besser noch einer grundsätzlichen Änderung bedürftig.

Diese innere Krise des Ordens erleichterte daher den Ständen ihre Einflußnahme auf die Landesherrschaft. Als zwischen den oberdeutschen und den niederdeutschen Ordensbrüdern offene Streitigkeiten ausbrachen und die Stände vom Orden selbst um Vermittlung angegangen wurden, da war für sie der Weg frei, ein Nebenregiment zu errichten. Denn der preußische Bund, den Städte und Adlige im Februar 1440 gründeten, hatte dieses letzte Ziel, obgleich die Bundgenossen sich in ihm nur "um des gemeinsamen Nutzes und Frommen willen, Gott zu Lobe, unserm gnädigen Herrn Hochmeister, seinem Orden und Lande zu Ehren und uns allen zu fürderem Bestehen und Wohlfahrt" zusammentaten und nur zur Bekämpfung von Übergriffen der Herrschaft verpflichteten. Doch wenn der Bund bald Steuern ausschrieb, Gerichtshoheit ausübte und auf die kleinen Städte, die sich ihm hatten anschließen müssen, einen scharfen Druck ausübte, so war unverkennbar, daß der Bund eine ständische Nebenregierung war, die bald das Gesetz des Handelns an sich riß.

Im Jahre 1454 schickte der preußische Bund seinen Absagebrief an den Hochmeister und unterstellte sich dem Könige von Polen. Nicht aus eigener Kraft sondern durch den Verrat der Stände kam nun Polen im Weichsellande endlich an das lange erstrebte Ziel. In einem furchtbaren dreizehnjährigen Kriege erschöpften sich die Kräfte des Ordens und des Landes. Das einzig bedeutende Treffen des Krieges, die Schlacht bei Konitz (1454), endete mit einer völligen Niederlage der Polen. Im übrigen waren sie auf die Gelder und die Söldner des Bundes angewiesen.



Schlochauer Tor in Konitz, der ehemaligen festen deutschen Ordensstadt.

Als der Orden, von Kaiser und Reich verlassen, endlich den Widerstand aufgeben mußte, sprach er im zweiten Thorner Frieden (19. Oktober 1466) den Verzicht auf Pommerellen, das Kulmerland mit der Michelau sowie die Gebiete von Elbing, Marienburg, Stuhm und Christburg östlich der Weichsel aus. Auch das Bistum Ermland wurde der Oberhoheit des polnischen Königs unterstellt. Der Rest des Ordensstaates mußte ebenfalls die königliche Oberhoheit anerkennen und hörte damit auf, Teil des Deutschen Reiches zu sein. Der Ordensstaat war zerschlagen. Noch über ein halbes Jahrhundert hindurch lehnten sich die Hochmeister gegen das Schicksal auf, das ihnen das Thorner Friedensditat auferlegte. Als sich gezeigt hatte, daß die Hilfe des Reiches und der deutschen Fürsten selbst dann nicht zu gewinnen war, wenn Fürstensöhne an die Spitze des Ordens traten, wandelte der Hochmeister Albrecht von Brandenburg 1525 den restlichen Ordenssaat in ein weltliches Herzogtum um und nahm dieses vom polnischen Könige zu Lehen.

Bitterer und enttäuschender noch wurde das Schicksal des westlichen Ordenslandes zu beiden Seiten der Weichsel, das sich dem Könige von Polen unterstellt hatte. Der Abfall der Stände vom Orden beruhte in keiner Weise, wie einzelne polnische Historiker es glauben machen wollen, auf einem nationalen Gegensatze der einheimischen nichtdeutschen Bevölkerung gegenüber der deutschen Landesherrschaft. Nicht der polnische Landesadel des Kulmerlandes oder Pommerellens war führend in der ständischen Bewegung. Die bedeutendste Adelsfamilie des Landes, die Baysen, die nach dem Abfall das Amt eines Gubernators besetzte, war deutscher Herkunft. Doch die eigentlich treibende Kraft war gar nicht der Adel sondern die großen Städte, vor allem Thorn. Danzig hatte sich der Bewegung nur zögernd angeschlossen und war erst spät, dann freilich umso entschlossener dem Abfall der Stände beigetreten. Thorn war in seiner Bevölkerung ganz überwiegend, in seinem Patriziat, das allein die politische Führung in der Hand hatte, ausschließlich deutsch, und Danzig hatte überhaupt eine so gut wie geschlossene deutsche Bevölkerung. Es waren also gerade die Landschaften und die sozialen Schichten des Ordenslandes, die am reinsten deutsch waren, die sich gegen die Ordensherrschaft erhoben hatten. Der Preußische Bund und der Ständekampf hatten keine nationalen sondern jene allgemeinen innerpolitischen Wurzeln, von denen wir oben gesprochen hatten. Ihr einziges Ziel war die ständische Freiheit, eine möglichst

große Unabhängigkeit vom Landesherren. Diese aber schien ihnen am besten der polnische König zu verbürgen, nachdem sie zuvor eine Unterstellung unter die Könige von Dänemark oder Böhmen erwogen hatten, denn der König von Polen war fern und zudem selbst in der Hand der ständischen Adelsherrschaft seines Landes.

Es sollte sich nur zu bald zeigen, daß die Rechnung der preußischen Stände falsch gewesen war. Es hätte sie schon stutzig machen müssen, daß in ihrem Schreiben, in dem sie sich dem polnischen Könige unterstellten, nur von Vereinigung und Einverleibung ihres Landes die Rede war, in dem großen Inkorporationsprivileg des polnischen Königs aber von Wiedervereinigung, als ob jetzt ein alter historischer Zustand wiederhergestellt und das Weichselland in einen früheren politischen Zustand zurückgeführt würde, während doch in Wirklichkeit die Unterstellung des Landes auf dem freien Willen der Stände beruhte und obendrein die ehemals preußischen Gebiete östlich der Weichsel mitbetroffen waren, auf die Polen in den vorangegangenen Jahren nicht einmal einen Anspruch zu erheben gewagt hatte.

Andererseits verpflichtete sich der polnische König, das Land bei seinen alten Privilegien und Rechten zu erhalten und in Bezug auf Preußen nichts Wichtiges ohne die Zustimmung der Stände zu unternehmen. Ausdrücklich wurde das Recht auf eigene Landtage anerkannt, was gegenüber dem polnischen Sejm von grundlegender Bedeutung war. Ebenso wurde den Ständen das Indigenatsrecht zugesichert: Ämter und Würden sollten nur mit Landeskindern besetzt werden.

Die Geschichte "Königlich Preußens", wie es zum Unterschiede vom Herzoglichen Preußen dann genannt wurde, ist erfüllt vom erbitterten, aber vergeblichen Widerstande des Landes gegen die schamlose Gewalt, mit der alle feierlich verbrieften Rechte des deutschen Weichsellandes unterdrückt und vernichtet wurden. Das Amt des Gubernators, der das Haupt der ständischen Landesregierung und der Stellvertreter des Königs war, wurde seit dem Jahre 1467 nicht mehr besetzt, nachdem es zuvor in den Händen des Hans von Baysen und dann seines Bruders Stibor gelegen hatte. Die Ordensverwaltung wurde gleichzeitig durch die drei Wojewodschaften oder Palatinate Pommerellen, Kulm und Marienburg ersetzt, die kleinere Verwaltungseinheit waren die Starosteien. Bei ihrer Besetzung und bei der Bestellung der Mitglieder des Landesrates wurde bald das Indigenatsrecht durchbrochen und wurden Polen oder doch Nichtpreußen eingesetzt. Das Haupt der polnischen Gegenreformation in Preußen, der ermländische Bischof Hosius, war es daher, der als Vorsitzender des Landesrates die völlige Einverleibung Königlich Preußens in die Republik Polen im Jahre 1569 betrieb. Ebenso wurde der preußische Landtag bekämpft und in ihm besonders die deutsche Verhandlungssprache, die nach der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts gewaltsam unterdrückt wurde. Vergebens rief damals der Vertreter Danzigs im Landtage aus: "Man säße allhie nicht wie Polnische, sondern wie Preußische Räthe, die Teutsch gebohren, zur Teutschen Zunge gehörten!"

Da die Preußen darauf hinweisen konnten, daß sie nicht mit der polnischen Republik verbunden seien sondern mit dieser nur den König gemeinsam hätten, während sie im übrigen durch Gesetz, Verfassung, Sprache und Sitte von Polen geschieden seien, so sollte alles Sonderleben, trotz feierlichen Zusicherungen im Beginn des Endkampfes gegen den Orden, jetzt gewaltsam vernichtet werden. Das Wort, das der polnische Kronmarschall den Preußen auf dem Reichstage des Jahres 1562 zurief: "Euch hilft kein Recht", steht über der Geschichte des Weichsellandes und seiner unglücklichen deutschen Bevölkerung seit dem Jahre 1466.

Trotzdem war das Verfassungsverhältnis bis zum Jahre 1569 so, daß trotz ständiger Minderung der preußischen Rechte Königlich Preußen nicht zu Polen gehörte sondern selbständig war, auch wenn es den polnischen König als Oberherrn anerkannte. Erst der Gewaltstreich der Lubliner Union von 1569, dem die eingeschüchterten Vertreter des Landes erlagen, änderte diesen Zustand und machte Königlich Preußen wider alles Recht zu einem Teil der Republik Polen. Nur in der Zeit von 1569

bis 1772 hat diese also eine auf Rechtsbruch und Gewalt beruhende Herrschaft im Weichsellande ausgeübt. Auch noch in dieser Zeit wahrte Preußen sich in der Steuerbewilligung und bei der Teilnahme an Kriegen des polnischen Staates die eigene Entscheidung, wie es auch durch die Führung eines eigenen Landeswappens seine Sonderstellung unterstrich.

***Danzigs Handelswege
und seine Wirtschaftsstellung
im deutschen Osten***



[Vergrößern]

Darüber hinaus hat Danzig unnachgiebig seine Unabhängigkeit, die ja das einzige Ziel beim Abfall vom Orden gewesen war, verteidigt. Es blieb weiterhin die stolze Hansestadt, die es unter dem Orden gewesen war. Bezeichnend für seine Stellung war, daß es seine außenpolitische Vertretung selbst wahrnahm. Zahlreiche auswärtige Gesandte wurden im Laufe der Zeit beim Danziger Rate akkreditiert. Selbst der polnische König schrieb dem Danziger Rate noch im siebzehnten Jahrhundert in deutscher oder lateinischer Sprache und nahm so auf dem völkischen Charakter der deutschen Hansestadt Rücksicht. Danzig scheute sogar den bewaffneten Konflikt mit einem polnischen Könige nicht, wenn dieser seine rechtlichen Verpflichtungen zu verletzen suchte. Als der neugewählte König Stefan Bathory die Huldigung der Stadt vor der Anerkennung ihrer Privilegien, zu der er verpflichtet war, verlangte und Danzig sie ihm verweigerte, zog er mit einem Heer vor Danzig und belagerte es 1577 vergeblich. Er mußte froh sein, mit einer Entschuldigung und einer Geldzahlung der Stadt unter voller Anerkennung ihrer Handels- und sonstigen Privilegien davonzukommen. Danzig aber durfte in diesem erfolgreichen Kampf für seine Unabhängigkeit und sein Recht einen Höhepunkt seiner Geschichte sehen.

Dennoch waren die preußischen Stände zu schwach, um aus eigener Kraft das politische Schicksal des Weichsellandes zum Besseren zu wenden. Auch auf das Herzogliche Preußen konnten sie keine Hoffnungen setzen. Zwar hatte die Reformation die niemals abgerissenen Fäden zwischen den beiden getrennten Teilen Preußens verdichtet und enger geknüpft und suchte Herzog Albrecht sich auch auch sonst des ehemaligen Ordenslandes anzunehmen. Für die politischen Machtverhältnisse bedeutete das nicht viel. Wohl aber hatte es für die Zukunft die größte Bedeutung, daß im Jahre 1618 die brandenburgischen Hohenzollern auf die preußische Linie des Hauses folgten. Diese schon bei der Lehensnahme Herzog Albrechts 1525 vorgesehene Nachfolge verband das Herzogtum Preußen mit dem brandenburgischen Kurfürstentum. So nahm jenes am Aufstieg Brandenburgs teil und vermochte die Fesseln der polnischen Oberhoheit schon über ein Jahrhundert vor der Rückkehr Königlich Preußens in das deutsche Staatsleben abzustreifen.

In großen politischen Zusammenhängen vollzog sich diese Wandlung. Die Verbindung Polens mit Litauen, die ebenfalls 1569 durch den Lubliner Reichstag zu einer Realunion geworden war, weckte die Gegnerschaft des aufstrebenden russischen Reiches, das nach Westen, gegen die Ostsee und gegen Polen vorzudringen begann. Die Berufung des schwedischen Wasa Sigismunds III. auf den polnischen Königsthron (1587) andererseits bereitete den Kampf um das Dominium maris Balticí vor, der erst mit dem Ende des Nordischen Krieges (1721) gegen Schweden entschieden werden sollte. Es ging Polen in diesen Kriegen nicht darum, als Seemacht hinauszuziehen auf das Meer. Wie man in Polen schon zuvor einmal ausgesprochen hatte, genügte es den polnischen Adligen, ihre Pferde an der Meeresküste tränken zu können. Wenn Polen eine Flottenpolitik betrieb, so bediente es sich dazu Danzigs, seiner Schiffe, Matrosen und Kapitäne. Der Kampf, der über ein Jahrhundert das Verhältnis Polens zu Schweden beherrschte und in seinen Rückwirkungen so bedeutsam für das Schicksal des Weichsellandes wurde, entsprang daher auch nicht einem ursprünglichen Gegensatze der beiden Länder im Kampfe um die Beherrschung der See sondern einer dynastischen Wurzel.

Dreimal im Laufe eines Jahrhunderts trug Schweden den Krieg auf das Festland südlich der Ostsee hinüber. Das Weichselland war die naturgegebene Einbruchspforte für die siegreichen schwedischen Heere, von denen Königlich Preußen ebenso wie der Herzogliche Landesteil mehrfach besetzt wurde. Im Jahre 1626 landete Gustav Adolf in Pillau, setzte sich für mehrere Jahre in Elbing fest und unterwarf das Mündungsgebiet der Weichsel bis Marienburg und Dirschau. Auch die westlichen Teile des Herzogtums Preußen wurden besetzt. Hatte dann der Waffenstillstand von Altmark 1629, der zwischen Polen, Schweden, Danzig und Brandenburg geschlossen wurde, die Schweden im Besitz der preußischen Küste von Elbing bis Memel gelassen, so mußten diese in dem für sechsundzwanzig Jahre abgeschlossenen Waffenstillstand von Stuhmsdorf einige Jahre nach dem Tode Gustav Adolfs auf die Eroberungen in Preußen wieder verzichten.

Als dann Karl X. Gustav von Schweden im Jahre 1655 den Kampf wieder aufnahm, strebte er gleichfalls nach dem Besitz des Weichsellandes, das in den Kämpfen dieser Jahre schwer litt. Jetzt aber war für den großen Kurfürsten die Zeit gekommen, zwischen Polen und Schweden die politische Unabhängigkeit des Herzogtums Preußen wiederherzustellen. Nachdem sie neben anderen, später wieder aufgegebenen Rechten zunächst von Schweden im Vertrage von Labiau (1656) zugesichert war, wurde sie im Vertrage von Wehlau (1657) auch von Polen anerkannt und im Frieden von Oliva (1660) von den europäischen Großmächten verbürgt. Der Große Kurfürst war damit souveräner Herr in seinem preußischen Herzogtum geworden. Wenigstens das östliche Preußen hatte die Fesseln abgeworfen, die ihm der Frieden von Thorn 1466 auferlegt hatte. Eine neue Entwicklung konnte beginnen. Ihr äußerlich bedeutendster Ausdruck wurde (1701) die Annahme des preußischen Königtitels durch den Sohn des Großen Kurfürsten, der sich König Friedrich I. nannte. Bald sollte das preußische Königtum der Gesamtmonarchie der Hohenzollern den Namen geben und damit auch die Verbindung zwischen Brandenburg und dem östlichen Preußen über das polnisch beherrschte "Königlich Preußen" hinweg immer enger werden.

Wie Gustav Adolf und Karl Gustav, so benutzte auch Karl XII. das Weichselland als Einfallstor gegen Polen. Im Jahre 1703 belagerte und eroberte er Thorn. Gelang es den Schweden auch weder hier noch besonders in Danzig, sich für die Dauer festzusetzen, so bestätigten die schwedisch-polnischen Kriege doch wieder, daß das Weichselland geschichtlich nicht in einer organischen Verbindung mit Polen stand sondern diesem als selbständiger politischer Körper vorgelagert war, der in einen ganz anderen Zusammenhang, in den des Ostseeraumes, hineingehörte. So waren diese Kriege, auch wenn sie dem westlichen Preußen nicht wie dem östlichen die Freiheit brachten, doch auch für jenes von großer grundsätzlicher Bedeutung.

Der Verfall der polnischen Adelsrepublik führte dann endlich auch das Weichselland in seinen eigentlichen geschichtlichen Lebenskreis zurück. Polen war so schwach, daß es Königlich Preußen nicht mehr zu halten und nach außen zu verteidigen vermochte. Das Elbinger Territorium, das schon 1657 an den Großen Kurfürsten verpfändet worden war, wurde nicht mehr von Polen eingelöst sondern blieb 1698 bis 1700 und seit 1703 unter brandenburgisch-preußischer Pfandherrschaft, bis es 1772 mit dem übrigen Westpreußen endgültig in den preußischen Staat zurückkehrte. Wie Karl XII. versucht hatte, Danzig zu gewinnen, so bemühte sich nach der Niederlage des schwedischen Königs der russische Zar Peter der Große darum, Danzig in seine Hand zu bringen.

Die polnische Adelsrepublik erlag dem Andringen Rußlands fast ohne Widerstand. Dieses benutzte die Frage der Dissidenten, das heißt der Nichtkatholiken, zu ständigen Einmischungen in die polnische Innenpolitik. Daß russische Truppen ohne Rücksicht auf die Neutralitat Polens im Siebenjährigen Kriege Ostpreußen besetzte, blieb für Friedrich den Großen eine unvergeßliche Lehre. Wenn es im Jahre 1772 zur sogenannten ersten polnischen Teilung kam, so war diese für den preußischen König nicht eine billige Gelegenheit, einen schwachen Nachbarn zu berauben sondern eine politische Notwendigkeit gegenüber dem gefährlichen Vordringen Rußlands nach Westen, das die schwache polnische Adelsrepublik nicht mehr abzuwehren vermochte. Es bezeichnet das

Gewicht des russischen Problems, wenn Preußen zwar Königlich Preußen und den Netzedistrikt gewann, doch mit Ausnahme von Danzig und Thorn, deren Abtretung durch Rußland verhindert wurde. Sie kamen erst 1793 in der sogenannten zweiten Teilung zu Preußen. Erst mit diesem Jahre war daher das Unrecht von 1466 und 1569 wiedergutgemacht.

Westpreußen und der Netzedistrikt im Brandenburgisch-Preußischen Staat



Auf die völkische Bedeutung der Rückkehr des Weichsellandes unter deutsche Herrschaft soll hier nicht eingegangen werden. Doch darauf muß hingewiesen werden, daß sowohl von der politischen Geschichte wie von den Volkstumsverhältnissen her der Begriff einer ersten Teilung Polens im Jahre 1772 falsch und irreführend ist. Nicht vom polnischen Staaten wurden wesentliche Gebiete abgetrennt, sondern ein autonomes, wenn auch zwei Jahrhunderte hindurch vergewaltigtes Land kam zur preußischen Monarchie. Von jetzt an nannte sich Friedrich der Große nicht mehr, wie seine beiden Vorgänger, König **in** Preußen, sondern König **von** Preußen, denn das ganze Preußenland war wieder unter seiner Krone vereint.

Die Einheit des Preußenlandesin der Napoleonischen Zeit



[Vergrößern]

Beide Provinzen, Ostpreußen wie Westpreußen, erlebten in den folgenden Jahrzehnten eine reiche wirtschaftliche Blüte, die durch wirksame Verwaltungsmaßnahmen gefördert wurde. Da griff Napoleon mit seinem Siegeszuge durch die preußische Monarchie auch in das Schicksal des Weichsellandes ein. Obgleich sich die preußischen Truppen in der Schlacht bei Preußisch-Eylau (8. Februar 1807) erfolgreich gegen das sieggewohnte französische Heer hielten, endete die Schlacht bei Heilsberg ergebnislos und die bei Friedland mit einer Niederlage der mit Preußen verbündeten Russen. Danzig mußte nach tapferer Gegenwehr kapitulieren. Der ***Friede von Tilsit (1807)*** zerschlug den preußischen Staat und zerriß auch das erst vor einem Menschenalter wiedervereinte deutsche Weichselland. Preußen mußte das Kulmerland einschließlich der Stadt Thorn, doch ohne Graudenz und den größeren Teil des Netzedistrikes abtreten, die mit den übrigen Gewinnen Preußens aus den Teilungen Polens (Südpreußen und Neuostpreußen) zum Herzogtum Warschau verbunden wurden. Danzig wurde Freistaat, seine alte Verfassung aus der Zeit vor 1793 wurde in der Hauptsache wiederhergestellt. Preußen und Sachsen sollten die Schutzhoheit über Danzig ausüben. Doch was Napoleon in Wirklichkeit mit der Einrichtung Danzigs als Freistaat beabsichtigte, hat Talleyrand einmal in die Worte gefaßt: "Wenn der Kaiser die Stadt einnimmt, so behält er sie für sich, um von hier aus Herr der Ostsee zu sein." Nicht als notwendig für Polen, das Napoleon in den Grenzen, die ihm die Rücksicht auf den russischen Zaren auferlegte, im Herzogtum Warschau wiederherstellte, sah der Kaiser den Besitz Danzigs an, sondern er erkannte seinen Wert innerhalb des Ostseeraumes selbst, den er sich durch den Freistaat zu sichern gedachte. Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, daß der Kaiser der Franzosen, der Königreiche verteilte und Grenzen mit einem Federstrich änderte, nicht daran dachte, Ostpreußen von den übrigen Resten des preußischen Staates zu trennen und das Herzogtum Warschau durch einen Korridor mit der Ostsee zu verbinden. Er sah selbst für das verkleinerte Preußen den Landzusammenhang zwischen Berlin und Königsberg als selbstverständlich und berechtigt an.

Der Freiheitskrieg, der von Ostpreußen seinen Ausgang nahm, stellte wenige Jahre später die politische Ordnung im Weichsellande, die Napoleon gestört hatte, wieder her. Das Kulmerland

wurde 1815 wieder mit der Provinz Westpreußen vereint, auch die 1807 nicht verlorenen Teile des Netzedistriktes, Teile der Kreise Deutsch-Krone und Flatow, blieben bei ihr, während der übrige, größere Teil des Netzedistriktes zu der neuen Provinz Posen geschlagen wurde.

Westpreußen und Posen im Schutz der Grenzen des Reiches von 1871 bis 1918



[Vergrößern]

An die Spitze der neugeordneten Provinz Westpreußen wurde im Jahre 1816 Theodor von Schön gestellt. Auf seinen Wunsch wurde ihm, dem gebürtigen Ostpreußen, acht Jahre später auch die Leitung seiner Heimatprovinz anvertraut. In den achtzehn Jahren seiner Verwaltungsarbeit wurde er der getreue Eckart des wieder vereinten alten Ordenslandes, dessen geschichtliche Eigenart gleich seinen praktischen Lebensbedürfnissen von Theodor von Schön in Liebe und Treue gehütet wurde. Erst im Jahre 1878 wurde Westpreußen wieder zu einer selbständigen Provinz gemacht mit dem Sitz der Regierung in Danzig.

Der Verrat der preußischen Stände und das Versagen von Kaiser und Reich hatten dazu geführt, daß das Ordensland in seinen beiden Teilen nach 1454/1466 dem Reiche verloren war. Es gehörte daher auch nach der Wiedergewinnung der Souveränität Herzöglich Preußens 1660 und nach der Rückkehr des westlichen Preußens 1772 und 1793 wohl zum preußischen Staate, doch nicht mehr zum alten deutschen Reich. Als dieses dann zerfallen war und nach den Freiheitskriegen der Deutsche Bund einen lockeren Ersatz für die alte staatliche Einheit Deutschlands bilden sollte, da gehörten Ost- und Westpreußen wie auch die Provinz Posen diesem nicht an. Erst im Norddeutschen Bund und dann durch die Bismarcksche Reichsgründung wurden die beiden nordöstlichen Provinzen Deutschlands auch wieder in die große staatliche Einheit des Deutschen Reiches hineingenommen.

Das preußische Selbstbewußtsein ihrer Bewohner, das sie auch im Kampfe um ihre ständische Freiheit immer gegen Polen gewahrt hatten, war längst in einem deutschem Bewußtsein eingeschmolzen worden, seit Ostpreußen die Flamme des Freiheitskrieges gegen Napoleon entfacht hatte. Das Weichselland war ein volles Jahrhundert hindurch ein vollwertiges und selbstverständliches Stück Deutschland, das sich im Schutze des Bismarckreiches sicher fühlte vor allen Gefahren. Da wurde es durch das **Diktat von Versailles** wieder zertrümmert und aus seinen lebendigen Zusammenhängen herausgerissen. Doch heute kämpfen die Deutschen, die von Volk und Reich getrennt wurden, nicht mehr um ständische Freiheit und staatliches Eigenwesen - heute kämpfen sie und mit ihnen ihr ganzes Volk um ihr völkisches Recht und um den Lebensraum, der seit Jahrtausenden unlöslich mit germanischem und deutschem Wesen verknüpft ist. Getrost können sie die Stunde der Befreiung erwarten. Denn für das deutsche Recht an den Weichselraum zeugt dessen große politische Geschichte. Es verschwinden die kurzen Jahre zur Zeit Boleslaw Schiefmunds im zwölften Jahrhundert, zur Zeit Przemyslaws II. und Wladyslaw Ellenlangs um die Wende des dreizehnten Jahrhunderts und die zwei Jahrhunderte der Gewaltherrschaft in Königlich Preußen von 1569 bis 1772 - es verschwinden erst recht die zwanzig Jahre seit Versailles vor den langen Jahrhunderten germanischer Geschichte im Weichselraum, vor der Zeit der Unabhängigkeit Ostpommerns als eines eigenen Staates, vor der Ordenszeit von 1309 bis 1454/1466, der Zeit ständischer Autonomie von diesen Jahren bis 1569 und den anderthalb Jahrhunderten von 1772 bis 1919. Denn es galt und gilt im politischen Schicksal des Weichsellandes doch nur eines: die germanisch-deutsche Lebens- und Raumeinheit.

Wie die Ostgebiete des Reiches verlorengingen

Karl C. von Loesch

Die Zerschlagung Ostdeutschlands

Versailles schuf 1919/1920 völlig neue Verhältnisse in Ostdeutschland. Es stürzte Grenzen, die in **Ostpreußen** seit der Ordenszeit und in **Oberschlesien** seit dem Vertrage von Trentschin (1335) bestanden und somit tatsächlich die ältesten Grenzen in ganz Europa waren. Im inneren Bogen, zwischen den beiden deutschen Pfeilern Ostpreußen und Schlesien, waren sie jünger; sie hatten immerhin vor mehr als hundert Jahren ihre Gestalt erhalten. Das ist kein leeres Wort; denn diese letzten hundert Jahre gelten mehr als Jahrhunderte früherer Zeit. Dafür gibt es untrügliche Beweise, die jedem Beobachter in die Augen springen, mag er nun nach der einen oder der anderen Seite hin voreingenommen sein. Denn die preußisch-deutsche Herrschaft, die in der Zeit der großen technischen Umwälzungen des Wirtschaftsbetriebes und der Verkehrsmittel fiel, hat auch in Westpreußen und Posen den Charakter des Landes und seiner Bevölkerung aufs tiefste verändert. Das ist nicht nur eine deutsche Tatsache, sondern auch eine Tatsache der Weltwirtschaft und damit auch der Weltpolitik. Posen und erst recht Westpreußen waren deutscher Kulturboden und wurden es täglich mehr. Die nach Westen eingebuchtete Reichsgrenze an der Prosna, zwischen Ostpreußen und Schlesien, war zu einer Wirtschafts- und Kulturgrenze erster Ordnung geworden. Noch ist nirgends in der Welt eine so scharfe lineare Kulturscheide jemals beobachtet worden wie diese, welche mitteleuropäisch-neuzeitliche Entwicklung auf deutscher Seite absondert von jenen älteren Zuständen, die meist mit abschätzigen Urteilen versehen zu werden pflegen und die nicht nur in Russisch-Polen, sondern auch in dem überaus fruchtbaren, von den Polen selbst verwalteten Galizien weiterbestanden und bis zum heutigen Tage unverwischt sind.



Am Margoniner See.



Burgruine Gollantsch.



Turm auf dem Marktplatz in Znin.

Versailles schnitt aus diesem Ostdeutschland einen rund 550 Kilometer langen, durchschnittlich 100 Kilometer breiten Streifen heraus und klebte ihn dem übrigen Polen an (die Abtrennung Elsaß-Lothringen vom Frankreich im Jahre 1871 bedeutet im Vergleich dazu nur den Verlust einer ausgesprochenen Randzone, überdies von noch nicht der Hälfte der ostdeutschen Grenzlänge). Dem Deutschen Reiche wurden so rund 50.000 Quadratkilometer, also etwa ein Zehntel seines Bodens mit 4,4 Millionen, also etwa einem Dreizehntel seiner Einwohnerzahl, entrissen. Im ganzen verlor das reichsdeutsche Ostgebiet 28 v.H. der Fläche und 31 v.H. der Bevölkerung, davon etwa die Hälfte durch **die Abtrennung der Provinz Posen**, ferner ein Drittel seiner landwirtschaftlichen und ein Viertel seiner gewerblichen Produktionskraft. Das genaue Zahlenbild der Verluste zeigt der **Anhang** am Schluß des Aufsatzes.

Die Grenzen Ostdeutschlands wurden nicht nur westwärts verschoben, sondern ihre Länge wurde

auf das groteskeste ausgedehnt. Die Auslandsgrenzen Ostpreußens und Schlesiens betrugen vor dem Kriege 637 bzw. 965 Kilometer, heute 854 und 1149 Kilometer. Die Grenze gegen Polen allein beträgt heute rund 1700 Kilometer, die Auslandsgrenzen der gesamten Ostprovinzen über 2500 Kilometer. Sie sind doppelt so lang wie die Eisenbahnstrecke von Königsberg nach Saarbrücken. Die Grenzziehung zerschnitt daher auch die Verkehrswege in besonders hohem Maße.

	Ost-preußen	Grenzmark Posen-Westpr.	Pom-mern	Nieder-schlesien	Ober-schlesien	Branden-burg	Ins-gesamt
Eisenbahnlinien	12	13	4	8	31	---	68
Kunststraßen	32	29	11	25	45	2	144
Sonstige Landstraßen	122	214	84	127	162	13	722

Aber selbst diese Verlustzahlen kennzeichnen noch keineswegs die Zerreißung Ostdeutschlands hinreichend. Denn sie geben nur das äußere Maß, nicht aber die Schwere der Verluste wieder. Wer sie ermessen will, muß auch den Gesamtraum betrachten, aus dem heraus diese Flächen abgetrennten Gebietes herausgeschnitten wurden, welche vor allem **Ostpreußen** jeder Landverbindung mit dem übrigen Reiche beraubten und seiner Wirtschaft die natürlichen Märkte nahmen. Durch **das Herausbrechen Posens, Westpreußens** und **Danzigs** wurde tatsächlich ein auf das engste zusammengewachsenes Wirtschaftsgebiet, das unter sich einen viel stärkeren Verkehr hatte als mit dem übrigen Reiche und dem Auslande, zertrümmert. Die Denkschrift der Landeshauptleute der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien "Die Not der preußischen Ostprovinzen" sagte daher mit Recht:

> "Das Versailler und das Genfer Diktat haben das feinmaschige Netz der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen, das in jahrhundertelanger erfolgreicher Arbeit von kaufmännischem Unternehmungsgeist und kluger verwaltungspolitischer Einsicht gezogen worden ist, ohne jede wirtschaftliche und politische Rücksichtnahme mit einem Schlage zerrissen. Diese Eingriffe in die Struktur der Wirtschaft gehen so weit, daß von ihren Auswirkungen die Lebensbedingungen jeder einzelnen Provinz aufs tiefste in Mitleidenschaft gezogen worden sind."



Die ohne Volksabstimmung Polen übereigneten Gebiete

Wie konnte es geschehen, daß das **Herzstück Ostdeutschlands herausgebrochen und ohne Volksbefragung Polen zugewiesen** wurde? Und daß die Volksabstimmungen dort, wo sie zugelassen wurden, in Ost- und Westpreußen und (selbst trotz französischer Gegenwirkung) in Oberschlesien für das Reich viel bessere Ergebnisse hatten als für Polen? Die Beantwortung dieser Fragen erfordert eine Darstellung der Vorgeschichte, der Vorbereitungen, die in den verschiedenen polnischen Lagern getroffen wurden. In Posen wollte ein Aufstand vollendete Tatsachen schaffen, der Kampf um **West- und Ostpreußen** wurde dagegen auf dem diplomatischen Parkett geführt; im Hintergrunde drohte freilich Frankreichs bewaffnete Macht. Diese verschiedenen Angriffsformen, die für die Erreichung neuer politischer Ansprüche von Polen gesucht und gefunden wurden, sind heute (das weiß man dank den Enthüllungen führender polnischer Persönlichkeiten) - soweit Frankreich nicht die treibende Kraft war - zum großen Teil der Initiative einzelner Politiker entsprungen, mithin nicht etwa Teilhandlungen einer einheitlich geleiteten polnischen Politik gegen das Reich. Das amtliche Polen dachte zum Teil anders. Zur Darlegung der durch den Friedensvertrag geschaffenen neuen Lage und zum Unterscheiden zwischen den verschiedenen Strömungen im polnischen Lager gehört (außer der Kenntnis der Vorgeschichte der Versailler Entscheidungen) auch das Wissen um das polnisch-deutsche Verhältnis an sich.

Zwischen Deutschen und Polen gibt es keine historische Erbfeindschaft. Denn in der mehr als tausendjährigen Geschichte beiderseitiger Beziehungen fehlen kriegerische Auseinandersetzungen fast ganz. Sie sind seltener als zwischen irgendwelchen selbständigen Nachbarvölkern in Europa, wenn man von der ältesten Vorzeit absieht. Denn außer dem Streit mit dem Deutschritterorden, der mehr noch ein Abschluß seines Ringens mit Litauen als ein Kampf mit Polen war und den Polen nach seiner Union mit Litauen fortsetzte, ist nur der schwedisch-brandenburgische Krieg gegen Polen zu verzeichnen, der im Jahre 1655 zur Eroberung Warschaus führte. So wenig sonst deutsche Heere auf polnischem Boden Lorbeeren errangen, so noch viel weniger polnische Heere in deutschen Landen. Die einzige kriegerische Handlung, die der sogenannten ersten polnischen Teilung (1772/74) vorausging, war nicht etwa durch einen polnisch-deutschen Streit hervorgerufen, sondern vielmehr durch die Besetzung Berlins durch ein Streifkorps der Russen (1760). Zwölf Jahre später mußte Friedrich der Große verhindern, daß Rußland sich im Lande der unteren Weichsel festsetzte, daß die russische Westgrenze 150 Kilometer östlich von Berlin verlaufen sollte. Die Konstatierung dieser Tatsache ist wichtiger als die preußischen Erbansprüche und mindestens ebenso wichtig wie die völkische Zusammensetzung der Weichsellande. Von einem polnischen Widerstande gegen die erste Teilung kann kaum gesprochen werden. Im Gegenteil erbat damals die Gräfin Skorzewska den Anschluß ihrer im Süden des Netzedistrikts gelegenen Güter an Preußen und erreichte sie auch. In der Folgezeit erwiesen sie sich als Stütze der preußischen Herrschaft, der sie nach dem Teilungsvertrag gar nicht hätten unterstellt werden sollen.[1]

Der Posener Aufstand 1848 und die Demarkationslinien



[Vergrößern]

Aber auch die innere Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Polen hatte keineswegs heftige Formen. Die polnischen Aufstandsbewegungen drangen niemals über einen recht engen Kreis in Südposen hinaus. Eine den Bestand der preußisch-deutschen Herrschaft bedrohende "Freiheitsbewegung" gab es nicht. Im Jahre 1848 forderten sogar südposensche Bauern[2] polnischer Zunge mehrfach den Anschluß an den Deutschen Bund (bzw. dann auch die Belassung bei ihm), besonders die evangelischen Polen des Kreises Adelnau.

Wer im ersten Halbjahr 1914 in Polen prophezeit hätte, es würde sechs Jahre später einen selbständigen polnischen Staat mit Kattowitz, Ostgalizien, Wilna und einem Stück Ostseeküste geben, der wäre für irrsinnig gehalten worden von Deutschen und von Polen. Denn die polnischen Führer begnügten sich mit einer in ihren praktischen Auswirkungen durchaus erfolgreichen Volkstumsarbeit auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete, die in dem bekannten Buche über *Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat* sehr anschaulich dargestellt wird.

So führten ausschließlich äußere Ereignisse zur durchgreifenden Umgestaltung Ostdeutschlands: erstens Rußlands Krieg gegen die Mittelmächte 1914, zweitens Rußlands Niederlage 1917/18, drittens die Errichtung eines polnischen Staates durch das Reich und Österreich-Ungarn, viertens das Unterliegen der Mittelmächte 1918, fünftens aber der Bruch der Waffenstillstandsbedingungen, jener "Bedingungen", welche vom Präsidenten Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind.[3] 1919 war es endlich sechstens die innere Auflösung im Reiche während des Winters 1918/19, welche den Siegermächten den Bruch der Waffenstillstandsabmachungen risikolos gestattete. Fürwahr eine eigenartige Verkettung von Geschehnissen! Eine wirkungsvolle unmittelbare polnische Tätigkeit fehlt aber in mehreren dieser sechs Phasen.

Der Ausbruch des Weltkriegs *[Anm. d. Scriptorium: der Ausdruck "Weltkrieg" bezieht sich in diesem Buch stets auf den ersten.]* war jedenfalls von polnischen Machenschaften unabhängig. Es kam aber auch

weder in Posen noch in Westpreußen zu Aufständen gegen die Herren des Landes und im Interesse des Landesfeindes. Ebensowenig in **Kongreßpolen**. Die Stimmung der Polen war nach Kriegsausbruch geteilt. Dmowski und die Seinen standen im russischen Lager. Die preußischen Polen waren ruhig und taten ihre Pflicht. Pilsudski und seine Schützen bildeten aber in Galizien die antirussische polnische Legion; am 6. August zog dieser Mann des Schicksals mit einer kleinen Abteilung von Legionären in den Krieg, natürlich weil er hoffte, so die Grundlage für Polens Auferstehung zu schaffen. Pilsudski hatte es nicht leicht; er mußte gegen die polnischen Nationaldemokraten, die im Gegensatz zu seiner Konzeption nur eine Autonomie innerhalb Rußlands anstrebten, stets einen erbitterten Kampf führen, so daß er bei den Nationaldemokraten der bestgehaßte Mann war.[4] Die Geschichte seiner Legion ist auf militärischem Gebiet nicht allzu erfolgreich; immerhin genügte sie, den Mittelmächten die Errichtung eines polnischen Staates schmackhaft zu machen; aus den fast unberührten Menschenreservoiren Kongreßpolens sollte sie die Heere schaffen helfen, die zur Entlastung der Truppen der Mittelmächte so überaus wünschenswert erschienen. Das geschah am 5. November 1916. Diese Gründung Polens durch die Mittelmächte, welche heute vielfach von polnischer und polenfreundlicher Seite vergessen wird, war ein Ereignis der Weltgeschichte. Es kam aber ganz anders, als die Patenstaaten des neuen Polens erhofft hatten. "Schon die Bekanntmachung der Proklamation, die am 5. November zugleich in Warschau und in Lublin in feierlicher Weise unter Anwesenheit zahlreicher führender polnischer Politiker durch die beiden Generalgouverneure erfolgte, rief in keiner Weise allgemeine Begeisterung hervor. Die große Masse der polnischen Bevölkerung Kongreßpolens blieb gleichgültig und mißtrauisch, denn schon seit längerer Zeit wußte man von der Absicht der Zentralmächte, ein polnisches Heer aufzustellen, und sah in der Proklamation nur ein Lockmittel für dieses Heer. Und fast, um diesen Zweiflern recht zu geben, erschienen vier Tage später die Bekanntmachungen der beiden Generalgouverneure, in denen nicht im Namen der zu schaffenden polnischen Regierung, sondern der beiden Kaiser die Aufforderung erging, in das zu bildende polnische Heer einzutreten."[5] Das war ein weiterer Fehler, der sich rasch rächte. Sogar die polnische Legion erwies sich als unzuverlässig. "Als die Legionäre Pilsudski auf seinen Befehl im Juli 1917 den von den Mittelmächten nach Ausrufung des selbständigen polnischen Staates geforderten Treueid nicht leisten wollten, wurde Pilsudski auf eigene Bitte, wie er selbst sagt, verhaftet und mit dem damaligen Oberstleutnant Sosnkowski nach Deutschland überführt und später in der Festung Magdeburg interniert. Der zurückgebliebene Legionärstab Pilsudskis organisierte daraufhin auf dem gesamten polnischen Gebiet die bekannte geheime militärische Organisation POW (Polska Organizacja Wojskowa)."[6]



Der heutige polnische Staat hat seinen Ursprung im Weltkrieg, in dem ihn die Mittelmächte nach den ersten schweren Schlägen gegen die russische Front errichteten. Das Doppelgesicht der polnischen Politik enthüllte sich noch während des Weltkrieges. Die polnische Führung ging bald auf die Seite der Westmächte über und verankerte den polnischen Staat im Diktatsystem von Versailles. ***Oben:*** *Pilsudski bei der polnischen Legion in der österreichisch-ungarischen Armee im Jahre 1917.*

Im Reiche erkannte man rasch, daß man sich in der Beurteilung der polnischen Frage getäuscht habe. Während sie in den Plänen österreichischer Staatsmänner und vor allen Dingen Kaiser Karls (nach Stegemann) noch lange eine phantastische Rolle spielte, sah man sich in Berlin "vor einem Haufen von Scherben", und dies erst recht, als der Krieg im Oktober 1918 verloren war. Die Westmächte aber, deren Polenpolitik, solange das Bündnis mit Rußland noch bestand, starken Hemmungen unterlag, gewannen nun freie Hand.

In Polen selbst sah es freilich nicht erhebend aus. Am 11. November des Jahres 1918 was Pilsudski als Triumphator aus deutscher Gefangenschaft nach Warschau zurückgekehrt. Darüber hat er später,

am 7. August 1920, in einer Rede in Kalisch folgendes gesagt: "Nach meiner Rückkehr aus Magdeburg war das Chaos von Anschauungen, Gedanken, Auffassungen und Gruppierungen so wild, so unmöglich, unmöglich sogar, um daraus ein Baukastenspiel zu machen, die Meinungsverschiedenheiten waren so groß und ungeheuerlich, daß ich es als ein Wunder betrachte, daß es mir gelungen ist, den Staat aus diesem Chaos herauszuführen - zumal mir dies schier unmöglich erschien."[7] Polen war damals vor eine doppelte Aufgabe gestellt. Auf der einen Seite sollte es im Interesse der Weltzivilisation einen Damm gegen Rußland errichten, auf der anderen Seite mußte es sich im Interesse Frankreichs gegen Deutschland wenden. Gewiß gab es im polnischen Lager genug Männer, die diese Westaufgabe für wichtiger hielten als die Ostaufgabe. Wenn Pilsudskis Augen nach Osten gerichtet waren, so suchten andere Nutzen aus dem inneren Zusammenbruch im Deutschen Reiche zu ziehen, der dem Waffenstillstand folgte. Hier schien leichte Beute zu winken.



Der Aufstand in Südposen

Die Posener Polen hatten schon während des Krieges im südlichen Polen geheime Bürgerkomitees gebildet, die ihre Spitze im zentralen Bürgerkomitee in Posen sahen und die Aufgabe übernehmen sollten, in Aktion zu treten, wenn die Zeit reif geworden wäre. Das war am 10. November 1918 der Fall, als den Arbeiter- und Soldatenräten die oberste Macht, der sich die Behörden zu beugen hatten, übermittelt wurde. Aber nur für kurze Zeit. Denn die Polen gewannen in ihnen praktisch ein sicheres Übergewicht.

Schon am 12. November erkannte der Arbeiter- und Soldatenrat das Bürgerkomitee an und forderte es zur Absendung von Delegierten auf. Tags darauf wurde das Provinzialernährungsamt gegründet; damit gelang es den Polen, Einfluß auf Berliner Zentralstellen zu gewinnen, denen sie nunmehr mit der Abschneidung der Lebensmittelzufuhr drohen konnten. Am 14. November verkündete die polnische Reichstags- und Landtagsfraktion in einem Aufruf an die Öffentlichkeit die Einsetzung eines obersten polnischen Volksrates, dem jeder Pole zu Gehorsam verpflichtet sei; am 16. November wurden Wahlen zum polnischen Teilgebietslandtag ausgeschrieben. Am 17. rief der oberste Volksrat zur Bildung einer polnischen Volkwehr auf, während die deutschen Truppen gleichzeitig demobilisiert und in ihre Heimat entlassen wurden. So ging es Schlag auf Schlag, und die Autorität der deutschen Behörden sank immer mehr. Doch war der Geltungsbereich dieses obersten polnischen Volksrates und des am 3. Dezember zusammentretenden Gebietslandtags immerhin noch recht beschränkt. Denn wenn es den Polen erst gelang, die preußische Regierung und den von ihr am 19. November gesandten Herrn Helmuth von Gerlach über den Charakter ihrer Bewegung zu täuschen, so fehlte es doch andererseits nicht an Gegenbewegungen.

Am 15. November 1918 erfolgte die Gründung einer deutschen Abwehr; der "Heimatbund Ost" entstand. Schon viel früher, erstlich im September 1918, war es zur Gründung zahlreicher deutscher Volksräte in Stadt und Land der Provinz Posen gekommen (in Westpreußen war und blieb ja alles ruhig). Im übrigen waren die tatsächlichen Machtmittel der Polen gering, und alles war in unsicherem Schwebezustand: bis der weltberühmte polnische Pianist Paderewski, dessen Tätigkeit in Amerika 1917/18 noch Erwähnung finden wird, am 27. Dezember im Gefolge einer englischen Militärmission auf der Reise von Danzig in Warschau eintraf. Man ließ ihn einreisen, weil der englische Oberst Wade (übrigens zu Unrecht) angab, Paderewski reise im Auftrag der Waffenstillstandskommission. Eine Antwort auf den begeisterten Empfang Paderewskis durch die polnische Bevölkerung Posens erteilten dann in einer Gegenkundgebung die Soldaten des gerade zurückgekehrten 6. Grenadierregiments, welche die fremden Fahnen von den Häusern Posens herunterholten. Irgendwie kam es dabei zu einer Schießerei, welche zur Folge hatte, daß die freilich mangelhaft geführten deutschen Truppen am nächsten Tage zurückgezogen und abberufen wurden.

Zwischen Polen und Deutschen kam es besonders auf dem Flugplatz Lavica zu erbitterten Kämpfen, aber auch im Warthelager. Wenige Tage darauf, am 4. Januar 1919, vermochte der oberste polnische Volksrat die Militär- und Zivilverwaltung zu übernehmen, nachdem diese Behörden in den letzten Monaten nur noch eine traurige Rolle gespielt hatten. Damit war tatsächlich ein politischer Aufstand ausgebrochen. Aber er vermochte sich, obwohl "polnische Truppen" auf den Bahnlinien strahlenförmig nach allen Richtungen hin vorgeschoben wurden, niemals über Südposen hinaus durchzusetzen. Zwar gelang es den Polen, nach Auflösung der Truppenreste in der Stadt Posen und nach Abtransport der 6. Grenadiere nach Schlesien einzelne kleine Truppenteile in Innerposen aufzureiben, so bei Gnesen der Rest des 54. Infanterieregiments. In Hohensalza kämpfte der Rest des 140. Regimentes tapfer. Kleinere Kommandos wurden entweder abgeschlachtet oder erreichten freien Abzug. Die fast rein deutsch besiedelten Landgebiete im Westen des Landes, aber vor allen Dingen die Warte- und Netzelinie im Norden, vermochte der polnische Aufstand niemals zu nehmen.

Der polnische Aufstand in Posen



[Vergrößern]

Die deutsche Bevölkerung dieses Gebietes, Freiwillige unter Führung des unerschrockenen Hauptmanns der Reserve Hans Schulz und anderer junger ortsgebürtiger Offiziere, stellte sich den Polen entgegen. Hier reiften Früchte vorschauender Arbeit; denn schon im September 1918 hatten sich nach sudetendeutschem Vorbilde, auf Veranlassung Georg Cleinows, deutsche Volksräte gebildet, die die Keimzelle des Selbstschutzes der Bevölkerung wurden. Jedenfalls hat deutsche Selbsthilfe bereits in Westposen und am Südrande Nordposens dem polnischen Vordringen ein sehr rasches Ende bereitet. Im späteren Korridorgebiet und in Schlesien, also im Rücken der deutschen Volksabwehr, blieb alles ruhig: so gering war der Widerhall der polnischen Aufstandsbewegung. Schließlich vermochte auch die Zentrale Grenzschutz Ost Truppen zur Verfügung zu stellen, die aber zunächst zur Wiedergewinnung der gesamten Provinz Posen noch nicht ausreichten. Als dann im Februar eine planmäßige deutsche Aktion das Land wieder in Besitz zu nehmen sich anschickte, erzwangen die Siegermächte am 16. Februar anläßlich von Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier eine Einstellung der "Offensive gegen die Polen", und es wurde eine Demarkationslinie abgesteckt, die in der nebenstehenden Karte wiedergegeben ist.



Das Diplomatenspiel um den "Zugang zum Meere"

Aus eigener Kraft konnte also weder die sozialistische polnische Regierung in Warschau noch die mehr nationaldemokratisch gefärbte in Posen, die übrigens nur unter recht beträchtlichen Hemmungen miteinander verkehrten, etwas durchsetzen. Hätte sich Frankreich nicht hinter Polen gestellt, so hätte dieser Staat niemals jenen Umfang angenommen, den ihm eine geradezu ungeheuerlich glückliche Konjunktur zuschanzte. Das Diplomatenspiel sollte Polens künftige Grenzen bestimmen. Freilich hatten die berühmten Botschaften des Präsidenten Wilson, wie sie ausdrücklich durch den Notenwechsel zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem amerikanischen Staatssekretär Lansing zur Grundlage des Waffenstillstandes gemacht worden waren, nichts über Gebietsabtretungen des Reiches an ein neuerrichtetes Polen enthalten. Dieser Staat sollte, so hieß es nur, geeint, unabhängig und selbständig sein. Außerdem sollte "so weit wie möglich jedem Volk, das jetzt um die volle Entwicklung seiner Mittel und seiner Macht kämpft, ein unmittelbarer Zugang zu den großen Verkehrsstraßen des Meeres zugebilligt werden. Wo dies nicht durch Gebietsabtretungen geschehen kann, kann es zweifellos durch Neutralisierung unmittelbarer Wegerechte unter der allgemeinen Friedenswirtschaft geschehen". So sprach Wilson am 22. Februar

1917 im amerikanischen Senat. Als er ein Jahr später, am **8. Januar 1918, in seinen berühmten 14 Punkten Polen berührte, sprach er von einem Staate, der alles Land einzubegreifen hätte, "das von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sei. Diesem Staat soll ein freier und sicherer Zugang zum Meere geöffnet werden"**. Drei Tage vorher, am 5. Januar 1918, hatte Lloyd George gesagt, ein unabhängiges Polen, das alle echten polnischen Elemente, die in seinem Besitzstand aufgehen wollten, umfasse, sei eine dringende Notwendigkeit für die Stabilität Osteuropas. Wilson und Lloyd George sagten also das gleiche zu gleicher Zeit. Noch im August 1918 fragte Wilson, als Roman Dmowski, der Vertreter der polnischen Gebietsansprüche, ihm einen Vortrag über seine Auffassung vom freien Zugang Polens zum Meere gehalten hatte: "Genügt Ihnen denn nicht die Neutralisierung der Weichsel und die Schaffung eines Freihafens in Danzig?" Ja, noch später, im November 1918, mußte Dmowski noch Wilson gegenüber zu Drohungen greifen, weil dieser offenbar auf seinem Standpunkte verharrte: "Erhalten wir nicht die uns zukommende Grenze, nicht nur Posen, sondern auch Schlesien, unser Ostseegebiet mit Danzig, so wird keiner von diesen verstehen, warum es geschah; und das sind alles Leute, welche alle ein festes Vertrauen in Sie setzen." Damit drohte Dmowski dem Präsidenten Wilson, die vier Millionen amerikanischer Polen würden ihn das nächste Mal nicht wieder wählen.

Die polnischen Annexionswünsche zur Zeit des Zusammenbruchs der Mittelmächte 1918/19 und in den Diktatverhandlungen



[Vergrößern]

Die jüngsten Enthüllungen Smulkis, eines Vertrauensmannes Paderewskis, im *Kurjer Warszawski* wollen Paderewskis Rolle stärker betonen: er behauptet, offensichtlich zu Unrecht, Paderewski habe schon 1917 Wilson dafür gewonnen, daß die Ostseegebiete des Reiches polnisch werden müßten. Alle Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß Wilson erst während der Pariser Friedenskonferenz die polnischen Auffassungen sich zu eigen machte, nicht zuletzt (wie Recke in seinem vortrefflichen Buch *Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik* es schildert) unter dem Einfluß Professor Lords, seines Sachverständigen. Er willigte sogar in die Überlassung eines territorialen Korridors [ein] und stimmte der Einverleibung Danzigs in Polen zu; nicht so sehr der Polen wegen, als weil dies eine Forderung der französischen Politik war.



Als das Ergebnis der Versailler Diktatverhandlungen bekannt wurde, scharten sich in allen Städten des Reiches, besonders in den Ostgebieten, die deutschen Menschen zu großen Kundgebungen gegen die Vergewaltigung des Reiches und die Zerstörung des deutschen Ostens zusammen. Der Volkswille stand in den später abgetrennten Gebieten wie im übrigen Reich klar gegen den Diktatswillen der Feindmächte.
***Oben:** Kundgebung auf dem Heumarkt in Danzig am 25. April 1919 gegen die Abtrennung der deutschen Stadt vom Reich.*

Das war denn doch sogar Lloyd George zu viel. Besonders die Abtretung bedeutender Teile des rechten Weichselufers fand seine Mißbilligung. Am 18. März 1919 erklärte er, "der Vorschlag der polnischen Kommission, wir sollten 2,1 Millionen Deutsche der Autorität eines Volkes mit einer anderen Religion unterstellen, eines Volkes, das im Laufe seiner Geschichte niemals gezeigt hat, es verstehe sich selbst zu regieren, dieser Vorschlag würde uns früher oder später zu einem neuen Kriege im Osten Europas führen". So setzte Lloyd George die Volksabstimmungen wenigstens in einigen Teilen Ost- und Westpreußens durch.

Übrigens widersprach noch ein anderer Staatsmann, der

freilich an der sogenannten Friedenskonferenz nicht beteiligte Marschall Pilsudski. Sein berühmtes Wort: "Also euch gelüstet nach Oberschlesien, aber Oberschlesien ist doch eine uralte preußische Kolonie", zeigt, wie wenig die Polen selbst in diesem Augenblick unter sich einig waren; wie wenig eigene Kraft dazu beitrug, daß halb Ostdeutschland Polen zugesprochen wurde.



Besetzung von Rawitsch in der Provinz Posen durch die Polen.

Frankreich hatte eben auf der ganzen Linie auf der Konferenz gesiegt. Seine Friedensvorschläge wurden fast ohne Einschränkung der deutschen Regierung zur Annahme vorgelegt, und Wilson bemerkte im April 1919 gerade bezüglich der Ostgrenzen mit einer gewissen Bitterkeit: "Das einzig wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."

Diese Vorschläge besagen, daß im **Marienwerderer und Allensteiner** Bezirk die von Lloyd George erreichte Volksabstimmung statthaben, im übrigen aber **Danzig zwangsweise selbständig werden** und **fast das ganze übrige Westpreußen, Posen**, Teile Mittelschlesiens und **fast ganz Oberschlesien** abstimmungslos zu Polen kommen sollten. Das Reich wandte sich gegen diese Vorschläge in seiner berühmten Antwortnote fast erfolglos. Nur unter dem Drucke erregter Volksversammlungen in Oberschlesien, dank eines Eintretens der englischen Labour-Party, erreichte es für dieses Gebiet das Recht einer Volksabstimmung. Lloyd George versuchte auch damals noch, wesentliches in der Frage der Ostgrenze zu ändern. Diese deutsch-polnische Grenzziehung, **die Reparationen** und die Rheinlandbesetzung nannte er die drei größten Ungerechtigkeiten der Friedensbedingungen und erwiderte, als die Polen sogenannte ethnographische Argumente geltend machen, sarkastisch: dann müsse auch Elsaß-Lothringen als deutsches Gebiet anerkannt werden.



Die Abtretung

Am 28. Juni 1919 nahm die Nationalversammlung in Weimar zu Lloyd Georges ausgesprochener Enttäuschung das Friedensdiktat der Siegermächte an, und am 10. Januar des Jahres 1920 wurde der Vertrag von Versailles ratifiziert.



Am 28. Juni 1919 unterzeichneten die deutschen Delegierten im Spiegelsaal zu Versailles das dem Reich aufgezwungene Diktat, mit dessen Bestimmungen die Einheit des deutschen Ostens zerschlagen und weite Teile der Provinzen Posen und Westpreußen einschließlich Danzigs ohne Volksabstimmung vom Reich abgetrennt wurden.

So wurde Unrecht geltendes Recht, und Polen konnte sich nach dem 5. Januar 1920 - freilich vorerst nur in einem Teilgebiet - häuslich einrichten. Es erhielt ohne Volksbefragung **Westpreußen**, das Soldauer Gebiet (von dem Roman Dmowski in seinen Aufzeichnungen erklärte, wie Recke uns erzählt, Lloyd George hätte mit dem gleichen Recht wie für Alleinstein und Marienwerder auch dort Volksabstimmungen fordern müssen), Teilstücke von **Pommern**, **Brandenburg** und **Niederschlesien** und endlich Posen. Das bedeutet mit anderen Worten: Polen behielt nicht nur jenen inneren Teil Südpolens, der ihm durch die Demarkationslinie

vom Januar 1919 belassen worden war und auf den es immerhin durch Hinweis auf einen geglückten Aufstand in sehr günstiger Minute halbwegs einige Ansprüche geltend machen konnte. Sondern sein mächtiger Fürsprecher Frankreich hatte ihm trotz dem rasch erlahmenden Widerstand Wilsons und einem auch nicht übermäßig viel erfolgreicheren Lloyd Georges die fast rein deutschen Siedlungsgebiete in Westposen von der Warthe nach Süden (auf Birnbaum, Neustadt, Tirschtiegel, Bentschen, Wollstein, Lissa, Bojanowo, Krotoschin usw.) zugeschanzt sondern darüber hinaus auch noch nicht unwesentliche Teile des Kreises Guhrau mit Katschkau, Gabel und Triebusch, ferner Zduny im Kreise Militsch und recht beträchtliche Teile der Kreise Groß-Wartenberg und Namslau. Der größte Brocken, der Polen zufiel, lag aber im Norden. Hier handelt es sich um das Verbindungsstück zwischen Ostpreußen und der Mark Brandenburg, im wesentlichen um jene Gebiete, die im Jahre 1772 in deutsche Staatlichkeit zurückgekehrt waren. Es war jenes Land, das die Netzegauer aus eigener Kraft zu erhalten vermocht hatten.

Ostdeutschland nach den Bestimmungen des Versailler Diktats



[Vergrößern]

Wollstein am Groß-Nelkersee.



In Birnbaum an der Warthe.

Von der Provinz Posen blieb also nur noch ein schmaler Grenzstreifen von Fraustadt bis Schwerin und ein weiterer von Schönlanke bis Schneidemühl beim Reiche. Diesseits des Korridors verblieben von Westpreußen nur die Kreise Deutsch-Krone, Netzekreis und Teile von Flatow und Schlochau, endlich ganz im Norden ein winziger Zwickel, der an den ostpommerischen Kreis Lauenburg angrenzt. Damit war ein völlig unnatürliches Gebilde entstanden, welches das Gebiet des Deutschen Reiches in zwei Teile zerriß, die keinen Zusammenhang mehr miteinander hatten. Mochte **die Abstimmung in Marienwerder und Allenstein** ausgehen, wie sie wollte, Ostpreußen war völlig abgeschnitten, seine Bevölkerung einem noch niemals in der Weltgeschichte bekannten Druck ausgesetzt.



Einmarsch polnischer Soldaten in Thorn.

Rathaus in Lissa.



Die Abstimmungsgebiete im Nordosten

Waren die Polen in den Korridor durch den rechtsbrecherischen Machtspruch der Siegerstaaten

eingezogen, so hatten sie es in den Abstimmungsgebieten schwerer. Hier mußten sie beweisen, daß ihre Ansprüche berechtigt waren, und das ist, wenn man keine gute Sache hat, schwer, obwohl insofern die Chancen zwischen Polen und dem Reiche sehr ungleich verteilt waren, als das letztere nach fast viereinhalbjährigem Kampfe gegen die peripheren Mächte und zahlreiche überseeische Staaten erlegen war, gewaltige Gebiets- und sonstige Verluste erlitten hatte, als es auch durch Tributzahlungen übermäßig belastet erscheinen mußte, während sich die Sonnen der Siegergunst dem von den Mittelmächten gegründeten polnischen Staate zuwandte. Diese Überlegungen sollten auch in der Abstimmungspropaganda eine wesentliche Rolle spielen.

Der Schilderung der Abstimmung sei noch die Erwägung vorausgeschickt, daß Volksabstimmungen keineswegs etwas Ideales sind, wenn sie in willkürlich herausgerissenen Gebieten angeordnet werden, und daß ihre willkürliche Begrenzung der Seite, zu deren Ungunsten sie geschieht, ein schweres Unrecht zufügt. Es wäre verständlich gewesen, wenn man auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen alle von Polen beanspruchten Gebiete hätte abstimmen lassen: Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien, natürlich auch mit Einschluß Danzigs, das ja zugunsten Polens eine in ihrer Souveränitätion eingeschränkte Eingenstaatlichkeit zwangsweise zudiktiert erhielt. Natürlich wäre der Umfang einer solchen Volksabstimmung zu groß gewesen; hätte man sich im Versailler Diktat von gefestigten Rechtsgedanken leiten lassen, so wäre die Volksabstimmung auf jene Gebiete zu beschränken gewesen, die irgendwann einmal Bestandteile eines früheren polnischen Staates gewesen waren. Das hätte sich immerhin vertreten lassen. So aber verfuhr man gänzlich grundsatzlos zugunsten Polens. Das **Allensteiner Abstimmungsgebiet** hat nämlich staatlich niemals zu Polen gehört; **Oberschlesien** nicht mehr seit dem Jahre 1335, dem Vertrage von Trentschin; das Abstimmungsgebiet von Westpreußen nur teilweise, nämlich seit dem Staatsstreich von Lublin 1565 bis zur Vereinigung mit Preußen 1772, also 203 Jahre lang, aber auch nur mit den beiden Kreisen Stuhm und Marienburg. Nicht einmal die Verwaltungsbezirke dienten als Unterlagen, denn drei Kreise wurden nur teilweise zur Abstimmung zugelassen: der ostpreußische Kreis Neidenburg, aus dem man ohne Abstimmung das Soldauer Gebiet Polen gegeben hatte, und die beiden westpreußischen Kreise Marienburg und Marienwerder. Andererseits schlug man zum Abstimmungsgebiet **Allenstein** noch den Kreis Oletzko aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Auch die Landschaft wurde zerrissen. Die masurischen Kreise Angerburg und Goldap wurden nämlich nicht ins Abstimmungsgebiet hineingezogen, von den vier ermländischen Kreisen nur zwei, nämlich Allenstein und Rössel; das westpreußische Abstimmungsgebiet rechts der Weichsel war überhaupt gänzlich zusammengesetzt.

Die Abstimmungsgebietein Ost- und Westpreußen



[*Vergrößern*]

Für zwei somit ganz willkürlich umgrenzte Gebiete gab Artikel 94 bis 97 den Einwohnern das Recht, selbst zu erklären, welchem Staate sie angehören wollten. Eine internationale Kommission von fünf Mitgliedern, die von den verbündeten und assoziierten Mächten zu ernennen waren, sollte eine freie, ehrliche und geheime Volksabstimmung sicherstellen. Jeder Zwanzigjährige sollte ohne Unterschied des Geschlechts abstimmungsberechtigt sein, wenn er nur im Abstimmungsgebiet geboren und seit einem bestimmten, von der Kommission festzusetzenden Zeitpunkt dort wohnhaft war. Ähnliche Bestimmungen galten für Marienwerder.

Die Volksabstimmung in diesen beiden Teilen Ost- und Westpreußens überraschte die Bevölkerung, obwohl schon vorher von den Ansprüchen Polens etwas durchgesickert war. Hatte es doch niemals eine bodenständige polnische Bewegung von nennenswertem Umfange in diesen Gebieten gegeben. Katholische Polen wohnten nur in zwei zahlenschwachen Gruppen: im südlichen Ermland um **Allenstein** und im Kreise Stuhm (Regierungsbezirk Marienwerder). Wenn es trotzdem gelungen





Für Teile Ost- und Westpreußens und Oberschlesiens wurden durch das Diktat Abstimmungen angesetzt, an denen auch alle außerhalb dieser Gebiete ansässigen, aber in ihnen geborenen Personen, die über zwanzig Jahre alt waren, teilnehmen konnten. So brach aus allen deutschen Gauen, von der Stimme des Blutes und des deutschen Willens getrieben, oft in beschwerlichster Reise, ein Strom deutscher Menschen in die Abstimmungsgebiete auf, um dem deutschen Volk sein altes Grenzland zu erhalten.

Bilder:

Abstimmungsberechtigte, die zu Schiff in ihre Heimat zur Abstimmung reisen.





war, trotz diesen geringen Zahlen die Abstimmung bei den verbündeten und assoziierten Mächten durchzusetzen, so beruht das auf einer Täuschung über den Charakter der übrigen Bevölkerung, einer Täuschung, die vermutlich wiederum auf Selbsttäuschung der Polen beruhte. Polnischerseits wurden nämlich auch die evangelischen Masuren als ein polnischer Volksstamm bezeichnet und beansprucht, weil sie in der Familie einen altertümlichen polnischen Dialekt sprechen, während als Verkehrs-, Kultur- und Weihesprache seit alters her das Deutsche in Gebrauch ist.

Die Polen legten Sprachenkarten (auch solche deutschen Ursprungs) für den gesamten Osten vor. Auf Grund dieser Sprachenkarten erreichten sie, zumal da ja deutsche Sachverständige nicht zugelassen waren, die



Abfahrt eines Zuges mit Abstimmungsberechtigten in Berlin nach Oberschlesien.



Ausfahrt zur Abstimmung auf dem Markt einer kleinen Stadt.



Abstimmungsberechtigte werden auf der Reise ins Abstimmungsgebiet verpflegt.



Abstimmungsberechtigte aus Danzig beim Eintreffen in Marienburg am Morgen des Abstimmungstages.

Volksabstimmung, obwohl es nachzuweisen leicht gewesen wäre, daß die polnischen nationalen Bemühungen der Vorkriegszeit, in jenen Gebieten Fuß zu fassen, völlig gescheitert waren.

So begannen die Polen von neuem, und zwar mit großer Energie. Bereits Mitte November 1918 war es ihnen gelungen, den ersten polnischen Volksrat für das Ermland in Allenstein zu gründen; bald darauf entstand ein zweiter in Ortelsburg für Masuren. Eine gewaltige Propaganda begann. In Westpreußen beschränkte sie sich zunächst freilich nur auf den Kreis Stuhm. Es ist bezeichnend, daß die Polen, welche den Alliierten gegenüber und in der internationalen Propaganda von den unerlösten Brüdern in den Abstimmungsgebieten sprachen, dort die nationale Note nicht anklingen ließen. Sie beschränkten sich darauf, den Druck wirtschaftlicher, politischer und seelischer Not auszunutzen, der sich nach dem Kriege auf die Grenzgebiete gelegt hatte. Sie schilderten andererseits die Zukunft Polens in glühenden Farben. Worgitzki kennzeichnet diese polnische Propaganda in seinem Beitrag zu *Grenzdeutschland nach Versailles* folgendermaßen: "Der Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten sollte, mit einem Wort gesagt, der Glaube an die deutsche Zukunft restlos zerstört werden und ihr so der Gedanke nahegebracht werden, sich rechtzeitig durch freiwilligen Anschluß in ein gesichertes Staatswesen, Polen, hinüberzuretten, um nicht in den unausbleiblichen Untergang Deutschlands mit hineingerissen zu werden. Darum war die polnische Propaganda in steter Wiederholung bemüht, das Deutsche Reich zu verhöhnen und zu beschimpfen, parteipolitische Gegensätze geschickt auszunutzen, Deutschlands Lage in den schwärzesten Farben zu malen, seine Bolschewisierung als unaufhaltbar hinzustellen." Daneben arbeitete man mit Seelenkauf durch Bestechungen und Drohungen. Jedem, der es wagte, seine deutsche Gesinnung offen zu bekunden, wurde spätere Vergeltung in Aussicht gestellt und immer wieder das Gerücht verbreitet, es wäre den alliierten Mächten gar nicht ernst mit der Abstimmung, hieße es doch im Artikel 95 ausdrücklich, daß bei der Grenzziehung auch die wirtschaftliche und geographische Lage berücksichtigt werden solle.

Hier muß gesagt werden, daß die Abstimmungskommissionen in **Masuren und Marienwerder** besser waren als der Ruf, den die Polen ihnen machten, und daß sie sich ernsthaft bemühten, die Unparteilichkeit zu wahren. So ließen sie es zu, daß deutsche Gegenwehr einsetzen konnte. Der Ostdeutsche Heimatdienst in Allenstein und der Ermländer- und Masurenbund (im ostpreußischen Abstimmungsgebiet), die Volksräte, die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen deutschen Parteien und der Heimatdienst Westpreußen, aus denen später der deutsche Ausschuß für Westpreußen entstand (im westpreußischen Abstimmungsgebiet), wurden nicht wesentlich behindert. Die Bevölkerung äußerte für jeden Kundigen sehr bald klar erkennbar ihre Stimmung. Schon vor der Abstimmung zeigte es sich, wie gering die Aussichten der Polen waren, deren Organisation, weil sie in den Händen zugereister Warschauer oder Posener Polen lag, unbeliebt war, während die deutschen Organisationen von Männern und Frauen aus dem Lande selbst geführt wurden. Schließlich schien den Polen ihre Lage selbst so verzweifelt, daß sie eine eigene bewaffnete Kampftruppe bildeten, die sogenannte Bojuwka. Ihre Aufgabe war, die Bevölkerung unter Druck zu setzen, die polnischen Versammlungsredner zu begleiten und deutsche Versammlungen zu sprengen. Daraus ergaben sich so viele Unzuträglichkeiten, daß schließlich die Abstimmungskommission die Bojuwka auflöste.

Der Raummangel gestattet nicht, die Einzelheiten des Abstimmungsvorganges zu schildern; es verdient nur noch erwähnt zu werden, welche große Bedeutung die Tatsache hatte, daß auch solchen Personen das Recht zur Abstimmung zustand, die im Gebiete geboren waren, aber längst anderswo ihren Wohnsitz genommen hatten. Auch diese Bestimmung verdankt offenbar einer polnischen Legende ihren Ursprung. Verbreitet man doch die durchaus irrige Anschauung, als hätte die preußische Verwaltung mit ihrem harten Druck auf die Bevölkerung zahlreiche Bewohner dazu gedrängt, ihre Heimat zu verlassen und anderswo ihr Glück zu suchen. Richtig daran war aber nur, daß die kinderreichen, sonst aber armen Abstimmungsgebiete, vor allem **Masurens**, zu den stärksten Abwanderungsgebieten des Deutschen Reiches überhaupt gehörten. Diese Auswanderung

hatte sich freilich nicht so sehr in fremde Länder ergossen und keinesfalls nach Polen, sondern nach Mitteldeutschland und nach dem Westen des Reiches. Gerade die Abstimmung zeigte, welch treue Anhänglichkeit diese Abwanderer ihrer Heimat jenseits der Weichsel bewahrt hatten, aber auch, wie fest sie, ohne Rücksicht auf ihren dörflichen Dialekt, im preußisch-deutschen Staatsgedanken standen.



Kundgebungen gegen die beabsichtigte Abtrennung der Ostgebiete in Schneidemühl und Beuthen.



So kam es, daß der Tag der Volksabstimmung in Wirklichkeit zu einer gewaltigen deutschen Kundgebung wurde, an der sich junge und alte Heimattreue, Ansässige und Heimkehrer gleichmäßig beteiligten. So war das Ergebnis am 11. Juli 1920 für die Polen eine vernichtende Niederlage. **Für das Reich stimmten in Allenstein 334.534, in Marienwerder 96.895, für Polen nur 7.922 und 7.947.** **Im Abstimmungsgebiet Marienwerder stimmten 92,4 v.H. der Abstimmungsberechtigten für das Reich, im Abstimmungsgebiet Allenstein sogar 97,7 v.H.** Wenn die Polen nachträglich behaupteten, die abstimmungsberechtigten Heimattreuen aus dem Reich hätten den Ausschlag gegen Polen gegeben, so ist das auch falsch, denn wir kennen ihre Zahl genau, da ihre Stimmen in besonderen Urnen abgegeben werden mußten. 128.000 heimattreue Stimmen in Allenstein, 24.000 in Marienwerder bedeuten wohl gewaltige Zahlen, aber selbst wenn man annimmt, daß sie durchweg für das Deutsche Reich abgegeben wurden, so haben sie an den überwältigenden Mehrheiten wenig geändert.



Meldestelle für Abstimmungsberechtigte in Allenstein. Die Abstimmung brachte in allen Abstimmungsgebieten eine große, meist überwältigende Mehrheit für das Reich: im Abstimmungsgebiet Marienwerder 92,4 v.H., im Abstimmungsgebiet Allenstein 97,7 v.H., im Abstimmungsgebiet Oberschlesien 60 v.H.

Die Wertung der Abstimmungsergebnisse vom nationalpolitischen Standpunkte aus soll noch an anderer Stelle erfolgen. Daher genügt es hier festzustellen, welches der Ausgang der Volksabstimmung war. **Er entsprach dem Abstimmungsergebnis nicht vollkommen.** Bei der endgültigen Grenzfestsetzung konnten es sich die Alliierten nicht versagen, auch hier auf Kosten des **Abstimmungsgebietes Allenstein** den Polen ein Trinkgeld zu geben. Drei Dörfer an der alten westpreußischen Grenze, Klein-Nappoll, Groschkau und Lobenstein, wurden Polen zugesprochen. Noch schlimmer wurde Westpreußen betroffen. Polen erhielt fünf Weichseldörfer: Johannisdorf, Außendeich, Neu-Liebenau und Kramersdorf, überdies einen langen und schmalen Landstrich längs des gesamten rechten Weichselufers mit dem Hafen von Kurzebrack, Ortschaften, die überwältigende deutsche Mehrheiten aufzuweisen gehabt hatten.



Abstimmungsfestzug in Marienburg.

Diese Grenzabsteckung war in höchstem Maße schikanös. Niemand, der sie näher prüft, kann sich des Eindruckes erwehren, daß sie getroffen worden ist, um

die deutsche Bevölkerung jenseits des Korridorgebietes wirtschaftlich zu schädigen und den Deich- und Uferschutz unmöglich zu machen. Ferner um die Weichselschiffahrt der Deutschen dadurch zu stören, daß man den Weichsellauf gänzlich in die Hand Polens gab, obwohl Artikel 97 ausdrücklich bestimmt hatte: "Die alliierten und assoziierten Hauptmächte erlassen gleichzeitig Vorschriften, die der ostpreußischen Bevölkerung den Zugang zur Weichsel und die Benutzung des Stromes für sie selbst und für ihre Schiffe unter angemessenen Bedingungen und unter vollster Rücksichtnahme ihrer Interessen sichert." Das Gegenteil geschah. Denn der einzige Hafen an der deutsch-polnischen Weichselgrenze, Kurzebrack, wurde, wie schon ausgeführt, den Polen übergeben. Wie zum Hohn erklärte man eine schmale Straße durch polnisches Gebiet zum Weichselzugang. Dafür brachte man aber an ihr eine Tafel an, deren Inschrift besagt: "Hier befindet sich der freie Zugang Ostpreußens zur Weichsel gemäß Artikel 97 des Versailler Vertrages; Erlaubnisscheine zum Betreten des Weichselufers erteilt die Starostei in Mewe." (Dabei liegt Mewe fünfzehn Kilometer entfernt am anderen Ufer der Weichsel.) Aber abgesehen von diesen offensichtlichen Verletzungen des Versailler Diktates blieben dank der Abstimmung die Bezirke **Marienwerder und Allenstein** beim Reich.

Die Vierteilung Westpreußens



[Vergrößern]



Das Abstimmungsgebiet im Süden

Wie schon bemerkt, war eine Volksabstimmung in **Oberschlesien** ursprünglich nicht vorgesehen. Artikel 88 ist also einer der wenigen, die erst nachträglich in das **Versailler Diktat** hineingesetzt wurden infolge der lebhaften Volksbewegung, die die Friedensbedingungen ausgelöst hatten. Auch hier war die Abgrenzung ganz willkürlich, da Teile Oberschlesiens beim Reiche ohne Abstimmung verblieben, andere aber, gemäß Artikel 83 des Versailler Diktats, gleichfalls ohne Abstimmung und sehr gegen den Willen ihrer Bevölkerung zur Tschecho-Slowakei kamen (**Hultschiner Ländchen**, ein Teil des Kreises Ratibor). Doch davon später.

In einem Gebiete, wie es die Bildstatistik *[rechts]* darstellt, wurde die Bevölkerung dazu berufen, "kundzugeben, ob sie mit dem Reiche oder mit Polen vereint zu werden wünsche". Auch hier hatte das Reich binnen zwei Wochen das Abstimmungsgebiet zu räumen; sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte, militärische und halbmilitärische Vereine, die aus Einwohnern der Zone gebildet waren, mußten abgelöst werden; auch diese Zone wurde einem internationalen Ausschuß von 4 Mitgliedern unterstellt, Vertretern der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Britischen Reiches und Italiens. (Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten das Diktat von Versailles nicht ratifizierten und daß Frankreich den Vorsitzenden der oberschlesischen Abstimmungskommission stellte, sollte sich als höchst verderblich erweisen.) Im übrigen entsprachen die Bestimmungen ungefähr denen der Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Es hieß in §4 und 5 der Anlage: "Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise, und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt; nach Beendigung der Abstimmung teilt der Ausschuß den alliierten

Oberschlesien, wie es laut Friedensvertrag und Volksentscheid hätte aussehen müssen und wie es vergewaltigt wurde



[Vergrößern]

und assoziierten Hauptmächten die Zahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mit und reicht gleichzeitig einen eingehenden Bericht über die Wahlhandlung sowie einen Vorschlag über die Linie ein, die in Oberschlesien unter Berücksichtigung sowohl der Willenskundgebung der Einwohner als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands angenommen werden soll." Diese unklare Bestimmung sollte später die formale Grundlage für **die ungerechte Teilung Oberschlesiens** abgeben.

Der Verlauf der Volksabstimmung war - ganz anders als **in Allenstein und Marienwerder**, wo die Kommission wirklich neutral gewesen war - voll von dramatischen Ereignissen. Es darf hier zur Vorgeschichte folgendes ausgeführt werden. Ähnlich wie in **Ostpreußen**, lebte seit alters in **Oberschlesien** eine zweisprachige Bevölkerung, die im Hause teils deutsche Dialekte, teils einen polnischen Dialekt, das sogenannte Wasserpolnisch, teils mährisch (Hultschin) sprach. Von 1861 bis 1910 sank die Zahl der einen polnischen Dialekt sprechenden Bevölkerung von 59,12 auf 52,6 v.H. Das Entscheidende war aber für die Bevölkerung nicht so sehr die Sprache als die Religion. Die Deutschsprechenden waren teils evangelisch, teils katholisch, die polnisch sprechende Bevölkerung bis auf kleine Teile im Norden des Landes katholisch. Politisch gehörten deutsch und polnisch sprechende Katholiken bis zum Begin des 20. Jahrhunderts zur Zentrumspartei. So konnte noch im Jahre 1892 der polnische Erzbischof Stablewski von Posen und Gnesen die Erklärung abgeben, die Oberschlesier seien polnisch sprechende Deutsche, die großpolnische Propaganda in Oberschlesien sei eine aussichtslose und unberechtigte Maßnahme. Selbst noch im Jahre 1903 gab der Oberpräsident von Schlesien mit vollem Recht im Herrenhause die Erklärung ab, es gebe in Oberschlesien keine polnische Frage. Freilich war inzwischen in Oberschlesien doch eine polnische Bewegung aufgetaucht, zunächst im Zeitungswesen. Sie knüpft sich an die Persönlichkeit des auch später viel genannten Korfanty. Im Gegensatz zu der wasserpolnisch-konservativen Politik Napieralskis innerhalb des deutschen Zentrums und in Konkurrenz mit der sozialistischen Bewegung in Oberschlesien entwickelte Korfanty eine sozial- und nationalrevolutionäre Agitation. Die Wahlen vom Jahre 1903 und 1907 brachten Korfanty auf Kosten des Zentrums und der deutschen Sozialdemokratie nicht unbeträchtliche Erfolge. 1907 vermochte er 39 v.H. der oberschlesischen Stimmen auf seiner Liste zu vereinigen; diese Zahl ging freilich 1912 auf 34 v.H. zurück. Wenn auch über die Gesinnung Korfantys kein Zweifel besteht, so müssen seine Erfolge bei den Wählern doch viel mehr auf seine sozial-radikale Agitation gebucht werden als auf sein national-polnisches Programm. Dies zeigt vor allen Dingen die vorbildliche Haltung Oberschlesiens und der oberschlesischen Regimenter während des Weltkrieges; so rechtfertigt sich auch Pilsudskis bereits erwähnte Erklärung: "Was sollen wir denn in Oberschlesien? Oberschlesien ist doch seit alters eine preußische Kolonie."

Korfanty dachte anders. Und als mächtige Volkskundgebungen der oberschlesischen Bevölkerung mit englischer Hilfe für dieses Gebiet eine Volksabstimmung ertrotzt hatten, brach auf seine Veranlassung am 17. August 1919, wenige Wochen nach der Annahme des Versailler Vertrages durch die Nationalversammlung in Weimar, der erste Aufstand aus. Damit setzte er Polens später so berühmte Politik, vollendete Tatsachen zu schaffen, fort. Diesmal mißlang es. Freiwillige Formationen des alten Reichsheeres schlugen den Aufstand nieder, und das Abstimmungsgebiet konnte am 11. Februar 1920 der interalliierten Plebiszit-Kommission in durchaus gesetzlichen Zuständen übergeben werden.



Einzug englischer Truppen in Danzig am 11. Februar 1920.

Diese sollten freilich nicht lange anhalten; eine neue Leidenszeit Oberschlesiens begann. Sie knüpft sich an den Namen des Generals Le Rond, des französischen Vorsitzenden der Abstimmungskommission. Dieser konnte zwischen der Sache Polens und Frankreichs nicht

unterscheiden; eng verbunden mit dem Führer der polnischen Bewegung Korfanty, war er das Gegenteil eines unparteiischen Vorsitzenden. Überall hinderte er die Deutschen und begünstigte die Polen, so daß es zu mehr als einem schweren Konflikt mit den englischen und italienischen Mitgliedern der Abstimmungskommission kam, ja so weit, daß 22 italienische Soldaten der Besatzungstruppe von den Polen getötet werden konnten. Er begann damit, "zur Beruhigung" jede Propaganda zu verbieten, und verhinderte praktisch nur die deutsche. Mit seiner Zustimmung brach im August 1920, als sich trotzdem gezeigt hatte, daß die Bevölkerung Oberschlesiens in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht mit Polen sympathisiere und daß die Abstimmung keinen guten Ausgang für Polen nehmen würde, ein zweiter Aufstand aus. Le Rond hinderte die Abstimmungstruppen am Widerstand gegen die polnischen Banden, die vor keinem Verbrechen zurückschreckten. Ja, er zog sie systematisch aus eben jenen Gebieten zurück, in denen die deutsche Gegenwehr offensichtliche Fortschritte machte. Der von General Le Rond aufgezogene und folgerichtig gehandhabte Abstimmungsapparat war, wie J. P. Warderholt in *Grenzdeutschland nach Versailles* schreibt, völlig verschieden von den Abstimmungsbedingungen der übrigen Abstimmungskommissionen des Reiches und Österreichs außer Ödenburg, die im wesentlichen sachlich verfuhren. In Oberschlesien dagegen maß man mit anderem Maß und beeinflußte so das Ergebnis in gänzlich unzulässiger Weise.

Auch sonst stand die oberschlesische Abstimmung unter einem Unstern. Hatte die Kulturkampfbewegung der siebziger und achtziger Jahre schon schwere Wunden gerissen, so mußte es für die katholische oberschlesische Bevölkerung erst recht schwer zu tragen sein, daß die Revolution in Berlin an die Spitze der preußischen Kulturverwaltung in Adolf Hoffmann eine durchaus religionsfeindliche Persönlichkeit gebracht hatte. Diese Tatsache lieferte der polnischen Propaganda eine schneidige Waffe, und sie benutzte sie in dem Sinne: polnisch ist katholisch, und deutsch ist evangelisch, der liebe Gott und die Mutter Gottes verstünden nur polnisch; wer deutsch stimme, verrate die Kirche. Ein großer Teil der Geistlichkeit Oberschlesiens schloß sich zwecks polnischer Propaganda zu der Sektion des Pfarrers Kapitza zusammen.

Wenn trotzdem der polnischen Propaganda größere Erfolge nicht beschieden waren, so lag es eben an der Tatsache, daß Geschichte, Kultur und Wirtschaft ebenso wie alle Familienbeziehungen die oberschlesische Bevölkerung an Preußen-Deutschland banden. Ähnlich wie in Ostpreußen, war überdies eine starke Abwanderungsbewegung in andere Teile des Reiches zu verzeichnen gewesen. Aus dem übrigen Reiche waren andererseits wiederum viele Personen nach Oberschlesien zugewandert, von denen freilich nur ein Teil, nämlich die seit vor 1904 Ansässigen, zur Abstimmung berechtigt waren. Bei der Abstimmung selber reisten 170.000 Abstimmungsberechtigte aus dem Reiche nach Oberschlesien zurück, von denen freilich ein Teil, nach polnischen Angaben 25 v.H., für Polen gestimmt haben soll, eine Zahl, die vermutlich übertrieben ist.

Von großer Bedeutung war die Unklarheit in den Bestimmungen über die Auswertung der Volksabstimmungsergebnisse. Die deutsche Rechtsauffassung ging dahin, daß die absolute Mehrheit bei der Abstimmung über die Zuteilung des ganzen Landes an Deutschland oder Polen entscheiden sollte. Die alliierten Kommissionen weigerten sich, diese Frage zu klären; offenbar wollten sie erst das Ergebnis abwarten. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß eine polnische Mehrheit, wäre sie noch so klein gewesen, Anlaß gewesen wäre, das ganze Land Polen zuzusprechen. Der Bevölkerung aber wurde geflissentlich vorgetäuscht, es handle sich darum, ob das ganze Gebiet durch Mehrheitsentscheid zu diesem oder jenem Staat kommen solle. Damit erreichte Le Rond sehr viel; denn wäre es bekannt gewesen, daß man die Absicht hatte, Oberschlesien, wenn sich die erwartete deutsche Mehrheit gezeigt hätte, zu zerschneiden, so hätten auch polnisch Gesinnte nicht für Polen gestimmt: aus dem sicheren Bewußtsein heraus, daß eine Teilung Oberschlesiens das größte Unglück des Landes sein müßte, dessen Verkehrswege, Straßen, Bahnen und Flüsse und dessen gesamte Wirtschaft nach dem Reiche wiesen. Auf polnischer Seite

aber arbeitete man mit den gleichen Propagandamitteln wie in West- und Ostpreußen. Überdies noch nutzte man das soziale Ressentiment aus sowohl in der bergmännischen und Industriebevölkerung als auch auf dem flachen Lande, wo dank einer verkehrten Durchführung der Stein-Hardenbergschen Reform 57 v.H. des Landes in der Hand des Großgrundbesitzes geblieben waren. Mit fast bolschewistischen Methoden, dem Versprechen einer primitiven Landteilung, konnte auch Korfanty, gerade bei der zwergbäuerlichen Bevölkerung, Erfolge erringen. So erklärt sich auch das merkwürdige Stimmbild, das der 21. März ergab.

Kreis	**Stimm-berechtigte**	**abgegebene Stimmen für das Reich**	**für Polen**
Beuthen Stadt und Land	152 553	73 531	73 055
Cosel	49 310	36 356	12 221
Gleiwitz Stadt und Tost	88 885	53 077	35 510
Groß-Strelitz	46 437	22 390	23 023
Hindenburg	88 605	45 222	43 282
Kattowitz Stadt und Land	150 631	75 617	69 964
Königshütte Stadt	44 052	31 848	10 764
Kreuzburg einschl. Namslau	46 177	43 346	1 799
Leobschütz	66 000	65 128	256
Lublinitz	29 818	15 478	13 675
Neustadt O.-S. (Ob. Glogau)	38 190	32 722	4 476
Oppeln Stadt und Land	105 553	77 031	25 827
Pleß	72 256	18 670	53 372
Ratibor Stadt und Land	71 063	48 277	20 630
Rosenberg	35 976	23 861	11 147
Rybnik	82 045	27 924	52 332
Tarnowitz	45 613	17 076	27 500
Summe	1 213 164	707 554	478 833

Rund 60 v.H. der Bevölkerung hatten also für das Deutsche Reich, 40 v.H. für Polen gestimmt. Eine einzige Stadt, das winzige Städtchen Beruhn, hatte eine polnische Mehrheit. Doch wollen wir die Darstellung der Wirkung der Volksabstimmung nach nationalen Gesichtspunkten auf das Ende dieses Aufsatzes verschieben und bemerken nur, daß innerhalb der wasserpolnischen Bevölkerung neben den landarmen und landlosen Bauern im wesentlichen die Grubenorte mit den ungelernten Kohlenarbeitern für Polen stimmten, namentlich die Zinkorte, welche wegen geringeren Lohnes und wegen hygienischer Unzuträglichkeiten gerade von den aufstrebenden Arbeitern gemieden wurden. Man kann ungefähr sagen: die jungen Bergwerks- und Industrieorte mit einer noch fluktuierenden Bevölkerung erlagen der polnischen Propaganda; die alten Gruben- und Industrieorte dagegen stimmten, obgleich die Wohnungsverhältnisse dort schlechter waren als in den Neusiedlungen, ganz überwiegend für das Deutsche Reich.

Auch die Grenzfestsetzung führte zu dramatischen Ereignissen. Jeder Deutsche und jeder Pole im Abstimmungsgebiet war überzeugt gewesen, daß das Mehrheitsergebnis für das Schicksal des Landes entscheidend sein würde. Aber es kam anders. Die Abstimmungskommission war geteilter Auffassung und gelangte nicht zu einem gemeinsamen Votum. General Le Rond konstruierte in seinem Bericht, obwohl weitaus die Mehrzahl der Gemeinden sich für das Reich erklärt hatten, auf Vorschlag Korfantys eine Grenzlinie, die fast drei Viertel des Abstimmungsgebietes Polen geben sollte. Gestützt auf die Bestimmung, daß das Abstimmungsergebnis gemeindeweise zu werten sei, setzte der Gemeinden von nur 100 Einwohnern Städten von 80.000 Einwohnern gleich. Die englischen Mitglieder der Abstimmungskommission kamen gleichfalls zu einem Teilungsvorschlag; dieser sah aber nur die Abtretung des Kreises Pleß und des südlichen Teiles des Kreises Rybnik vor, Gegenden, in denen klare polnische Mehrheiten zu verzeichnen gewesen waren. Die Italiener

machten einen Kompromiß aus beiden Vorschlägen. Vor dem Obersten Rat in Paris kam es zu diplomatischen Kämpfen, die für Polen ungünstig auszugehen schienen.



In Oberschlesien suchte Polen entgegen dem Willen der Bevölkerung mit Gewalt deutsches Land zu rauben. Aufständische fielen in das Land ein.
Oben: *Bürgerwehr schützt die Fabriken vor den Aufständischen.*
Unten: *Deutscher Selbstschutz in Myslowitz.*



Da wagte Korfanty zum dritten Male das Glück der Waffen. Am 3. Mai 1921 ließ er, unterstützt, wahrscheinlich sogar aufgefordert durch den General Le Rond, den dritten, den blutigsten aller Aufstände ausbrechen. Le Rond förderte ihn offen. Französische Truppen verbrüderten sich mit den Polen. Sie gaben den Aufständischen Waffen und ließen es zu, daß italienische Truppen schwere Verluste gegenüber den Polen erlitten. Freiwillige eines "Deutschen Selbstschutzes" unter der Führung des General Hoefer sammelten sich dann zu kräftiger Gegenwehr. Es kam zur Erstürmung des Annaberges bei Cosel durch den Selbstschutz. Nunmehr lag ganz Oberschlesien offen vor den deutschen Freiwilligen, die es rasch von den Polen gesäubert hätten. Da erst griff Le Rond ein und hinderte wiederum das Vorgehen der Deutschen, nachdem Lloyd George im englischen Parlament Le Ronds Rechtsbruch gebrandmarkt hatte.



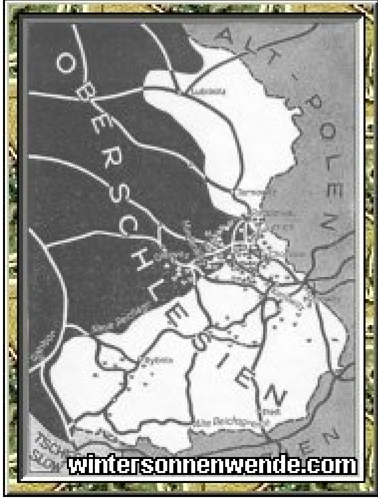
Spuren des polnischen Aufstandes: Trümmer des von den Polen gesprengten und angezündeten Bahnhofes in Rosenberg.



Von polnischen Aufständischen gesprengte Oderbrücke in Cosel.

Es kam zu erneuten Verhandlungen des Obersten Rates. Im August gelang es den Franzosen, wahrscheinlich auf Grund von Kompensationen im Orient, wie so oft schon, Englands Widerstand zu brechen, und so wurde die Entscheidung dem Völkerbunde zugeschoben. Dessen Rat, in dem damals auch China und Brasilien vertreten waren, erstattete ein Gutachten. Es wurde die Grundlage der Entscheidung, welche die Note des Botschafterrates vom 20. Oktober 1921 fällte. Eine Grenzlinie durch Oberschlesien wurde gezogen, und überdies wurden dem Reiche Verpflichtungen auferlegt, die das Wirtschaftsleben des abzutretenden Gebietes betrafen; endlich wurden für fünfzehn Jahre Übergangsbestimmungen für beide Oberschlesien vorgesehen, die unter den Schutz einer gemischten Kommission gestellt wurden. Diese Verhandlungen wurden zwischen dem Reiche und Polen unter dem Vorsitz des schweizerischen Alt-Bundespräsidenten Calonder geführt und endeten mit dem 15. Mai 1922. Hierüber sagt das *Taschenbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums*, Heft Oberschlesien, folgendes:

Die Zerschneidung Oberschlesiens



[Vergrößern]



"Die Ziehung der neuen Grenze ist ein Musterbeispiel für die

> Böswilligkeit, unter der Deutschland seit dem Friedensvertrag von Versailles zu leiden hat. Der Völkerbundsrat stellte sich zur Aufgabe, das Land im Verhältnis von 4 : 6 gemäß dem Verhältnis des Abstimmungsergebnisses zu teilen. Er glaubte, in diesem mathematischen Grundsatz die gerechte Teilung gefunden zu haben. Die Grenzlinie legte er aber so, daß die wirtschaftlich wichtigen Betriebe, alle wichtigen Rohstoffquellen Polen zufielen. Die drei größeren Städte Ratibor, Gleiwitz, Beuthen schnürte er von ihrem Hinterland derart ab, daß sie wirtschaftlich in schwerste Not kommen mußten und daß sie strategisch im Falle kriegerischer Verwicklungen völlig unhaltbar sind. Was geschichtlich und organisch gewachsen war, wurde zerschnitten und damit vielfach lebensunfähig gemacht, gleichgültig, ob es sich dabei im Zerschneidung von Wasserleitungen, Elektrizitätsleitungen, Straßen oder einheitlichen Wirtschaftsleitungen, wie Gruben und Eisenwerke, handelte. Wegen dieser Zerreißung des einheitlichen oberschlesischen Industrieorganismus ist die Bevölkerung Oberschlesiens niemals befragt worden. Während des Abstimmungskampfes ist der Gedanke einer Teilung Oberschlesiens gerade von polnischer Seite entschieden abgewiesen worden. Kurz vor der Abstimmung hatte der polnische Sejmmarschall Tramczynski erklärt: 'Komme, was da wolle, wir wollen Oberschlesien nicht zerreißen, es soll ganz der oder jener Seite gehören.'"

Polen hat das abgetretene Gebiet am 16. Juni 1922 übernommen. Darzustellen, wie sehr die kommende Entwicklung den warnenden Voraussagen der deutschen Sachverständigen, die Zerreißung würde die schwersten politischen und wirtschaftlichen Folgen haben, recht gab, gehört nicht mehr zur Aufgabe dieser Darstellung.

Eine weitere Folge der **Abstimmung in Oberschlesien** ergab sich für das **Hultschiner Ländchen**. Gemäß Artikel 83 des **Versailler Diktates** hatte, wie schon ausgeführt, das Reich zugunsten der Tschecho-Slowakei ohne jede Volksbefragung auf einen Teil des Kreises Ratibor verzichten müssen; am 4. Februar 1920 war das Hultschiner Ländchen durch die Tschecho-Slowakei in Besitz genommen worden, nicht ohne Rechtsverwahrungen der Bevölkerung gegen dieses Unrecht. Für den Fall, daß die deutsch-polnische Grenze nach der oberschlesischen Abstimmung so gezogen werden sollte, daß der südliche Teil des Kreises Leobschütz, der an das Hultschiner Ländchen grenzt, seinen Zusammenhang mit dem Deutschen Reiche verlieren würde, sollte - so bestimmte es das Versailler Diktat - auch dieser an die Tschecho-Slowakei fallen. Die endgültige Grenzfestsetzung nach der Volksabstimmung in Oberschlesien erfüllte diese Bedingungen glücklicherweise nicht, und so blieb diesem Teile des Kreises Leobschütz das Schicksal des Hultschiner Ländchens, gegen seinen Willen an die Tschecho-Slowakei abgetreten zu werden, erspart.[8]



Sonstige zugunsten Polens vom Reiche abgetrennte Gebiete

Die freie Stadt Danzig ist in erster Linie zu nennen. Bis zum heutigen Tage ist es nicht bekanntgeworden, ob es die Machthaber in Versailles jemals erwogen haben, der Danziger Bevölkerung ein Recht auf Selbstbestimmung durch Volksbefragung zuzugestehen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Abtrennung vom Deutschen Reiche genau ebenso ohne Volksabstimmung erfolgte wie die Abtrennung von Teilen **Ostpreußens**, **Westpreußens und Posens**, die dem polnischen Staate einverleibt wurden. War das Schicksal der Bevölkerung Danzigs insofern weniger schwer, als diese Stadt und das ihr zugeschlagene Landgebiet immerhin Souveränität erhielt, so wurde diese doch mit Hypotheken zugunsten Polens belegt, und die Gründung dieses Staatswesens wider Willen beruht doch genau auf dem gleichen Unrechtsakte, der gleichfalls zugunsten Polens geschah. Die Danziger Protestkundgebungen im März 1919 verhallten ebenso wirkungslos wie die Vorschläge des Deutschen Reiches, Polen Freihäfen und gesicherte Zugänge zu diesen Freihäfen

auf Eisenbahnen, Fluß und Kanal zu gewähren. 330.630 deutsche Menschen (die polnisch sprechende Minderheit war bei der Abtrennung verschwindend klein) und 2.000 Quadratkilometer deutscher Siedlungsboden wurden vom Reiche abgerissen.

Gemäß Artikel 100 des **Versailler Diktates** ergriff am 10. Januar 1920 ein englischer Diplomat, Sir Reginald Tower, im Namen der Mächte als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches Besitz von Danzig und übte die Verwaltung mit Unterstützung eines hierzu von Danziger Behörden gegründeten Staatsrates aus. Die Danziger Bevölkerung mußte sich dem Zwangsspruch von Versailles beugen. Sie griff aber mit der Beschickung des Staatsrates und der Wahl zu einer verfassunggebenden Versammlung in die Ordnung ihrer Geschicke tätig ein in der Absicht, wenigstens den deutschen Charakter des Landes trotz der Abtrennung vom Reiche voll zu wahren. In diesem Sinne schuf auch die verfassunggebende Versammlung nach dem Vorbild der neuen Reichsverfassung die Danziger Verfassung, soweit die engen Verhältnisse dies zu gestatten schienen. Am 1. August 1920 angenommen, fand der Verfassungstext allerdings erst im Mai 1922 nach einigen Änderungen und Einfügungen die Billigung des Völkerbundes, der sich auf Grund der ihm im Versailler Diktate übertragenen Verfassungsgarantie dazu für berechtigt hielt. Damit trat die Verfassung in Kraft. Gleichzeitig begannen aber auch die im Artikel 104 des Versailler Diktates vorgesehenen Verhandlungen mit Polen. Die Hauptpunkte des Vertrages sollten sein:

1. Gemeinsamkeit des Zollgebietes.
2. Freie Benutzung der Danziger Wasserstraßen und ähnlicher Verkehrsmittel durch Polen.
3. Übertragung der Verwaltung und Überwachung der Weichsel, der Vollspurwege und des Postverkehrs zwischen Polen und dem Danziger Hafen an Polen.
4. Übertragung des Ausbau- und Verbesserungsrechtes der Wasserstraßen, Hafenanlagen und Straßen an Polen.
5. Gleichstellung der Angehörigen des polnischen Staates mit den Danziger Bürgern.
6. Übertragung der Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig und des Schutzes ihrer Staatsangehörigen an Polen.

Das Deutsche Reich war auch hier völlig ausgeschaltet. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig, da Polen Forderungen weit über den Wortlaut des Versailler Vertrages stellte, indem es die militärische und Marineoberhoheit, militärisches Besatzungsrecht, Polizei- und Aufsichtsrecht, polnische Zollverwaltung, Vereinheitlichung aller Abgaben und Steuern und ähnliches verlangte. Danzig setzte sich mit Erfolg zur Wehr. Immerhin bedeutete die Pariser Konvention von 1920 praktisch doch ein Kompromiß zuungunsten Danzigs. Denn sie enthielt zahlreiche Unklarheiten, ja Widersprüche, weil Polen mit Hilfe der Botschafterkonferenz einzelne Teilberechtigungen, die über die Versailler Bestimmungen hinausgingen, durchzusetzen vermochte. Sie sollten Polen später zu geeigneter Zeit Handhaben bieten, um umfassendere Ansprüche wieder geltend zu machen.

Mit Zustandekommen der Danziger Verfassung und des Danzig-polnischen Grundvertrages waren die Aufgaben der internationalen Verwaltung erfüllt, und so konnte Oberst Strutt als Vertreter der Mächte am 15. November 1920 **die "Freie Stadt Danzig" als gegründet erklären**. Sie trat als dritter deutscher Staat neben dem Reiche und Österreich in die europäische Staatengemeinschaft ein. Mit der Gründung des Danziger Staates war auch diese Epoche deutscher Gebietsabtrennung abgeschlossen.



Der Oberkommandierende der alliierten Besatzungstruppen in Danzig 1920.

Schlußbetrachtung

Die Durchführung der Bestimmungen des Versailler Diktates gaben der Welt Gelegenheit, an den Ergebnissen der Volksabstimmung nachzuprüfen, inwieweit wohl die Zuteilung der ohne Volksbefragung vom Reiche abgetrennten Gebiete (**Danzig**, **Korridorgebiet**, **Süd- und Westposen**, Teilstücke **Niederschlesiens**) an Polen dem Willen der dortigen Bevölkerung entsprach. Denn Polen hatte sie auf Grund des angeblichen Willens der Bevölkerung gefordert. Mittels geschickter aber fälschlicher Auslegung der seinerzeit vom preußischen Staate durchgeführten Sprachenstatistik hatte die polnische Vertretung sie bei den Friedensvertragsverhandlungen und dem Obersten Rate begründet. Die polnische These: Polnischsprechen sei gleichbedeutend mit polnischer Gesinnung, hatte man nicht nur statistisch sondern auch mit zahlreichen Karten deutschen Ursprungs scheinbar beweiskräftig zu belegen vermocht, freilich nicht ohne Anwendung oder mindestens ohne Benutzung grober Fälschungen. Dies vermochte das Deutsche Reich nicht zu widerlegen, da es in Versailles überhaupt nicht gehört wurde.

Um so wichtiger ist es, daß die Ergebnisse der Volksabstimmungen in den benachbarten Gebieten nachträglich vor aller Welt diese polnischen Behauptungen Lügen strafen. Ja noch mehr, es ergibt sich aus ihnen, ferner aus der Abwanderung von 800.000 bis 900.000 Deutschen aus dem abstimmungslos abgetrennten Gebiete und aus den Ergebnissen der Parlamentswahlen in Polen, soweit sie unbehindert waren, daß eine Volksabstimmung 1920 auch in diesen Gebietsteilen eine starke Mehrheit für das Reich ergeben hätte. Oder mit anderen Worten: praktisch hat doch inzwischen eine freilich stillschweigende und nicht amtlich angeordnete Volksabstimmung im Korridorgebiet gegen Polen und zugunsten des Reiches stattgefunden; darum braucht und kann sie auch heute nicht mehr nachgeholt werden. Wo das Versailler Diktat der Bevölkerung abzustimmen gestattete, ob sie zu Polen oder zum Deutschen Reiche gehören wolle, stimmte nicht nur die in der Sprachenstatistik von 1910 als "deutschsprechend" gezählte Bevölkerung für das Reich, sondern auch die "doppelsprachigen" und ferner ein großer Teil der als "polnischsprechend" Gezählten (wegen genauerer Zahlen vergleiche **Seite 128** und **Seite 132** *[Seitenzahlen aus dem Original; Anm. d. Scriptorium]*). So erwies es sich als falsch, daß Polen alle in der amtlichen deutschen Statistik als "polnischsprechend" aufgeführten Personen als "Polen" bezeichnete. Durchschnittlich weit mehr als die Hälfte von ihnen erwies sich als im politischen und kulturellen Sinne deutsch. Rechneten wir aber, wie die Polen es wollen, die Masuren zur polnischsprechenden Bevölkerung, so verschöbe sich das Zahlenbild noch viel stärker zuungunsten Polens. Die polnischsprechenden Bewohner des Korridorgebietes wurden durch das Versailler Diktat, wie ihre deutschsprachigen Mitbürger, polnische Staatsbürger; sie sind aber gerade so wie die deutschsprachigen "Mußpolen". Etwa hunderttausend von ihnen mögen nach der Abtrennung ins Deutsche Reich abgewandert sein. Nähere Angaben mit ausführlichen Zahlentafeln über das Ergebnis, das eine Volksabstimmung zum Beispiel im Korridorgebiet 1920 gehabt hätte (80 bis 64 v.H. je nachdem, ob Danzig mitgestimmt hätte oder nicht), finden sich in *Kampf um Preußenland*, S. 189ff., Volk und Reich Verlag, 1931.

So kam es, daß die Durchführung des Versailler Diktates in Marienwerder, Allenstein und Oberschlesien zu einer beredten Anklage gegen das ganze System der Abtrennungen wurde und daß sie das deutsche Recht auf die Ostgebiete des Reiches weit über die Abstimmungsgebiete selbst hinaus der Welt klarzulegen vermochte. Noch sind freilich die Folgerungen aus diesen Ergebnissen nicht gezogen.

Nicht nur das Interesse des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes erfordert eine Wiedergutmachung sondern vor allem auch das Interesse der abgetrennten Gebiete selbst und ihrer Bevölkerung, die nicht befragt und, soweit sie sich in die neuen Verhältnisse nicht schicken konnte, vertrieben wurde, die aber einen Anspruch auf ihre Gebiete hat. Nicht zuletzt aber ist es der Friede Europas und die Wiederherstellung wirtschaftlich erträglicher Zustände in der Welt, ist es die

Sicherheit der abendländischen Zivilisation, welche eine Neuordnung der Grenzen verlangen.



Anhang

Nach dem Stande der Volkszählung von 1910 wurden vom Deutschen Reich abgetrennt:

	Fläche in Hektar	**Bevölkerung**
an keinen bestimmten Staat (Memelgebiet)	265 666,9	141 238
an Polen	4 614 240,0	3 854 961
an Danzig	191 421,5	330 630
an die Tschecho-Slowakei	31 588,6	48 446
	5 102 917,0	4 375 275

Die Ostprovinzen des Deutschen Reiches (**Ostpreußen**) verloren allein:

an landwirtschaftlich genutzter Fläche	3 659 291 Hektar	= 30,0 v.H.
an landwirtschaftl. Betrieben (Zahl)	395 848	= 32,2 v.H.
an Ernteerträgen: Brotgetreide	22 480 000 Doppelzentner	= 30,0 v.H.
an Ernteerträgen: Hackfrüchte	131 822 000 Doppelzentner	= 31,0 v.H.
an Viehbestand: Pferde	554 505 Stück	= 32,0 v.H.
an Viehbestand: Rindvieh	1 584 128 Stück	= 27,6 v.H.
an Viehbestand: Schweine	2 287 276 Stück	= 33,0 v.H.
an gewerblichen Hauptbetrieben (Zahl)	138 445	

Sie verloren an bergbaulichen industriellen Unternehmungen:

49,10	Milliarden Tonnen Steinkohlenvorräte bei 1000 Meter Teufe** (8,67*)
9,0	Milliarden [Tonnen] Zink- und Bleierze (11*)
53	Steinkohlenbergwerke (14*)
10	Zink- und Bleierzgruben (5 kleine Gruben*)
22	Hochöfen (15*)
13	Eisen- und Stahlgießereien (12*)
9	Stahlwerke (3*)
9	Walzwerke (3*)

* Die Zahlen in ( ) geben die beim Reiche verbliebenen Industriewerke an.
** Teufe = Ausdruck im Bergbau: Tiefe. [Anm. d. Scriptorium.]

Beruflich war (1907) die Bevölkerung der abgetrennten Ostgebiete bei 1.854.082 Erwerbstätigen folgendermaßen gegliedert:

Land- und Forstwirtschaft	932 333	= 32,0 v.H.	der betreffenden Zahlen des deutschen Ostgebietes.
Industrie und Bergbau	430 377	= 42,7 v.H.	
Handel und Verkehr	140 219	= 26,5 v.H.	
freie Berufe und öffentlicher Dienst	109 553	= 31,0 v.H.	
Berufslose	212 193	= 26,6 v.H.	

Der Größenklasse nach betrug die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den abgetrennten Ostgebieten 1907:

unter	0,5	Hektar		124 827 = 43,9 v.H.	der betreffenden Betriebe des deutschen Ostgebietes.
von	0,5	Hektar bis unter	2 Hektar	91 345 = 13,9 v.H.	
von	2	Hektar bis unter	5 Hektar	60 252 = 29,9 v.H.	
von	5	Hektar bis unter	20 Hektar	92 255 = 33,0 v.H.	
von	20	Hektar bis unter	100 Hektar	23 199 = 27,4 v.H.	
von	100	Hektar bis darüber		3 980 = 18,4 v.H.	
				395 858 = 27,7 v.H.	

Die schwersten Verluste erlitt die Landwirtschaft, von dieser wieder die bäuerliche, in erster Linie der mittelbäuerliche Betrieb; sie sind annähernd zur Hälfte auf die Abtrennung der Provinz Posen zurückzuführen. Außer dem Verlust an landwirtschaftlich benutzter Fläche von zusammen 3.659.291 Hektar, wovon über die Hälfte (16,4 v.H.) auf die Provinz Posen entfällt, gingen verloren an Forsten und Holzungen 1.030.754 Hektar = 24 v.H. der Forstfläche des deutschen Ostens, an Ackerländereien 3.041.005 Hektar = 31 v. H. der Ackerfläche des deutschen Ostgebietes, an Wiesen 380.546 Hektar = 24,5 v.H., Viehweiden und Hütungen 202.930 Hektar = 29 v.H. der betreffenden Flächen des deutschen Ostgebietes.

Die Ernteerträge der abgetrennten Gebiete des deutschen Ostens ergaben 1913 an

Roggen	19 135 181 Doppelzentner = 36,0 v.H.	der betreffenden Betriebe des deutschen Ostgebietes.
Weizen	3 344 678 Doppelzentner = 27,8 v.H.	
Gerste (Sommerfrucht)	4 834 384 Doppelzentner = 37,9 v.H.	
Hafer	7 201 136 Doppelzentner = 23,0 v.H.	
Kartoffeln	84 014 624 Doppelzentner = 35,0 v.H.	
Zuckerrüben	31 824 575 Doppelzentner = 46,0 v.H.	
Futterrüben	15 982 781 Doppelzentner = 24,0 v.H.	
Klee	11 644 370 Doppelzentner = 25,0 v.H.	
Wiesenheu	18 860 773 Doppelzentner = 26,0 v.H.	

Rund drei Viertel des Ausfalles an Zuckerrüben, etwa zwei Drittel des Verlustes an Roggen und Kartoffeln, über die Hälfte des Ausfalles an Weizen und Gerste und fast die Hälfte des Verlustes an Hafer ist auf die Abtrennung der Provinz Posen zurückzuführen. Die Verluste an Ernteerträgen gehen bei Roggen und Kartoffeln, den Hauptnahrungsmitteln, anteilmäßig über die Einbußen an landwirtschaftlich benutzter Fläche und Bevölkerung mit über einem Drittel der betreffenden Erntemengen des deutschen Ostens hinaus. Daraus ergibt sich einmal die große Bedeutung des abgetrennten landwirtschaftlichen Gebietes, besonders Posens, für die Ernährung des deutschen Volkes, dann der hohe Stand der Landwirtschaft in diesen Gebieten. Die Einbußen der Ernteerträge zeigen die Verkleinerung der Ernährungsgrundlage des deutsch gebliebenen Ostens.

Durch die gewerbliche Betriebszählung von 1907 wurden ermittelt in den abgetrennten Gebieten des deutschen Ostens zusammen 138.445 Hauptbetriebe mit 545.578 beschäftigten Personen, in der Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe, 83.685 Hauptbetriebe mit 413.984 Personen = 25 und 24,8 v.H. der betreffenden Zahlen des ganzen deutschen Ostens; in Handel und Verkehr wurden gezählt 49.751 Hauptbetriebe = 26 v.H. und 119.963 Personen = 25,4 v.H. des deutschen Ostgebietes. Annähernd ein Drittel der Betriebe mit nicht ganz einem Viertel der beschäftigten Personen entfällt auf die abgetrennten Teile Westpreußens, etwa ein Fünftel der Betriebe mit annähernd einem Drittel der beschäftigten Personen auf Schlesien. Von den industriellen Gewerben gehen voran: das Baugewerbe mit 7.908 Hauptbetrieben und 82.691



Holztraft auf der Weichsel.

beschäftigten Personen, Bergbau und Hüttenbetrieb mit 229 Hauptbetrieben und 62.659 Personen, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 15.298 Hauptbetrieben und 60.754 Personen, Bekleidungsgewerbe mit 29.727 Hauptbetrieben und 50.737 Beschäftigten, die Holzindustrie mit 7.451 Hauptbetrieben und 33.934 beschäftigten Personen, die Industrie der Steine und Erden mit 1.837 Hauptbetrieben und 32.516 Personen, Maschinenindustrie mit 4.284 Hauptbetrieben und 28.772 Personen, Metallverarbeitung mit 7.058 Hauptbetrieben und 27.513 beschäftigten Personen.



Anmerkungen

1 Vgl. Max Bär: *Westpreußen unter Friedrich dem Großen* (Publikation der Preuß. Archivverwaltung, Bd. 83, 84, Leipzig 1909), Bd. 1, S. 36f. (Dokumente) S. 85, 157, 219. ...zurück...

2 Wie natürlich auch das gesamte Posener Deutschtum und im Anfang der Bewegung auch erhebliche Teile der polnischen Bauernschaft mit freiem Grundbesitz. Einzelheiten darüber in Wolfgang Kohte: *Deutsche Bewegung und preußische Politik im Posener Lande 1848-49* (Heft 21 der Deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift für Polen, Posen 1931), insbesondere für Südposen auf S. 88, 100, 121f, und für die polnischen evangelischen Bauern auf S. 123f. ...zurück...

3 Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Wilson, am 10. Oktober 1918 durch den Gesandten der Schweiz auf die Note der Reichsregierung vom 7. Oktober 1918, in dem diese der Regierung der Vereinigten Staaten erklärte, "das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßrede vom 8. Januar 1918 und seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 24. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen anzunehmen." ...zurück...

4 W. Olten, "Pilsudski", *Volk und Reich* 1930, Heft 1/2. ...zurück...

5 Recke: *Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik*, Verlag von Georg Stilke, Berlin 1927, S. 260. ...zurück...

6 W. Olten, "Pilsudski", *Volk und Reich* 1930, Heft 1/2. ...zurück...

7 W. Olten, "Pilsudski", *Volk und Reich* 1930, Heft 1/2. ...zurück...

8 Über die Volksabstimmungen siehe Sonderheft 8/9, Jahrgang 1930, der Zeitschrift *Volk und Reich*, das den Abstimmungen in deutschen Grenzgebieten gewidmet ist. ...zurück...



Die ostdeutsche Wirtschaftslandschaft und ihre Zerstörung durch das Diktat von Versailles

Walter Geisler

Die Raumbegriffe Deutscher Osten und Ostmark

Wenn man vom deutschen Osten spricht, so bezeichnet man damit den östlichen Teil des mitteleuropäischen Raumes, der durch die Deutschen sein charakteristisches Gepräge erhalten hat und vornehmlich von Deutschen bewohnt wird. Im einzelnen ist der Raum schwieriger zu begrenzen, als es den Anschein hat; denn im Westen müssen wir einen allmählichen Übergang zu den mittleren und westlichen Teilen Deutschlands feststellen, da bei der Wesensgleichheit des gesamtdeutschen Raumes nur sekundäre Merkmale für die Abgrenzung der Teilgebiete gefunden werden können, und nach Osten hin schieben sich Gebiete mit deutschem Kulturcharakter weit über die Reichsgrenzen in das eigentliche mitteleuropäische Übergangsgebiet vor.

Der Gang der Besiedelung des ostdeutschen Raumes ist naturgemäß von ausschlaggebender Bedeutung für seine Raumentwicklung gewesen; denn **der Mensch** drückt **nach Maßgabe seiner rassischen und völkischen Eigenart** dem Lande seinen charakteristischen Stempel auf. Die Raumentwicklung wiederum zeigt eine deutliche Abhängigkeit von den physio-geographischen Verhältnissen, die schließlich zu einer Untergliederung in nordsüdlicher Richtung geführt haben.



An den Ufern der Warthe.

Nach der Völkerwanderung waren die **slawischen Völker** in den ostdeutschen Raum eingedrungen und hatten ihn in dünnen Wellen überflutet. Dabei sind zwei Hauptrichtungen zu unterscheiden, nämlich in Richtung auf Posen in das Gebiet des Wartheraumes und durch die Mährische Pforte und das Marchtal in Richtung auf Prag. Die im 11. und 12. Jahrhundert einsetzende **Gegenbewegung der Deutschen** führte nicht mehr zur völligen Rückgewinnung des verlorenen Gebiets. Der Raum des Weichselbogens und ein Teil Böhmens und Mährens blieben Siedlungsgebiete slawischer Völker. Wurde dadurch bis zu einem gewissen Grade die Untergliederung des deutschen Ostens in einen nördlichen und südlichen Teil vorbereitet, so sind auch die natürlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche und völkische Entwicklung in beiden Teilen insofern verschieden, als im Norden die Einförmigkeit zu einer großräumigen Entwicklung drängt, während die Zerstückelung in Becken und Gebirgslandschaften im Süden die Voraussetzung zur Zellenbildung schafft.

Der erste kräftige Gegenstoß der Deutschen führte die Donau abwärts in der Richtung auf Wien. Im Norden waren für den deutschen Gegenstoß von Natur zwei Leitlinien gegeben, und zwar die eine längs der Küste und die andere am Nordrande des Mittelgebirges. Beide Stoßrichtungen entfernen sich je mehr voneinander, je weiter wir nach Osten kommen. Die Stellung der Slawen im Wartheraum wurde auf diese Weise in doppeltem Flankenstoß überflügelt, aber es blieb in der Mitte ein Schwächepunkt übrig. Der Vorstoß die Oder aufwärts längs dem Mittelgebirge verlor im Raume der Mährischen Pforte an Kraft, und auch von der Donau her konnte im Marchtal in Richtung auf die Mährische Pforte der slawische Wall nicht ganz durchbrochen werden. Das obere und mittlere Odergebiet, also der Raum Schlesien, hat lange Zeit eine Vermittlerrolle gespielt, bis es sich seit der friderizianischen Zeit nach Norden orientierte.

Der Dualismus zwischen Preußen und Österreich führte zur Zeit des Reiches nach 1871 zum kleindeutschen Denken, und wenn man vom deutschen Osten sprach, so dachte jedermann im Reiche an die preußischen Ostprovinzen. Wir haben hierin ein Beispiel, wie das staatlich-politische Schicksal das völkische Denken infolge Mangels an zielbewußter Erziehung vollkommen überschattete. Zur Zeit des Reiches nach 1871 hatte sich der Begriff Ostmark für das Gebiet der Provinzen Westpreußen und Posen eingebürgert. Da nun heute dieser Begriff wieder auf Österreich angewandt wird, so ist es wohl richtig, daß er auch darauf beschränkt bleibt.

Wenn wir von einem deutschen Wirtschaftsraum im Osten sprechen, handelt es sich im engeren Sinne um den **deutschen Nordosten**, um den Raum der östlichen preußischen Provinzen von der Lausitzer Neiße und unteren Oder bis zu der ehemaligen Ostgrenze des Reiches im Umfange der Vorkriegszeit. Die Abgrenzung gegen Westen kann aus den oben angegebenen Gründen nur eine willkürliche Linie sein, an der die Städte Görlitz, Frankfurt und Stettin als Brückenköpfe liegen.



Ostseeküste mit der Halbinsel Hela.

Diese Umgrenzung durch politische Linien hat bis zu einem gewissen Grade ihre innere Begründung, nämlich insofern, als die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes von der kulturellen Arbeit des deutschen Volkstumes nicht zu trennen ist. Gilt dies schon für die früheren Jahrhunderte seit der Wiederbesiedlung des Ostens durch die Deutschen, so in besonderem Maße für die Zeit, wo dieser Raum dem Wirtschaftsorganismus Preußen beziehungsweise des Reiches nach 1871 angehörte.



Feldweg durch das weite Flachland.

Der deutsche Ostraum zwischen der Ostsee und dem Mittelgebirge bildet eine große physische Einheit; es ist ein Teil des norddeutschen Flachlandes. Eine Ausnahme macht nur der Teil Schlesiens, der den Sudeten angehört sowie das oberschlesische Bergbau- und Industriegebiet, also Teilräume, die das Flachland im Süden begrenzen. So kommt es, daß die Provinz Schlesien wirtschaftlich einen anderen Charakter trägt als der übrige Osten. Nur in diesen genannten Teilen Schlesiens konnten sich Bergbau und Industrie in größerem Umfange entwickeln. Im übrigen Ostdeutschland finden sich außer ubiquen Industrien in den größeren Städten nur noch die sogenannten Küstenindustrien. Die Abhängigkeit von den Naturgegebenheiten ist damit ohne weiteres erkenntlich. Unsere Betrachtung der Wirtschaft muß demnach diese beiden dem Umfange nach sehr ungleichen Teile unterscheiden, wobei wir feststellen, daß also fast der gesamte deutsche Osten die gleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen bietet.



Die Herausbildung des einheitlichen Wirtschaftsraumes im deutschen Nordosten

Die frühgeschichtliche Besiedlung zeigt uns, daß zu jener Zeit, als die Slawen das Land besetzt hielten, von einem einheitlichen Siedlungs- und Wirtschaftsraume im Osten überhaupt noch nicht gesprochen werden kann. **Die Slawen waren mit den Mitteln ihrer niederen Kultur nicht in der Lage, die breiten Sperrlandschaften zwischen den einzelnen Diluvialplatten zu überwinden,** das heißt, die sumpfigen Niederungen der Urstromtäler urbar zu machen und zu besiedeln, so daß aus den temporären Sperrlandschaften besiedelte Zwecklandschaften hätten entstehen können.

Mit ihren einfachen Werkzeugen konnten die Slawen nur die leichten Böden bearbeiten, wobei sie auch leicht bewaldetet Gebiete in Besitz nahmen. So kommt es, daß sie sich, durch die weiten Niederungen getrennt, in einzelnen Siedlungsgebieten der Diluvialplatten niederließen und sich volklich und staatlich zersplitterten. Vor allem war zwischen der Mitte, dem sogenannten Groß-Polen, und den beiden Flanken keine engere Verbindung. Im Norden lagen nördlich des Netze-Warthe-Bruches die Herzogtümer Pommern und Pommerellen, von denen das erstere schon 1181 deutsches Lehn wurde. Das Herzogtum Schlesien im Süden wurde durch die Bartsch- und Oderniederungen abgeschlossen und nahm unter den Piasten eine eigene Entwicklung, die dazu führte, daß sich Schlesien seit 1163 endgültig von Polen trennte.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich diese Entwicklung auch in einer Differenzierung der Sprache auswirkte. Das heutige Polnisch ist eine Weiterentwicklung des Großpolnischen. Das Oberschlesische hat aber nur Beziehungen zum Klein-Polnischen und ist seit 1163 allmählich zu einer Mischsprache geworden, die sich immer mehr vom eigentlichen Polnischen entfernen mußte, je mehr deutsche Lehnsworte aufgenommen wurden. Im Südwesten nahm das Oberschlesische im übrigen auch mährische Bestandteile auf.

Im Norden hatte sich durch **die Tätigkeit des Deutschen Ordens** eine grundlegende Veränderung

angebahnt. Durch den Kreuzzug der Ritter in das heidnische Pruzzenland, der 1230 begann, wurde **Ostpreußen** endgültig der deutschen Kultur gewonnen. Dem Ritter folgte der Bauer, und in kurzer Zeit waren das Weichselland und das nördliche Ostpreußen gewonnen. Mit Hilfe der holländischen Mennoniten wurden die Niederungen der Weichsel und der Netze urbar gemacht. Damit verschwanden die temporären Sperrlandschaften zwischen Pommern und Preußen sowie zwischen dem Wartheland und Pommern. Als dann die Herrschaft des Ordens zusammenbrach, konnten sich die Polen der so geschaffenen Brücke bedienen und ihren Einfluß auf die **Kaschuben** ausdehnen, die einem anderen slawischen Sprachstamm angehören. Diese Herrschaft konnten sie mit Hilfe der katholischen Kirche vertiefen, da das Erzbistum Gnesen, das im Jahre 1000 gegründet worden war, Magdeburg nicht unterstellt wurde und unter polnischen Einfluß geriet.

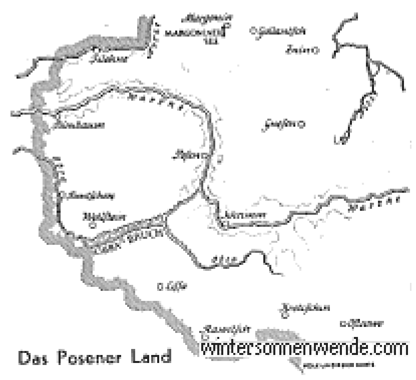
Der Deutsche Orden wandte sich nach dem Verluste Pommerellens und des Ermlandes der Kolonisation des einstigen Bannwaldes im Süden und Osten des **Preußenlandes** zu, und da der Zuzug deutscher Siedler merklich nachgelassen hatte, zog er Masowier hinzu, die sich mit den Resten der Pruzzen und den deutschen Siedlern vermischten, wodurch der **Stamm der Masuren** entstand, der sich kulturell von den Polen abwendete und deutsches Volkstum annahm. Nach dem Siegeszug der Reformation schlossen sich die Masuren dieser Bewegung an, wodurch der Gegensatz zu den Polen noch vertieft wurde. Der östliche Teil der **heutigen Provinz Ostpreußen** blieb auch in der Herzogszeit noch dünn besiedelt, und hier haben erst die Maßnahmen des väterlich besorgten preußischen Königs Friedrich Wilhelms I. eine dichtere bäuerliche Besiedlung herbeigeführt.

Eine bedeutend ruhigere Entwicklung konnte **Schlesien** nehmen, das niemals wieder unter polnische Oberhoheit gekommen ist und das sich der deutschen Kultur durch den dauernden Zuzug deutscher Bauern, die von den Piasten als Kulturträger mit offenen Armen aufgenommen wurden, zuwandte. Östlich des Obra-Warthe- und Netze-Bruches blieb Großpolen ein Teil des Königreichs Polen, zu dem seit der Niederlage des Deutschen Ordens auch Pommerellen gehörte.



Nogatbrücke zwischen Danzig und Ostpreußen bei Marienburg.

Dieses **mittlere Stück** war jedoch keineswegs dem deutschen Kultureinfluß verschlossen geblieben. Die Askanier, die 1250 Lebus kauften und später die Neumarkt bis zur Küddow hinzunahmen, waren die Hauptträger des ostmarkischen Deutschtums. Während im Süden die Wettiner vordrangen, riefen **die großpolnischen Fürsten**, dem Beispiele der anderen slawischen Fürsten folgend, die Deutschen ins Land. Kirche und Adel folgten auch hier dem Vorbilde des Landesherrn. So entstanden Gnesen und Posen als deutsche Städte, und schließlich zählte man in der späteren Provinz Posen 258 Dorf- und 77 Stadtgründungen. Ein weiterer Zustrom von Deutschen ergoß sich zur Zeit der Religionskriege in das Posener Land, wo 400 Hauländerdörfer entstanden. Zahlreiche evangelische Flüchtlinge ließen sich längs der Flußläufe und in den sumpfigen Neutomischeler Gegenden nieder. Damals kam es auch zu Neugründungen von Städten, von denen Neutomischel selbst die jüngste ist.



Das Posener Land. [Vergrößern]

Besonders intensiv gestaltete sich die Kulturarbeit im Norden, wo an die Leistungen des Deutsche Ordens angeknüpft werden konnte, so daß auch während der polnischen Herrschaft von 1446 bis 1772 die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete völlig deutschen Charakter

behielten, wie das **Weichseldelta-Gebiet** mit den Städten Danzig und Elbing, Dirschau und Marienburg und all die Niederungen mit ihren Städten bis Bromberg und Thorn.



Friderizianische Speicherbauten an der Brahe, erbaut 1780.

Bromberg

Bromberg an der Brahe.



Die Tätigkeit der deutschen Bauern und Kaufleute hat somit im Laufe der Jahrhunderte aus dem Raum zwischen Ostsee und Sudeten einen einheitlichen in seinen Grundlinien durch die Natur bestimmten **Wirtschaftsraum geschaffen**. Wohl blieben **in der Mitte** dadurch noch **Schwachpunkte**, daß sich das Königreich Polen wie ein Keil zwischen die deutschen Lande schob. Es ist bekannt, daß die polnische Mißwirtschaft bis zur ersten und zweiten Teilung Polens der Wirtschaft dieses Raumes schwerste Wunden geschlagen hat. Der Zustand namentlich der Städte war geradezu grauenerregend; Bromberg war so gut wie völlig vernichtet, und die übrigen Städte waren durch Mißwirtschaft und Kriege an den Rand des Verderbens gebracht. Die Dörfer waren mit Ausnahme der deutschen Gebiete durch das Bauernlegen zu Gutssiedlungen herabgedrückt, so daß die Bevölkerungsdichte auf dem platten Lande verhängnisvoll zurückgegangen war.

Über den erbarmungswürdigen Zustand wissen wir durch die sogenannte "Friderizianische Landesaufnahme" Bescheid; denn durch diese ließ Friedrich der Große eine genaue Bestandsaufnahme über die Bewohner und die Besitzverhältnisse sowie den Zustand der Äcker durchführen. Darauf ging **der große König** ans Werk und **vollendete das große Kolonisationswerk der Deutschen im Osten**, indem er die Obra-, Warthe- und Netze-Brüche trockenlegte und in fruchtbares Acker- und Wiesenland umwandelte. Somit wurde nach der zweiten polnischen Teilung der Schlußstein für die Herausbildung des Siedlungs- und Wirtschaftsraumes Ostdeutschland gelegt. Da schon vorher Schlesien der preußischen Krone angegliedert war, **so erfüllte sich auch zugleich die Forderung nach der politischen Einheit des Raumes**, der überdies als Teil des preußischen Staates an dem Gesamtraum wesentlichen Anteil hatte.



Wochenmarkt in Samotschin.

Erst jetzt waren die Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Ostens gegeben. Die staatliche Zersplitterung war überwunden, und in wirtschaftlicher Beziehung bedeutete der Osten ein wichtiges Ergänzungsland gegenüber dem dichtbesiedelten Westen. Überdies lag es in der Natur des Raumes, daß sich seine Bedeutung zunächst innerhalb Preußens und dann des Reiches nach 1871 wesentlich vertiefen mußte. Dies trat ein durch die Industrialisierung des Westens und der Mitte, wodurch der landwirtschaftliche Osten nicht nur für die notwendigen Nahrungsmittel zu sorgen hatte sondern auch die notwendige Menschenreserve darstellte. **Der deutsche Osten wurde somit ein unentbehrlicher Bestandteil des Wirtschaftsorganismus des Deutschen Reiches.** Man kann an dem fanatischen Haß, mit dem die Feindstaaten den deutschen Osten zerstörten, am besten die große Bedeutung dieses Raumes für das Reich ermessen.

Es bedurfte einer jahrelangen Lügenpropaganda und gefälschter Nationalitätenkarten, um den Raub deutschen Landes durch Scheingründe verständlich zu machen. Das Nationalitätenprinzip wurde

unter Mißachtung der tatsächlichen Lage im Osten als Begründung herangezogen. Man muß schon die wirtschaftlichen Verhältnisse des Raumes vor und nach dem Kriege vergleichen, um einigermaßen begreifen zu können, welches Elend über die Menschen des ostdeutschen Raumes gekommen war, ganz gleich, ob es sich um solche Teilgebiete handelt, die beim Reiche verblieben, oder um solche, die Polen zugefallen waren.



An den Zwangsgrenzen von Versailles
Mitten durch die Einheit deutscher Lande zieht das Diktat von Versailles seine Grenzen und richtet seine Merksteine des Unrechts auf.

Ostdeutschlands große Not wurde hervorgerufen durch die territorialen Bestimmungen des Vertrages von Versailles und die dadurch verursachte Störung der Wirtschaftsharmonie des Reiches. Die allgemeine Wirtschaftskrisis mußte sich bei dieser besonderen Lage im Reichsgebiet und namentlich im Osten mit besonderer Schärfe auswirken.

Wir betrachten nunmehr Zustand und Wesen der nordostdeutsche Wirtschaftslandschaft vor ihrer Zerreißung und sodann die Folgen der Zerstörung dieses einheitlichen Wirtschaftsraumes, um schließlich die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung zur Überwindung dieser Zustände wenigstens zu streifen.



Das Wesen der Wirtschaftslandschaft

Wir haben eingangs festgestellt, daß der Anteil Ostdeutschlands am Mittelgebirge zu einer besonderen wirtschaftlichen Entwicklung Anlaß gegeben hat. Es waren deutsche Siedler, die erstmalig den **Sudetenraum** betraten und in kühner Pionierarbeit die Schätze des Bodens hoben. Im Laufe der Jahrhunderte wurde durch den Gewerbefleiß der Handwerker und den Unternehmungsgeist der Knappen aus einer unbewohnten Sperrlandschaft ein dichter besiedeltes Kulturland, als es selbst das fruchtbare Schwarzerdgebiet der Breslauer Bucht ist. Ein fremdes Volkstum hat daran keinen Anteil.

Es wird des öfteren behauptet, daß an der Entwicklung des **oberschlesischen Bergbau- und Industriegebietes** Polen von jenseits der Grenze beteiligt gewesen seien. Die Bevölkerung Oberschlesiens sei viel zu schwach für diese schnelle Entwicklung gewesen. Man vergißt dabei, auf den hohen Geburtenüberschuß Oberschlesiens hinzuweisen, der den Reichsdurchschnitt weit überschreitet. Außerdem sind, und zwar nicht erst seit dem zwanzigsten Jahrhundert, deutsche Fachleute aus anderen Teilen des Reiches herangezogen, wie es die Entwicklung dieses Bergbau- und Industriegebietes erforderte. Nur böswillige Verleumdung kann in diesem natürlichen Vorgang eine gewaltsame Germanisierung sehen wollen.

Dabei ist die Feststellung richtig, daß in den Kreisen Beuthen, Kattowitz, Hindenburg, Königshütte

und Tarnowitz im Jahre 1781 nur 12.300 Menschen lebten, im Jahre 1871 aber schon fast 254.000 und im Jahre 1910, dem Jahre der letzten Volkszählung vor dem Kriege, waren es 835.000. Im Jahre 1804 besaß keine oberschlesische Stadt mehr als 4.000 Einwohner; 1919 hatte sich die Zahl der größeren Städte mindestens verzehnfacht. Die Entwicklung, die also erst in preußischer Zeit beginnt, zeugt wohl von großer Tatkraft und weitschauender Wirtschaftsführung, war aber nicht einmal stürmisch genug, um den Wanderungsverlust allein von Schlesien aufzunehmen, der für die sieben Jahrzehnte von 1840 bis 1910 auf 693.400 errechnet worden ist.

Das oberschlesische Industriegebiet hat sich in organischer Entwicklung als Teilgebiet des Deutschen Reiches herausgebildet und verdankt seinen Aufstieg gerade eben der Zugehörigkeit zum Gesamtorganismus des Deutschen Reiches. Es bildet mit den anderen Industriegebieten Schlesiens den einen Lungenflügel des industriellen Deutschlands. Hat Oberschlesien Steinkohlenbergbau und Schwerindustrie, so besitzt der Sudetenraum eine gemischte Industrie, die durch Textilbranche und Porzellanmanufaktur ihre besondere Note erhält. Dazu gesellt sich die Industrie der Lausitz, die auf der Braunkohle aufgebaut ist, während der Waldenburger Bezirk über Steinkohle als Kraftstoff verfügt. Als Handelsmittelpunkt entwickelte sich in verkehrsgeographisch günstiger Lage Breslau. Die Industrie der Steine und Erden verbindet gewissermaßen die einzelnen Industriegebiete miteinander.

Es versteht sich von selbst, daß sich so große Bergbau- und Industriegebiete nur im Rahmen eines großen und leistungsfähigen Wirtschaftsorganismus gedeihlich entwickeln können. Den gesamten industriellen Aufbau hat der Osten innerhalb des Reiches erlebt. **Die wirtschaftliche Entwicklung** des Ostens kann man von der Neuordnung der politischen Verhältnisse durch den **Wiener Kongreß** ab bis zum Weltkriege in zwei große Abschnitte gliedern.

Die Entwicklung **Schlesiens** war der des übrigen Ostdeutschland in dem ersten Abschnitt, der bis 1871 dauerte, aus Gründen der natürlichen Ausstattung und der geschichtlichen Ereignisse vorausgeeilt. So war Schlesien schon zu Beginn dieses Abschnittes ein gut erschlossenes Bauernland mit den Anfängen der Industrie. So kommt es, daß sich Niederschlesien in der Zeit von 1816 bis 1871 nur um 70 v.H. vermehrt hat, während sich in der gleichen Zeitspanne Ostpreußens Bevölkerung um 125 v.H. und die Westpreußens sogar um 152 v.H. vermehrt hat.

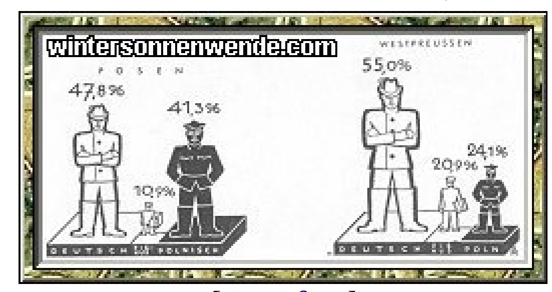
Der **Nordosten** mußte in dieser Zeit erst den Vorsprung Schlesiens einholen; denn der Nordosten war ja erst durch die beiden ersten Teilungen Polens politisch zu einem einheitlichen Raum zusammengewachsen, lag doch damals **Ostpreußen** sehr entlegen und waren die früher polnischen Gebiete arg heruntergewirtschaftet. Durch diese starke Innenkolonisation entwickelten sich insbesondere auch die Mittel- und Kleinstädte, die von ihrem engeren Hinterlande in besonderem Maße abhängig sind. Das war um so wichtiger, als in dieser Zeit eine Strukturwandlung des Tuchmachergewerbes vor sich ging, als deren Folgeerscheinung sich die moderne Textilindustrie an bestimmten Stellen zusammenballte. In den Jahren 1815 bis 1830 erlitt vor allem die Tuchmacherei in Polen infolge der russischen Zölle schwere Rückschläge. Damals wanderten Zehntausende von Tuchmachern aus und siedelten sich innerhalb des russischen Zollgebietes in und um Lodz an. Dennoch konnte die Provinz Posen ihre Bevölkerung bis 1871 um 136 v.H. vermehren.

Der gesamte Osten hat in dieser Zeitspanne um 110 v.H. zugenommen, während das übrige Reich seine Bevölkerung nur um genau die Hälfte des Prozentsatzes, nämlich um 55 v.H., erhöhen konnte. Der gesamte Osten hatte im Jahre 1816 4.787.000 Einwohner, im Jahre 1871 schon 9.980.000 Einwohner und im Jahre 1910 13.078.000 Einwohner. Wir ersehen aus dieser Zahl, daß sich in dem zweiten Abschnitt die Bevölkerung nicht mehr in demselben Tempo vermehrte sondern in dem gesamten Raume nur noch um 31 v.H. gegen 68 v.H. im übrigen Reich. Die Gründe hierfür liegen in der verstärkten Industrialisierung im übrigen Reiche und in der Abwanderung der Bevölkerung aus dem Osten.

In dem **zweiten Abschnitt** macht **die Landwirtschaft** weitere Fortschritte. Man geht zur Fruchtwechselwirtschaft über, und die Düngung mit chemischen Mitteln findet überall Eingang. Ostdeutschland behält seinen rein agrarischen Charakter mit Ausnahme eben der schlesischen Industriegebiete. Man kann hier den Vorwurf erheben, daß für die industrielle Entwicklung Ostdeutschlands nichts getan worden ist. Wir wissen heute, daß dadurch schwere Fehler gemacht worden sind. Aber das Zeitalter des Hochkapitalismus und des Liberalismus hatte für volkspolitische Aufgaben keinen Sinn.

Wollen wir die Wirtschaftslage Ostdeutschlands begreifen, so können wir das nur tun, indem wir den Osten als Teilraum des Gesamtorganismus betrachten. Wir sind uns wohl darüber klar, daß in der Vorkriegszeit so gut wie keine Planwirtschaft bestand, aber die Wirtschaft hatte sich doch innerhalb des Reichsgebiets irgendwie aufeinander eingestellt, und das trotz der Verständnislosigkeit des Trustkapitalismus. Daß die Landwirtschaft im Osten nicht nur erhalten sondern sogar weiter entwickelt werden konnte, ist auf die Tatkraft der Bevölkerung und auf die günstigen natürlichen Grundlagen für die Landwirtschaft zurückzuführen.

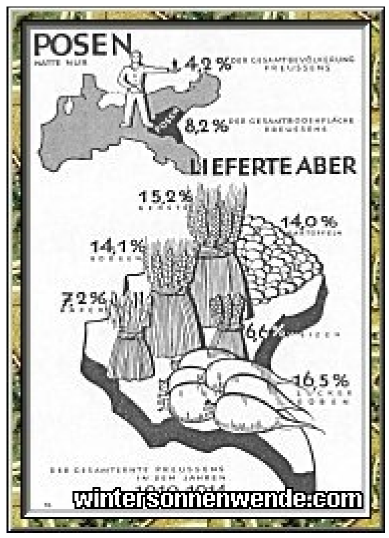
Der ländliche Grundbesitz in Posen und Westpreußen vor der Abtrennung
(von der Gesamtfläche errechneter Privatbesitz und Staatsbesitz)



[Vergrößern]

Es ist noch heute die irrige Ansicht vertreten, daß **die Voraussetzungen für die Landwirtschaft** in Ostdeutschland infolge der Böden und des Klimas ungünstig seien. Diese Ansicht hat in der Vergangenheit verhängnisvolle Folgen gehabt. Wohl ist die Vegetationsperiode im Osten kürzer als im Westen, aber der gebirgige Charakter des Westens gleicht diesen Unterschied regional wieder aus. Vor allem aber hat Norddeutschland den Vorteil der Tiefgründigkeit des Bodens gegenüber dem Mittelgebirge.

Die Kornkammerdes Reiches
Landwirtschaftliche Erzeugung



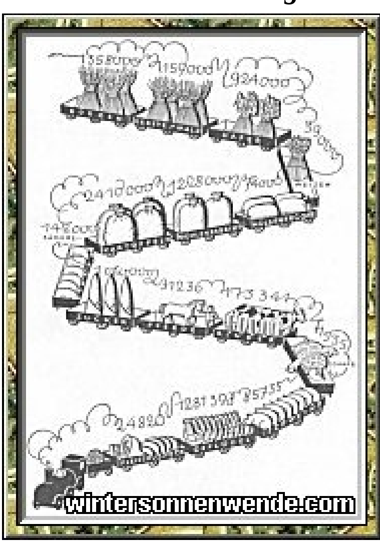
[Vergrößern]

Die Bodengüte ist in Ostdeutschland wohl wechselnd, aber doch keineswegs überall schlecht. Da die großen Verkehrsstraßen meist längs der Urstromtäler verlaufen, sieht der Reisende vornehmlich die Talsandterrassen, die in preußischer Zeit mit Kiefern aufgeforstet sind. Er sieht aber weniger die weiten Geschiebelehm- und Geschiebemergel-Flächen, die er vielleicht sogar als eintönig empfindet, ohne daran zu denken, daß sie wogende Kornfelder und stellenweise sogar Zuckerrüben tragen. Besonders bevorzugt sind die Schwarzerde-Gebiete, von denen das der Breslauer Bucht das größte ist. Daneben freilich haben wir weite Sander-Flächen südlich des großen Endmoränenzuges in Pommern und Preußen und in der Mitte gewaltige Moorflächen.

Die natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft ermöglichen **sowohl Ackerbau als auch Viehzucht**. Die Verschiedenheit der Bodengüte und die territoriale Entwicklung haben überdies den **Großgrundbesitz** entstehen lassen, der mit Ausnahme von **Mecklenburg** in diesem Ausmaße im übrigen Reich nicht anzutreffen ist. An einen strukturellen Ausgleich der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe hatte man nicht gedacht. So blieb dann auch aus diesem Grunde die Bevölkerungsdichte des deutschen Ostens viel zu gering. Ausschlaggebend für die Entwicklung war die Einheitlichkeit des Wirtschaftsraumes und seine Zugehörigkeit zum Reich.

Vor dem Weltkriege hat **Ostdeutschland nur geringe wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland** gehabt, da bei dem östlichen Nachbarn die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht abgesetzt werden konnten. Selbst die schlesische Industrie fand ihre wichtigsten Abnehmer im deutschen Osten selbst. Das wirtschaftliche Gesicht der ostdeutschen Landesteile, auch der, die wir 1918 verloren haben, war nach Westen ins Reich gerichtet. Besonders wichtig ist es aber, daß **der Verkehr der ostdeutschen Provinzen untereinander bei weitem an erster Stelle** stand. Die Verkehrsstatistik beweist die Einheitlichkeit des ostdeutschen Raumes.

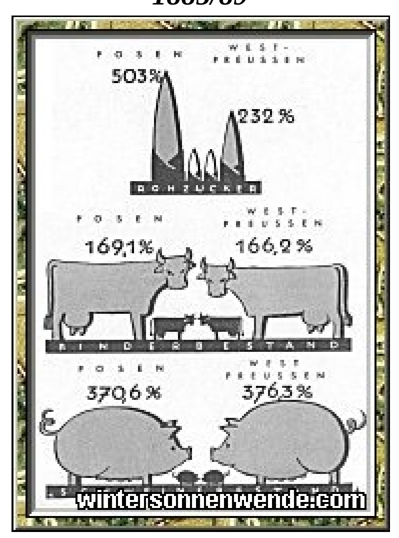
Die Kornkammer des Reiches
Die Ausfuhr aus Posen 1913 nach dem übrigen Reich auf dem Schienenweg



[Vergrößern]

Einige Tatsachen mögen zur Veranschaulichung angeführt werden. Durch die Entwicklung des oberschlesischen Industriebezirkes hatte auch **die oberschlesische Landwirtschaft** einen nahegelegenen und aufnahmefähigen Absatzmarkt gefunden. Die starke Vermehrung der Bevölkerung hatte der Landwirtschaft einen starken Impuls gegeben, und die leichten Böden eignen sich besonders für den Anbau der Kartoffel. Aber auch der Gemüsebau ist auf dem linken Oderufer wesentlich durch die Entwicklung des Industriegebietes gefördert worden. Die Forstwirtschaft der gebirgigen Teile Schlesiens hat in den Bergwerken Oberschlesiens einen guten Abnehmer gefunden. Zwischen Niederschlesien und Posen hatten sich weitgehende Wechselbeziehungen angebahnt. Die ausgedehnte schlesische Mühlenindustrie verarbeitete Roggen und namentlich Weizen aus dem Posener Land. Posen lieferte Gerste und Kartoffeln für die Weiterverarbeitung in Mälzereien und Brauereien sowie in Kartoffelstärkefabriken. Posen und Westpreußen waren fernerhin wichtig für die Versorgung der schlesischen Zuckerraffinerien.

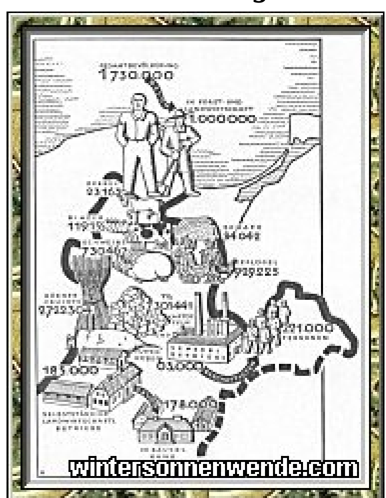
Die Leistung der Landwirtschaft in Posen-Westpreußen
Die Steigerung der Produktionsziffern im Durchschnitt der Jahre 1910/14 im Vergleich zu 1885/89



[Vergrößern]

Die einzelnen Teile des Nordostens standen in gleicher Weise in enger wirtschaftlicher Wechselbeziehung. Die ostpommersche Landwirtschaft hatte ein wichtiges Absatzgebiet für Kartoffeln sowie für Vieh und Saatgut in Posen und Westpreußen, wo sich zahlreiche Kartoffelveredlungsfabriken entwickelt hatten. Besonders wichtig war die räumliche Einheit des Ostens selbstverständlich für **Ostpreußen**. Man hat den Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen Ostpreußen und den abgetrennten Gebieten für das Jahr 1913 auf 220.000 Tonnen berechnet. Je nach dem Ausfall der Ernten in den einzelnen Gebieten konnte der fehlende Bedarf aus nächster Nähe gedeckt werden. Der ostpreußische Viehabsatz war erheblich und betrug im Jahre 1913 rund 191.000 Stück, waren doch die Brennereiwirtschaften in Westpreußen Abnehmer für das ostpreußische Magervieh, um ihre Schlemperückstände zu verwerten.

Der Wirtschaftsaufschwung im Gebiet des heutigen Korridors unter preußischer Verwaltung



[Vergrößern]

Westpreußen und Posen waren Veredlungsgebiete der

Landwirtschaft, für die Ostpommern und Ostpreußen mit ihrer mehr extensiven Landwirtschaft das Rohmaterial lieferten. So hatte sich im deutschen Osten eine belebende Verkehrsspannung zwischen den einzelnen Teilen herausgestellt; denn auch die schlesische Industrie hatte in den übrigen Teilen des deutschen Ostens ihre stärksten Abnehmer gefunden. Im Norden nahmen die Küstenindustrien namentlich von Königsberg und Danzig immer größeren Aufschwung. Auch Elbing nahm an dieser Entwicklung teil.



Weichsellandschaft bei Thorn mit Blick auf die Stadt Thorn.

Wie notwendig für eine gesunde Entwicklung des deutschen Ostens die Unverletzlichkeit des Raumes war, zeigt sich am deutlichsten in der **Verkehrspolitik**. War es verhältnismäßig einfach, die einzelnen Teile Ostdeutschlands mit Berlin beziehungsweise dem mittleren Deutschland zu verbinden, so war die Frage der Nordsüd-Verbindungen nur durch die Vermittlung des Posener Landes befriedigend zu lösen. So hatte sich denn in der Vorkriegszeit die Stadt Posen zu einem Verkehrsmittelpunkt des deutschen Ostens entwickelt, der die Vermittlung zwischen den ostdeutschen Provinzen übernahm.

Auch die **Wasserwege** waren sorgfältig ausgebaut worden. Die wichtigste Wasserstraße war naturgemäß die **Oder**. Die oberschlesische Steinkohle konnte auf ihr zum Ostseehafen Stettin gelangen, während der Spreekanal die Möglichkeit der Versorgung Berlins mit Steinkohle sicherstellte. Mit besonderer Liebe war der **Ausbau der Weichsel** auf reichsdeutschem Gebiet von Thorn aus betrieben worden, um dadurch die wirtschaftliche Entwicklung gerade von Westpreußen, das unter polnischer Herrschaft wohl am meisten gelitten hatte, besonders zu fördern. Die Weichselstädte haben sich dann auch seit 1772 besonders gut entwickelt. So stieg die Bevölkerung von Mewe von 987 auf 3.821, die von Neuenburg von 398 auf 5.977, Graudenz von 1.215 auf 40.325, Schwetz von 1.005 auf 8.042, Thorn von 5.570 auf 46.227. Bromberg, das mit höchstens 800 in den Verband des preußischen Staates eintrat, entwickelte sich nicht zuletzt durch den fürsorglichen Ausbau des Netzekanales zu einer Großstadt. Auch das von Natur seenreiche Ostpreußen wurde durch Kanalbauten erschlossen, die namentlich, wie auch der Netzekanal, der Verfrachtung von Holz dienten.



Die Zerstörung des einheitlichen Wirtschaftsraumes

Die gedeihliche Entwicklung des deutschen Ostens wurde durch die territorialen Bestimmungen des Vertrages von Versailles mit einem Schlage unterbrochen. Der deutsche Osten wurde durch diese Bestimmung völlig vernichtet, verlor er doch über 5.100.000 Hektar und über 4.375.000 Menschen. Diese Zahlen bedeuten, daß der deutsche Osten 28 v.H. seiner Fläche und 31 v.H. seiner Bevölkerung verloren hat. So furchtbar diese Zahlen auch sein mögen, so werden durch sie doch die schweren Wunden nicht annähernd gekennzeichnet.

Die Tragik liegt eben darin, daß der geschlossene Wirtschaftsraum **in zwei Halbinseln und eine Insel** aufgelöst wurde. Dadurch wurden die verursachten Schädigungen in ihren Auswirkungen noch katastrophaler. Die Industriegebiete Schlesiens gerieten ebenso in eine vernichtende Frachtenferne zum einzig möglichen Absatzgebiet des Reiches wie die landwirtschaftlichen Gebiete Ostpommerns. Ostpreußens Lage wurde nicht nur durch die Frachtenferne an sich noch viel empfindlicher getroffen, als vielmehr durch die Tatsache der territorialen Abtrennung, durch die der Transport von Personen und Gütern von einer fremden Macht abhängig wurde.

Die flammenden Proteste der ostdeutschen Bevölkerung gegen die Vergewaltigung ihres Selbstbestimmungsrechtes haben im Verein mit der Aufdeckung von Kartenfälschungen schließlich dazu geführt, daß das **urdeutsche Danzig** mit der von deutschen Bauern besiedelten Deltaebene zur Freien Stadt erklärt wurde und daß in **Masuren** und **Oberschlesien** eine Volksabstimmung verfügt wurde. Der Ausgang dieser Volksabstimmung hat deutlich den einheitlichen Charakter der Bevölkerung Ostdeutschlands erwiesen, einer Bevölkerung, die sich ihrer schicksalhaften Verbundenheit in dem gleichen Wirtschaftsraume sehr wohl bewußt ist.

Obwohl sich über 60 v.H. der oberschlesischen Bevölkerung für Deutschland erklärt hatten, wurde **Oberschlesien dennoch geteilt**. Die Absicht ist klar erkennbar, wenn man sich die hohe Verkehrsbedeutung des Raumes der Mährischen Pforte vergegenwärtigt und die Tatsache, daß in den abgetrennten Teilen Oberschlesiens die weitaus größten Steinkohlenvorräte liegen, nämlich nicht weniger als über 90 v.H. der Vorkommen! Polen erhielt von den Produktionseinrichtungen der Steinkohle 74,4 v.H., 81 v.H. der Zinkblende, 72,5 v.H. der Bleierz-, 62 v.H. der Roheisen-, 69 v.H. der Rohstahl- und 78 v.H. der Walzwerkproduktion.

Der einheitliche und sehr empfindliche Wirtschaftsorganismus des oberschlesischen Bergbau- und Industriegebietes wurde rücksichtslos in zwei Teile zerschnitten. Was als Ganzes in einem wohlgeordneten Industriestaate lebenskräftig erhalten werden konnte, wurde zu einem Teile dem Agrarstaate Polen zugewiesen, dem nicht nur jede Erfahrung fehlte sondern in dem auch die Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung eines Industrieraumes nicht gegeben war.

Daß dem so war, zeigte sich sehr bald in den Absatzschwierigkeiten Ostoberschlesiens bezüglich der Steinkohle. Da sie in eigenem Lande nicht verbraucht werden konnte, mußte sie auf der eigens zu diesem Zwecke mit französischem Gelde gebauten **Kohlenmagistrale** nach dem neu errichteten Konkurrenzhafen zu Danzig, nämlich **Gdingen**, gebracht werden. Der natürliche Weg wäre der auf der Oder nach Stettin, so weit die Kohle nicht schon in Deutschland verbraucht worden wäre. Das Beispiel zeigt deutlich den Zusammenhang der oberschlesischen Probleme mit denen des Korridors; denn die Hauptfracht nach Gdingen besteht aus dieser oberschlesischen Kohle.

Außer Ostoberschlesien ist fast die gesamte **Provinz Posen** und der größte Teil der **Provinz Westpreußen** Polen zugeteilt worden. Damit sind die wichtigsten Kornkammern des deutschen Nordostens verloren gegangen, nämlich die Geschiebemergelflächen Kujawiens und des Kulmerlandes, und in Kulmsee stand auch die größte Zuckerfabrik des Ostens. Die Schädigungen des deutschen Wirtschaftsorganismus sind aber durch diese Tatsache allein nicht erfaßt, sondern wir müssen uns vergegenwärtigen, daß durch die Herausschneidung dieser großen Gebiete die Wirtschaft des Ostens aus den Fugen geriet, da, wir wie gesehen haben, sich eine enge innere Verflechtung zwischen den einzelnen Gauen herausgebildet hatte.

Neben diese Schädigungen im Großen treten noch die Schädigungen durch die **sinnlose Zerreißung der kleinsten Wirtschaftseinheiten infolge unsachgemäßer Grenzziehung**. So sind überall längs der neuen Grenze natürliche Wirtschaftseinheiten, wie sie das Hinterland einer Kreisstadt darstellen, unnötigerweise zerschnitten worden, wie im Falle von Bischofswerder in Ostpreußen und Neumittelwalde in Schlesien. Vor allem aber hat man durch das hydrographisch so empfindliche Gebiet des Weichseldeltas einschließlich der Marienwerder Niederung politische Grenzen gezogen, die eine einheitliche Leitung der wasserbautechnischen Maßnahmen zum Schutze der Wirtschaft unmöglich

Die Zerschneidung der Wasserstraßen



[Vergrößern]

machen. Mit gleichem Dilettantismus hat man die Grenze östlich der Eisenbahn Landsberg-Konitz gezogen, so daß die Städte Kreuz, Filehne, Scharnikau, Usch und Schneidemühl etwa je die Hälfte ihres Einzugsgebietes verloren haben, wobei es, wirtschaftlich gesehen, zunächst gleich ist, auf welcher Seite der Grenze die betroffenen Ortschaften liegen.

Das zerrissene Wegenetz



[Vergrößern]

Die Zerreißung des Eisenbahnnetzes durch das Versailler Diktat



[Vergrößern]

Mit der gleichen Rücksichtslosigkeit hat man aber auch die **Verkehrswege und Eisenbahnlinien zerschnitten**, so daß die Verbindungen der Landstädte zu den größeren Städten in empfindlicher Weise verlängert wurden. So betragen die Bahnentfernungen von Guhrau nach Breslau vor der Grenzziehung 21 Kilometer und nach der Grenzziehung 133 Kilometer. Noch schlimmer wirken sich die Veränderungen in den Beziehungen der Grenzdörfer zu den Wochenmärkten, zum nächsten Bahnhof, zum Amtsgericht oder zur Mühle und Molkerei aus. Für Sorowski im Kreise Guttentag beträgt der Unterschied beispielsweise 5 und 19 Kilometer, für Trappönen im Kreise Tilsit-Ragnit 2 und 28 Kilometer. Hier ist die Ungerechtigkeit durch die Rückgliederung des Memellandes wiedergutgemacht.

Ja man hat sogar Hunderte von Gemeindefluren durch die politische Grenze zerschnitten, nämlich in Ostpommern in 4 Kreisen 24 Gemeinden, in der Grenzmark in 7 Kreisen 77 Gemeinden, in Niederschlesien in 6 Kreisen 36 Gemeinden und in Oberschlesien in 7 Kreisen 66 Gemeinden. Dazu kam noch die Zerschneidung der Verkehrswege durch die Polen und die Festsetzung offizieller Grenzübergänge, die polnischerseits in viel zu weiten Abständen zugelassen wurden.

Eine allgemeine Verwirrung und Mutlosigkeit erfaßte die Menschen des deutschen Ostens und lähmte die Wirtschaft. Dazu kommt, daß die polnische Landwirtschaft, auch die der abgetrennten Gebiete, in scharfen Konkurrenzkampf zu den deutschen Erzeugnissen trat. Die Polen haben außerdem alles daran gesetzt, um **Königsberg** von seinem natürlichen Hinterlande zu trennen, war doch Königsberg einer der Hauptausfuhrhäfen für russisches Getreide. Ebenso eifersüchtig wurde darüber gewacht, daß das Holz weder nach Ostpreußen noch nach Danzig gelangen konnte.

Man kann sich vorstellen, welche Schwere über der Wirtschaft des ostdeutschen Raumes lagerte. Nicht zuletzt übte die allgemeine Spannung, die namentlich in den Grenzbezirken herrschte, eine lähmende Wirkung aus. Bei der allgemeinen Unsicherheit war auch das Kreditwesen in Unordnung geraten, und niemand wollte den Grenzbauern Geld leihen.

Diese Lage herrschte in Ostdeutschland bei der Machtübernahme im Jahre 1933. Sollte die Wirtschaft einigermaßen geordnet werden, **so mußte in erster Linie die gespannte politische Lage** so gut wie nur möglich **behoben werden**.

Die Aufgabe war ungemein schwer; denn politische Unvernunft hatte hier ein Wirtschaftsgebiet zerrissen, wie es in dieser Geschlossenheit kaum an einer anderen Stelle Europas wieder angetroffen werden konnte. In seiner räumlichen Gestaltung war der deutsche Osten wieder auf die Grenzziehung vor 1772 zurückgeworfen worden, wozu noch der Verlust Oberschlesiens getreten war. Aber mit ungeheurer Energie wurde das Aufbauwerk in Ostdeutschland begonnen und mit

beispiellosem Erfolge durchgeführt. Die dem Reich verbliebenen Teile Ostdeutschlands wurden dadurch vor dem Untergang gerettet.

Die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung sind darauf gerichtet, die Fehler der früheren Zeiten wiedergutzumachen. Dieses ist möglich durch eine großzügige **Raumordnung**, die das Gebiet des Deutschen Reiches als einheitlichen Wirtschaftskörper erkennt. Jedes Teilgebiet erhält seine besondere Aufgabe im Rahmen des Ganzen. Mit aller Kraft wird das Steuer im Osten herumgeworfen, wonach die Zeit der Vereinzelung für den Osten vorbei ist. Die Gefahr, aus Ostdeutschland ein Roggen- und Kartoffelland zu machen und es der Monokultur entgegenzuführen, ist damit behoben. Ostdeutschland wird nunmehr auch einen gebührenden Anteil an der industriellen Entwicklung nehmen können und die Intensivierung von Ackerbau und Viehzucht durchführen.

Aber es ist klar, daß trotz allen Anstrengungen die Schäden, die durch die politische Zersplitterung entstanden sind, nur durch die große Politik wiedergutgemacht werden können; denn wir haben nachweisen können, daß Ostdeutschlands große Not in erster Linie durch die Auflösung des Raumes herbeigeführt worden ist. Die schwerste Wunde, die dem Deutschen Reich durch den Vertrag von Versailles geschlagen worden ist, besteht in der Loslösung Ostpreußens vom Reiche.

Trotz den rigorosen Entdeutschungsmaßnahmen im Gebiete des Korridors hat dieses Gebiet seinen deutschen Charakter nicht verloren. Zeugen davon die Baudenkmäler früherer Jahrhunderte ebensosehr wie die kulturellen Maßnahmen der Neuzeit bis zur Abtrennung, so ist doch das Bekenntnis zum deutschen Volkstum im Osten nicht an die Sprache gebunden. Die Verdrängung ist allerdings erheblich. Die deutsche Bevölkerung betrug in Pommerellen 1910 421.000, im Jahre 1931 nur noch 105.400. In Posen fiel in den gleichen Jahren die Zahl der deutschen Bevölkerung von 676.000 auf 193.100.

Mit dem Rückgang des Deutschtums ist in den abgetrennnten Gebieten auch ein Rückgang der wirtschaftlichen Leistung Hand in Hand gegangen. Der Raum ist der Fürsorge der deutschen Leitung verlustiggegangen. Die Auswirkungen der zielbewußten deutschen Leitung finden an der politischen Grenze des Reiches ihr Ende. Die politische Lösung dieser Frage ist die Voraussetzung für die Beseitigung der wirtschaftlichen Zerstörung des ostdeutschen Wirtschaftsraumes.



Danzigs Schicksal seit Versailles
Karl Hans Fuchs

Für Polen ist die Frage des "Zugangs zum Meer" niemals in erster Linie eine wirtschaftliche Frage gewesen, wenngleich heute die polnische Propaganda fast ausschließlich mit Argumenten wirtschaftlicher Natur arbeitet. Für Polen war diese Frage von jeher Teil einer imperialistischen Zielsetzung. Bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts forderte der polnische Politiker Poplawski, der als der geistige Vorfahre der polnischen Meerespolitiker zu betrachten ist, nicht nur Danzig und Westpreußen sondern auch Schlesien und Ostpreußen für den polnischen Staat der Zukunft, und selbst wenn Polen in anderen Grenzen wieder auferstünde, müsse es "nach der Beherrschung dieser Länder streben." In seinem Geiste bemühte sich Roman Dmowski, bei den Feindbundmächten nicht nur die Abtrennung Westpreußens und Danzigs zugunsten Polens sondern auch die Einverleibung Ostpreußens in den neuen polnischen Staat durchzusetzen. In einer Denkschrift Dmowskis an Wilson hieß es 1918: "Soll Ostpreußen als deutsches Gebiet erhalten bleiben, so muß es auch Westpreußen - den Korridor - behalten. Für Polen ist der Korridor wertlos, wenn es nicht auch Ostpreußen dazu erhält."

Wenn man diese Forderung mit dem tatsächlichen Zustand vergleicht, der in Versailles geschaffen wurde, so ist nur eine Deutung dieser Forderung möglich: Polen kann den Korridor nur als Plattform für eine weitere Ausdehnungspolitik mit dem Ziel der Errichtung einer umfassenden polnischen Ostherrschaft betrachten. Man würde durchaus fehlgehen, diese Äußerungen etwa nur als Maximalforderungen der ja heute zur Opposition gehörenden Nationaldemokraten zu betrachten. Um das Gegenteil zu beweisen, bedarf es gar nicht des Hinweises auf zahlreiche ähnliche Gedanken, die nicht nur in der Psychose der jüngsten Entwicklung sondern gerade auch in der Zeit der deutsch-polnischen Verständigung in polnischen Regierungskreisen entwickelt worden sind. Es genügt die Überlegung, daß sich diese Ziele durchaus in das offizielle außenpolitische Programm der polnischen Regierung einfügen. Dieses Programm erstrebt, anknüpfend an die Jagellonische Idee, eine polnische Vorherrschaft im Raume zwischen Schwarzem Meer und Ostsee. Die jahrelangen Bemühungen Polens um den rumänischen Bundesgenossen, um Ungarn und überhaupt um einen Einfluß in den Angelegenheiten des Balkans dienten diesem Ziele ebenso wie die baltischen Hegemoniebestrebungen des Außenministers Beck. Und als im März 1938 die polnische Regierung zu ultimativen Forderungen gegen Litauen überging, erscholl der Ruf "Auf nach Memel!" über den Pilsudski-Platz in Warschau; man verlangte Memel als ergänzenden Stützpunkt Polens zur Erreichung des Zieles, die Ostsee zu einem "polnischen Binnenmeer" zu machen![1]

Die Ausgangsstellung zur Erreichung dieser einwandfrei imperialistischen und expansionistischen Ziele, die Polen in Versailles durch den Erwerb des Korridors gewonnen hatte, war allerdings nach polnischer Anschauung an einer Stelle unvollständig und durchbrochen: **in Danzig, an der Weichselmündung!** Bereits vor Abschluß der Versailler Friedensverhandlungen hatte Polen versucht, in der Danziger Frage durch eine Gewaltlösung vollendete Tatsachen zu schaffen, indem es sich darum bemühte, den Transport der in Frankreich aufgestellten Haller-Armee nach Polen über Danzig zu lenken. In der Befürchtung, daß durch diesen Anschlag auf **die deutsche Stadt** der Widerstandswille des deutschen Volkes geweckt werden könnte, lehnten die Alliierten diesen polnischen Antrag ab.

Ähnliche Überlegungen und das Bestreben, die französische Hegemonialstellung im Osten wenigstens im Ostseebereich zugunsten Englands etwas zu beschränken, veranlaßten **Lloyd George**, sich in Versailles für die Errichtung einer **"Freien Stadt Danzig"** einzusetzen. Die polnische Forderung nach völliger Überantwortung Danzigs wurde nicht erfüllt. Die in den Artikeln 100 bis 108 des Versailler Vertrages enthaltenen Bestimmungen über die Zukunft Danzigs und der Weichselmündung sind von Polen stets als unbefriedigend und bestenfalls als ein Teilerfolg bewertet worden. Seitdem zieht sich das Bestreben, diesen polnischen Teilerfolg in einen Totalerfolg umzuwandeln und somit die gewonnene Ausgangsstellung zur Errichtung der polnischen Ostseeherrschaft endgültig zu befestigen, wie ein roter Faden durch die polnische Politik gegenüber Danzig. **Die Drohung einer Annexion durch Polen ist das Motto, das auch über dem Schicksal Danzigs seit Versailles steht.**



Die "Freie Stadt" von 1920 bis 1933

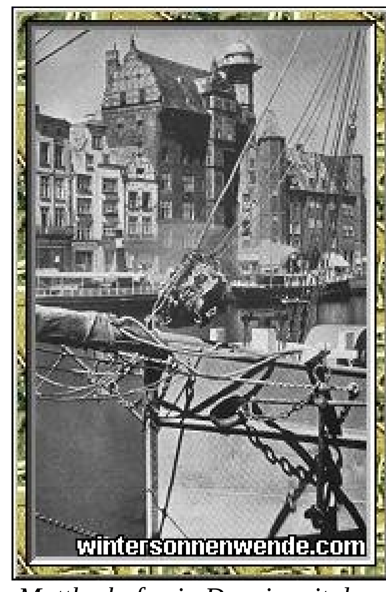
Bereits in den Verhandlungen, die im November 1920 zwischen Danzig und Polen gemäß Artikel 104 des **Versailler Vertrages** über die Abgrenzung der beiderseitigen Rechte und Pflichten in Paris geführt wurden, traten die polnischen Tendenzen mit unverhüllter Nacktheit zutage. Entwürfe Polens zu diesem Danzig-polnischen Grundvertrag enthielten bereits das ganze Programm seiner **künftigen Politik gegenüber der "Freien Stadt" und die dabei zu verfolgenden Methoden.** Polen forderte unter anderem: die vollkommene militärische Hoheit zu Wasser und zu Lande, die Unterhaltung von Garnisonen, absolute Polizeihoheit zu Lande, auf den Wasserstraßen und im

Küstengebiet, polnische Zollverwaltung, Angleichung der gesamten Finanz- und Steuerpolitik, polnische Währung, Unterstellung der Danziger Handelsflotte unter polnische Flagge, obligatorische Einführung der polnischen Sprache in Gesetzgebung und Verwaltung als gleichberechtigt neben der deutschen. Diese Forderungen bedeuteten nicht nur eine Ausweitung der im **Versailler Vertrag** vorgesehenen Berechtigungen Polens in Danzig, sie sind nichts mehr und nichts weniger als die völlige Abkehr von den Grundbestimmungen des Versailler Vertrages. Erst unter dem Druck der Botschafterkonferenz und des Völkerbundes kam es am 9. November 1920 zur Unterzeichnung des **Pariser Vertrages**. Ebenso wie die auf Danzig bezüglichen Artikel des Versailler Diktates waren auch die Bestimmungen dieses Danzig-polnischen Grundvertrages ein Komplex von Kompromissen. Die in den Versailler Artikeln enthaltenen Unklarheiten wurden durch den Pariser Vertrag nicht beseitigt sondern durch eine Reihe von widerspruchsvollen Bestimmungen bereichert, die den Polen Handhabe zur weiteren Aushöhlung der Existenzgrundlagen der "Freien Stadt Danzig" boten.

Das Gebiet der "Freien Stadt Danzig"



[Vergrößern]



Mottlauhafen in Danzig mit dem Haus der Naturforschenden Gesellschaft und Sternwarte.

Es ist hier nicht der Ort, ein vollständiges Bild von dem Gesamtkomplex der Rechtssatzungen zu geben, den man nicht ganz zutreffend als das "Danziger Statut" zu bezeichnen pflegt. Die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen bestehen im wesentlichen aus den Artikeln des Versailler Vertrages, der Danziger Verfassung, des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 und dem am 24. Oktober 1921 in Warschau abgeschlossenen Zusatzabkommen, das die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen regeln sollte. Zu dem Gesamtkomplex dieser Rechtsgrundlagen gehört ferner eine **unübersehbare Fülle weiterer Vereinbarungen, Abmachungen, Protokolle und unzähliger Entschließungen und Entscheidungen der verschiedenen Völkerbundinstanzen.** Dieser fast unübersehbare Wirrwarr von Rechtsnormen, bewußt unklaren Interpretationen, widerspruchsvollen Kompetenzen und halben Rechten stellt das Rechtsgebäude der "Freien Stadt" dar, das der britische Ministerpräsident Chamberlain jüngst als "weder unlogisch, noch ungerecht" bezeichnen zu können glaubte, während eine große englische Zeitung wie der *Daily Telegraph* die Bezeichnung *"happy compromise"* als besonders zutreffend für dieses juristische Monstrum erachtete.

Das Paradoxe an der Danziger Rechtssituation aber besteht darin, daß Danzig selbst, dem diese Bestimmungen gegen den ausdrücklich bekundeten Willen seiner Bevölkerung gewaltsam aufgezwungen worden waren, die Rechtsgrundlagen seiner von ihm nicht gewünschten Selbständigkeit ausgerechnet gegen **den** Staat verteidigen mußte, um dessentwillen diese Gründung überhaupt erfolgt war. Das internationale Recht war das einzige, was das kleine Danzig mit seinen 400.000 Einwohnern gegen den 30-Millionen-Staat Polen einzusetzen hatte, das seinerseits über den ganzen Machtapparat eines hochmilitarisierten Staates verfügte. Jeder Rechtsverlust, jedes Präjudiz zugunsten Polens brachte eine Gefährdung der unabhängigen Existenz Danzigs mit, da die "Freie Stadt" eben keine organisch gewachsene, in sich selbst beruhende und sich selbst bejahende Staatspersönlichkeit ist sondern ein juristisches Kunstprodukt, das mit seiner relativen Unabhängigkeit gegenüber Polen für die deutsche Bevölkerung gewissermaßen "das kleinere Übel" darstellte.

Polen aber, das hatte sich bereits in den ersten Tagen der Freistaat-Existenz gezeigt, war **von vornherein der entschiedenste Gegner des *status quo* an der Weichselmündung!**

Am deutlichsten zeigte sich dies in der Erbauung des Hafens von **Gdingen**. Die abstimmungslose Abtrennung des Korridors und Danzigs vom Deutschen Reich wurde bekanntlich mit der Notwendigkeit begründet, Polen einen **Zugang zum Meer** zu geben. Aus der **Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919, in der die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen beantwortet wurden,** geht einwandfrei hervor, daß Danzig als **einziger** Seehafen Polens dienen sollte. Aus dieser Begründung leiten sich alle weiteren Berechtigungen ab, die Polen auf Grund der Verträge im Gebiet der Freien Stadt besitzt, und die gleiche Formel muß auch heute noch herhalten, um die Unentbehrlichkeit des Danziger Hafens "als den einzigen natürlichen Zugang zum Meer" für die wirtschaftliche und politische Existenz Polens zu beweisen. Das "Problem Gdingen", das heißt die Frage der polnischen Konkurrenz gegen den Danziger Hafen, dessen vertraglich garantierte Monopolstellung die einzige Voraussetzung für den status quo bildet, ist daher das Kernstück der ganzen Danzig-Frage und darüber hinaus wohl des ganzen deutsch-polnischen Problems.

Bereits während der Verhandlungen über die Friedensbedingungen hatten die Polen gedroht, einen eigenen Hafen am polnischen Teil der Ostseeküste zu bauen, wenn ihre Forderung auf gänzliche Einverleibung Danzigs in Polen nicht erfüllt werde. Diese Drohung wurde während der Verhandlungen über den Danzig-polnischen Grundvertrag vom 9. November 1920 in einer Verlautbarung der amtlichen polnischen Telegraphenagentur ausdrücklich wiederholt. Nachdem diese Drohungen nicht verfingen, ging Polen nicht lange danach dazu über, durch ihre Verwirklichung die Erreichung des Endzieles, die Einverleibung Danzigs, wirksam vorzubereiten: Im Jahre 1924 begann die polnische Regierung, in einer Entfernung von nur 20 Kilometern von Danzig **einen neuen freien Zugang zum Meer** zu schaffen, einen zweiten Hafen, der nach dem Willen seiner staatlichen Erbauer und Förderer nicht dazu dienen sollte, den zusätzlichen, in Danzig etwa nicht mehr zu bewältigenden seewärtigen Warenverkehr Polens zu erledigen sondern der seinen Umschlag auf Kosten des "natürlichen" Zugangs Danzig von Jahr zu Jahr immer mehr erweiterte und diesen damit praktisch außer Kraft zu setzen drohte. Diese Entwicklung führte dahin, daß bis zum Jahre 1933 der Anteil Danzigs am seewärtigen Warenverkehr Polens von 75,2 v.H. (im Jahre 1929) auf 45,8 v.H. sank, während der Anteil des neuerrichteten Staatshafens Gdingen von 24,8 v.H. (1929) auf 54,2 v.H. stieg, also 1933 Danzig bereits überflügelte! Dies geschah, obwohl die Umschlagskapazität des Danziger Hafens noch keineswegs voll ausgenutzt war und mit unendlich geringeren Unkosten, als sie durch die Erbauung und Erhaltung Gdingens verursacht wurden, auf weit über den heute durch beide Häfen gehenden polnischen Umschlag gesteigert werden könnte.



Mottlauhafen mit Sternwarte, Rathausturm, Marienkirche und Krantor, den Wahrzeichen der Stadt Danzig.

Dieses Hafenproblem hängt aufs engste mit der Frage der geographischen Lage Danzigs an der Weichselmündung, die nach den Worten des polnischen Außenministers "durch keine neuen Formeln verwischt werden kann", zusammen. Als die vor dem Kriege unter drei verschiedenen Staaten aufgeteilte Weichsel durch den Versailler Vertrag fast in ihrem gesamten Lauf unter den Einfluß der polnischen Verwaltung kam, hätte man erwarten können, daß die Weichselschiffahrt einen großen Aufschwung nehmen würde. Man sollte ferner annehmen, daß die polnische Regierung mit Rücksicht auf "den einzigen natürlichen Zugang zum Meer", den Weichselmündungshafen Danzig, "die Krone der Weichsel", **dem Ausbau und der Regulierung dieses Stromes die allergrößte Sorgfalt gewidmet hätte. Die Tatsachen zeugen**

vom Gegenteil: In zwanzig Jahren sank der Warenverkehr auf dem "Hauptwasserweg" Polens nach Danzig auf 75 v.H. der Mengen, die vor dem Kriege allein auf dem preußischen Teile der Weichsel nach Danzig befördert worden waren! Und die Sandinseln im Strombett der Weichsel, die eingefallenen Ufer, die verwilderten Buhnen selbst in dem von der preußischen Verwaltung so intensiv gepflegten Unterlauf zeugen von der Pflege, die Polen dieser seiner "Lebensader" zuteil werden läßt.

Diese beiden Momente allein zeigen mit aller Deutlichkeit, was Polen bis 1933 getan hatte, um Danzig und seine Bevölkerung in den Genuß der angeblich so günstigen und naturgegebenen Zugehörigkeit zum polnischen Wirtschaftsgebiet zu setzen. Der **Danziger Hafen** erlitt nicht nur mengenmäßige Verluste sondern auch strukturelle Nachteile zugunsten des durch den polnischen Staats systematisch geförderten Hafens von Gdingen. Die wertvollen Stückgüter, an deren Umschlag der Danziger Eigenhandel beteiligt war, wanderten ab, und es blieben die Volumengüter, die wie zum Beispiel die Kohle von den polnischen Gruben direkt ohne Beteiligung des Danziger Kaufmanns ins Ausland gehandelt werden. Besonders empfindlich war für den Danziger Kaufmann bei diesen Veränderungen der Rückgang auf der Seite der Einfuhr, die zum Beispiel 1933 fast auf den vierten Teil des Standes von 1929 zusammengeschrumpft war. Die rein mengenmäßige Vergrößerung des Danziger Umschlages gegenüber der Vorkriegszeit ist also ein ganz trügerisches, von Polen allerdings mit Vorliebe angewendetes Beweismittel. Die polnische Zielsetzung, die während der Pariser Verhandlung mit zynischer Offenheit enthüllt und seitdem mit äußerster Konsequenz aufrechterhalten worden war, schaltete es demnach von vornherein aus, daß Polen ein Interesse daran hatte, daß die neue Handelsblüte, die Danzig in der **Mantelnote Clemenceaus** verheißen worden war, Wirklichkeit würde.

War schon die rein verkehrsmäßig zu wertende und durch die Steigerung der Massengüter bedingte Vergrößerung des Hafenumschlags keineswegs dazu angetan, die schweren Verluste auszugleichen, die Handel, Industrie und Landwirtschaft durch die Losreißung vom Kreislauf des deutschen Wirtschaftsorganismus erlitten hatten, mußte die frühzeitig zu einem äußersten Etatismus entwickelte polnische Wirtschaftspolitik gewollt und ungewollt zu einer weiteren Zerstörung der wirtschaftliche Grundlagen Danzigs führen. Die Folgen, die sich für den **Handel** nach einer kurzen Zeit der Scheinkonjunktur zeigten, waren fürchterlich: der einst blühende **Zuckerhandel** sowie die beiden großen Zuckerraffinierien brachen zusammen, der Handel mit Düngemitteln, mit Reis, mit Maschinen, mit Tabak und so weiter wurde gänzlich lahmgelegt, der **Getreidehandel** durch Benachteiligung bei der Abwicklung der Exportformalitäten ruiniert. Die Danziger **Kaufmannschaft**, deren jahrhundertealte Erfahrungen im osteuropäischen Handel für die junge polnische Wirtschaft hätten nutzbar gemacht werden können, wurde systematisch vom Hinterlande abgedrängt und ihr jede Möglichkeit verbaut, die alten traditionellen Beziehungen zu pflegen oder neue anzuknüpfen. Der Beschäftigungsstand der großen Danziger Werften und der anderen großen und mittleren **Industrien** sank mit beängstigender Schnelligkeit auf Bruchteile des Vorkriegsstandes. Die Werften wurden nur selten mit polnischen Staatsaufträgen bedacht. Die Erzeugnisse der anderen Industrien wurden und werden durch eine ständige **Boykotthetze** vom polnischen Binnenmarkt ausgeschaltet, während die Konkurrenzfähigkeit ihrer Exportpreise durch die wesentlich niedrigeren Gestehungskosten der polnischen Produktion zu einer fast unlösbaren Aufgabe wird. Obwohl Polen als ein in dem Anfangsstadium moderner Wirtschaftsentwicklung befindliches Land ein starkes Interesse an diesen im gemeinsamen Zollgebiet befindlichen Wirtschaftszweigen hätte haben sollen, bekämpfte es mit allen Mitteln seiner seit langem staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik, die ihre Arme auf Grund der Verträge (Zoll, Eisenbahn, Hafen und so weiter) ja auch nach Danzig erstrecken kann, den deutschen Kaufmann und Unternehmer. Entgegen dem klaren Wortlaut der Verträge, die jede Beschränkung des Warenverkehrs zwischen Danzig und Polen verbieten, traf Polen zolltarifarische Maßnahmen gegen die Einfuhr Danziger Produktionsgüter und errichtete ein **Warenkontrollsystem**, das nicht nur an den polnischen Zollstationen ausgeübt wurde sondern sich sogar bis in die Kontore und Werkstätten der Danziger

Firmen erstreckte und zu einer staatlich betriebenen polnischen Wirtschaftsspionage mißbraucht wurde. Diese eindeutig gegen den *status quo* gerichteten Rechtsbrüche krönte Polen im Jahre 1932 durch die Sperrung der polnischen Grenze gegen die Waren des Danziger Veredlungsverkehrs. Die Danziger **Landwirtschaft** schließlich verlor mit der Abtrennung vom Reich die Absatzmärkte für ihre hochwertigen Erzeugnisse und stand andererseits auf dem Danziger Binnenmarkt dem ungehinderten Hineinströmen der billigen polnischen Erzeugnisse gegenüber. Darüber hinaus bedrohten die unsozialen Lohnverhältnisse Polens durch die damit verbundenen Preisunterbietungen das Lohn- und Preisniveau und damit auch den Lebensstandard der Danziger Bevölkerung in Stadt und Land, der eben aus Gründen der nationalen und kulturellen Besonderheit ein höherer sein mußte, wollte man nicht ähnlich wie das einstmals so stolze Westpreußen allmählich auf das primitive Niveau polnischer Ostprovinzen herabsinken.

Alle diese Angriffe auf **Danzigs wirtschaftliche Existenzgrundlagen**, von denen hier nur ein kleiner Ausschnitt unter Fortlassung sehr bezeichnender Einzelmomente, wie zum Beispiel der Behandlung der Danziger Eigenbedarfskontingente und anderes mehr gegeben werden kann, wurden stets in sehr geschickter Weise durch einen Schleier von juristischen Begründungen und nationalökonomischen Beweisführungen getarnt. Diese Spiegelfechtereien konnten jedoch niemals darüber hinwegtäuschen, daß hier **nicht die Wirtschaft sondern die Politik das Gesetz des Handelns** bestimmte. "In Danzig ist alles nur Politik, obwohl es wirtschaftlich verkleidet wird", schrieb im Jahre 1928 der polnische Legationsrat Zalewski von der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig.

Der Wirtschaftskampf, der Polen gegen Danzig führte, um den Wohlstand der deutschen Bevölkerung zu untergraben, stellte gewissermaßen die artilleristische Vorbereitung zu der eigentlichen Kampfhandlung dar, die Polen abschnittsweise seinem Endziel näher bringen sollte. Diese Kampfhandlung aber setzte sich ihrerseits aus zahlreichen Aktionen zusammen, die auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens angesetzt wurden und von denen die ständig wiederholten **Angriffe auf die staatlichen Hoheitsrechte Danzigs** die wesentlichsten sind.

Noch im Jahre 1937 empfahl der ehemalige diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig, **Strasburger**, den Politikern seines Landes als besten Weg zur Lösung des Danzig-Problems im polnischen Sinne "eine **organische** Arbeit **in**(!) Danzig" anstatt "einer oder ein paar Taten". Das hieß nichts anderes, als daß er eine organische Durchdringung zwecks kalter Einverleibung Danzigs für erfolgversprechender hielt als einen Handstreich mit Waffengewalt.[2] Polen hat diesen Weg auch konsequent beschritten und seit 1920 stets nach dem Motto **"Mit den Paragraphen gegen die Verträge!"** oder **"Durch Versailles gegen den *status quo*!"** gehandelt. In der propagandistischen Argumentation sind die von Polen aufgestellten Forderungen oder die von ihnen durchgeführten Usurpationen meist damit begründet worden, daß die im Pariser Vertrag von 1920 enthaltenen Bestimmungen für das Verhältnis Polens zu Danzig von Polen in der Zwangslage des polnisch-russischen Krieges erpreßt worden seien. Die Bestimmungen des Pariser Vertrages widersprächen dem Sinne des Versailler Vertrages, sie seien ein Unrecht, das wiedergutgemacht werden müsse, und bedürfe daher der Revision. Daß diese "Revision" natürlich im Geiste der bereits erwähnten Vorschläge erstrebt wurde, die Polen zu diesem Vertrage im Herbst des Jahres 1920 gemacht hatte, versteht sich am Rande. In diesen "Pariser Forderungen" sind sämtliche Aktionen, die Polen im Laufe der Jahre gegen die politische Selbständigkeit der "Freien Stadt" gerichtet hat, bereits vorgezeichnet.[3] Es ist unmöglich, alle die aus diesen Aktionen entstandenen Konflikte hier ausführlich zu behandeln. Allein über hundert **Streitfälle zwischen Danzig und Polen sind ja bis 1933 den Völkerbundsinstanzen unterbreitet worden,** was übrigens Chamberlains Feststellung, die Danziger Lösung sei "weder ungerecht, noch unlogisch", ebenfalls in geeigneter Weise illustriert! Nur an einige besonders charakteristische Streitfragen und Konflikte sei hier kurz erinnert.

In den Verträgen ist bekanntlich Polen die Verwaltung der **Danziger Eisenbahnen** übertragen worden. Trotz klarer Rechtsentscheidungen der Völkerbundsinstanzen hat Polen jahrelang in Danzig eine Eisenbahndirektion unterhalten, die ihre Tätigkeit in vertragswidriger Weise auch auf die innerpolnischen Korridorstrecken ausdehnte, wodurch die Selbständigkeit und Geschlossenheit des Danziger Verwaltungsbereiches durchbrochen wurde. Der Hauptzweck aber, der dabei verfolgt wurde, war der, ein möglichst großes Beamtenheer in Danzig zur Stärkung des schwachen polnischen Elements zu unterhalten und damit eine **Basis zur Polonisierung** zu gewinnen. Diesem Ziele diente auch die Verdrängung der deutsch-stämmigen Eisenbahnbediensteten, die trotz einer bereits im Jahre 1921 gefällten Entscheidung des Völkerbundskommissars systematisch durch Elemente aus Kongreßpolen ersetzt und bei Beförderungen zu deren Gunsten übergangen wurden. Der Anteil der Polen an den Eisenbahnbediensteten ist heute von 3 v.H. im Jahre 1921 auf 90 v.H. im Jahre 1938 angestiegen! In ähnlicher Weise verfuhr Polen mit den Sonderrechten der Danziger Eisenbahnen zum Beispiel in der Sprachenfrage. Ja sogar zu Angriffen auf die Währungshoheit Danzigs mißbrauchte Polen seine Pflicht, den Eisenbahndienst auf dem für seine Wirtschaft angeblich so unentbehrlichen Danziger Gebiet zu versehen! Wenn man schließlich bedenkt, daß die wichtigsten D-Züge von und nach Warschau in Danzig überhaupt nicht anhalten sondern den Danziger Hauptbahnhof mit dem Ziel Gdingen oder von dort kommend in rasendem Tempo durchfahren, darf man sich wohl darüber wundern, daß der polnische Außenminister die Lage Danzigs an Polens "Haupteisenbahnweg zur See" als ein für seine Thesen anwendbares Argument erachtet hat.

Großes Aufsehen hat seiner Zeit der **als "Briefkastenkonflikt" in aller Welt bekannte Streitfall über den *polnischen Postdienst* im Danziger Hafen** erregt. Die Verwaltung des Postwesens ist ein staatliches Hoheitsrecht Danzigs. Polen hat nach den Verträgen lediglich das Recht, im **Hafen** für die Abwicklung des Postverkehrs zwischen Polen und dem Ausland über den Danziger Hafen einen Postdienst einzurichten. In einer Januarnacht des Jahres 1925 brachte Polen eigenmächtig polnische Briefkästen auch außerhalb des Hafengebietes in der Stadt an. Der Völkerbund gab entgegen der klaren Rechtslage den polnischen Forderungen statt und erweiterte den Begriff "Hafen" auf den größeren Teil der Geschäftsstadt, in der Polen seitdem das Recht hat, eine eigene Post neben der Danziger zu unterhalten. Daß Polen seit Jahren und bis auf den heutigen Tag über diese Postdienstzone hinausgreift und seine praktisch gar nicht ausgenutzte Postverwaltung auf Danziger Gebiet ebenso wie die Eisenbahnverwaltung ausschließlich Polonisierungszwecken dienstbar macht, wird niemanden überraschen.

Ein ebenfalls bezeichnendes Kapitel ist die Frage der **"Führung der auswärtigen Angelegenheiten"** der Freien Stadt und des Schutzes Danziger Staatsangehöriger im Auslande, die Polen gemäß den Verträgen "sicherzustellen" hat. Obwohl einwandfrei nur von einer Pflicht Polens zur **technischen Erledigung** des diplomatischen und konsularischen Verkehrs die Rede sein kann, hat Polen bis 1933 in nicht weniger als 23 Fällen versucht, diese Pflicht in ein Recht zu selbständiger außenpolitischer Entscheidung umzudeuten und die Wahrnehmung diplomatischer Interessen Danzigs wie zum Beispiel den Beitritt der Freien Stadt zum Kelloggpakt oder die Anmeldung deutscher und anderer Kriegsschiffbesuche nach Gutdünken zu verzögern oder gar zu unterschlagen. Danziger Staatsbürger wurden im Ausland durch polnische Konsulate als polnische Staatsangehörige behandelt oder ohne konsularischen Schutz gelassen, die Teilnahme Danziger Delegationen an internationalen Kongressen sabotiert und so weiter. **Die Serie dieser Fälle wurde übrigens bis auf den heutigen Tag fortgesetzt.**

Natürlich hat Polen es nicht versäumt, seine politischen Ausdehnungsaktionen auch auf das Gebiet zu erstrecken, das neben dem Hafenproblem die Hauptangriffsbasis gegen die Danziger Existenzgrundlagen darstellt: das **Zollwesen**. An anderer Stelle wurde bereits mehrfach angedeutet, daß zolltechnische Maßnahmen ein wesentliches Mittel im Kampf Polens gegen die Danziger Wirtschaft sind. Die polnischen Aspirationen aber gehen weiter. In Danzig gelten zwar die

polnischen Zollgesetze und der polnische Zolltarif, die Danziger **Zollverwaltung** jedoch ist ein Danziger Hoheitsrecht und wird von einer Danziger Staatsbehörde mit ausschließlich deutschen Danziger Beamten wahrgenommen. Mehrfach hat Polen die Forderung aufgestellt, daß dieses Danziger Hoheitsrecht aufgehoben und die Verwaltung in polnische Hände gegeben würde. Im Jahre 1932 wurde sogar in offizieller Form ein Vorstoß in dieser Richtung unternommen. Das Ziel dieser Bestrebungen ist klar: Die Abwicklung der Zollgeschäfte in Danzig durch eine polnische Behörde hätte der administrativen Benachteiligung der alteingesessenen deutschen Firmen zugunsten polnischer Unternehmungen Tür und Tor geöffnet. Die Durchdringung der Danziger Wirtschaft durch das polnische Element wäre dann endgültige Tatsache geworden. Auch dieses Kapitel des polnischen Zollwesens war mit dem Jahre 1933 keineswegs abgeschlossen.

Hafengebiet und Hafenanlagen von Danzig



[Vergrößern]

Am alleraufschlußreichsten aber sind **die Vorstöße, die von seiten Polens gemacht worden sind, um *Danzig und die Weichselmündung militärisch zu beherrschen*.**

In seinen Vorschlägen zum Pariser Vertrag hatte Polen die Forderung erhoben, daß ihm die vollkommene militärische Oberhoheit über Danzig übertragen würde; es forderte das Recht, auf dem Gebiet der Freien Stadt Militär- und Seestreitkräfte sowie eine besondere polnische Polizeitruppe zu unterhalten. Da dieses Ziel in Paris nicht erreicht wurde, ließ Polen in den folgenden Jahren kein Mittel unversucht, um durch mehrere Einzelaktionen den erstrebten Zustand der totalen militärischen Beherrschung des Danziger Gebietes schließlich doch noch zu erreichen. Die bemerkenswerteste Etappe auf diesem Wege war **die Errichtung eines *Munitionslagerplatzes auf der Westerplatte***, einem Gelände, das dem Danziger Hafen an der Mündung der Weichsel vorgelagert ist. Der Völkerbund, auf dessen Verlangen in die Danziger Verfassung ein Artikel aufgenommen worden war, "daß die Freie Stadt **nicht** als Militär- oder Marinebasis dienen kann, daß sie keine Festungswerke errichten, noch die Herstellung von Munition und Kriegsmaterial auf ihrem Gebiete gestatten darf", derselbe Völkerbund sprach Polen durch einen Ratsbeschluß vom 14. März 1924 das Recht zu, im Danziger Hafen ein Munitionslager "zum Löschen, Einlagern und zur Weiterbeförderung von Kriegsbedarf und Sprengstoff **nach** Polen" zu unterhalten. Selbst Clemenceau hatte **in seiner Mantelnote vom Juni 1919** nur von "gewissen **wirtschaftlichen Rechten**" gesprochen, die Polen in Danzig erhalten sollte. Da außerdem der Bau Gdingens zur Zeit dieses Ratsbeschlusses bereits in Gang gebracht worden war, ist die Rechtslage in dieser Frage ganz eindeutig, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß auch in diesem Falle weder Recht noch Logik sondern ausschließlich politische Erwägungen die Situation in Danzig zugunsten Polens entschieden. Als schließlich die Polen eine ständige "Wachtruppe" zur Bewachung der Munitionstransporte verlangte, war es endgültig klargeworden, daß der Besitz der Westerplatte nicht



Im Jahre 1925 überließ der Völkerbund die Westerplatte, die zum Gebiet der Freien Stadt Danzig gehört, Polen zur Anlage eines Munitionshafens. Wie eine schwere Drohung liegt seitdem die Westerplatte an der Einfahrt zu dem alten deutschen Hafen Danzig.
Die Drohung aber wurde zugleich zu einer ständigen ernsten Mahnung für Danzig und das Reich, den Willen zur Heimkehr der widerrechtlich abgetrennten Gebiete wach zu halten und zu stärken bis zu dem Tag, an dem Polen auch die Westerplatte wieder räumen muß.
***Oben:** Das polnische Munitionslager.*

allein für die Einlagerung und Beförderung von Munition sondern als **militärischer Stützpunkt** erstrebt worden war, um von hier aus die militärische Einflußzone allmählich auf weitere Gebiete und schließlich über den ganzen Freistaat auszudehnen. Der Völkerbundsrat gestand Polen am 19. November 1925 eine ständige "Wachmannschaft von 88 Mann polnischen Militärs" zu, was von Polen in der Weise ausgelegt wurde, daß zu je drei Soldaten stets ein Offizier oder Unteroffizier auf der Westerplatte stationiert wurde. Als eine Tatsache schließlich, die als symptomatisch für die Sinnlosigkeit und Kompliziertheit der allgemeinen Verhältnisse seit Versailles gelten kann, sei schließlich erwähnt, daß der Munitionslagerplatz auf der Westerplatte nach wie vor Danziger Hoheitsgebiet ist und vom Danziger Polizeipräsidenten nur nach vorheriger Anmeldung betreten werden kann.

Mit diesem einen Erfolg gab sich Polen nun keineswegs zufrieden sondern wartete im Laufe der Zeit mit zahlreichen anderweitigen Aktionen auf militärpolitischem Gebiet auf, die stets gefährliche Konflikte heraufbeschworen: die Frage des **Anlagerechts für polnische Kriegsschiffe** im Danziger Hafen (Port d'Attache), das noch im Jahre 1932 verlängert werden mußte, obwohl Polen in Gdingen bereits einen modernen Kriegshafen für seine kleine Flotte errichtet hatte, ferner die widerrechtliche Entsendung polnischer **Marinepatrouillen** in Danzigs Straßen zur angeblichen "polizeilichen Betreuung" von Urlaubern, was von der Danziger Bevölkerung mit Recht als eine Provokation aufgefaßt wurde, und anderes mehr. Auch daß von Polen Fragen der polizeilichen Sicherheit auf Danziger Gebiet immer wieder aufgerollt werden, ist nur im Zusammenhang mit den militärischen Aspirationen zu deuten. Der Völkerbund aber, der den Schutz der "Freien Stadt" übernommen hatte, tat nicht nur nichts, um Danzig gegen die Bedrohung zu schützen, sondern machte den Bock zum Gärtner, indem er ausgerechnet Polen als den vom Völkerbundskommissar gegebenenfalls zu beauftragenden Verteidiger Danzigs gegen kriegerische oder revolutionäre Verwicklungen bezeichnete. Am 5. März 1933, nur kurze Zeit vor dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten in Danzig, landete Polen 120 Mann Marine-Infanterie auf der Westerplatte, um die dortige Besatzung zu verstärken. Der Zeitpunkt, wo das aus allen natürlichen Zusammenhängen herausgerissene, wirtschaftlich geknebelte, ausgehungerte und systematisch abgewürgte, vom Völkerbund immer wieder schmählich preisgegebene Danzig durch einen Handstreich um seine Selbständigkeit gebracht und endgültig Polen einverleibt werden konnte, schien gekommen.

Die wenigen Punkte, die hier als die entscheidendsten und bezeichnendsten aus der **Fülle der Schwierigkeiten und Konflikte** herausgegriffen wurden, geben trotz ihrer Unvollständigkeit ein Bild von den Bedingungen, unter denen das Versailler Geschöpf der "Freien Stadt Danzig" die ersten 13 Jahre seiner Existenz verbrachte. Dieses Bild vermittelt zugleich einen **Querschnitt durch das Verhalten Polens gegenüber Danzig, wie es sich in den Jahren 1920-1933 darstellte.** In dieser Zeit, in der in Danzig keine bösen Nazis regierten sondern artige Demokraten oder gewissenhafte, vertragstreue Juristen nach Genfer Geschmack, hat Polen jede Chance versäumt, um Danzig von den angeblichen Vorteilen der Abtrennung vom Reich zu überzeugen. Polen hat im Gegenteil alles getan, um dem Danziger Kaufmann etwaige Gewinne aus der veränderten politischen Verteilung des Hinterlandes vorzuenthalten oder diese nach Gdingen abzulenken, es hat alles getan, um der Danziger Bevölkerung die Anomalität des Zustandes fühlbar zu machen und die natürliche ideelle Sehnsucht nach der Rückkehr zum Mutterlande durch materielle Benachteiligung zu verstärken. Polen hat in dieser Zeit, wo in Danzig und Deutschland die Erfüllungspolitiker ängstlich jede aktive Auflehnung gegen das Versailler Diktat vermieden, keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß es auf eine baldige Änderung des heute so energisch als "heiliges Recht" verteidigten *status quo* an der Weichselmündung im Sinne einer Einnahme Danzigs durch Polen hinarbeitete. Eine im Jahre 1928 durch Zufall zur öffentlichen Kenntnis gelangte geheime polnische Denkschrift, die aus Kreisen der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig stammte, sprach diese Ziele offen aus, über die in den verschiedenen Parteilagern Polens höchstens taktische, aber keinerlei grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Die Ausgleichschancen waren in den 13 Jahren, die bis zum Ende der Parteiherrschaft in Danzig bestanden, für Polen nicht gering.

Ihre Ausnutzung hätte ihm womöglich das so sehnlich erstrebte "Ostlocarno" einbringen können. Statt dessen mißbrauchte Polen jedes Entgegenkommen zu desto energischerer Ausweitung seines Einflusses in der Hoffnung auf eine schließliche Liquidierung des Freistaates zu seinen Gunsten. Der Widerstandswille der Bevölkerung, der von innen her so zahlreichen Zersetzungsgefahren ausgesetzt war, wurde dadurch von außen her gestärkt und selbst die schwächsten Koalitionsregierungen zu einer revisionistischen und den polnischen Interessen entgegengesetzten Einstellung ihrer Politik gezwungen, bis schließlich in den Zeiten von 1932/33 der Höhepunkt der Spannung um das Danziger Pulverfaß, das jeden Augenblick zu explodieren drohte, erreicht war. Das war die Situation, die die Nationalsozialisten bei ihrem Regierungsantritt in Danzig im Jahre 1933 vorfanden.



Danzig unter dem Nationalsozialismus
- Die Abrechnung mit dem Völkerbund
- Die Ära der Verständigung mit Polen

Das polnische Programm der allmählichen Aushöhlung der selbständigen Existenz Danzigs durch wirtschaftliche Zermürbung, Polonisierung und allmähliche Ausweitung der polnischen Berechtigungen basierte auf der Voraussetzung, daß das Deutsche Reich wenigstens so lange schwach und ohnmächtig bliebe, bis Danzig Polen gleichsam als reife Frucht in den Schoß fiele. Diese Rechnung wäre beinahe aufgegangen. Die Danziger Bevölkerung bot, bis auch sie sich unter Adolf Hitlers Fahnen zusammenzuschließen begann, ein getreues Abbild der Zerrissenheit in Parteien, Gruppen und Grüppchen, wie sie im parlamentarisch-republikanischen Deutschland herrschte. Nicht weniger als 17 Parteien waren im Jahre 1930 zur Wahl des kleinen Danziger Volkstages aufmarschiert! Im Jahre 1933 erreichte die Arbeitslosenziffer in Danzig die Rekordhöhe von 41.000, das sind 10 v.H. der gesamten Bevölkerung des Freistaates. Im deutschen Mutterlande aber deklamierten zwar die Stresemann, Brüning und Treviranus revisionistische Sprüche, hinter denen jedoch weder reale Möglichkeiten noch auch ein wirklich ernsthafter Wille standen. So schienen alle Voraussetzungen für eine "Wilnaisierung" Danzigs, die in Polen unter dem Einfluß einer systematischen Propaganda immer wieder gefordert wurde, gegeben zu sein.

Die erste und letzte Bedingung für die Erhaltung der völkischen Freiheit ist stets die Geschlossenheit des Volkswillens. Nun hat zwar die Danziger Bevölkerung in Augenblicken der unmittelbaren Bedrohung wie überhaupt in der nationalen Existenzfrage ihrer deutschen Heimatstadt stets eine Solidarität bewiesen, die selbst durch den Wahnsinn des parlamentarischen Interessensystems nicht zerstört werden konnte. Aber was nützt dieser Wille zur Einigkeit, wenn keine Führung da ist, ihn in einen festen organisatorischen Rahmen zu fügen und zur dauerhaften Grundlage einer klaren und zielbewußten Politik zu machen! Deshalb kann schon heute die unbestreitbare Feststellung getroffen werden, daß die **"Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" Adolf Hitlers das historische Verdienst besitzt, das Gebiet der Freien Stadt Danzig als einen Teil des deutschen Weichsellandes vor dem Schicksal, das das übrige Weichselland seit Versailles erdulden mußte, bewahrt und diese deutsche Position endgültig gerettet zu haben.**

Dieses Rettungswerk wurde nicht erst im Jahre 1933 begonnen. Die Anhänger der verschiedenen völkischen Richtungen, die in Norddeutschland nach dem Weltkrieg aufgetreten waren, fanden sich auch hier genau so wie in anderen Teilen Deutschlands als erste Gefolgsmänner Adolf Hitlers in den Reihen der NSDAP. zusammen. Diese wurde jedoch aus kleinen, unbedeutenden Anfängen und inneren Gegensätzen erst in einen unaufhaltbaren Aufstieg geführt, als der junge Gauleiter **Albert Forster** im Jahre 1930 im besonderen Auftrag des Führers in Danzig die Führung übernahm. Wer die Kompliziertheit der Danziger Verhältnisse berücksichtigt, die ein ganz unmittelbares tägliches

Ineinanderfließen von Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik verursacht, wer bedenkt, daß die notwendige Unbedingtheit der innenpolitischen Opposition stets mit den Rücksichten auf die Gefahrenlage Danzigs in Einklang gebracht werden mußte, der kann die Schwierigkeiten des nationalsozialistischen Kampfes um die Macht in Danzig erst richtig ermessen. Es war daher ein unerhörter Erfolg, als bereits wenige Monate nach der Machtübernahme Adolf Hitlers auch in Danzig eine nationalsozialistische Regierung in das Senatsgebäude einzog. Unter den besonderen Danziger Verhältnissen bildete dieser Erfolg jedoch erst eine Etappe auf dem Wege zur endgültigen Beseitigung des Parteiunwesens.

Als die NSDAP. in der Volkstagsneuwahl von April 1935 mit einem Ergebnis von 60 v.H. aller Stimmberechtigten einen neuen großen Sieg errungen hatte, ging **Gauleiter Albert Forster** gemeinsam mit seinem alten Kampfgefährten, dem jetzigen **Senatspräsidenten Arthur Greiser**, daran, die überalterten und im Volke längst nicht mehr verankerten Oppositionsparteien endgültig auszuschalten. Dieses Ziel hatte keineswegs eine rein lokale Bedeutung. Hier in Danzig, außerhalb des Reiches, glaubten die beiden roten und die schwarze Internationale den geeigneten Ansatzpunkt zu einem Vorstoß gegen die nationalsozialistische Bewegung Deutschlands gefunden zu haben. Zentrumspfarrer, sozialdemokratische Gewerkschaftssekretäre, Kommunisten, Juden und ein kleines Häuflein hoffnungsloser Reaktionäre boten hier in gemeinsamem Haß gegen den Nationalsozialismus ein merkwürdiges Bild geschäftiger Zusammenarbeit. An sich wäre es ein Leichtes gewesen, diesem ganzen Spuk mit einigen wenigen, sicher geführten Streichen ein Ende zu bereiten, wenn die Oppositionsparteien nicht über einen Bundesgenossen verfügt hätten, der damals noch in der Lage war, dem Danziger Staat die größten Schwierigkeiten zu bereiten: **der Völkerbund**.

Man kann dieses Kapitel nicht behandeln, ohne einen kurzen Blick auf die Erfahrungen zu werfen, die Danzig in den ersten 13 Jahren seiner Existenz mit der Genfer Liga gemacht hat. Die "Freie Stadt" steht - formal gesehen - **unter dem Schutze des Völkerbundes**; dieser ist "Bürge der Rechtsstellung" Danzigs, wie sie in den Verträgen festgelegt ist. Die Entscheidung darüber, wann diese Rechtsstellung bedroht ist, unterliegt dem freien Ermessen des Völkerbundes. Da es im Wesen dieser Institution liegt, keine Frage gemäß ihrem sachlichen Inhalt zu behandeln sondern sie zum Objekt zu machen, mit dem politische Interessen ausgehandelt werden, war diese Schutzverpflichtung von vornherein von sehr problematischem Wert für Danzig. Bis zu dem Punkt, wo der Völkerbund etwa aus eigener Initiative Danzig gegen gewaltsame Übergriffe in Schutz genommen hätte, dehnte sich ein weiter Spielraum, in dem sich Polens Aktionen gegen Danzigs Rechtsgrundlagen ungehindert bewegen konnten. **Die Schmälerung der staatlichen Rechtsbasis und der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen durch Polen vollzog sich unter den Augen des Völkerbundes, ohne daß dieser aus eigener Initiative einen Finger im Sinne seiner Schutzpflicht gerührt hätte.**

In den über hundert Danzig-polnischen Konflikten, in denen die schiedsrichterlichen **Verpflichtungen der Völkerbundsinstanzen** in Anspruch genommen wurden, fiel mit ganz wenigen Ausnahmen die Entscheidung nicht zugunsten Danzigs, des Schwächeren, zu Schützenden, sondern zugunsten Polens. Das Recht und die Paragraphen mußten stets den politischen Interessen der Mächte weichen, die den Völkerbund beherrschten - der Mächte von Versailles. In allen den entscheidenden Danziger Lebensfragen, die oben kurz geschildert wurden, war Danzig immer wieder in der Hoffnung auf die Erfüllung seines guten Rechts enttäuscht worden. Der Völkerbund war stets der beste Bundesgenosse Polens in dem Kampf, den dieses, sein Mitglied, "mit den Paragraphen gegen die Verträge", "mit Versailles gegen den *status quo*", führte. Ausnahmen waren immer nur dann zu verzeichnen, wenn als Völkerbundkommissare von internationalen Interessenkreisen unabhängige Männer wie der Italiener Graf **Gravina** tätig waren, die durch das Gewicht ihrer Persönlichkeit dem Recht und der politischen Vernunft zur Geltung verhalfen. Doch da der Völkerbund weder gewillt noch fähig war, die Realisierung solcher für Danzig günstiger

Schiedssprüche durchzusetzen, blieben auch diese auf die Dauer für Danzig ohne Wert.

Als nun dieser Völkerbund, der in 13 Jahren seine **Schutzpflicht gegen Danzig** konsequent versäumt, seine Pflicht zu objektiver schiedsrichterlicher Entscheidung in schamloser Weise verletzt hatte, plötzlich Ansprüche auf eine Kontrolle über innerstaatliche Angelegenheiten Danzigs geltend machte, war für die Führung Danzigs das Signal zur Abrechnung mit dieser Institution gegeben.



Die Wahlen zum Danziger Senat im April 1935 sind ein mächtiges Bekenntnis Danzigs zum Nationalsozialismus und zum Reich.



Gauleiter Albert Forster in einer Wahlversammlung.

Der Ire **Sean Lester**, der seit 1934 das Amt des Völkerbundskommissars in Danzig innehatte, war ein typischer Vertreter der freimaurerischen Genfer Bürokratie. Da seit Regierungsantritt der Nationalsozialisten die schiedsrichterlichen Funktionen des Völkerbundes zwischen Danzig und Polen nicht mehr in Anspruch genommen wurden, begann sich Lester, der sich offenbar in der Rolle eines Sachwalters der internationalen Nazigegner gefiel, in immer stärkerem Maße einseitig zugunsten der Oppositionsparteien in die inneren Angelegenheiten Danzigs einzumischen. Da hierdurch diese aufbaufeindlichen Elemente, die infolge der ständig fortschreitenden Durchdringung der nationalsozialistischen Bevölkerung mehr und mehr an Boden verloren, künstlich am politischen Leben erhalten, andererseits die positive Arbeit der Danziger Verwaltung durch die ständigen Interventionen des der deutschen Sprache unkundigen Herrn Lester aufgehalten wurden, gestalteten sich die Verhältnisse immer unerträglicher. Im Jahre 1935 provozierte Lester bei einem Empfang deutscher Offiziere von der Besatzung des Panzerschiffes "Admiral Scheer" durch die Einladung von Verleumdern und Gegnern des Nationalsozialismus die Danziger Regierung, die deutsche Wehrmacht und deren Obersten Befehlshaber Adolf Hitler. Trotz energischer Reaktion seitens der Danziger Regierung fuhr Lester in der Unterstützung der regierungsfeindlichen Elemente fort, die unter seinem Schutz schließlich zu Angriffen auf Leib und Leben der Nationalsozialisten übergingen. Ein SA.-Mann mußte sein Leben lassen. Im Juli 1936 übergingen die Offiziere des Panzerkreuzers "Leipzig" auf höchste Weisung den Völkerbundskommissar bei der Reihe der offiziellen Besuche. **Gauleiter Forster** veröffentlichte aus diesem Anlaß einen Artikel im *Danziger Vorposten*, der die Frage der Stellung des Völkerbundskommissars so weit ins Rollen brachte, daß eine **außerordentliche Ratstagung** nach Genf einberufen wurde. Auf dieser denkwürdigen



Werftarbeiter hören den Gauleiter.



Wie im Reich die nationalsozialistische Bewegung heranwuchs, so erfaßte sie auch das deutsche Danzig und kämpfte dort für Freiheit und Recht des Deutschtums und für eine kommende Neuordnung. Aus den Reihen der Danziger Nationalsozialisten gaben ihr Leben für Deutschland: Horst Hoffmann am 15. November 1931, Günter Deskowski am 12. Juni 1936, Paul Fressonke und Ernst Ludwig am 13. Juni 1936.

Sitzung erklang zum erstenmal seit Bestehen der Genfer Liga eine bis dahin nie gehörte Sprache: es wurde "deutsch gesprochen". Der Präsident des Danziger Senats, **Arthur Greiser**, kennzeichnete mit ungeschminkten Worten die Unfähigkeit und Nachlässigkeit, die der Völkerbund 13 Jahre lang bei der Erfüllung seiner Pflichten gegenüber Danzig bewiesen hatte, und schilderte die traurige Rolle, die Lester in Danzig spielte. Als Greiser seine Rede mit einer deutlichen Revisionsforderung und mit der Erklärung schloß, daß es die Freie Stadt Danzig ablehne, jemals wieder zur Erörterung innerpolitischer Angelegenheiten vor dem Völkerbund zu erscheinen, horchte die ganze Welt auf. Denn eines wurde dadurch offenbar: hier sprach nicht allein das kleine Danzig, dies war Deutschland, das sich hinter ihm erhob und die Stelle einzunehmen begann, die der Völkerbund auszufüllen vorgab. Durch den Mund Greisers wurde dort in Genf zum ersten Male ausdrücklich festgestellt, daß Danzig als ein Teil des damals 60 Millionen starken Deutschlands zu betrachten sei, unter dessen Schutz es sein Recht auf selbständige Gestaltung seiner Geschicke anmelde. Nach Abwicklung der unvermeidlichen Genfer Prozedur berief der Völkerbund den kompromittierten Lester ab, um sich durch den **Ratsbeschluß vom 27. Januar 1937** endgültig aus Danzig zurückzuziehen: eine Kontrolle der inneren Angelegenheiten Danzigs gehöre nicht zu den Aufgaben des Völkerbundes und seines Vertreters in Danzig. **Die Völkerbundfrage ist seitdem für Danzig endgültig erledigt. Sie konnte weder zum Kompensationsobjekt noch auch überhaupt zum Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen mehr gemacht werden.**



Führende Nationalsozialisten aus dem Reich kommen zum Wahlkampf nach Danzig und versichern der deutschen Stadt die Treue des Reiches.



Ministerpräsident Hermann Göring und der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß in Danzig.

Durch diese Entwicklung war auch dem Unwesen der Danziger Oppositionsparteien die künstlich aufrechterhaltene Existenzgrundlage entzogen. Im Laufe des Jahres 1937 verschwanden ihre letzten Reste, wurden aufgelöst oder liquidierten sich selbst. Seitdem schreitet **die Angleichung des innerstaatlichen Lebens in Danzig** an das Deutsche Reich auf allen Gebieten fort. Alle wesentlichen nationalsozialistischen Gesetze sind in Danzig eingeführt, das ganze Leben der Öffentlichkeit in Politik, Kultur und, soweit die besonderen Verhältnisse es erlauben, auch in der Wirtschaft bewegt sich im gleichen Rhythmus wie im Großdeutschen Reich. Das Leben siegt über die Konstruktion. Eine innere Strukturwandlung hatte sich vollzogen, die auch für die äußere Situation einschließlich des Verhältnisses zu Polen auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben konnte.

Im Jahre 1933, nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler, hatte die deutsche Regierung hinsichtlich der **Politik gegenüber Polen** zwei Möglichkeiten: **Entweder** die Revisionspolitik wurde festgesetzt, gegründet auf die klaren und von aller Welt anerkannten rechtlichen und moralischen Ansprüche Deutschlands in der Danziger und der Korridorfrage. Das hätte eine Fortsetzung der juristischen Prozesse in Genf und vor anderen internationalen Instanzen bedingt. Da auf Grund der geschilderten Erfahrungen davon höchstens eine Vertagung der Entscheidung und keine Änderung der an sich unhaltbaren Situation zu erhoffen war, wäre die Gefahr einer weiteren Zuspitzung der Verhältnisse an der Ostgrenze, die eine Weltkriegsgefahr in sich barg, unvermeidlich gewesen. **Oder** aber die nationalsozialistische Regierung versuchte unter Zurückstellung prestigemäßiger Gesichtspunkte auf der Grundlage der nun einmal vorhandenen Tatsachen ein erträgliches Verhältnis zu Polen zu finden. Im Interesse des Friedens in Osteuropa hat Deutschland im Jahre 1933 die **zweite** Möglichkeit gewählt, ein Entschluß, der angesichts der offenbaren

Unpopularität einer solchen Außenpolitik für eine gerade ans Ruder gelangte nationale Regierung gewiß keine Kleinigkeit war und eben nur von einer Führung gefaßt werden konnte, die ein solches Vertrauen im Volke und eine so disziplinierte Gefolgschaft besaß, wie die nationalsozialistische. Es muß heute wieder mit aller Entschiedenheit betont werden, daß Deutschland an sich gar keine Veranlassung hatte, im Jahre 1933 auf eine Fortsetzung der antipolnischen Außenpolitik zu verzichten, denn erstens besaßen wir einen klaren, von allen einsichtigen Politikern der ganzen Welt mehrfach ausdrücklich anerkannten Revisionsanspruch und befanden uns, was speziell die Danziger Frage anbetrifft, rein juristisch in einer durchaus nicht ungünstigen Position, und zweitens hatten wir in der Zeit von 1920 bis 1933 mit allen Versöhnungsversuchen gegenüber Polen immer wieder die gleichen üblen Erfahrungen gemacht, indem entgegenkommende Haltung besonders wieder in der Danziger Frage stets als Zeichen der Schwäche gewertet und zur Ausweitung des polnischen Einflusses mit dem Ziel stärkerer Polonisierung ausgenutzt wurde.

Es ist wichtig, sich gerade in der gegenwärtigen Situation diese psychologischen Voraussetzungen ins Gedächtnis zurückzurufen. Denn erst auf diesem Hintergrund tritt die Größe des Entgegenkommens gegenüber Polen und das Verdienst der Nationalsozialisten an der Aufrechterhaltung des Friedens in der notwendigen Klarheit hervor. Erst wenn man diese Voraussetzungen des Zeitabschnittes von 1920 bis 1933 in Rechnung stellt, wird es möglich, aus den Ergebnissen der von 1933 bis 1939 befolgten Politik der Versöhnlichkeit gegenüber Polen die richtige Bilanz zu ziehen und die Konsequenzen, die Adolf Hitler nunmehr aus dieser Bilanz gezogen hat, gerecht zu beurteilen.

Wie also sieht die **Bilanz einer sechsjährigen deutsch-polnischen Verständigungspolitik** auf dem Gebiet der Danziger Frage aus?

Von polnischer Seite wird heute als Erwiderung auf die deutschen Vorschläge bezüglich Danzigs und des Korridors geltend gemacht, daß niemals einseitige Zugeständnisse gefordert werden dürften, daß vielmehr ausschließlich die Gegenseitigkeit und der Geist des Vertrauens Grundlagen eines ehrlichen Verhältnisses bilden könnten. Nun, die deutsch-polnische Situation würde heute anders aussehen, wenn Polen während der vergangenen sechs Jahre in der Danziger Frage nach diesem Grundsatz gehandelt hätte. Einige Beispiele mögen diese Behauptung begründen.

Danzig hatte bekanntlich mit dem Jahre 1933 auf die Weiterverfolgung einer ganzen Reihe wohlbegründeter juristischer Forderungen verzichtet und alle formalen Bedenken zurückgestellt, ohne allerdings einen prinzipiellen Verzicht auf diese Ansprüche auszusprechen. Man hoffte, durch das Wegschieben dieser Paragraphendrähte schneller auf einen Weg gemeinsamer Interessen zu gelangen. Dieser loyalen Haltung entsprach das Verhalten auf polnischer Seite keineswegs. Im Gegenteil, die von Danziger Seite an den Tag gelegte Großzügigkeit in formal-juristischer Beziehung wurde mit einem unverändert starren Festhalten Polens an den **juristischen Dogmen** in der Danziger Frage beantwortet, wobei sich immer wieder die Tendenz zeigte, die völkerrechtliche Position des Danziger Staates im Sinne der polnischen These zu präjudizieren, daß Danzig nicht den Charakter souveräner Staatlichkeit besitze. Wer den diplomatisch-politischen Verkehr einigermaßen kennt, weiß sehr wohl, daß solche an sich belanglos scheinenden juristischen Präjudizierungen sehr oft zu weittragenden praktischen Folgerungen führen können. Die von Polen aus seiner juristischen These gefolgerte, mit den Vertragsbestimmungen unvereinbare Fiktion zum Beispiel, daß seine diplomatische Vertretung in Danzig den Charakter eines "Generalkommissariats" mit behördenmäßigen Funktionen auf Danziger Hoheitsgebiet besäße, hat erst jüngst bei dem Mordfall von Kalthof zu den bedenklichsten Folgen geführt. Was hier an einem aufsehenerregenden Fall einmal nach außen hin sichtbar geworden ist, hatte sich gerade in den sechs Jahren der Verständigungsära auf allen Gebieten dauernd wiederholt und zu unaufhörlichen Schwierigkeiten geführt, die für Politik und Wirtschaft die schwersten Belastungen mit sich brachten. Polen wußte auf diese Weise sechs Jahre lang systematisch alles zu sabotieren, was zu

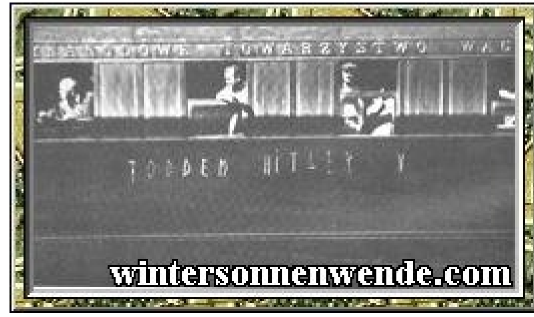
einer organischen Weiterentwicklung der verklausulierten und komplizierten Rechtsverhältnisse und zur Schaffung eines vernünftigen **endgültigen** Zustandes an der Weichselmündung hätte führen können. Der jetzt reichlich verspätet von Polen vorgebrachte Vorschlag eines deutsch-polnischen Kondominiums in Danzig kann über diese tausendfach zu belegende Tatsache keineswegs mehr hinwegtäuschen.

Auf der anderen Seite aber konstruierte Polen in diesen Jahren, wo die Überwindung des Parteiensystems ein Ausspielen der verschiedenen parlamentarischen Faktoren gegeneinander nicht mehr ermöglichte, von vornherein nach ebenso altbewährter Methode die Fiktion von einer angeblichen Unterschiedlichkeit zwischen der Danziger Regierung und ihren ausführenden Organen. Auf diese Weise sicherte man sich einen Vorwand, der stets dazu dienen konnte, die Nichterfüllung etwaiger von der polnischen Seite neu übernommener Verpflichtungen zu begründen.

Auch auf sämtlichen anderen Gebieten wurde polnischerseits alles versäumt, was zu einer Ausräumung des Mißtrauens hätte führen können, in erster Linie natürlich **auf dem Gebiet der Presse**. Auch hier spielte übrigens das oben erwähnte Problem der "juristischen Fiktionen" Polens in der Danziger Frage eine entscheidende Rolle. Der polnischen Öffentlichkeit wurde in **Presse und Publizistik** ständig die Darstellung geboten, als sei Danzig kein selbständiges deutsches Staatswesen sondern ein integrierender Bestandteil des polnischen Staatsgebietes mit "autonomen" Privilegien, als sei der diplomatische Vertreter Polens in Danzig kein im Gesandten-Charakter befindlicher Diplomat sondern ein mit behördenmäßigen Vollmachten ausgestatteter "Generalkommissar" der polnischen Regierung für das "autonome" Danziger Gebiet; man täuschte dem polnischen Publikum ferner vor, daß in Danzig neben der deutschen Mehrheit eine "polnische Bevölkerung" existiere und nicht eine polnische Minderheit von 3,4 v.H. Es ist verständlich, daß sich die wirklichen Verhältnisse in Danzig, wenn sie aus gewissen Handlungen der Regierung oder Bekundungen der Bevölkerung ungeschminkt hervortraten, auf diesem vorgegaukelten Hintergrund besonders kraß ausnehmen mußten. Auf die so beeinflußte, ohnehin zu Phantastereien und irrealen Wunschträumen neigende polnische Patriotenseele mußte diese deutsche Wirklichkeit in Danzig geradezu herausfordernd wirken und zu der Schlußfolgerung führen, daß der tatsächliche Zustand eben nur aus dem "Nazi"-Terror gegen die arme, "eigentlich ja polnische Danziger Bevölkerung" zu erklären sei. Der verfolgte Zweck, den Haß gegen das deutsche Danzig zu nähren, wurde jedenfalls auf diese Weise hundertprozentig erreicht.



Aus dem Geist von Versailles bezieht Polen in den Jahrzehnten seiner Existenz Stellung gegen das Deutsche Reich und das deutsche Volk.



Haßerfüllte Inschriften auf polnischen Eisenbahnzügen, die polnische Demonstranten zum Fest des Meeres nach Gdingen bringen.
(Aufnahmen im Danziger Hauptbahnhof.)

Das war die allgemeine Grundlage der Hetztätigkeit gegen alles Deutsche, die **die polnische Presse** nach einer kurzen Ära der offiziellen Einflußnahme in den ersten Wochen der Danzig-polnischen Annäherung ohne Unterschied der parteipolitischen Schattierungen in altgewohnter Weise fortsetzte. Alle Versuche, zwischen Deutschland oder Danzig einerseits und Polen andererseits allmählich eine Atmosphäre des Vertrauens



zu schaffen, wurden systematisch torpediert. Die geringfügigsten Vorfälle in Danzig wurden aufgebauscht und in der unverfrorensten Weise entstellt. Das geschah übrigens mit wohlwollender Duldung von amtlicher Seite, um die stimmungsmäßige Grundlage für neue Forderungen an Danzig ohne polnische Gegenleistungen zu schaffen. Die Ablehnung solcher Forderungen sollte Danzig dann im Schein des bösen Willens zeigen, ihre Annahme jedoch eine Möglichkeit bieten zu ungestörter Weiterausdehnung des polnischen Einflusses auf Danziger Gebiet. Das bei den Danziger Stellen vorliegende Material über **die verständigungsfeindliche Haltung der *gesamten* polnischen Presse in den Jahren 1933 bis 1939** würde ausreichen, um dickleibige Denkschriften zu füllen. Nur ein Beispiel sei hier angeführt. 1934, gerade in der Zeit der wichtigsten Danzig-polnischen Ausgleichsverhandlungen, schrieb der berühmte *Ilustrowany Kurjer Codzienny* zur Danziger Frage folgende goldene Worte: "Es ist nicht ohne Gefahr, in einer Munitionsfabrik Pfeife zu rauchen, sei es auch eine - Friedenspfeife!"

Die bemerkenswerteste Erscheinung auf publizistischem Gebiet war ein Buch des bereits mehrfach erwähnten ehemaligen diplomatischen Vertreters Polens in Danzig, **Henryk Strasburger**, das unter dem Titel *Die Danziger Frage* im Jahre 1937 erschienen war.[4] Die polnische Regierung hat seinerzeit das Erscheinen dieses Buches als außerordentlich peinlich empfunden. Allerdings nicht etwa deswegen, weil sie dessen Inhalt nicht billigte sondern weil darin das Pariser Programm von 1920 in allzu freimütiger Weise wiederholt und die Methoden "einer organischen Arbeit in Danzig" allzu offen dargelegt wurden. "Wer die polnisch-deutsche Verständigung aufrechtzuerhalten wünscht", so hieß es dort, "hat das Recht zu verlangen, daß in Danzig die Situation aufrechterhalten wird, die im Jahre 1933 bestand." Diese Forderung bezog Strasburger insbesondere auf die innenpolitische Entwicklung Danzigs, das heißt auf die Einigung der Bevölkerung der NSDAP. "Innenpolitische Kämpfe der Danziger sind geschickt zu benutzen, um ihre Aufmerksamkeit von Polen abzulenken und auf innere Streitfragen hinzulenken", so hieß es in der bereits erwähnten geheimen polnischen Denkschrift, die während der Amtszeit Strasburgers in Danzig im Jahre 1928 entstanden war. Und im Jahre 1937 schreibt Strasburger: "Nicht nur aus historischer Perspektive, sondern auch vom **taktischen Gegenwartsstandpunkt ist das Einpartei-System eine Gefahr**." Das Bestehen mehrerer Parteien schuf "ein für das polnisch-Danziger Zusammenleben **günstiges Gleichgewicht**". Da dieses Gleichgewicht durch die innenpolitische Entwicklung in Danzig aufgehoben sei, fordert Strasburger eine "politische Verfassung" mit neuen Garantien für die polnischen Berechtigungen in Danzig. Mit anderen Worten: Da durch die Beseitigung des Parteienhaders eine bequeme Möglichkeit für die Expansion des Polentums in Danzig geschwunden war, wollte Strasburger durch die Erweiterung der polnischen Rechte in einer neuen Verfassung einen Ersatz dafür geschaffen sehen. Da man in Danzig die polnischen Maximalforderungen von Paris niemals vergessen hatte, nahm man diese Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis. Man war in eindringlicher Weise darüber belehrt worden, warum die polnische Regierung und ihre Vertretung in Danzig sich mit auffallender Konsequenz darüber beschwerten, daß das nationalsozialistische Prinzip der Totalität die polnischen Rechte beeinträchtige, die daher durch neue Rechtsfixierungen garantiert werden müßten. Strasburger hatte es von neuem deutlich gemacht, daß Polen nach wie vor an der Voraussetzung festhielt, Danzig könne seinen wirtschaftlichen Interessen nur dann dienen, wenn die dortigen inneren Verhältnisse eine ungehinderte Ausbreitung des polnischen Elements und dementsprechend eine fortschreitende Verdrängung der deutschen Bevölkerung aus allen wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Positionen gestatten. Strasburger bezeichnet dieses ganz offen als **"Vorbedingung für eine volle Ausnutzung des Danziger Hafens"**.

Die polnische Regierung bemühte sich vergeblich, diese Publikation als Auslassungen eines von persönlichen Motiven geleiteten Gegners des polnischen Außenministers Beck hinzustellen, die keinerlei Authentizität besäßen. Noch im gleichen Jahr nämlich erschien mit offener Billigung und Förderung amtlicher Stellen eine kleine populäre Broschüre *Das Danziger ABC*.[5] Dort wurden die Thesen Strasburgers in populärer Form und in weniger vorsichtigen Formulierungen wiederholt. "Die **krüppelhafte** Zugehörigkeit Danzigs zu Polen", so heißt es dort, "müsse durch einmütiges

Vorgehen besiegt", das heißt also in eine vollständige Zugehörigkeit verwandelt werden. Danzig besitze im polnischen Raum eine bevorzugte geographische Lage. Geographische Verhältnisse aber seien stärker als ethnographische, denn jene seien unabänderlich, diese jedoch nicht. "Die einfache Einverleibung des Danziger Hafens wäre für die polnischen Interessen das bedeutend bequemere." Von dieser Feststellung ist kein großer Schritt bis zu den ebenfalls im Jahre 1937 in Posen auf einem Akademikerkongreß aufgestellten Thesen, daß die Grundlagen der Beziehungen Polens zu Danzig "nicht die Verträge sondern lediglich und ausschließlich unser Wille sei", daß "mit der Liquidierung der deutschen Okkupation in Danzig der Anfang gemacht" werden müsse und "die polnische **Gewalt** die Lebensrechte Polens in Danzig verteidigen wird". "Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Streben einer weitsichtigen polnischen Politik dahingehen muß, daß Danzig, einst unsere Stadt, wieder eine polnische Stadt werde."

Während also auf polnischer Seite stets versucht wurde, die Verständigungspolitik in Danzig an Voraussetzungen zu knüpfen, die nicht nur eine Aufrechterhaltung sondern sogar eine Erweiterung der polnischen Expansionsmöglichkeiten bedeutet hätten, ist deutscherseits von vornherein kein Zweifel darüber gelassen worden, daß der Sinn des deutschen Entgegenkommens nicht in einer Verewigung des unmöglichen Zustandes an der Weichselmündung zum einseitigen Vorteil Polens bestehen könne sondern in einem friedlichen Ausbalancieren der Interessen in dieser Überschneidungszone. Schon im Oktober 1933 hatte der **Führer** in einem Interview für den englischen Journalisten Ward Price betont, daß die Zugeständnisse in der Danziger Frage in der Hoffnung geschehen, "daß die beiden Nationen die sie betreffenden Fragen dereinst leidenschaftslos besprechen **und verhandeln** werden". Die damals von Adolf Hitler ausgedrückte Hoffnung wurde nicht erfüllt. Im Laufe der nach 1933 immer wieder in Angriff genommenen Verhandlungen über wirtschaftliche und andere Fragen hätte Polen mehrfach Gelegenheit gehabt, seinen ehrlichen Willen zu bekunden, den *status quo* in Danzig im Sinne der erwähnten Hoffnung zu einer dauerhaften Grundlage für die beiderseitigen Interessen auszubauen. Statt dessen offenbarte Polen in diesen Verhandlungen immer wieder Tendenzen, die nicht anders gedeutet werden konnten wie als getarnte Fortsetzung der altbekannten Polonisierungsbestreben. Auch hierfür seien wiederum nur die wichtigsten Beispiele angeführt.

Schon im Februar 1934, also gewissermaßen im schönsten Honigmonat deutsch-polnischer Verständigung, scheute sich Polen nicht, die Forderung von 1932 zu erneuern, daß ihm die **Zollverwaltung** auf dem Gebiet der Freien Stadt vollkommen übertragen würde. Selbstverständlich wurde das abgelehnt, weil die bis dahin gemachten Erfahrungen im Zollwesen deutlich genug gezeigt hatten, wohin ein solches Zugeständnis die Danziger Wirtschaft führen würde.

Die wahren Absichten, die Polen in der neuen Ära seiner Beziehungen zu Deutschland und zu Danzig verfolgte, waren also bald genug deutlich offenbar geworden. Sie bestanden darin, unter dem Deckmantel der "Verständigung", begünstigt durch die Nichtbefassung internationaler Instanzen mit der Danziger Frage und durch die Zurückhaltung des Reiches, das alte Ziel der allmählichen Durchsetzung Danzigs in um so verstärkterem Maße zu verfolgen. Das trat am krassesten während des sogenannten **Währungs- und Zollkonflikts im Jahre 1935** zutage. Diesem seien, da er für die polnische Grundeinstellung zur Verständigungspolitik geradezu typisch war, hier einige ausführliche Betrachtungen gewidmet.

Die Danziger Regierung hatte sich im Mai 1935 infolge ständiger Angriffe auf die Danziger Währung, die deutlich von Warschau aus gestartet und gelenkt worden waren, gezwungen gesehen, den Gulden abzuwerten. Diese Abwertung war das einzige Mittel, um einer gänzlichen Zerrüttung der Währung durch rechtzeitige Ausbalancierung aus eigener Initiative zuvorzukommen. Die Vermutung, daß die Angriffe auf den Danziger Gulden von Warschau ausgegangen sind, wird durch das weitere Verhalten Polens in dieser Angelegenheit bestätigt: In den über dieses Problem geführten Verhandlungen rückte Polen unter dem scheinheiligen Vorwand großzügiger

Hilfsbereitschaft mit der mehr oder weniger unverhüllten **Forderung nach Einführung der polnischen Währung** in Danzig heraus. Diese Forderung war eine logische Ergänzung der im Februar 1934 geforderten Übertragung der Danziger Zollverwaltung. Durch die Einführung des Zloty in Danzig wäre die Kreditgewährung an die Bank Polski übergegangen und damit der Polonisierung der Danziger Wirtschaft endgültig Tür und Tor geöffnet worden. Als sich die Danziger Regierung weigerte, das lebenswichtige Hoheitsrecht auf dem Gebiet der Währung aufzugeben, fuhr Polen schärferes Geschütz auf. Die polnischen Kohlenfirmen wurden gezwungen, ihre Kohlen nicht mehr über Danzig sondern ausschließlich über Gdingen auszuführen, was ein sehr bezeichnendes Licht warf auf die Behauptung von der angeblichen Unentbehrlichkeit des Danziger Hafens für Polen, insbesondere für dessen Export. Doch nicht genug damit! Am 21. Juli 1935 erließ die polnische Regierung eine Verordnung, wonach die Danziger Zollstellen nicht mehr für eine Verzollung derjenigen Waren zuständig sein sollten, die zum Verbrauch in Polen bestimmt waren; diese Waren seien vielmehr ausschließlich in Polen selbst zu verzollen. **Das bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als daß Polen bereits im Jahre 1935 praktisch auf die Benutzung Danzigs als Einfuhrhafen für das polnische Wirtschaftsgebiet verzichten wollte!**

Damit hatte Polen inmitten der Ära der tiefsten deutsch-polnischen Verständigung von sich aus den *status quo* an der Weichselmündung, für dessen Aufrechterhaltung es jetzt die ganze Welt gegen Deutschland zum Kriege hetzen möchte, verletzt. Es tat dies mit Mitteln, die nach den bestehenden Verträgen, die Polen heute als lebensnotwendige Grundlage seiner Existenz hinzustellen sucht, ausdrücklich als *"actions directes"* verboten sind. **Durch Methoden, die man heute als "Methoden der Aggression" bezeichnen würde, hat Polen somit im Sommer 1935 den Versailler Vertrag einseitig gebrochen,** der Danzig zum einzigen Zugang Polens zum Meer bestimmt und deswegen vom Deutschen Reich getrennt hatte.[6] **Es wiederholte damit einen Akt, den es bereits im Jahre 1924 durch den Bau Gdingens vollzogen hatte**, und entzog dem jetzigen Zustand an der Weichselmündung die einzigen rechtmäßigen Voraussetzungen. Die Handlungsweise Polens im Jahre 1935 hat die zahlreichen Beweise gegen die Behauptung Polens von der Unentbehrlichkeit Danzigs für seine Wirtschaft um ein neues schlagkräftiges Beispiel bereichert.

Es war keinesfalls Polens Verdienst, wenn deutscherseits damals die Konsequenzen aus dem polnischen Verhalten nicht gezogen wurden. Die bereits vollzogene Aufhebung der deutsch-Danziger Zollgrenzen, die zur Sicherstellung der Danziger Ernährung und seiner wirtschaftlichen Existenz vorgenommen worden war, hätte sehr wohl ein erster Schritt zur allmählichen Überleitung Danzigs in das Reich werden können. Und kein Mensch hätte es Deutschland verübeln können, wenn es damals die alten Forderungen nach einer **Gesamtrevision** der deutsch-polnischen Grenzziehung wieder aufgenommen hätte. Im Interesse des allgemeinen Friedens und in der Hoffnung, daß Polen schließlich doch noch die Linie eines vernünftigen Ausgleichs finden würde, wurden diese Konsequenzen deutscherseits damals nicht gezogen.

Bereits mehrfach wurde die Tatsache der Erbauung **Gdingens** und die sich daraus ergebenden politischen, rechtlichen und praktischen Folgen für den Danziger Hafen bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme erwähnt. Wie gestaltete sich nun dieses **Hafenproblem** in der Zeit der Verständigung zwischen Polen und Deutschland-Danzig?

Gleich nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten in Danzig im Juni 1933 wurde im Geiste der Politik der direkten Aussprache mit Polen eine Verständigung über die Frage der Konkurrenz Gdingens gegen Danzig gesucht, obwohl Danzig einen international bestätigten **Rechtsanspruch auf volle Ausnutzung seines Hafens besaß**, also an sich keinerlei moralische Veranlassung hatte, über diesen Anspruch überhaupt noch zu verhandeln. Es stellte also ein sehr großzügiges Entgegenkommen dar, wenn Danzig - allerdings bei voller Aufrechterhaltung seines grundsätzlichen Rechtsanspruches - praktisch auf der Basis der **Gleichberechtigung** Gdingens mit

Danzig verhandelte, obwohl es die "volle Ausnutzung" seines Hafens durch Polen beanspruchen konnte! So kam es am 5. August 1933 zu einem **Danzig-polnischen Übereinkommen**, in dem sich Polen verpflichtete, den Danziger Hafen "unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Ware" an dem seewärtigen Warenverkehr Polens in gleicher Weise zu beteiligen wie Gdingen. In einem Protokoll vom 19. September 1933 wurde diese Verpflichtung präzisiert.

Die Hoffnungen, die seitens der vielgeprüften Danziger Wirtschaft an diesen Verständigungsversuch geknüpft wurden, waren nicht gering. Um so größer war die Enttäuschung. Bereits nach kurzer Zeit mußte festgestellt werden, daß der Umschlag des Danziger Hafens trotz dem Übereinkommen eine weiter anhaltende Benachteiligung in wertmäßiger und struktureller Beziehung gegenüber Gdingen erfuhr. Eine erneute **Vereinbarung vom 5. Januar 1937**, in der von Danziger Seite wesentliche Zugeständnisse bezüglich der Behandlung polnischer Firmen in Danzig gemacht wurden, hat diese Entwicklung ebenfalls nicht zu ändern vermocht. Während die erwähnten Verpflichtungen von Danziger Seite in loyalster Weise erfüllt wurden, wurden und werden polnischerseits keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um der Benachteiligung Danzigs zugunsten Gdingens ein Ende zu setzen. Der Anteil Danzigs am Wert des seewärtigen Warenverkehrs Polens unterliegt weiter einer fortgesetzten Schrumpfung zugunsten Gdingens, die Veränderung der Struktur des Danziger Umschlages durch die Abwanderung des hochwertigen Stückgüterverkehrs setzt sich in beängstigender Weise fort. Ebenso wurden in den vergangenen sechs Jahren von den zentralen Warschauer Stellen keine Ansätze gemacht, um die Maßnahmen abzustoppen, die eine völlige Ausschaltung des Danziger Kaufmanns und Unternehmers aus dem Außenhandel Polens bezwecken.

Das Hafenproblem ist die Lebensfrage Danzigs, in das alle anderen Probleme auf irgendeine Weise immer wieder einmünden. Ja, darüber hinaus kann man dieses **Problem Danzig-Gdingen** als die deutsch-polnische Kardinalfrage bezeichnen, als den **eigentlichen Kreuzungspunkt der deutsch-polnischen Interessenüberschneidung**. Polen ist derjenige Partner im deutsch-polnischen Verhältnis gewesen, der das erste Interesse daran haben mußte, den bestehenden Zuständen den Charakter eines Normalzustandes zu verleihen. Auch während der Ära der Verständigung hat Polen jedoch in der entscheidendsten Danziger Frage, der Hafenfrage, nach wie vor jede Einsicht und jeden guten Willen vermissen lassen.

Auch in allen anderen Fragen, die vor dem Jahre 1933 Gegenstand von Danzig-polnischen Konflikten gewesen waren, war in den sechs Jahren deutsch-polnischer Verständigungspolitik ganz deutlich die Tendenz Polens zu beobachten, an seinen Maximalzielen festzuhalten. Das gilt, wie bereits erwähnt, ebenso in der Frage der **"Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs"**, wie in der **Eisenbahnfrage**, im **Postwesen** wie überhaupt ganz besonders für das Gebiet der **militärischen Aspirationen**. Mit auffälliger Konsequenz wurden von Polen immer wieder aus lächerlichen Anlässen Beschwerden vorgebracht über angeblich mangelhafte polizeiliche Sicherungen in Danzig. Das Schwergewicht dieser militärpolitischen Bemühungen aber wurde in den letzten Jahren ganz offensichtlich auf die **Institution der polnischen Zollinspektoren in Danzig** verlegt. Zwar ist diese Frage erst im Mai dieses Jahres akut geworden, als im Zusammenhang mit der Ermordung des Danziger Nationalsozialisten Max Grübnau in Kalthof das Interesse der Öffentlichkeit auf die polnischen Zollinspektoren aufmerksam gemacht wurde; sie ist jedoch schon seit mehreren Jahren Gegenstand sorgfältiger Beobachtung und energischer Proteste der Danziger Regierung. Die polnischen Zollinspektoren bei den Danziger Zollämtern und Zollgrenzstationen sind eine durch das sogenannte "Warschauer Abkommen" zwischen Danzig und Polen vom 24. Oktober 1921 zugestandene Einrichtung. Ihre Zuständigkeit ist dort ganz eindeutig auf eine rein beobachtende und gegebenenfalls konsultative Tätigkeit beschränkt; sie besitzen weder administrative Funktionen noch irgendeine Anweisungsbefugnis gegenüber den Danziger Zollbeamten. Die Zahl dieser polnischen Zollinspektoren ist nun innerhalb der Jahre von 1929 bis 1939 von 27 auf 100 gestiegen. Vierzig Danziger Oberbeamten im Zolldienst stehen jetzt hundert

polnische Zollinspektoren gleichen Ranges gegenüber. Diese Vermehrung führt zu so grotesken Zuständen, daß bei den Zollämtern an der deutsch-Danziger Grenze, zum Beispiel in Kalthof, auf einen Danziger Oberbeamten zwölf polnische Zollinspektoren, in Einlage an der Nogat auf einen Danziger zehn polnische und in Pieckel auf zwei mittlere Danziger Beamte fünf polnische Zollinspektoren kommen. Die Tendenz, die Polen damit verfolgt, ist klar: Die Polen vertraglich zustehende generelle Kontrolle der Danziger Zollverwaltung wird in eine spezielle Kontrolle einzelner Diensthandlungen umgewandelt und so zu einer administrativen Funktion ausgebaut. Auf diesem Wege versucht Polen, dem als autonome Danziger Staatsbehörde verwalteten Zolldienst auf dem Gebiet der Freien Stadt allmählich den Charakter einer paritätischen Danzig-polnischen Institution zu verleihen. Auch hier wieder das gleiche, immer wiederkehrende Prinzip: Systematische Aushöhlung der Rechtsgrundlage zwecks Ausdehnung des polnischen Einflusses.

Nun ist es durch wiederholte Vorkommnisse besonders in der letzten Zeit zweifelsfrei erwiesen, daß diese "Zollinspektoren", die besonders gern an die Grenzstationen zwischen Danzig und dem Deutschen Reich geschickt werden, ganz andere als zolltechnische Aufgaben für den polnischen Staat auf Danziger Boden zu versehen haben, nämlich militärische. Sie tragen nicht etwa, wie die entsprechenden Beamten in Polen selbst, die Uniform der Zoll- und Finanzbeamten sondern die Uniform des polnischen "Grenzschutzkorps", das der Aufsicht des Kriegsministeriums untersteht und rein militärische Aufgaben erfüllt. Es hat sich denn auch immer wieder gezeigt, daß diese Beamten von Zollfragen so gut wie gar keine Ahnung haben, dagegen ein auffälliges Interesse für Dinge beweisen, die von militärischer Bedeutung sein könnten. Seit langer Zeit und besonders im Jahre 1939 wurden wiederholt Fälle beobachtet, für die das Wort "Spionage" die einzig richtige Bezeichnung ist.

Ein ganz besonderes Kapitel war die Entwicklung der Tätigkeit innerhalb der **polnischen Volksgruppe in Danzig**. Bekanntlich ist diese mit 3,4 v.H. der Bevölkerung eine Minderheit von absoluter zahlenmäßiger Bedeutungslosigkeit. Nachdem Polen mit seiner während des Krieges verbreiteten Propagandalüge, daß Danzig eine polnische **Mehrheit** habe, keinen Erfolg gehabt hatte, wollte es wenigstens nachträglich diesen Zustand erreichen. Dazu bediente es sich der verschiedensten Mittel, wovon einige, wie die der wirtschaftlichen Verdrängung der Danziger deutschen Bevölkerung durch polnische Elemente, die Schaffung von aufgeblähten Beamtenkörpern bei Eisenbahn und Post und anderes mehr, bereits erwähnt wurden. Alle diese Maßnahmen fanden jedoch darin ihre Grenze, daß das landfremde, zugewanderte Element in Danzig nicht eingebürgert werden konnte und seine polnische Staatsangehörigkeit behalten mußte. In den polnischen Vorschlägen zum Pariser Vertrag von 1920 war daher bereits die Forderung enthalten, daß die in der Freien Stadt ansässigen polnischen Staatsbürger dort auch die politischen Rechte der Danziger Staatsbürger genießen sollten und umgekehrt, was praktisch eine Aufhebung oder wenigstens eine Entwertung der besonderen Danziger Staatsangehörigkeit bedeutet hätte. Auch in dieser Frage wieder hat Polen nicht geruht, über die Vertragsgrundlagen, in denen die polnische Forderung nicht erfüllt worden war, hinauszugelangen. Im Jahre 1930 richtete der damalige diplomatische Vertreter Polens in Danzig, der oft zitierte Minister **Strasburger**, einen Klageantrag zum Minderheitenschutz in Danzig an den Völkerbund. Dort verlangte Polen dieselben Vorteile und Vorrechte, deren sich die Bevölkerung erfreue, "die heute die nationale Mehrheit in Danzig bilde". Dieses Wörtlein "heute" war außerordentlich vielsagend! Es sollte doch offenbar nichts anderes bedeuten, als daß die **heutige** nationale Mehrheit Danzigs, die eine **deutsche**



Am 20. April 1939, dem 50. Geburtstag des Führers, überreichte Gauleiter Albert Forster Adolf Hitler den Ehrenbürgerbrief der deutschen Stadt Danzig.

ist, künftig durch eine andere, nämlich eine **polnische**, ersetzt werden würde. Als interessante Tatsache sei nebenbei erwähnt, daß der polnische Außenminister Beck am 5. Mai 1939 dieselbe Formulierung gebrauchte, indem er sagte: "Die Bevölkerung Danzigs ist **heute** in ihrer überwiegenden Mehrheit deutsch."

Die geringfügige polnische Minderheit war eine allzu schmale Basis für die Forderung nach einer erweiterten Rechtsgrundlage. So mußte denn die Propaganda die Wirklichkeit ersetzen. Von den rund 12.000 Polen mit Danziger Staatsangehörigkeit sind nur 7.562 in der Danziger Organisation der polnischen Volksgruppe "Gmina Polska-Polenverband" organisiert. Die übrigen 3.937 Mitglieder dieses Verbandes sind keine Danziger Staatsangehörige. Wenn man diese Zahl von 7.562 mit der Gesamteinwohnerzahl Danzigs von 407.517 vergleicht, so erkennt man, daß an sich **von einem polnischen Minderheitenproblem in Danzig nicht einmal gesprochen werden kann.** Trotzdem ist unter der Ägide der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig ein System von Vereinen und Verbänden aufgezogen worden, deren Zahl in keinem Verhältnis zu den genannten Kopfzahlen der Minderheit steht und nur dadurch zu erklären ist, daß jeder polnische Minderheitsangehörige mehreren Organisationen gleichzeitig angehört. Dieses System dient dazu, durch die Addierung von Mitgliederzahlen, durch konsequente Entsendung von Delegationen zu allen möglichen Veranstaltungen und Kongressen, vor allen Dingen aber durch unzählige Pressemeldungen über an sich bedeutungslose Veranstaltungen dieser Vereine, deren Mitglieder meist polnische Staatsangehörige sind, vor dem polnischen Volk und im Ausland den Eindruck einer starken polnischen "Bevölkerung" in Danzig zu erwecken. Die Propaganda nach innen und nach außen ist denn auch nach eigenem Eingeständnis das Haupttätigkeitsgebiet der polnischen Dachorganisation in Danzig. Auf diesem fiktiven Hintergrund mußten natürlich die konsequent wiederholten Beschwerden und die alarmierenden Nachrichten über eine angebliche Benachteiligung und Unterdrückung der polnischen "Bevölkerung" in Danzig eine ganz andere Wirkung haben. Die polnischen Beschwerden in der Frage des Minderheitenschutzes stellen den größten Teil der von 1920 bis 1933 vor die Völkerbundsinstanzen gebrachten Streitfragen dar!

Im Jahre 1933 nun haben die Polen ganz besonders günstige Bedingungen für diese ihre "Volkstumsarbeit" gewonnen. Die nationalsozialistische Regierung hatte in dem stolzen Gefühl der nationalen Geschlossenheit des Deutschtums der Danziger Bevölkerung mit Polen am 18. September 1933 ein **Minderheitenabkommen** abgeschlossen, das gewissermaßen eine besondere Danziger Zusatzleistung zu dem von Polen bekanntlich nicht eingehaltenen Hafenabkommen von 1933 darstellte. In diesem Minderheitenabkommen räumte die Danziger Regierung ihren Staatsangehörigen polnischer Nationalität eine Rechtsstellung ein, wie sie keine nationale Minderheit in der ganzen Welt besitzt. Einige Formulierungen in diesem Vertrage werden polnischerseits in einer Weise interpretiert, die praktisch auf eine völlige Gleichstellung der Polen mit Danziger und der Polen mit polnischer Staatsangehörigkeit hinausläuft und eine Eximierung dieser Personen von allen denjeniger Danziger Grenzen und Verordnungen bedeuten würde, die von ihnen als unbequem empfunden und deshalb als mit den polnischen Anschauungen angeblich nicht vereinbar bezeichnet werden. Auf Grund dieses Abkommens konnte ferner ein großzügiger Ausbau des **polnischen Schulwesens** auf Danziger Gebiet erfolgen, über dessen Entwicklung polnische Veröffentlichungen mit großem Stolz berichten.

Es konnte keineswegs überraschen, daß Polen sich nicht darauf beschränkte, in diesem großzügigen Rahmen seinen völkischen Besitzstand in Danzig zu wahren, sondern in diesen Vorteilen eine neue Basis zu Polonisierungsvorstößen erblickte. Es liegen zahlreiche Beweise dafür vor, daß Polen immer wieder versuchte, mit materiellen Versprechungen und Androhungen wirtschaftlicher Repressalien gegen Personen, die von polnischen Instituten und Firmen abhängig sind, in deutsche Familien einzudringen und deren Kinder für die polnische Schule einzufangen. Protestiert Danzig dagegen, so gibt man die zynische Antwort, es handele sich nicht um unerlaubte Entnationalisierungsversuche sondern nur um eine Rückführung, "Repolonisierung", gewaltsam

germanisierter Elemente. Wird von Danzig wirksamer Widerstand gegen diese Methoden geleistet, so ertönt in Presse und Rundfunk ein Geschrei von angeblicher "Unterdrückung des Polentums in Danzig", das gewöhnlich empfindliche Repressalien gegen das Deutschtum im Korridor zur Folge hat. Diese Minderheitenfragen, die meist außerordentlich geringfügigen Charakters waren, sind im Laufe der sechs sogenannten "Verständigungsjahre" von den Polen systematisch mit allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Problemen verquickt worden, die zwischen Danzig und Polen zur Debatte standen. Sie haben die Danziger Regierungsstellen notgedrungen unverhältnismäßig stark beschäftigt und oft genug verhindert, daß überhaupt praktische Ergebnisse auf den einzelnen Sachgebieten erzielt werden konnten.

Es lag nicht in der Art der nationalsozialistischen Führung, sich im Jahre 1933 mit der Hoffnung auf die Früchte der Verständigung mit Polen für die Danziger Wirtschaft zufrieden zu geben beziehungsweise sich auf rein konservierende Maßnahmen zur Erhaltung des nationalen Besitzstandes zu beschränken. Auf allen Gebieten des staatlichen und völkischen Lebens setzte daher eine lebhafte Initiative ein. Von der allgemeinen weltanschaulichen und politischen Angleichung an das Deutsche Reich wurde bereits gesprochen. Darüber hinaus jedoch war die nationalsozialistische Führung Danzigs von dem Ehrgeiz beseelt, auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet trotz allen Schwierigkeiten den deutschen Aufstieg wenigstens annähernd mitzumachen. Mit größter Energie ging die Danziger Regierung daran, die Not der Wirtschaft aus eigenen Kräften zu überwinden, die Verluste auf dem Gebiet des Handels wettzumachen durch eine Binnenmarktordnung, durch Arbeitsbeschaffung, durch Ankurbelung der mittleren und kleineren Industrien, durch Förderung des Handwerks und die nach Durchführung einer umfassenden Entschuldung herbeigeführte Lebensfähigkeit der Landwirtschaft durch die mannigfachsten Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Alles in allem ein Aufbauwerk, das nur durch die Geschlossenheit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft möglich war. Mit berechtigtem Erstaunen nimmt man angesichts der unleugbaren Erfolge dieser Bemühungen Kenntnis von den Schlußfolgerungen, die man in England daraus gezogen hat. Diese lauten: Danzig biete ja den Eindruck einer völlig deutschen Stadt, in der die Bevölkerung die uneingeschränkte Möglichkeit zur Befriedigung ihrer völkischen, ideellen und parteilichen Bedürfnisse besitze. Sogar die Arbeitslosigkeit sei beseitigt, die Menschen seien zwar nicht übermäßig wohlhabend, machten aber einen gutgekleideten und wohlernährten Eindruck. Wenn sich also Danzig schon heute in keiner Weise von irgendeiner anderen Stadt des nationalsozialistischen Deutschen Reiches unterscheide, wozu wolle man dann überhaupt die polnischen Interessen schädigen durch eine Loslösung des "einzigen Zugangs" Polens zu Ostsee aus dem polnischen Wirtschaftsgebiet usw. usw. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Wenn heute in Danzig niemand ohne Arbeit herumlungert, wie in anderen Kulturländern, wenn niemand hungert und friert, Anstand und Sauberkeit und geordnete Verhältnisse herrschen, wenn nicht zuletzt auch auf kulturellem Gebiet der gleiche Aufschwung zu verzeichnen ist wie im Deutschen Reich, so ist das **nicht infolge sondern trotz der Zugehörigkeit Danzigs zum polnischen Wirtschaftsgebiet** möglich gewesen, weil deutsche Tüchtigkeit eben die Nachteile selbst eines solchen Zustandes zu überwinden vermag. Es wäre einfach unfair und verlogen, wenn man diese Leistungen nun zum Nachteil der tüchtigen deutschen Danziger ausschlachten wollte, anstatt sie durch eine gerechte Lösung zu belohnen.



Der letzte Abschnitt hat begonnen!

Wenn man die beiden Abschnitte des Danziger Schicksalsweges seit Versailles, das heißt die Zeit von 1928 bis 1933 und die letzten Jahre von 1933 bis 1939 einmal in dieser Zusammenfassung überblickt, so wird klar, daß Polen von vornherein die Tendenz hatte, den *status quo* in Danzig nicht zu achten sondern die vertragliche Lösung durch eine endgültige Einkassierung der "Freien Stadt" zu ersetzen. Man muß ferner feststellen, daß die deutsche Politik des Entgegenkommens

polnischerseits nur mit einer Änderung der Taktik, nicht aber der Grundsätze beantwortet worden ist. Wenn später einmal die Archive geöffnet werden, wird sich erweisen, daß außer den in den normalen Verhandlungen liegenden Chancen auch sonst von deutscher Seite oft genug ausdrücklich die Möglichkeiten aufgezeigt worden sind, zu einem *gentleman['s] agreement* in der Danziger Frage zu kommen, was das Stadium der provisorischen Versuche beendigen und zu einer endgültigen Klärung der Situation überleiten sollte. Polen ist darauf nicht eingegangen sondern hat die praktischen Ausgleichsversuche, die von deutscher und Danziger Seite trotz allen üblen Erfahrungen seit 1933 immer wieder unternommen worden sind, stets zur einseitigen Ausweitung seiner Rechte und Vorteile mißbraucht. Da also auf dem organischen, evolutionären Wege keine vernünftige Endlösung zu erzielen war, erfolgte der Vorschlag zu einer klaren und radikalen Lösung der Danziger Frage, wie ihn der Führer in seiner **Rede vom 28. April 1939** erwähnte.



In engster Schicksalsverbundenheit feiert Danzig mit dem Reich die Festtage der Nation. Im Bewußtsein seiner eigenen Zukunft gedenkt es des deutschen Sieges in der Saarabstimmung am 13. Januar 1935 und der Heimkehr des Saarlandes zum Reich. Es erlebt mit allen Deutschen in stolzer Dankbarkeit die Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlandes, der alten Reichsländer Böhmen und Mähren und des Memellandes ins Großdeutsche Reich.

Der Führer ging dabei von der Feststellung aus, daß "die eigenartige Festlegung des Korridors Polens zum Meer" "die schwerste Wunde" gewesen ist, die Deutschland in Versailles zugefügt wurde und "das allerschmerzlichste Problem" Deutschlands genannt werden muß. Der Führer stellte ferner fest, **"Danzig ist eine deutsche Stadt, und sie will zu Deutschland!"** Angesichts dieser allgemeinen Voraussetzungen und der Kette von polnischen Vertrauensbrüchen, die den Weg der deutsch-polnischen Ausgleichspolitik seit 1933 säumten, mußte das "einmalige" Angebot des Führers, das unter anderem die Rückkehr Danzigs "als Freistaat" zum Reich vorsah, wobei Polen "sämtliche wirtschaftlichen Rechte" in Danzig behalten und noch dazu einen Freihafen "beliebiger Größe und bei vollständig freiem Zugang" in Danzig bekommen sollte, als ein Beweis äußerster Mäßigung angesehen werden. **Polen hat auch diesmal abgelehnt.** **Damit hat der letzte Abschnitt der Geschichte der "Freien Stadt" begonnen.**



Treuekundgebung der Danziger Bevölkerung zum Reich am 17. Juni 1939.

Auch die Polen scheinen dies begriffen zu haben und einzusehen, daß die Zeit der Kompromisse vorüber ist. Sie geben sich daher auch gar keine Mühe mehr, die wahren Absichten der polnischen Politik gegenüber Danzig zu verbergen. Ganz offen fordern Regierungsanhänger und Oppositionelle die Verbreiterung des polnischen Meereszuganges nach Westen und nach Osten durch den Erwerb Pommerns und Ostpreußens und darüber hinaus die Errichtung der polnischen Vorherrschaft in der Ostsee und im mitteleuropäischen Raum. So hat zum Beispiel der Stabschef des polnischen Regierungslagers Oberst **Wenda** erklärt, Polen, das niemals eine Verringerung seiner Rechte in Danzig zulassen werde, habe nicht nur etwas zu verteidigen sondern sogar noch einiges zu erobern. Damit wird erneut die Anschauung bestätigt, daß der Besitz des Korridors und die erstrebte Annexion Danzigs von Polen stets nur als eine Ausgangsstellung zur Erreichung imperialistischer Ziele gedacht worden ist. Die groteske Form allerdings, in der diese Bestätigung heute erfolgt, läßt auf einen bedenklichen Verfall des Selbstvertrauens und der Nervenverfassung in Polen schließen. **"Nerven sind Nerven, und ein Entschluß ist ein Entschluß"**, dieser einst mit Bezug auf die deutsch-polnische Verständigung

getane Ausspruch des polnischen Außenministers Beck dürfte die heutige Situation Polens und Deutschlands in der Danziger Frage am besten charakterisieren. **Der Würfel ist gefallen!**



Anmerkungen

1 Zum weiteren Beweise dessen, daß diese Forderung nicht etwa nur aus nationaldemokratischer, das heißt also oppositioneller Grundeinstellung zu erklären war, sei daran erinnert, daß im Jahre 1934 - nach Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages - der Journalist Taddeusz Katelbach im offiziösen Organ des Außenministeriums *Gazeta Polska* den Litauern Ratschläge zur Entdeutschung Memels erteilte. Ein anderer Weg, aber das gleiche Ziel! ...zurück...

2 Siehe **hier** [im Original S. 186]. ...zurück...

3 Vgl. Dr. Th. Rudolph, *Lehren aus 12 Jahren der Beziehungen Danzigs zu Polen und zum Völkerbund*, Danzig 1932. ...zurück...

4 Vgl. "Danzigs Antwort an Herrn Strasburger", *Ostlandberichte*, Jg. 1937, Nr. 1. ...zurück...

5 St. Zalewski, *Abecadlo Gdanskie*. Warschau 1937 im "Verlag der See- und Kolonial-Liga". Zalewski war der mutmaßliche Verfasser der polnischen Danzig-Denkschrift von 1928 und seinerzeit unter Strasburger Mitglied der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig. ...zurück...

6 Selbst Strasburger kommt zu diesem Urteil: "Diese Tat der polnischen Regierung... bedeutete nicht mehr und nicht weniger als die Zerreißung der polnisch-Danziger Zollgemeinschaft und tastete daher die grundlegende Vorbedingung unseres Zuganges zum Meer und die grundsätzlichen Berechtigungen an, die uns durch den Versailler Vertrag zuerkannt wurden.", a. a. O., S. 34. ...zurück...



Die reichsdeutschen Randgebiete
Heinz Rogmann

Die Folgen der Schaffung des Korridors zogen nicht nur die diesem Raum unmittelbar benachbarten sondern sämtliche reichsdeutsche Randgebiete des Ostens von Ostpreußen und Pommern bis Schlesien in Mitleidenschaft. Durch nichts wird die räumlich weit ausgreifende Bedeutung des Korridorproblems stärker beleuchtet als durch den Güterverkehr in der Nord-Süd-Nord-Achse, der seinen Umfang wesentlich auf die ostoberschlesische Massenerzeugnisse gründet, die Polen mit allen Mitteln auf den Weltmarkt wirft. Gehören die Provinzen Ostpreußen und Pommern sowie teils noch die Provinz Mark Brandenburg zu den unmittelbaren Anliegern des Korridors, so rückt der ostoberschlesische Güterverkehr zur und von der See zusammen mit Posen, das als Mittelstück die beiden Schwerpunkte der Nord-Süd-Nord-Achse miteinander verbindet, auch Schlesien in den Problemkreis des Korridors. In der Tat ordnen die Folgen der Schaffung des Korridors sich in den größeren Folgenzusammenhang der Zerreißung des ostdeutschen Raumes schlechthin ein. Das innere Gewicht der Folgen der Versailler Grenzziehung belastete und belastet schicksalhaft das ganze Deutsche Reich, noch schwerer daran tragen die östlichen Provinzen, innerhalb dieser aber am meisten die Randgebiete der Grenze.

Schlesien unter den Diktatbestimmungen

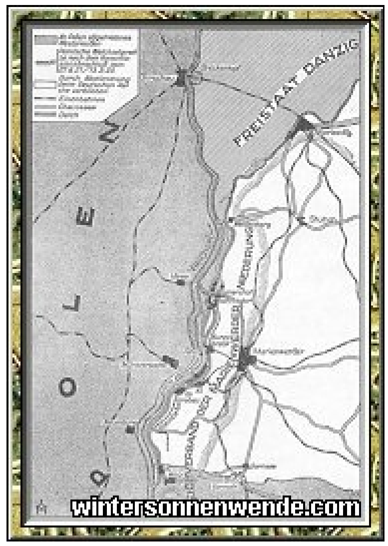


[Vergrößern]

Schon die **Technik der Grenzziehung** ist bezeichnend für Geist

und Gesinnung der neuen "Ordnung", die Versailles im Osten aufrichtete. Zu den bekanntesten Beispielen gehört der ostpreußische Zugang zur Weichsel. Er besteht in einem einzigen vier Meter breiten Fahrweg bei Kurzebrack, der überdies von Polen kontrolliert wird und dessen Benutzung durch Ostpreußen Polen oft die größten Schwierigkeiten entgegengestellt hat. Üblicherweise zog man im Laufe langer Jahrhunderte dort, wo sich ein Fluß anbot, durch dessen Mitte die Grenze und gab beiden Anliegern vollen Anteil an der Nutzung des Flusses. Auch Artikel 30 des **Versailler Diktats** bestimmte grundsätzlich: "Wenn die Grenzen durch einen Wasserweg bezeichnet sind, so bedeuten die in den Beschreibungen des gegenwärtigen Vertrages gebrauchten Ausdrücke 'Lauf' oder 'Fahrrinne' bei nicht schiffbaren Flüssen die Mittellinie des Wasserlaufes oder seines Hauptarmes und bei schiffbaren Flüssen die Mittellinie der Hauptschiffahrtslinie." Im Korridorgebiet verlegte man die Grenze jedoch auf das ostwärtige Ufer, gliederte zu diesem Zweck sogar mehrere rechts der Weichsel gelegene deutsche Dörfer in den polnischen Staat ein: die Weichsel sollte in ihrem ganzen Verlauf ein polnischer Strom werden. Was kümmerte es die damaligen Machthaber und Polen, daß sie damit die Weichsel, diesen einst so mächtigen und von Schiffen befahrenen Strom, der Versandung und Verkehrsverödung auslieferten! Was kümmerten sie die Überflutungen, denen das rechtsufrige reichsdeutsche Land ausgesetzt wurde, ohne daß dessen Bewohner oder Behörden in der Lage waren, an den Strom heranzukommen und Bett und Ufer in Ordnung zu bringen! Nicht weniger als achtmal zerschneidet die Versailler Grenze die Dämme. In Artikel [97] des Versailler Diktats aber hatte man Ostpreußen den freien Zugang zur Weichsel mit feierlichen Worten garantiert: "Die alliierten und assoziierten Hauptmächte erlassen gleichzeitig Vorschriften, die der ostpreußischen Bevölkerung den Zugang zur Weichsel und die Benutzung des Stromes für sie selbst, für ihre Güter und für ihre Schiffe unter angemessenen Bedingungen und unter vollster Rücksichtnahme auf ihre Interessen sichert." Die Grenzziehung ostwärts der Weichsel gegen Ostpreußen verstößt mithin gegen zwei klare Bestimmungen des Versailler Vertragswerkes selbst und hat nicht Ordnung sondern Unordnung bewirkt. Nur ein Beispiel für die Wirkung jener Grenzziehung sei angeführt. Der Hafen von Kurzebrack hatte früher einen lebhaften Verkehr. Der Umschlag im Jahre 1913 betrug 11.875 Tonnen ankommende und 1.908 Tonnen ausgehende Güter. In den Jahren 1920 bis 1923 fand ein geringer Verkehr noch statt, insbesondere durch Einfuhr von Rohweiden. Dieser wurde von Polen unterbunden, seit 1924 hat ein Verkehr nicht mehr stattgefunden. Ein weiteres Beispiel des unsinnigen Verlaufs der Versailler Ostgrenze bietet die Stadt Bischofswerder in Westpreußen. Man bestimmte als Reichsgrenze die Gemeindegrenze zwischen der Stadt und der mit ihr völlig verwachsenen Gemeinde Fittowo. So berührt die heutige Korridorgrenze unmittelbar die Häuser der Stadt und nimmt auf deren räumliche Entwicklungsbedürfnisse keine Rücksicht. Selbst der Friedhof wurde Polen zugesprochen, außerdem die Stadt von ihrem Bahnhof getrennt. Im Jahre 1913 gehörten 56 Ortschaften zum Kundenkreis der Geschäfte und Handwerker der Stadt, heute nur noch vier! Die Stadt Bischofswerder hat durch die Grenzziehung 90,7 v.H. ihres Einzugsbereiches verloren. Von einst 2.314 Menschen sank infolgedessen die Einwohnerzahl schon bis 1929 auf 2.007, die Zahl der Geschäfte von 24 auf 15, die der Handwerksbetriebe von 44 auf 17. Der Grundstückswert verminderte sich entsprechend. Ein Geschäftshaus, das vor dem Kriege mit 35.000 Mark gekauft worden war, wurde im Jahre 1928 mit 8.000 Reichsmark angeboten, ein anderes Geschäftshaus im Vorkriegswerte von 90.000 Mark wurde 1928 für 33.000 Reichsmark verkauft. Um die Stadt wieder an das Eisenbahnnetz anzuschließen, mußte eine 14,4 Kilometer lange Strecke mit einem Kostenaufwand von 1,35 Millionen Reichsmark gebaut werden. Für den Bau der Zufuhrstraße zum Bahnhof und für den Grunderwerb zum Bahnhofsbau wurde die Stadt allein mit 41.000 Reichsmark belastet. Die Verhältnisse von Bischofswerder betreffen keinen Sonderfall

Die Weichselgrenze bei Marienwerder



[*Vergrößern*]

sondern finden sich überall längs der neuen Ostgrenze. Lauenberg in Ostpommern, Tirschtiegel und Bentschen in der Provinz Mark Brandenburg, Neumittelwalde in Mittelschlesien, Beuthen und Ratibor in Oberschlesien seien hier nur als Beispiele genannt. Durch die Schaffung des Korridors wurde wie überall auch in Ostpommern das gesamte Eisenbahn- und Straßennetz zerschnitten. Anstelle der kurzen Verbindung nach dem Osten, wohin der Kreis Lauenburg tendiert, sind die weiten Entfernungen nach den nächsten Großmärkten Stettin und Berlin getreten. Anstelle von früher 80 Kilometern bis Danzig müssen heute bis Stettin 290 Kilometer zurückgelegt werden. Auf der durch die Grenze zerschnittenen Eisenbahnstrecke Lauenburg-Karthaus verkehrten 1913 acht gemischte Züge mit 180 Achsen, heute findet kein Verkehr über die Grenze mehr statt. Auf der Hauptstrecke Berlin-Stettin-Danzig betrug die Verkehrsminderung schon 1928 60 v.H. der Züge und fast 33 v.H. der Achsen von 1913. Der Güterverkehr allein auf den Bahnhöfen Lauenburg, Goddentow und Groß-Boschpol im Versand war schon 1927 gegenüber 1913 um 47,9 v.H. zurückgegangen. Der Ausbau des an vier Kunststraßen und 41 Wegen zerrissenen Straßennetzes erforderte bereits bis zum Jahre 1929 einen Geldaufwand von fast 500.000 Reichsmark, die weiteren Kosten wurden auf über 800.000 Reichsmark veranschlagt. Unmittelbar und mittelbar infolge der Grenzziehung wurden Schulneubauten in einer Gesamtkostenhöhe von fast 740.000 Reichsmark erforderlich. - In Tirschtiegel in der früheren Grenzmark Posen-Westpreußen wird jedem offenbar, daß die Grenze mit dem Degen gezogen wurde. Während die Stadt auf deutscher Seite verblieb, wurden Bahnhof und Bahnlinie Polen zugeteilt. An einer Stelle läuft die Grenze mitten durch ein Gehöft. Der Friedhof der katholischen Gemeinde liegt auf polnischem Gebiet. - Bei Bentschen erforderte die Übereignung dieser Stadt sowie des Bahnhofs an Polen die Schaffung des Grenzbahnhofs Neu-Bentschen. Eine neue Ortschaft mußte geschaffen werden. Die Kosten gingen in die Millionen! - In Mittelschlesien sind Neumittelwalde und Glausche Musterbeispiele einer völlig unsinnigen Grenzziehung. Früher umfaßte der Wirtschaftsbereich von Neumittelwalde 63 Ortschaften mit 16.873 Einwohnern. Durch die Grenzziehung verlor die Stadt 51 Orte mit 15.245 Einwohnern, und nur zwölf Ortschaften mit 1.598 Einwohnern verblieben ihr; die Folgen dieses Verlustes von 90 v.H. des Wirtschaftsbereiches waren katastrophal. Im Jahre 1929 hatten Handwerker und Handelsbetriebe nur noch ein Fünftel bis ein Zehntel ihres Vorkriegsumsatzes. - Bei Glausche wurde die Grenze durch einen Hauptmann der Grenzkommission mit einem linearen Bleistiftstrich auf der Karte festgelegt. Mitten durch die Felder der Glauscher Bauern, deren Gehöfte beim Deutschen Reich verblieben, zieht sich die seltsame Grenze dahin. Ein Drittel des Ackerlandes liegt nun in Polen. Beleihungen dieser Ackerstücke sind nicht möglich, zum Betreten bedürfen die Bauern, ihr Personal, ihr Vieh, ja sogar die Geräte besonderer Ausweise. An Sonn- und Feiertagen ist den Bauern das Betreten ihres Eigentums auf polnischer Seite überhaupt untersagt. Saatkartoffeln dürfen von reichsdeutscher nicht auf die polnische Seite gebracht sondern müssen in Polen eingekauft werden. Monatliche Untersuchungen des Viehbestandes durch einen polnischen Tierarzt sind Voraussetzung für die Verwendung des Viehs auf polnischer Seite zu Zug- oder Weidezwecken. Auf diese Weise sind den Bauern durch die Versailler Grenzziehung nicht nur große Erschwerungen in der Bewirtschaftung sondern auch hohe Kosten erwachsen. - Als ein Beispiel der unsinnigen Grenzziehung in Oberschlesien sei aus einer Vielzahl von Fällen zunächst das von Rudahammer herausgegriffen. An der einzigen großen bergsicheren Straße zwischen Hindenburg und Beuthen, auf der sich einst ein riesenhafter Personen- und Lastenverkehr abspielte, lag das Knappschaftslazarett Rudahammer. Dieses Lazarett wurde mit 14 anderen Polen zugesprochen. Die Zahlen der Belegschaften rechtfertigten weder diese noch andere Zuteilungen. Tatsächlich wurden auch diese Lazarette, während in Westoberschlesien bitterste Not



Widersinn der Willkürgrenze: Ostpreußen ist der Zugang zur Weichsel gesperrt. Nur an bestimmten Tageszeiten ist es den Bauern und Fischern möglich, mit einem besonderen Ausweis zu ihren Äckern und zum Strom zu gelangen.

herrschte und Lazarette neu gebaut werden mußten, in Ostoberschlesien nie voll belegt. Um das Lazarett zu Polen zu schlagen, wurde die deutsch-polnische Grenze in einem nördlich geschwungenen Bogen um das Lazarett herumgelegt. Dadurch wurden etwa eineinhalb Kilometer aus der wichtigen bergsicheren Straße herausgeschnitten. Die ungehinderte Benutzung dieser Straße durch deutsche Fahrzeuge wurde polnischerseits unmöglich gemacht. Infolgedessen mußte das Reich eine Umgehungsstraße mitten durch Bruchland bauen und auch die Straßenbahn dorthin verlegen. Waren schon die Baukosten ungeheuer groß, so verschlingen die hohen Kosten für die dauernde Unterhaltung der Straße weitere Mittel, die bei der durch die Grenzziehung hervorgerufenen angespannten Finanzlage der Kommunen und Kreise eine ungeheuere Belastung bedeuten. Gleichwie zum Hohn aber ließ Polen das Knappschaftslazarett verfallen, so daß es vor wenigen Jahren abgebrochen werden mußte. - Wir wollen noch das Beispiel der Delbrückschächte bei Hindenburg in Oberschlesien betrachten. Um die Schächte ist lange gekämpft worden. Sie wurden schließlich beim Deutschen Reich belassen. Jedoch blieben nur der Grubenhof und der nördlich gelegene Teil des Grubenfeldes beim Reich, den größten Teil des Grubenfeldes mit seinen kaum angegriffenen Kohlenfeldern aber erhielt Polen. Seitdem sind die Delbrückschächte gezwungen, für den Abbau wenigstens eines Teils des Polen zugefallenen Grubenfeldes alljährlich hohe Summen zu zahlen. Darüber hinaus schnitt die neue Grenze den Teil des Grubenhofes, auf dem sich die Anschluß- und Abstellgleise befanden, heraus. Für Polen waren die Gleise wertlos, die Delbrückschächte aber mußten Ersatzgleise bauen. Anstelle der Polen übereigneten Beamtenhäuser der Schächte mußten neue errichtet werden.

Die technische Verstümmelung Oberschlesiens



[Vergrößern]

Jede Grenzziehung bringt Schäden mit sich, die bei den vielen sich überlagernden Interessen nicht restlos ausgeglichen werden können. Von ihnen ist in den vorstehenden Beispielen nicht die Rede gewesen, sie betreffen vielmehr Schäden, die vermeidbar gewesen wären. Sie gehören zu jener kaum übersehbaren Anzahl von Fällen, die an der ganzen Ostgrenze von Ostpreußen und Pommern bis Schlesien anzutreffen sind. Ihre Entstehung gründet sich auf Fehlentscheidungen infolge mangelnder Prüfung oder Unkenntnis der Verhältnisse, zweitens auf offensichtlich einseitige Bevorzugung Polens unter Hintansetzung der deutschen Lebensnotwendigkeiten oder drittens auf unzweideutig böswillige Grenzfestsetzungen, die, ohne daß damit ein nennenswerter Vorteil für Polen erreicht werden sollte, Störungen deutscher Interessen absichtlich hervorrufen sollten. In den Beispielen traten bereits deutlich die Wirkungen hervor, die die Versailler Grenzziehung auf die reichsdeutschen Randgebiete ausgeübt hat und noch ausübt. Wir wollen nun die Folgen der widersinnigen Versailler Grenzziehung und der seitherigen Entwicklung in den Randgebieten zu mehreren Gruppen zusammenfassen, dabei von allen Besonderheiten absehen und nur das Grundsätzliche des Problems in den Vordergrund rücken.



Wege und Eisenbahnen sind von der Willkürgrenze zerschnitten.

Der Widersinn der Willkürgrenze

Das Ende der Kleinbahn bei Kurzebrack.



Im **Verkehrswesen** prägt sich die Härte der Grenzziehung am schärfsten aus. Es sind nicht weniger als 68 Eisenbahnlinien, 144 Kunststraßen und 722 sonstige Landstraßen einfach zerschnitten worden. Als tote Stümpfe enden sie an der Grenze, von Unkraut überwuchert und mit Buschwerk bewachsen, mit der letzten Telegraphenstange, von der zerrissen der Draht herabhängt und im Winde spielt. Millionen haben Reich, Staat, Provinzen, Kreise und Gemeinden aufgewendet, um jene Stümpfe wieder miteinander zu verbinden und den reichsdeutschen Randgebieten den Wiederaufbau der Wirtschaft zu ermöglichen. Trotz allen Anstrengungen aber war es angesichts der Ungeheuerlichkeit der Schäden bis heute nicht möglich, das Aufbauwerk zu vollenden. Noch immer gibt es zahlreiche Orte, die seit der Versailler Grenzziehung keinen nahen Anschluß an die Bahn haben oder denen die Straßenverbindung zum Nachbardorf oder zur Kreisstadt fehlt. Die betroffene Bevölkerung ist gezwungen, ihre Produkte unter erschwerten Transportverhältnissen, die verteuernd wirken, abzusetzen oder die benötigten Güter unter den gleichen Erschwerungen heranzuholen. Der ganze wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhang leidet darunter. Große Schwierigkeiten haben die durch die Grenzziehung verschlechterten Verkehrsverhältnisse auch in der ärztlichen Versorgung der abgelegenen Orte, hinsichtlich des Schulbesuchs, der Bekämpfung von Feuersbrunst und Überschwemmung sowie in vielen anderen Lebensbereichen mit sich gebracht.



Straße bei Garnsee.

Tote Verkehrswege

Bahn und Straße bei Neuhöfen.



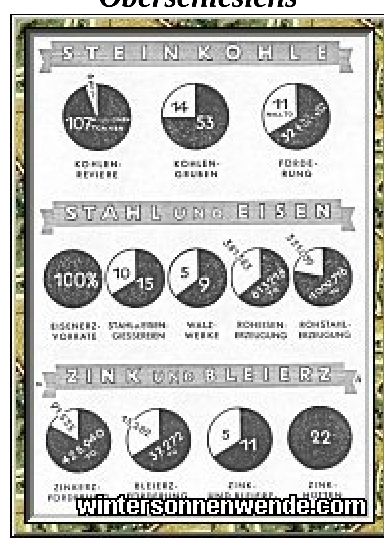
Ähnlich liegt es auf dem Gebiete des Meliorationswesens. Wie ostwärts der Weichsel sind auch an allen anderen Abschnitten der Ostgrenze der Landskultur große Schäden erwachsen. Allein an Meliorationsgenossenschaften wurden in den östlichen Provinzen 45 mit fast 75.000 Hektar Land durch die Grenze zerschnitten. Mangels Einigungswillens auf polnischer Seite konnten in vielen Fällen keine gemeinsamen Abmachungen über die Reinigung der Abflüsse zustandekommen, so daß zwangsläufig Versumpfungen großer Flächen beziehungsweise ungenügende Ent- und Bewässerungen des Bodens eintraten. Im Gebiet der Bartsch haben die von Polen vorgenommenen Regulierungen ungünstig gewirkt, weil sie nicht im Einvernehmen mit den angrenzenden deutschen Teilen des Flußgebietes erfolgt sind. Die Warthe- und Obraniederung wurde besonders dadurch geschädigt, daß auf polnischer Seite eine verwüstende Waldwirtschaft getrieben wurde, so daß die Niederschläge, die in jenen Waldflächen früher allmählich zu Tale kamen, jetzt plötzlich herunterströmen und die in den Niederungsgebieten unterhalb gelegenen Besitzungen viel mehr als früher unter dem schnell eintretenden Hochwasser zu leiden haben. Diese Beispiele aus vielen müssen hier genügen.

Die Versailler Regelung hat dem Grundsatz, eine Grenze durch möglichst wenig dicht besiedelte Gebiete, zum Beispiel große Waldflächen, zu ziehen, nicht Rechnung getragen. Es gibt keinen Abschnitt, in dem die neue Grenze nicht auf das Willkürlichste in die städtischen und dörflichen Einzugsbereiche eingreift und dadurch alte wirtschaftliche, kulturelle und verwandtschaftliche Zusammenhänge zerrissen hat.

Die Zerschneidung der früheren **wirtschaftlichen Zusammenhänge** kommt in mannigfaltiger Form vor. So wurde nicht selten das Wasserwerk oder Elektrizitätswerk von der zugehörigen Stadt getrennt oder umgekehrt. Im oberschlesischen Industriegebiet bestand eine einheitliche Wasserversorgung. Die sechs Wasserwerke waren untereinander verbunden. Durch die Teilung

fielen vier Werke an Polen, das weit verzweigte, eng miteinander verbundenen Röhrensystem wurde zerschnitten. Teils wurden die Werke polnisch ohne die Leitungen, teils die Leitungen ohne die Werke. Schwierigkeiten in der Wasserversorgung der randdeutschen Bevölkerung waren hier wie in anderen Grenzgegenden die Folge. In gleicher Weise wurde das Elektrizitätswesen der Grenzzone betroffen. So mußte, um nur ein Beispiel zu nennen, für die Stadt Ratibor, die ihren Strom von der Polen zugeteilten Rybniker Steinkohlengesellschaft bezog, ein neuer Stromzuführungsweg angelegt werden. - Weit tiefer als diese Beeinträchtigungen mehr technisch-wirtschaftlicher Art griffen die Schädigungen in das Wirtschaftsleben der Randgebiete ein, die sich aus der Zerschneidung der Gemarkungen und Besitzungen ergaben. Die Bewirtschaftung des polnisch gewordenen Ackerteils unterlag fortan anderen Gesetzen als den bisherigen, und nur unter großen Kosten und Mühen konnte die Erhaltung und Fortführung der Bewirtschaftungseinheit gesichert werden. Nicht selten sind die neuen Schwierigkeiten größer gewesen als der gute Wille und die Leistungsfähigkeit des betroffenen randdeutschen Bauern oder Gutsbesitzers. Er mußte sein Besitztum verschulden, es kam zur Zwangsvollstreckung, den weißen Stecken in der Hand verließ der Bauer Haus und Hof. - Besonders schwierig gestalteten sich die Verhältnisse im oberschlesischen Industriegebiet. Hier führt die Grenze nicht selten mitten durch die Anlagen hindurch, trennt die Rohstoffwerke von den Verfeinerungsbetrieben, die Arbeiterwohnungen von den Schächten, die Betriebsgleise vom Werk. In mühseliger Aufbauarbeit mußten anstelle der zerrissenen neue Betriebszusammenhänge geschaffen werden. Viele Millionen wurden aufgewendet, inzwischen aber mußte die rasch zunehmende Zahl von Arbeitslosen den Widersinn der Grenze mit Hunger und Elend für sich und ihre Angehörigen bezahlen. - Die Grenzstädte, um die sich wie ein Zwangsgürtel die neue Grenze legte, waren in ihrer wirtschaftlichen Struktur, sei es in der Zahl der Handwerker, gewerblichen Betriebe oder der Kaufleute, auf einen in jahrhundertelanger Entwicklung gewachsenen Wirtschaftsbereich abgestellt. Oft boten sich den Grenzkommissionen weit entfernte ausgedehnte Waldgebiete zur Festlegung einer sinnvollen Grenze an, stattdessen aber zogen sie die Grenze, allen nationalpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen zum Hohn, eng um die Stadt und trennten sie so von den ihr zugeordneten Dörfern. Einem großen Teil der berufstätigen Bevölkerung wurde daher der Erwerb genommen. Handwerker und Kaufleute verloren gleichermaßen einen großen Teil ihrer bisherigen Kunden. Gewinnung neuer Kundenkreise als Ersatz für das Verlorene war nicht möglich. Ein neuer Wirtschaftsbereich wäre nur im Hinterland zu gewinnen gewesen, hier aber war bereits alles durch die Städte des Binnenlandes versorgt, gleichsam in seiner wirtschaftlichen Versorgung gesättigt. Durch die Versailler Grenzziehung wurden an 60 seither randdeutsche Grenzstädte betroffen. In den am schlimmsten betroffenen Städten brachen große Teile der Wirtschaft endgültig zusammen, Zwangsversteigerungen und Abwanderung der Bewohner waren die weiteren Folgen. Aber auch in den Städten, die nur geringe Teile ihres früheren Hinterlandes verloren, büßte die Wirtschaft viel von ihrer alten Kraft ein und zwang einen entsprechenden Teil der Einwohner, in anderen Gebieten des Reiches nach einer neuen Existenz Ausschau zu halten. In den Fällen aber, in denen man, wiederum unter Mißachtung der nationalpolitischen, geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge, die Stadt an Polen gab und einen größeren oder kleineren Teil ihres dörflichen Einzugsbereiches beim Reiche beließ, hatten die Dorfbewohner zukünftig zum Absatz ihrer Erzeugnisse und zum Einkauf ihrer Bedürfnisse weitere Entfernungen als früher zurückzulegen. Nicht selten schienen die Schwierigkeiten unüberwindlich zu sein. In solchen Fällen zog der ländliche Bewohner es vor, seine Heimat zu verlassen und in die Binnengebiete des Reiches abzuwandern.

Der Wirtschaftsverlust Oberschlesiens



[Vergrößern]

Aber auch die Zerschneidung vieler **kultureller Zusammenhänge** hat das Leben in den randdeutschen Gebieten erschwert. Schul- und Kirchengemeinden wurden zerrissen, wobei, wenn es nur irgendwie ging, die Schul- und Kirchengebäude Polen erhielt. Lediglich zu dem Zwecke, ein Schulgebäude noch in polnischen Besitz zu bringen, wurde die Grenze nicht selten in unnatürlicher Weise ausgebuchtet (zum Beispiel der später korrigierte Fall von Larischhof, der Fall Hindenburg O/S). Oft auch besaßen zwei oder mehr Nachbargemeinden nur eine einzige gemeinsame Kirche oder Schule. Fiel sie an Polen, so waren die Kinder fortan nicht mehr in der Lage, ihre alte Schule zu besuchen, sie mußten in das nächste reichsdeutsch gebliebene, aber stets entfernter gelegene Dorf zur Schule gehen oder jahrelang warten, ehe eine Ersatzschule errichtet werden konnte. Die Kirchgänger aber kamen, wenn sie die nun Polen zugefallene Kirche zum Gottesdienst aufsuchen wollten, oft vor verschlossene Schlagbäume. Nicht selten war der Friedhof von der Kirche durch die neue Grenze getrennt worden. In vielen Fällen verloren die randdeutschen Dörfer infolge der neuen Grenzziehung ihren Arzt, die Hebamme, die Apotheke, das Krankenhaus. Sogar der ärztlichen Hilfe über die Grenze hin haben polnische Grenzbeamte wiederholt das Verbot des Grenzübertritts entgegengestellt.

Sodann waren die Bewohner der betroffenen Gebiete durch zahllose **verwandtschaftliche Bande** miteinander verbunden. Nach der Versailler Regelung wohnte die Mutter auf reichsdeutsch gebliebener, die Tochter auf polnisch gewordener Seite oder umgekehrt, Vater und Sohn lebten nicht selten in getrennten Staaten. Gegenseitige Besuche waren meist nur über die offiziellen Zollübergänge hin erlaubt. Große Entfernungen legten sich so zwischen zwei beiderseits der Grenze belegene Gehöfte, wenn die unmittelbare Entfernung auch nur ein paar hundert Schritt betrug. Ein Engländer hat einmal einen solchen Fall untersucht, in dem statt der bisherigen 300 Schritt nach der Grenzziehung 64 Kilometer zurückgelegt werden mußten, wenn die beiderseitigen Bewohner sich besuchen wollten. Es sei viel leichter, von Dover nach Calais zu kommen, meinte er, als an der deutsch-polnischen Grenze von reichsdeutscher Seite in das nächste polnische Dorf, das nur 300 Schritt entfernt liege. Die Erschwerung der Verbindung zwischen den Verwandten dies- und jenseits der Grenze durch Polen charakterisiert sich als eine der zahlreichen Maßnahmen, durch die Polen den Verkehr zwischen den Deutschen zu beiden Seiten der Grenze erschwert und gehindert hat. Diesen Maßnahmen und anderen Schwierigkeiten suchte ein Teil der betroffenen Bevölkerung dadurch auszuweichen, daß er aus der Grenzzone abwanderte und sich in den Binnengebieten des Reiches eine neue Heimat suchte.

Die Art der Versailler Grenzziehung, die Zerreißung des Verkehrswesens, die wirtschaftlichen und kulturellen Erschwerungen, die feindselige Einstellung der polnischen Nachbarschaft sowie Schwierigkeiten in allen Bereichen des täglichen Lebens haben, wie wir gesehen haben, in erster Linie die Bevölkerung der randdeutschen Gebiete betroffen. In vielen Fallen büßten die Grenzbewohner infolge der neuen Verhältnisse ihre Existenz ein, oder es war ihnen aus Gründen, die erst durch die Grenzziehung entstanden, unmöglich gemacht, in der alten angestammten Heimat zu verbleiben. Sie mußten abwandern und sich in anderen Gegenden des Reiches oder in Übersee eine neue Heimat suchen. Viele von ihnen waren dazu auch infolge des riesigen Flüchtlingsstromes gezwungen, der sich seit der **Abtrennung von Posen-Westpreußen** und **Ostoberschlesien** unaufhörlich über die Grenzen ergoß und gerade in den randdeutschen Gebieten zu einer oft katastrophalen Überbesetzung der Berufe führte. Die randdeutschen Grenzgebiete haben seit Versailles unter einer bis dahin in diesen Ausmaßen unbekannten Wanderungsbewegung zu leiden, die nicht selten zu einer Abnahme der früheren Bevölkerungsbestandszahlen geführt hat. Der unheilvolle Einfluß auf die **Bevölkerungsentwicklung** der randdeutschen Gebiete gehörte zu den schlimmsten Erscheinungen, die durch Versailles ausgelöst wurden. An Hand der amtlichen preußischen und deutschen Statistik sind wir in der Lage, die durch Versailles bewirkte ungünstige Bevölkerungsentwicklung der randdeutschen Gebiete in ihrem ganzen Umfang zu erkennen. Vergleicht man die Entwicklung der Bevölkerungsbestandszahlen oder der Wanderungsziffern in den einzelnen Volkszählungsperioden von 1871 bis 1910 mit den entsprechenden Ziffern für die

Volkszählungsperioden 1910 bis 1925 und 1925 bis 1933 (über die Periode 1933 bis 1939 sind diese Ergebnisse noch nicht veröffentlicht), so sieht man, daß in den meisten randdeutschen Kreisen nach dem Kriege die Bevölkerungsentwicklung gegenüber der Vorkriegszeit sich ungeheuer verschlechtert hat. Dabei tritt die Verschlechterung in der Volkszählungsperiode 1910 bis 1925 nicht so klar hervor, weil sie zum Teil durch die Flüchtlingsbewegung aus den abgetrennten Gebieten überdeckt wird. Um so eindeutiger prägt sie sich aber in der Periode 1925 bis 1933 aus. Wir nennen nur ein paar Beispiele. Im Vergleich der Volkszählungsperioden 1905 bis 1910 und 1925 bis 1933 erhöhte sich der Wanderungsverlust im v.H. der natürlichen Zunahme in den ostpreußischen Grenzkreisen Neidenburg und Osterode um 11,1 beziehungsweise 12,6 Punkte, im westpreußischen Kreis Rosenberg um 4,5, im ostpommerschen Grenzkreis Lauenburg um 54,4, in den grenzmärkischen Grenzkreisen Schlochau, Flatow, Meseritz um 26,6 beziehungsweise 42,4 beziehungsweise 31,6 Punkte, in den schlesischen Grenzkreisen Fraustadt, Freystadt, Guhrau, Militsch, Gr. Wartenberg, Kreuzburg, Rosenberg um 70,3 beziehungsweise 93,1 beziehungsweise 85,9 beziehungsweise 17,0 beziehungsweise 40,2 beziehungsweise 69,2 beziehungsweise 12,6 Punkte. Infolge dieser durch die Versailler Grenzziehung verursachten Verstärkung der Abwanderung aus den Grenzgebieten haben manche Kreise sogar ihren früheren Bestand nicht halten können. Die Bevölkerungsdichte sank; von 1925 bis 1933 zum Beispiel im Kreis Bütow um 2, Flatow 1, Schwerin 2, Fraustadt 2, Guhrau 1, Militsch 1, Manslau 1, Kreuzburg 1, Rosenberg 2 Bewohner je 1 Quadratkilometer. Die polnische Propaganda übersieht angesichts dieser Tatsachen bei der Darlegung der Bevölkerungsverhältnisse in den ostdeutschen Gebieten geflissentlich den Umstand, daß die Bevölkerungsentwicklung durch die Versailler Grenzziehung außerordentlich negativ beeinflußt worden ist.

Wohin auch immer wir blicken mögen, Versailles hat im ganzen Verlauf seiner Ostgrenze die Verhältnisse in den randdeutschen Gebieten überaus stark beeinträchtigt und die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung vermindert. Gewiß hat das Deutsche Reich versucht, im Laufe der Nachkriegsjahre wenigstens die schlimmsten Schädigungen zu mildern. Neue Straßen und Eisenbahnen wurden gebaut, Schulen und Kirchen errichtet, die Produktionszusammenhänge wenigstens zum Teil wieder hergestellt und anderes mehr. Besonders seit der nationalsozialistischen Machtübernahme hat der Aufbau in den Ostgebieten und auch in den Randgebieten einen ungeahnten Aufschwung erfahren. Man denke nur an den Wirtschaftsaufbau in Ostpreußen, an die Leistungen in den ostpommerschen oder märkischen Grenzgebieten, an den Wirtschaftsaufschwung in der westoberschlesischen Industrie, als dessen weithin sichtbares Symbol der Adolf-Hitler-Kanal von neuer Initiative kündet. Die Erbhofgesetzgebung hat die Verdrängung des Bauern von seiner Scholle unmöglich gemacht, die agrarische Preisregulierung ihm die Fortsetzung seiner Wirtschaft gesichert, der **Reichsarbeitsdienst** hat die Flüsse und Bäche reguliert und anderes mehr. Im westoberschlesischen Industriegebiet stieg von 1933 bis 1938 die Kohlenförderung von 15.640.004 Tonnen auf 25.983.299 Tonnen, die Erzeugung von Koks von 859.588 Tonnen auf 2.014.206 Tonnen. Das sind gewaltige Ziffern gesteigerter deutscher Leistung auch in den Grenzgebieten. Der nationalsozialistische Tatwille hat ungeheure Anstrengungen gemacht, um wenigstens die augenscheinlichsten Schäden der Grenzziehung zu mildern. Bei Fortdauer der gegenwärtigen Grenze aber ist niemals die Beseitigung der **strukturellen Schwierigkeiten** möglich, die Versailles im Osten aufgerichtet hat. Sie sind unlösbar mit dem Verlauf der Grenze selbst verknüpft und können erst dann behoben werden, wenn das Problem als Ganzes bereinigt wird. Die Besitzzerschneidungen durch die Grenze, die Abschnürung der Eisenbahnlinien und des Straßennetzes, die Beeinträchtigung der Wasserläufe, der Abschluß der ostpreußischen Bevölkerung von der Weichsel, der mangelnde Wirtschaftsbereich der Grenzstädte, die ständig geringer werdenden westoberschlesischen Kohlenvorräte, angesichts derer seit Jahren schon Aussiedlungspläne der Bevölkerung diskutiert werden, die Unterbindung der natürlichen verwandtschaftlichen und kulturellen Verflechtung, das sind nur Stichworte aus der Reihe der Probleme, die auch trotz höchsten Bemühungen des Nationalsozialismus nicht gelöst werden können, wenn der Grenzverlauf unverändert bleibt. Angesichts dieser Tatsche wäre es unleugbar ein

Fortschritt, durch die Lösung des Korridor-Danzig-Problems die Beseitigung jener strukturellen Schwierigkeiten anzubahnen, die sämtlichen randdeutschen Gebieten von Ostpreußen und Pommern bis Schlesien ihren harten Stempel aufprägen. Erst dann kann der deutsche Ostraum als Ganzes gesunden, wenn in seinen engeren Grenzgegenden durch eine sinnvolle Neuordnung die Voraussetzungen für dauerhaftes wirtschaftliches, soziales und kulturelles Aufblühen geschaffen sind.

Die Wirkungen der Versailler Grenzziehung haben sich am schärfsten in den unmittelbaren Grenzgegenden geltend gemacht. Darum wurden sie in dieser Darstellung bewußt in den Vordergrund gerückt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die östlichen Provinzen als solche Teile des großen ostdeutschen Wirtschaftsraumes bilden, der infolge der neuen Grenzziehung grundsätzlich zerschlagen worden ist. Ostpreußen ohne die unmittelbare Verbindung mit dem übrigen Reichsgebiet, Danzig ohne Einschluß in das Reich, Pommern, Mark Brandenburg und Schlesien ohne die Wiederherstellung der früheren Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen stehen so lange unter der strukturellen, durch Versailles hervorgerufenen Verschlechterung ihrer Lage, als die Grenze in ihrem heutigen Verlauf fortbesteht. In der Darlegung **"Die ostdeutsche Wirtschaftslandschaft und ihre Zerstörung durch das Diktat von Versailles"** sowie in anderen Abschnitten dieses Buches ist das dazu Erforderliche gesagt. Es ist unbestreitbar, daß seit der nationalsozialistischen Machtübernahme auch in diesen Provinzen ein großer Aufschwung erfolgt ist, ebenso unbestreitbar aber ist, daß er längst nicht die Höhe wie in den von der Grenze abgelegenen Gauen des Reiches erreicht hat. Welcher unerhörten Anstrengungen hat es bis vor wenigen Jahren bedurft, um die überhöhten Arbeitslosenziffern der östlichen Provinzen durch Abgabe von Arbeitslosen an die Binnengebiete herabzumindern, wieviel Sonderhilfen durch das Reich waren erforderlich, um die Wirtschaftsbelebung in Ostpreußen, Pommern, in der Mark Brandenburg oder in Schlesien wenigstens auf eine mittlere Höhe zu bringen! Derartige Höchstanstrengungen sind auf unabsehbare Dauer nicht möglich, soll das Reich als Ganzes sich daran nicht erschöpfen. Die Zerschneidung organischer Zusammenhänge kann durch solche Anstrengungen allein nicht beseitigt werden. Hierzu bedarf es großzügiger und grundsätzlicher Lösungen, die das Problem als Ganzes erfassen und im Osten, etwa durch die Neuordnung im Korridor, wenigstens die schlimmsten strukturellen Störungselemente beseitigen.



Der Deutschtumskampf in Westpolen
Hans Schadewaldt

Der polnische Staat verdankt seine Entstehung der Zertrümmerung des zaristischen Rußland durch die Siege der deutschen Armeen im Weltkrieg, der westdemokratischen Selbstbestimmungsrechts-parole des USA.-Präsidenten Wilson und der politischen Werbearbeit des im Polnischen Nationalausschuß 1917/18 in Paris wirkenden Kreises um Roman Dmowski und Paderewski. Er verdankt sie nicht zuletzt aber auch der konstruktiven Staatsmannschaft Josef Pilsudskis. Sein politischer Wirklichkeitssinn schuf Polen erst jene Machtstellung in Osteuropa, deren Wert und Sicherheit die Erben des großen Marschalls durch ihre expansiv-annexionistische Kampfeinstellung gegen das Deutsche Reich leichtfertig vertan, jedenfalls aber aufs schwerste gefährdet haben. Die polnischen Westmarken gehören zu jenem Staatsgebilde von Versailles' Gnaden, das auf Grund des Punktes 13 der **Wilsonschen Friedensvorschläge** geschaffen wurde, in dem es heißt, daß sich der unabhängige polnische Staat "über die Gebietsteile ausdehnen wird, die von unbestreitbar ***(indisputably)*** polnischen Bevölkerungsschichten bewohnt sind". In dem Wort "unbestreitbar" war der Grundsatz klar ausgesprochen, daß die polnische Westgrenze nur Gebiete mit einwandfrei polnischer Bevölkerung in sich schließen sollte. Wir wissen heute, daß Präsident Wilson zunächst nicht im entferntesten daran dachte, Westpreußen (Weichselkorridor) und Oberschlesien zu Polen zu schlagen, und daß er den Polen zugesicherten "freien Zugang zum Meere" nur durch einen

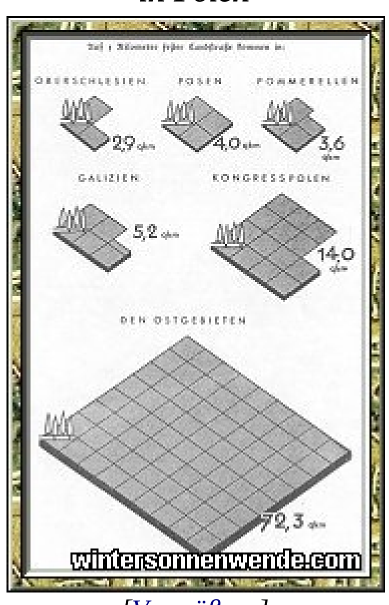
Freihafen in Danzig und die Internationalisierung der Weichsel, nicht aber durch Abtrennung deutschen Reichs- und Volksbodens schaffen wollte; denn das Korridorgebiet war ebenso wie Ostoberschlesien unbezweifelbar *nicht* "von unbestreitbar polnischen Bevölkerungsschichten" bewohnt! Die Tatsache, daß in den zwanzig Jahren polnischer Herrschaft über die Westgebiete gegen 1,5 Millionen Deutsche teils durch Abwanderung, teils durch Aussiedlung oder Ausweisung infolge der planmäßigen polnischen Vergewaltigungs- und Verdrängungspolitik Pommerellen, Posen und Ostoberschlesien verlassen haben, beweist, wie unnatürlich die polnische Westgrenze vom Standpunkt des völkischen Selbstbestimmungsrechtes aus gezogen worden ist, und jeder Tag praktischer polnischer Minderheitenpolitik gegen die deutsche Volksgruppe führt aller Welt die Unzulänglichkeit, um nicht zu sagen den Widersinn einer Grenzziehung von Danzig bis Teschen vor Augen, hinter der sich ein unerhörter Kampf der polnischen Staatsgewalt gegen das ansässige, bodenverbundene deutsche Volkstum abspielt.



Das nationalsozialistische Deutschland versucht im Jahre 1933 eine Grundlage zur Verständigung über die gemeinsamen Fragen des deutschen und polnischen Volkes zu schaffen. Es findet in Marschall Pilsudski den polnischen Staatsmann, der die Einsicht für die politischen Notwendigkeiten besitzt. Am 26. Januar 1934 wird der deutsch-polnische Nichtangriffspakt für einen Zeitraum von zunächst zehn Jahren geschlossen.

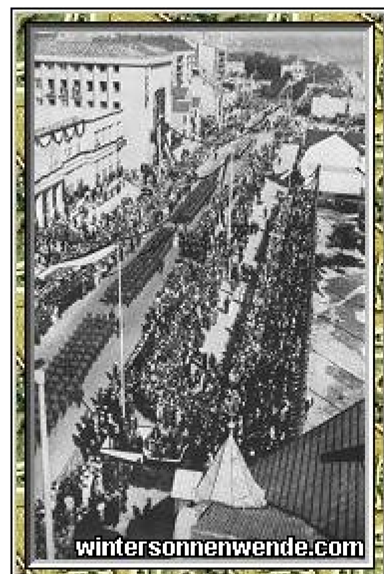
Die Tragödie des Deutschtums in den polnischen Westmarken gehört zu den schwersten Leidperioden, die die Pariser Vorortverträge über die deutschen Volksgruppen und Volkssplitter außerhalb des Altreiches gebracht haben. Und dabei ist es gerade auch in Westpolen weniger der ungeheure Verlust wirtschaftlichen und sonstigen materiellen Besitzes, vielleicht auch nicht einmal vornehmlich das schwere Opfer der Zerschlagung kultureller Güter sowie des weitverzweigten deutschen Organisationslebens als der **moralische und seelische Druck**, dem das gesamte Deutschtum in den polnischen Westmarken ausgesetzt ist. Immer wieder und in steigendem Maße der politischen Unzuverlässigkeit bezichtigt, staatsfeindlicher Umtriebe verdächtigt, mit dem Vorwurf illoyaler Haltung belastet und als landfremde Eindringlinge beschimpft zu werden, trifft eine Volksgruppe, die sich ihren Pflichten gegenüber der fremden Staatsmacht und dem fremden Wirtsvolk stets voll bewußt war, doppelt hart, wenn sie im Bewußtsein des Hochstandes ihrer Kultur- und Wirtschaftsleistungen der Unterdrückung durch kulturell und wirtschaftlich tieferstehende Gewalten ausgeliefert ist. Für die Deutschen in Pommerellen, Posen und vor allem auch Ostoberschlesien - Oberschlesien gehört seit über 700 Jahren (1163) zum Deutschen Reich, und die ehemalige deutsch-russische Grenze ist eine der ältesten und dauerhaftesten Grenzen Europas gewesen![1] - sind die Gebiete, in denen sie seit zwanzig Jahren entrechtet und terrorisiert werden, die **angestammte Heimat**: sie haben in diesen Gebieten nicht weniger Lebensberechtigung als die dort ansässigen Polen; aber die Masseneinwanderung kongreßpolnischer und galizischer Polen, die massenweise Verwendung landfremder polnischer Elemente in den Regional- und Lokalbehördenstellen wie auch die Ansiedlung aus dem polnischen Hinterland herbeigeholter landfremder Kräfte haben im Verein mit der Schikanierung und wirtschaftlichen Existenzberaubung der Deutschen einen seelischen Spannungszustand geschaffen, über den sich die Väter von Versailles ebenso wie die heutigen Schirmherren des polnischen Staates klar werden sollten, um die unhaltbaren Verhältnisse zwischen

Das Landstraßennetz in Polen



[Vergrößern]

Deutschtum und polnischem Chauvinismus an der Wurzel zu erfassen. Es ist verständlich, daß sich ein nicht kleiner Teil der polnischen Bevölkerung in der Heimatverbundenheit mit der Scholle und dem Arbeitsplatz mit den Deutschen findet dort, wo das Bedürfnis der Abwehr der eingewanderten landfremden Elemente aus Kongreßpolen und Galizien ein heimatliches Gemeinschaftsgefühl - aus verständlichen Gründen meist ungreifbar und unsichtbar - entstehen läßt. Im Gegensatz zu diesen polnischen Kreisen stehen der politische Radikalismus der rechtsoppositionellen, in Posen zentralisierten Nationaldemokratie (Nationale Partei) und die nationalistischen Verbände der Aufständischen, Westmärkler, Schützen, Studenten sowie das Gros **der vorwiegend chauvinistisch eingestellten polnischen Presse**. Sie sehen die Sicherung des Staates in der restlosen Verdrängung der Deutschen am besten gewährleistet. Sie fordern darüber hinaus "aus historischen und ethnographischen Gründen" die "Befreiung der unerlösten Brüder" auf dem heutigen Reichsgebiet bis weit über die Oderlinie. Mit anderen Worten: In den polnischen Westmarken verbindet sich der polnische Expansions- und Annexionsdrang mit dem Ziel der Vernichtung alles dessen, was deutsch ist, und in der von den Behörden gestützten und geförderten Verwirklichung dieses Zieles der Beseitigung aller Deutschen feiern die von Amtsstellen, halbamtlichen Verbänden, Parteifunktionären, Militärs, Zeitungsschreibern und Rundfunksprechern betriebenen Terrorpraktiken, Rechtsbrüche, Gewaltakte Orgien der Hetze, des Hasses und der Brutalität.[2] Trotz den in der polnischen Staatsverfassung allen Staatsangehörigen zugebilligten gleichen Rechten, trotz der internationalen Minderheitenschutzverpflichtung Polens (von der sich Warschau zwar formell losgesagt hat, die aber eine Bedingung der Schaffung eines selbständigen polnischen Staates seitens der Versailler und Genfer Mächte war), trotz dem bis 1937 gültigen Genfer Abkommen zum Schutze der deutschen und polnischen Minderheitsinteressen in Oberschlesien, trotz den Genfer und Haager Minderheitenschutzentscheidungen und trotz der im Zuge der deutsch-polnischen Verständigungspolitik getroffenen Minderheitenvereinbarung (5. November 1937) ist der Ausrottungskampf gegen die deutsche Volksgruppe zwar im Tempo verschieden, aber in der Zielsetzung unverändert geführt worden. Von reichsdeutscher Seite wurde manchmal geglaubt, daß die verantwortliche Staatsführung in Warschau wegen der vollkommenen Rechtlosigkeit und moralischen Unvertretbarkeit der Kampfmethoden, nicht zuletzt aber auch mit Rücksicht auf den deutsch-polnischen Verständigungskurs 1934/35 die Maßnahmen der nachgeordneten Behörden, die Ausschreitungen der Mitglieder chauvinistischer Organisationen und **die Haß- und Hetzetreibereien der Presse** nicht billige, tatsächlich aber zum Einschreiten gegen die Deutschtumsfresser nicht innenpolitisch gesichert und autoritär genug sei. Wir wissen heute aus der Entwicklung der außen- und innenpolitischen Linie Polens unter dem **Schutze der britischen Beistandsverpflichtung**, daß die verantwortliche Warschauer Regierung selbst Träger des Verdrängungskampfes gegen die deutsche Volksgruppe ist und daß weder der Kattowitzer noch der Posener oder der Thorner Wojewode anders denn das Instrument einer zuletzt von Warschau zu verantwortenden deutschfeindlichen Haltung ist, die sich die Beseitigung aller Deutschen aus den Westwojewodschaften mit allen Mitteln zum Ziel setzt. In Erkenntnis dieser staatspolnischen Zielsetzung gegenüber dem Deutschtum in Polen erscheinen alle bisherigen Deutschtumsverluste durch Enteignungen, Beschlagnahmungen, Schließungen, Ausweisungen, Kündigungen, Verurteilungen, Haussuchungen, Verhaftungen und Verbote zweitrangig gegenüber **dem in ganz Pommerellen, Posen und Ostoberschlesien einschließlich dem Olsaland stattfindenden völkischen Ausrottungskampf**, der bald mit verfeinerten Vernichtungsmethoden und listenreichen Machenschaften, bald mit brutaler und blutiger Gewalt gegen alles, was sich zum deutschen Volkstum bekennt oder auch nur des Deutschtums verdächtig ist, geführt wird. Es kann für keinen Deutschen jenseits und diesseits



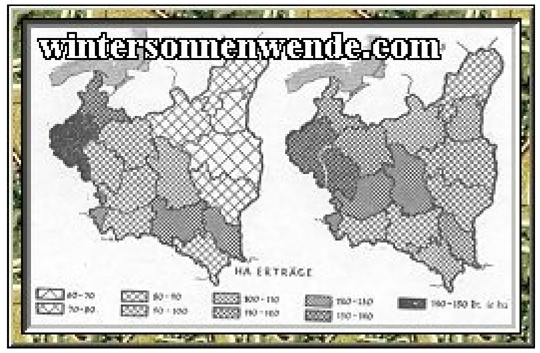
Parade beim Fest des Meeres in Gdingen, das jährlich zu einem Höhepunkt aggressiver Demonstrationen gegen den deutschen Nachbarstaat wird.

der Reichsgrenze einen Zweifel darüber geben, daß Polen den Deutschen als "Erbfeind" ansieht und dort, wo es die Macht hat, ihn rücksichtslos bekämpft, und so wird der Kampf um die Entdeutschung und Polonisierung der polnischen Westmarken zu einer zwar tiefbedauerlichen, aber unaufhaltsam und radikal fortwirkenden Erscheinung, deren Triebkräfte aus der deutschfeidlichen, machthungrigen und bei Hochzeiten des polnischen Chauvinismus zu politischem Größenwahn ausartenden Sinnesart des nationalistischen Polentums gespeist werden. Nur stahlharter Realismus wird uns Deutsche die rechte Einstellung zu dem finden lassen, was sich heute als integrale Feindschaft Polens gegen das Deutsche Reich und gegen das Deutschtum überhaupt in seinen gegen den Westen gerichteten Eroberungskriegszielen wie in seiner innerstaatlichen Entdeutschungspolitik ausweist.

In der Presse, in Flugschriften und Demonstrationen entfacht der polnische Chauvinismus die Leidenschaften für einen Angriff gegen das Reich und verkündet seine hemmungslosen Eroberungsziele.
Oben: *Polnische Propaganda-Karte.*
[Vergrößern]

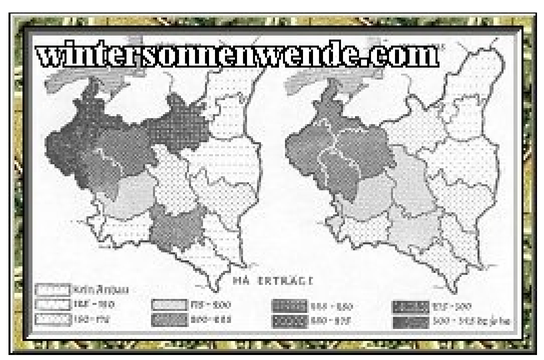
Die polnischen Westmarken waren zur Zeit ihres Übergangs in die Staatshoheit der Republik Polen eine agrarische und eine industrielle Schatzkammer des Deutschen Reiches. Posen-Pommerellen lieferten alljährlich dank ihrer hochentwickelten landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft bedeutende Agrarüberschüsse, Molkereiprodukte und Schlachtvieh, die der ständig wachsenden Bevölkerung des Reiches und deren in den Großstädten und Industriezentren gewaltig aufgespeicherten Konsumansprüchen einen beträchtlichen Teil des Nahrbedarfes aus **deutschem** Boden sicherten.[3] Und nicht anders ist es mit Ostoberschlesien, das der bei weitem erdschätzereichste und an Produktionskraft stärkste Teil jener oberschlesischen Wirtschaftseinheit war, die in ihrer organischen Geschlossenheit das größte Kohlenvorkommen Europas umschloß und neben ihren reichen Lagerstätten an Zinkerzen und silberhaltigen Bleierzen sowie ihrer bedeutenden Stahl- und Eisenproduktion zu den zukunftsreichsten Wirtschaftsgebieten des Kontinents gehörte.[4] Durch **die Zerreißung Oberschlesiens** ist West- wie Ostoberschlesien der allerschwerste Wirtschaftsschaden entstanden. Ostoberschlesien hätte ohne den englischen Bergarbeiterstreik von 1926, ohne das bis zum deutsch-polnischen Zollkrieg ihm eingeräumte Kohleneinfuhrkontingent nach Deutschland wie durch eine vom polnischen Staat hochsubventionierte Exportdumpingpolitik zur Eroberung und Erhaltung der baltischen und nordischen Märkte das einst blühende Industrierevier um Kattowitz/Pleß/Rybnik unaufhaltsam verfallen sehen, weil Polen zur Aufnahme der ostoberschlesischen Kohlenförderung im eigenen Lande aus Gründen des wirtschaftlichen Rückstandes seiner rein polnischen Gebiete nicht fähig war. Die Agrarstruktur, die fast unbegrenzte Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung und der vorwiegend auf Holzfeuerung eingestellte, auf Verbrauch von Kohle und Eisen nicht ausgerichtete Wirtschaftsstand Mittel-, Ost-

Die Kartoffeln-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935



[Vergrößern]

Die Zuckerrüben-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935



[Vergrößern]

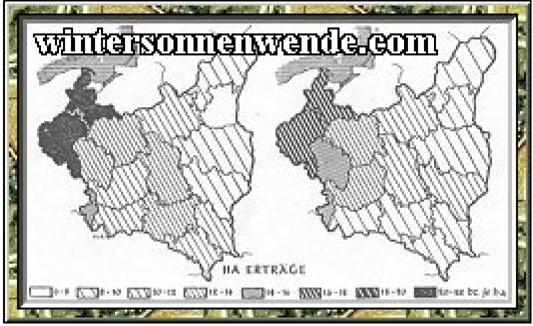
und Südpolens verhinderten eine wesentliche Hebung des Kohlenverbrauchs, die aber die Lebensvoraussetzung für die wirtschaftliche Berechtigung der Eingliederung Ostoberschlesiens in den polnischen Staatsverband ist. Polen könnte seinen gesamten Bedarf an Kohle aus der Förderung seines Dombrowaer und Krakauer Reviers völlig decken, ohne auf die Lieferungen aus Ostoberschlesien angewiesen zu sein, das heißt der polnische Staat hat den Besitz des ostoberschlesischen Industriereviers wirtschaftlich nicht nötig. Es belastet vielmehr die industriell schwach entwickelte Wirtschaft Polens ungebührlich und drängt Polen zu einer ständigen Beunruhigung der internationalen Kohlenmärkte durch eine künstlich forcierte Exportpolitik. Der verlustreiche Preiskampf um die Wettbewerbsfähigkeit der ostoberschlesischen Kohle, den hauptsächlich England auf den umstrittenen Märkten der Ostsee-Randstaaten zu spüren bekam und der überdies zu Lasten des polnischen Binnenkäufers ging, war die natürliche, schon bei der Teilung Oberschlesiens von Kennern der oberschlesischen Wirtschaftslage, ihrer Verkehrsferne und der geringen Aufnahmefähigkeit des polnischen Binnenmarktes für hochwertige Montanprodukte vorausgesagte Folge der Genfer Entscheidung von 1921. Daß gerade auch von englischen Sachverständigen diese Entwicklung, daß Polen Ostoberschlesien mit seinem Kohlenreichtum gar nicht verdauen könne,[5] vorausgesehen wurde, ist eine immer wieder aktuelle Mahnung an London, im Interesse einer friedlichen europäischen Entwicklung die oberschlesische Frage nicht als gelöst zu betrachten! Wenn Polen durch die mit französischem Kapital gebaute und unter einer gemischten französisch-polnischen Gesellschaft stehende Kohlenmagistrale Kattowitz-Gdingen versucht hat, die Wirtschaftszukunft Ostoberschlesiens dadurch sicherzustellen, daß es der ostoberschlesischen Kohle durch die Dumpingfracht zu ihren Exporthäfen immer weitere Märkte erschloß und Absatz für die polnische Kohle sogar in den entferntesten Gebieten bis Nordafrika, Argentinien und Brasilien suchte, so beweist nichts deutlicher als diese Entwicklung, daß Polen zu einer chronischen Beunruhigung der Kohlenmärkte **gezwungen** ist und damit unter anderem ein lebenswichtiges Interesse Englands berührt. Diese Entwicklung zeigt nun ferner aber auch, daß die **Weichsel niemals eine entscheidende wirtschaftspolitische Bedeutung für Polen gehabt hat**, weil es sich dieser weder als Frachtenträger der hochwertigen oberschlesischen Kohle und der Erze für die ostoberschlesische Eisenindustrie bedient hat noch sich ihrer infolge der völligen wasserbaulichen Vernachlässigung dieses zu preußisch-deutscher Zeit mit

Die Roggen-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935



[Vergrößern]

Die Weizen-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935



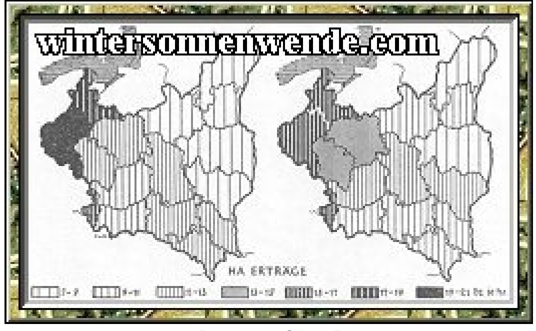
[Vergrößern]

Die Hafer-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935



[Vergrößern]

Die Gerste-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935



[Vergrößern]

außerordentlichen Mitteln stets als schiffbaren Stromes unterhaltenen Frachtenweges bedienen kann. Es ist bezeichnend, daß polnischerseits der Gedanke überhaupt nicht ernsthaft erwogen worden ist, die Weichsel als Massengüter-Transportstraße auszubauen, ein Beweis, wie wenig Polens These von der Weichsel als polnischem Lebensstrom und dem Weichselkorridor als polnischem Lebensraum sachlich begründet ist! Nehmen wir das niedrige Niveau der Löhne im ostoberschlesischen Revier, die soziale Notlage des an sich schon anspruchslosen ostoberschlesischen Bergarbeiters und das Ausmaß der Kurzarbeit und nach wie vor recht großen Arbeitslosigkeit, so ergibt sich ein trauriges Bild der polnischen Wirtschaft gegenüber der Blütezeit dieses Grenzlandes unter deutscher Hand, und diese Feststellung wird nicht dadurch widerlegt, daß heute in Ostoberschlesien durch die Anforderungen der künstlich gesteigerten polnischen Waffenrüstung in den Kohlengruben, Eisen- und Stahlwerken ein stärkerer Rhythmus spürbar ist: der Mangel eines natürlichen Absatzgebietes, das die polnische Kohle zu annehmbaren Preisen in entsprechenden Großmengen aufzunehmen vermag, ist das wirtschaftliche Schicksal des wider aller wirtschaftlicher Vernunft und völkischer Rücksicht durch den Gewaltspruch von Genf Polen zugeteilte Ostoberschlesien.

Nicht minder greifbar ist der Unterschied der Wirtschaftslage Posens und Pommerellens in der deutschen und der polnischen Zeit. Damals ertragreicher und einträglicher Agrarbesitz, heute von Jahr zu Jahr schrumpfende Agrarproduktion, Verschuldung, unzureichende Preise und durch die Ansetzung landfremder, auf viel niedriger Wirtschaftsstufe stehender mittel- und ostpolnischer Bauernsiedler auf den durch die Agrarreformgesetze aufgeteilten vorwiegend deutschen Gütern sowohl in der Wirtschaftsleistung wie im Kulturstand degradierte Betriebe, denen der Volksmund den Namen "Poniatowskische Dörfer"[6] gegeben hat. Ohne den Export zu guten Preisen nach Deutschland würde der Verfall der Landwirtschaft der polnischen Westmarken unaufhaltsam sein. Mit dem Deutschen Reiche als Großabnehmer der Agrarprodukte der westpolnischen Teilgebiete hält sich die Landwirtschaft Posens und Pommerellens in ständigem Kampf am Leben, aber ihr Wirtschaftseffekt sinkt in dem Maße, wie die deutschen Musterbetriebe durch die Agrarreform leistungsschwachen polnischen Kleinbauernwirtschaften weichen müssen.

Man kann nicht sagen, daß dieses oder jenes westpolnische Teilgebiet weniger oder mehr unter dem "Wojewodensystem" gelitten habe, auch nicht, daß hier oder dort die deutsche Stellung weniger gefährdet sei. Der landwirtschaftliche Privatbesitz der Deutschen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen ist durch die polnische Agrarreform in der einseitigen, rücksichtslosen Durchführung des Bodenraubes wie durch die Zerschlagung der gutfundierten ländlichen Genossenschaften in demselben Maße der Polonisierung ausgesetzt wie das industriell gebundene Deutschtum Ostoberschlesiens durch die Massenentlassungen der deutschen Arbeiter und Angestellten und die Vernichtung des hier besonders blühenden deutschen Kultur- und Vereinslebens. Tatsache ist, daß sich in Posen-Pommerellen das Deutschtum der Städte viel weniger gut gehalten hat als die dortige Landbevölkerung und als die Arbeiter- und Angestelltenschaft des ostoberschlesischen Industriereviers; sind doch seit 1919 über 85,5 v.H. der städtischen deutschen Bevölkerung und nur 55,4 v.H. der ländlichen deutschen Bevölkerung aus Posen/Pommerellen abgewandert, während das Deutschtum der Wojewodschaft Schlesien demgegenüber bis Ende 1938 nur einen Abwanderungsverlust von weniger als 40 v.H. zu beklagen hatte. Die gegenwärtige Zahl der Deutschen in Polen - von der polnischen Statistik mit 741.000 Köpfen,[7] von volksdeutscher Seite mit 1.030.000 Köpfen angegeben[8] - verteilt sich auf die Westgebiete wie folgt:

Das Deutschtum in Posen und Westpreußen im Jahre 1918



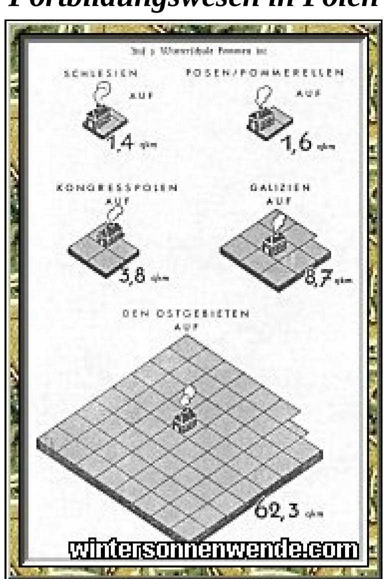
[*Vergrößern*]

	Deutsche Schätzung	Polnische Schätzung
Posen }		193.100 (9,2 v.H.)
Pommerellen }	325.000 (10,1 v.H.)	105.400 (9,8 v.H.)
Teschener Schlesien	50.000	
Ostoberschlesien	180.000 (13,8 v.H.)	90.600 (7 v.H.)
	555.000	389.100

Dieser Kopfbestand der Deutschen hat sich inzwischen weiter verringert, dürfte aber immerhin noch in den Westwojewodschaften über die Hälfte des gesamten, auf dem Gebiete der Republik Polens seßhaften Deutschtums ausmachen.

Als Schulbeispiel für die Warschauer Minderheitenvergewaltigung und Zwangspolonisierung kann das **Olsaland** gelten. Beim Übergang der beiden Bezirke Freistadt und Teschen in die polnische Staatshoheit hatte das Deutsche Reich im Zusammenhang mit der Besetzung dieses Gebietes durch die polnischen Truppen die Frage der Behandlung der im Olsaland ansässigen deutschen Volksgruppe offiziell in Warschau zur Sprache gebracht. Das Ergebnis des Meinungsaustausches zwischen Berlin und Warschau war ein deutsch-polnischer Notenwechsel vom 18./20. Oktober 1938, worin die Reichsregierung unter Bezugnahme auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen (Verständigungspakt von 1934) die Erwartung aussprach, daß die Angehörigen der deutschen Volksgruppe im Olsaland seitens der polnischen Behörden eine Behandlung erfahren, die den seinerzeit von deutscher und polnischer Seite abgegebenen Minderheitenerklärungen entspricht, und sie "demgemäß nicht nur ihren kulturellen Besitzstand aufrechterhalten können, sondern darüber hinaus im Rahmen des polnischen Staates glücklichere Daseinsbedingungen finden werden, als sie ihnen bisher zuteil geworden waren." In ihrer Antwort machte sich die polnische Regierung den deutschen Standpunkt zu eigen, aber - welch politisches Teufelsspiel! - tags zuvor, also unmittelbar vor der deutsch-polnischen Vereinbarung, war ein Dekret des polnischen Staatspräsidenten erlassen worden, wonach der Mehrzahl der volksdeutschen Bewohner des Olsagebietes der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit unmöglich gemacht wurde. Das Ergebnis dieser pfiffigen, wider Treu und Glauben getroffenen Regelung war, daß dem weitaus größten Teil der Olsaland-Deutschen entgegen dem klaren Sinn des deutsch-polnischen Notenwechsels die Rechte aus diesem nicht gewährt wurden. Ohne die Möglichkeit, die polnische Staatsangehörigkeit zu erwerben, andererseits aber auch nicht mehr als tschechische Staatsangehörige anerkannt, war nun auf einmal das Gros der Volksdeutschen im Olsaland staatenlos und ging aller Ansprüche verlustig, die ihnen die deutsche Regierung im Vertrauen auf die polnische Zusage gesichert zu haben hoffte. Auf solche "gesetzliche" Weise zum Freiwild polnischer Willkür gemacht, haben die Olsaland-Deutschen in den zehn Monaten polnischer Herrschaft einen Verdrängungsprozeß erlebt, der an Rücksichtslosigkeit gegenüber dem deutschen Element alles in den Schatten stellt, was Polen sich anderswo schon an Rechtsbrüchen und Gewaltakten gegen die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität geleistet hat. Wojewode Grazynski und seine Helfershelfer brauchten sich nun für das Olsaland nicht so viel Zeit zur Entdeutschung nehmen, wie sie in Ostoberschlesien gebraucht haben, um die Bastionen des Deutschtums dort zu zerschlagen!

Das ländliche Fortbildungswesen in Polen



[Vergrößern]

Auf den Gruben und Werken des Olsalandes sind die deutschen Arbeiter und Angestellten wegen "ungesunder Zustände auf den Anlagen"(!) entlassen worden und haben ihre langjährigen Arbeitsplätze nur Polen zur Verfügung stellen müssen. Da bei diesen Entlassungen gleichzeitig die Werkswohnung verlassen werden muß, so ist die Verdrängung vom Arbeitsplatz gleichbedeutend

mit der Verdrängung aus dem Lande, das heißt mit der Abwanderung. Diese Abwanderung ist das Ziel der Polonisierungspolitik, und deshalb werden die Kündigungen bis zur Säuberung der Betriebe von den letzten Deutschen planmäßig fortgesetzt, womit sich zugleich die einst blühenden deutschen Schulen des Olsalandes entleeren und Polen das ganze schulische und kulturelle Leben der deutschen Volksgruppe zum Absterben bringt. 41 deutsche Schulen mit 4.699 deutschen Schülern, die von 88 deutschen Lehrern unterrichtet wurden, sind im ersten Halbjahr der polnischen Herrschaft auf ganze sieben Schulen mit knapp 1.000 Schülern (die von 15 deutschen und 25 polnischen Lehrern unterrichtet werden) zusammengeschrumpft. Das einzige deutsche Gymnasium im Olsaland wurde in Oderberg geschlossen und in eine polnische Mädchenschule verwandelt. Am tollsten ist die Schulnot des Deutschtums in Freistadt, das heute keine einzige Schule mehr hat, während es vor der polnischen Besetzung fünf Schulen und einen Kindergarten mit 570 Schülern besaß. Eine Zusage des zuständigen Kattowitzer Wojewoden Grazynski, daß auch diejenigen Erziehungsberechtigten ihre Kinder in bestimmten Schulen unterrichten lassen können, deren Staatsangehörigkeit noch ungeklärt sei, wurde derart in die Praxis umgesetzt, daß die Deutschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit ihre Kinder diesen Schulen beziehungsweise Schulklassen **nicht** zuführen konnten - das ist das Wojewodschaftssystem!



Zahlreiche Flüchtlinge kommen ins Reich.





Schwer leidet das Deutschtum in Polen unter dem Terror. Eine neue Welle der Austreibung von Deutschen hat begonnen. Deutsche Familien werden von Haus und Hof vertrieben. Uralte deutsche Gewerbeunternehmen, Einrichtungen des deutschen Genossenschaftslebens, deutsche Handwerksstätten werden willkürlich geschlossen und den Deutschen genommen.
Oben: *Zahlreiche Flüchtlinge kommen ins Reich.*

Immerhin wirkt sich dieses System bei der eingesessenen schlonsakischen Bevölkerung dahin aus, daß einstige landverbundene Wortführer der olsaländischen Frage zugunsten Polens wie die Literariker Morcinek, Kubisz und Musiol heute offen die Zustände beklagen, die durch das Wojewodschaftsherrentum und die Überflutung des schlesisch ausgerichteten Olsalandes mit den Kreaturen der Verdrängungsinitiatoren in Teschen und Oderberg, in Karwin und Freistadt eingezogen sind. Die Sicherung des "polnischen Charakters" des Olsalandes durch die in Ostoberschlesien "erfolgreich" angewandten Methoden ruft den Widerspruch des die große Mehrheit des Landes bildenden altansässigen Schlonsakentums hervor und fügt dort ein neues Moment in das schlesische Problem, mit dem der polnische Staat so, wie er es angepackt hat, niemals fertig werden wird.



Der Bildungsstand in Polen



[[Vergrößern](#)]

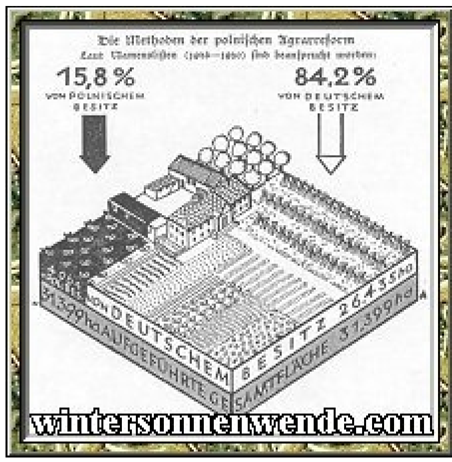
Was sich heute im Olsaland abspielt, das ist seit Jahren in **Ostoberschlesien** von dem Wojewoden

Grazynski vorexerziert worden. Unter dem Vorwand der Notwendigkeit von "Betriebseinschränkungen" oder der "Reorganisation der Betriebe" sind im ostoberschlesischen Industriegebiet die ehemals fast durchweg in deutschem Besitz befindlichen Gruben und Werke nahezu restlos von den deutschen Arbeitern, Angestellten, Ingenieuren und Verwaltungsbeamten gesäubert worden. Wo sich dabei Hemmungen ergaben, half der Druck des Wojewoden nach, zögernde Betriebsdirektoren und Abteilungschefs zu beseitigen und schwankende Verwaltungen durch Entziehung oder Ausschaltung von Staatsaufträgen, Aufbürdung unaufbringbarer Steuerlasten und im Falle des Zahlungsverzuges Einsetzung polnischer, meist vom Wojewoden selbst unmittelbar beeinflußter Zwangsverwalter zur Entfernung der volksdeutschen Arbeitskräfte zu zwingen. Seit Mai 1939 treten wilde "Nationalkomitees" in den einzelnen Betrieben in Aktion, die die Herausgabe der Arbeiter-Verzeichnisse erwirken und daraus "Schwarze Listen" aufstellen und für die sofortige Beseitigung der dort aufgeführten Leute von ihren Arbeitsplätzen sorgen. Die Menschen, die so ohne jeden sachlichen Anlaß nur wegen ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum um Lohn und Brot gebracht werden, oft aus Stellen, in denen sie pflichttreu, fleißig und diszipliniert jahre-, ja jahrzehntelang tätig waren und als anerkannte Facharbeiter oder bewährte Werkmeister früher für unersetzlich galten, müssen scharenweise die Arbeitsplätze räumen, weil sie den gesetzlich zugelassenen deutschen Gewerkschaften oder Angestelltenverbänden angehören oder ihr Kind zur deutschen Schule schicken! Fast immer rücken polnische, zumeist landfremde, aus Galizien oder Kongreßpolen nach Oberschlesien eingewanderte Arbeiter von viel tieferer Sozial- und Kulturstufe in die von den Deutschen (und neuerdings auch von den für ebenfalls "staatspolitisch unzuverlässig" gehaltenen und verdächtigten polnisch-oberschlesischen Arbeitern) gesäuberten Plätze nach. Daß die deutschen Arbeiter und Angestellten seit dem Ablauf des Genfer Abkommens praktisch keinen Kündigungsschutz genießen und den Rechtsweg für Einzel- oder Sammelklagen nicht in Anspruch nehmen können, erklärt sich aus der für das ganze Verdrängungssystem bezeichnenden Tatsache, daß nach der Zwangsbeseitigung der durch ihre politische Isolierung mit der Zeit immer einflußloser gewordenen deutschen Betriebsratsmitglieder die polnischen Betriebsräte und sozialpolitischen Aufsichtsstellen unter dem Druck der gänzlich verpolten Werksleitungen den Deutschen jeglichen Schutz versagen und ihnen damit die gesetzlichen Voraussetzungen für die Wahrnehmung ihrer Rechte nehmen. Diese völlige Entrechtung der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter und Angestellten in der Wojewodschaft Schlesien ist eines der betrüblichsten und härtesten Kapitel der Leidensgeschichte der deutschen Volksgruppe in Polen, nicht zuletzt deshalb, weil der Staat diese Schandakte einer gesetzwidrigen und unsozialen Haltung zuläßt und sanktioniert, derselbe Staat, dessen Existenz auf der ihm international vor der ganzen Kulturwelt auferlegten Verpflichtung zum Minderheitenschutz beruht.[9] Die Folgen dieser (heute meist fristlosen) Entlassungen der Deutschen sind eine unbeschreibliche wirtschaftliche Verelendung und seelische Peinigung. Der Ausweg bleibt die Flucht über die grüne Grenze, der Hungertod oder eine Verzweiflungsexistenz in den gefährlichen "Notschächten", kurz, der Niedergang, die Abwanderung oder das Absterben der Deutschen in Ostoberschlesien.

Nächst der Frage des Verlustes der Arbeitsplätze durch die Massenkündigungen und Massenentlassungen spielt die Anwendung der polnischen **Agrarreform** auf den Bodenbesitz der deutschen Volksgruppe eine entscheidende Rolle im westpolnischen Deutschtumskampf. Die seit dem Inkrafttreten des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 im Gesamtbereich der Republik Polen durchgeführte Agrarreform ist in den polnischen Westmarken von einem agrarwirtschaftlichen und sozialen [Standpunkt] schon von Anfang an zu einem politischen Problem geworden. **Die polnische Agrarreform ist seit Jahren in Posen-Pommerellen die schärfste Waffe Polens im Kampf gegen das Deutschtum.** Sie bedroht durch ihre einseitig gegen den deutschen Privatbesitz getätigten Parzellierungsmaßnahmen und Zwangsversteigerungen den deutschen Lebensraum und wird planmäßig zur Verminderung des deutschen landwirtschaftlichen Besitzanteils angewendet. Schon die erste Namensliste für 1926 zeigte, in welcher Richtung das Gesetz zur Anwendung kommen sollte: Obwohl die Deutschen zu jener Zeit in den Wojewodschaften auf Grund von Annullationen, Liquidationen, Angstverkäufen und freiwilligen

Landveräußerungen nur noch rund 40 v.H., die Polen dagegen rund 60 v.H. der nutzbaren Fläche des privaten Grundbesitzes innehatten, wurden schon beim ersten Anlauf des Gesetzes 91,2 v.H. deutschen Bodens und nur 8,8 v.H. polnischen Bodens zur Parzellierung angefordert, und dies Verhältnis verschob sich zwar in den nachfolgenden Jahren anteilsmäßig, ergab aber bis Ende 1938, daß zur Agrarreform von dem deutschen Besitz 66 v.H., von dem polnischen Besitz aber nur 34 v.H. angefordert wurden. Von 1919 bis 1926 (vor Inkrafttreten des Agrarreformgesetzes) sind in Posen und Pommerellen 499.750 Hektar, von 1926 bis Ende 1938 weitere 110.000 Hektar deutschen Landbesitzes in Durchführung der Agrarreform an Polen verloren gegangen. Die Handhabung der Agrarreform gegen die deutsche Volksgruppe, der gesetzlich legitimierte Bodenraub sowie die Ausschließung der Deutschen von der neuen Landverteilung durch Verweigerung des Landerwerbs haben Jahr für Jahr zu Petitionen der Volksgruppe an den Völkerbund und schließlich auch zur Beschwerde der Reichsregierung auf Grund der Verletzung des Minderheitenschutzvertrages vom 28. Juni 1919 über die unterschiedliche Behandlung zum Schaden der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität, die "übermäßig und ungerecht" zu der Agrarreform beizusteuern gezwungen wurden, und zu Einsprüchen des Senators Hasbach bei der polnischen Regierung geführt. Alle diese Schritte haben praktisch nichts genützt. Sie haben zwar zeitweilig (1933-1934) das Tempo der Agrarreform etwas aufgehalten, aber der deutschen Volksgruppe nicht die gerechte Behandlung ihrer Wünsche und Beschwerden gebracht.

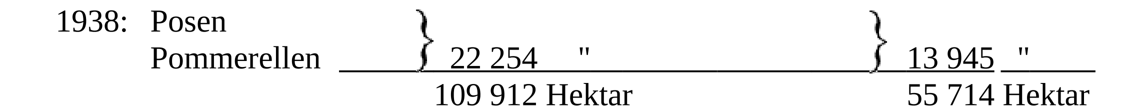
Die Methoden der polnischen Agrarreform



[Vergrößern]

Im einzelnen wurden **auf die Namenslisten** folgende nutzbare Bodenflächen deutschen und polnischen Privatbesitzes angefordert:

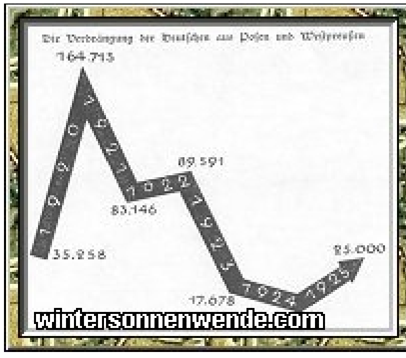
		Deutsch		**Polnisch**	
1926:	Posen	4 300 Hektar	= 91,2 v.H.	150 Hektar	= 8,8 v.H.
	Pommerellen	6 500 "		800 "	
1927:	Posen	4 248 "	= 17 Güter	2 914 "	= 17 Güter
	Pommerellen	5 565 "	= 18 Güter	1 483 "	= 10 Güter
1928:	Posen	1 300 "		1 217 "	
	Pommerellen	2 675 "		2 234 "	
1929:	Posen	1 542 "		300 "	
	Pommerellen	5 760 "	= 18 Güter	270 "	= 3 Güter
1930:	Posen	5 200 "	= 67,7 v.H.	3 308 "	= 32,3 v.H.
	Pommerellen	5 455 "	= 89,25 v.H.	657 "	= 10,75 v.H.
1931:	Posen	Keine Landanforderung!			
	Pommerellen				
1932:	Posen	2 646 "		4 291 "	
	Pommerellen	5 054 "	= 65,67 v.H.	2 642 "	= 34,33 v.H.
1933:	Posen	705 "		360 "	
	Pommerellen	710 "		300 "	
1934:	Posen	---		---	
	Pommerellen	1 032 "		443 "	
1935:	Posen	3 642 "		3 400 "	
	Pommerellen	2 555 "		1 654 "	
1936:	Posen	3 660 "		4 550 "	
	Pommerellen	4 784 "		2 900 "	
1937:	Posen	12 711 "		4 240 "	
	Pommerellen	7 614 "		3 656 "	



1938: Posen / Pommerellen } 22 254 " } 13 945 "
109 912 Hektar — 55 714 Hektar

Nimmt man zu den rund 610.000 Hektar an Polen verlorengegangenen privaten deutschen Bodenbesitz in Posen/Pommerellen noch etwa 150.000 Hektar durch Domänen und Ansiedlungsreserve aus preußischer Zeit an Polen gefallenen Wirtschaftsboden, so ergibt sich ein absoluter deutscher Bodenverlust von über drei Viertel Millionen Hektar an die polnische Hand.[10] Polen hat sich auch in der Anwendung der Agrarreform über die Grundsätze des Völkerbundes (Genfer Dreierkomitee) wie über die deutsch-polnische Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 skrupellos hinweggesetzt, in der ausdrücklich zwischen Berlin und Warschau vereinbart war, daß "die Angehörigen der Minderheit auf wirtschaftlichem Gebiet die gleichen Rechte wie die Angehörigen des Staatsvolkes genießen, insbesondere hinsichtlich des Besitzes oder Erwerbes von Grund und Boden."[11]

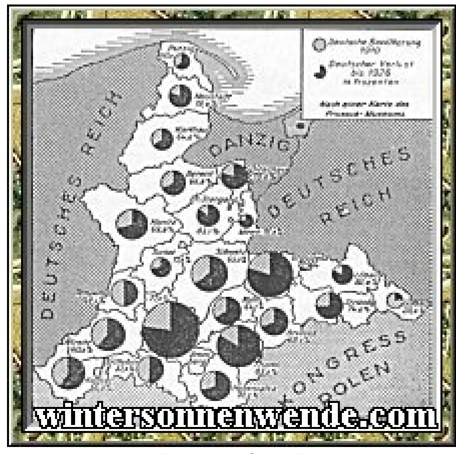
Die Verdrängung der Deutschen aus Posen und Westpreußen



[Vergrößern]

Verdrängt Polen mittels der Agrarreform und der Liquidation das Deutschtum von seinem Bodenbesitz, verhindert es die Neuschaffung deutschen Besitzes, indem es den Übergang des durch die Parzellierung oder Zwangsversteigerung freigewordenen deutschen Bodens in die Hände von Käufern nur polnischer Nationalität lenkt, und polonisiert es das deutsche Wirtschaftsleben durch Ausschaltung der deutschen Arbeitskräfte zwangsweise, so krönt es diesen Vernichtungskampf gegen das Deutschtum durch seine **Minderheitenschulpolitik**. Im Olsaland ist das einst blühende deutsche Schulwesen völlig erledigt. In Ostoberschlesien besuchen heute von etwa 36.000 schulpflichtigen deutschen Kindern nur rund 3.000 deutsche private und rund 9.700 angeblich deutsche öffentliche Schulen; die übrigen sind in polnischsprachigen Volksschulen eingeschult, das heißt in nationalpolnischen Schulen der systematischen Entdeutschung ausgesetzt. Der Besuch der öffentlichen Minderheitsvolksschulen in der Wojewodschaft Schlesien ist seit dem Hochstand im Jahre 1925/26 mit 20.645 Schülern um über die Hälfte zurückgegangen, weil sich der Charakter dieser Schulen infolge der polnischen Schulaufsicht, polnischen Schulleitung und fast ausschließlich polnischen Lehrkräften immer stärker von der Erziehung zur deutschen Kultur entfernt hat und der wirtschaftliche Druck auf die Erziehungsberechtigten, die ihr Kind in die deutsche Schule schicken oder zur deutschen Schule anmelden, sich von Jahr zu Jahr schulzerstörender auswirkt. Andererseits hat die Entwicklung der privaten deutschen Volksschulen von 1921/22 mit 393 Schülern sich bis 1937/38 krisenfester gezeigt, weil hier die Sicherung deutscher Lehrkräfte in den meisten Fällen dank der Tätigkeit des Deutschen Privatschulvereins gewährleistet war. Anfang 1938 bestanden in der Wojewodschaft Schlesien (einschließlich Bielitz-Biala) trotz dem gewaltsamen Abbau des öffentlichen deutschen Schulwesens von 84 Minderheitsvolksschulen im Jahre 1927 noch 35, von den 8 Höheren deutschen Schulen nur noch eine einzige, und seitdem wird durch die Methode, durch behördliche Visitationen "bauliche Mängel" an den Schulgebäuden und Schulklassen zu konstruieren, durch Entziehung der Unterrichtserlaubnis und Versetzung deutschgesinnter Lehrer an polnische Schulen oder gar in die Kulturwüste Ostpolens, schließlich auch durch Entlassung der letzten deutschen Lehrkräfte aus dem Schuldienst Unterricht und Erziehung ausschließlich polnischen Lehrern zugeschoben

Die Entdeutschung Pommerellens



[Vergrößern]

und so in diese letzten Pfeiler des deutschen Kulturlebens Bresche auf Bresche geschlagen. Wie in Ostoberschlesien, so wird die Zerstörung des deutschen öffentlichen und privaten Schulwesens - samt der Kindergärten - auch in Posen und Pommerellen mit Hilfe allgewaltiger polnischer Kreisschulinspektoren durchgeführt. Es spricht für sich, daß von 31.000 deutschen Schulkindern in Posen-Pommerellen 16.000 = 51,6 v.H. (1937) in polnischsprachigen Volksschulen eingeschult und daß an den 152 deutschsprachigen öffentlichen Unterrichtsbetrieben schon vor dem Einsetzen der maximalen Schulvernichtungsaktion 25 v.H. aller Lehrer Nationalpolen waren.[12] Als die Hauptsorge der deutschen Erziehungsberechtigten in den polnischen Westmarken wird die geistige und seelische Verkrüppelung der deutschen Schulkinder betrachtet, die in "deutschen" Schulklassen von nationalpolnischen Lehrern unterrichtet werden, welche die deutsche Sprache weder in Wort noch Schrift beherrschen und deren "pädagogische Leistungen" in der Erziehung zur deutschen Kultur wahrhaft erschütternde Beispiele geboten haben. Es ist heute nicht einmal die Auflassung deutscher Schulklassen und die Schließung ganzer deutscher Schulen, die sich schwerwiegend für die Zukunft der deutschen Volksgruppe auswirken, sondern die Verkümmerung des deutschen Charakters dieser Schulen durch das Überwuchern polnischen Geistes; ergibt doch die Praxis des deutschen Volksschulunterrichtes, daß die Einführung des Polnischen als Unterrichtssprache in den öffentlichen, aber in immer wachsendem Maße auch in den privaten deutschen Volksschulen dazu geführt hat, daß Polnisch, Geschichte und Erdkunde, aber auch Rechnen, Handarbeit, Singen und Turnen(!) in den deutschen Schulen in Polnisch unterrichtet werden. Was bleibt da schließlich noch von dem "deutschen Charakter" dieser Minderheitsschulen übrig? Höhere Schulen, gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen, Haushaltungsschulen und sogar die deutschen Kindergärten werden von der polnischen Schulpolitik wie von einem Moloch verschlungen: sie werden willkürlich geschlossen oder durch das Eindringen polnischer Lehrkräfte und die ihnen aufoktroyierte Einführung des Polnischen als Unterrichtssprache so schwer in ihrem deutschen Kulturgeist und ihrer deutschen Erziehungsaufgabe geschädigt, daß man heute ohne Übertreibung von einem Trümmerfeld des deutschen Schulwesens in den polnischen Westmarken sprechen kann.[13]



Erstes preußisches Amtsgericht, erbaut 1830.

Bromberg

Stadttheater.

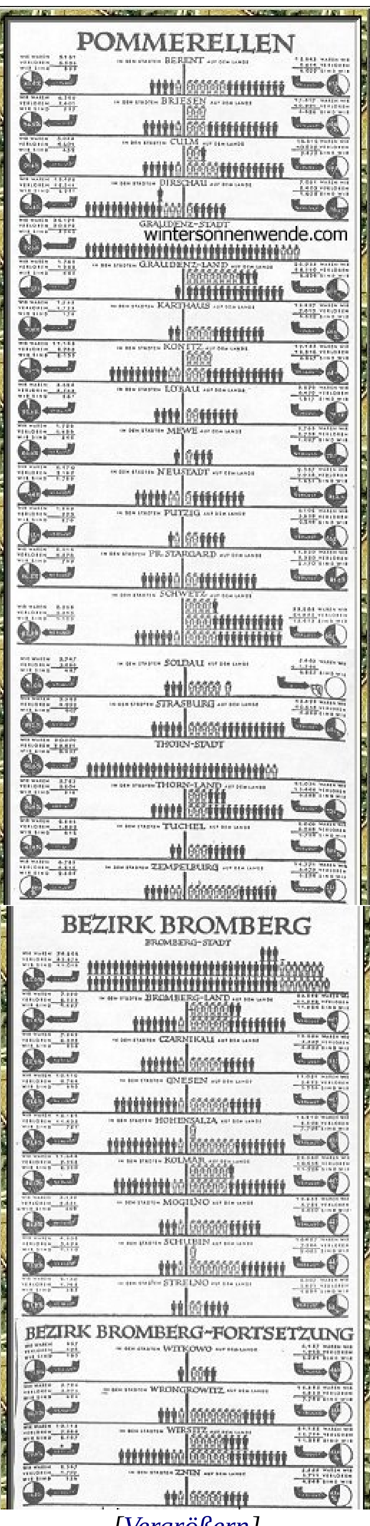




Hatten sich die polnischen Behörden während der Versuchsperiode einer deutsch-polnischen Verständigung eine gewisse Zurückhaltung bei der Brutalität ihrer Vernichtungsmaßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe auferlegt, so sind alle Schleusen des Hasses und der Hetze, des Terrors und der gewaltsamen Beseitigung des Deutschtums in den polnischen Westmarken seit der außenpolitischen Hochspannung zwischen Warschau und Berlin geöffnet. Verhaftungen, Haussuchungen und Bestrafungen aus nichtigen oder gar keinen Gründen, Überfälle und Eigentumsverletzungen, ganze Serien von Beschlagnahmungen deutscher Minderheitsblätter und Presseprozesse, Enteignungen evangelischer Kirchen, Schließung deutscher Apotheken, landwirtschaftlicher Genossenschaften, Gewerkschaften, Verbot von Vereinen, Schließung und vollständige Liquidierung der deutschen Häuser (unter anderen des Lodzer Hauses des deutschen Männergesangvereins, des Bromberger Zivilkasinos, des Posener Evangelischen Vereinshauses, des Tarnowitzer Bergschulgebäudes,[14] Auflösung der Deutschen Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft in Oderberg, Schließung des Oderberger Gymnasiums, Verbot der

Betätigung der deutschen Gesang- und Turnvereine, Unterstellung der deutschen Molkereien unter polnische Verbandsführung, Ausschluß der volksdeutschen Studenten von den Hochschulen, Beschlagnahme der deutschen Bibliotheken (unter anderen der Bromberger Bibliothek des Deutschen Büchervereins mit 20.000 Bänden, eine der größten in Polen), Absetzung und Ausweisung deutscher Pastoren,[15] Boykott des deutschen Handels und Handwerks, Schließung deutscher Geschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe, Raub deutscher Krankenhäuser, Beseitigung aller deutschen Ärzte aus der ostoberschlesischen Knappschaft und den Krankenkassen, Schließung der deutschen Kindererholungsheime und der deutschen Schutzhütten, Verdrängung des deutschen Buches und Einschränkung des deutschen Fremdsprachunterrichts, Vernichtung des selbständigen deutschen Gewerbestandes durch Entziehung öffentlicher Aufträge und willkürliche Behandlung bei der Festsetzung und Eintreibung der Steuern, Verbot der Ferienverschickung deutscher Kinder, Entziehung der deutschen Turnhallen und Sportplätze und kurzfristige, fast immer ohne Angabe von Gründen erfolgte Ausweisung aus der Grenzzone, Unterbindung deutscher Kultur- und Theaterveranstaltungen, Auflösung der Evangelischen Frauenhilfe und Verhinderung der deutschen Schulkinderspeisung, Abschaffung der katholischen deutschen Gottesdienste, Beschleunigung der Parzellierung deutscher Güter, Entziehung der Grenzkarten, kurz, wo sich nur immer das Leben der deutschen Volksgruppe empfindlich treffen läßt, da sind die polnischen Behörden und ihre Handlanger zur Stelle. Ob man die unsinnige Zerstörung des Graf Reden-Denkmals in Königshütte als des letzten äußeren Zeugen alter deutscher Wirtschafts- und Kulturarbeit in Ostoberschlesien, ob man den Abbruch der berühmten Münsterwalder Eisenbahnbrücke, ob man die sträfliche **Vernachlässigung der Deichunterhaltung, des Hochwasserschutzes und der Stromregulierung der Weichsel** nimmt, allenthalben tritt die polnische Wirtschaft in "Beispielen" in Erscheinung, die ihre gehässige deutschfeindliche Ausrichtung auf Schritt und Tritt bezeugen. Seit Mitte Juni ist die Zerschlagung des kulturellen, organisatorischen und genossenschaftlichen Lebens der deutschen Volksgruppe in den Wojewodschaften die Tageslosung. Aber alle noch so schweren Opfer und harten Schläge können die deutsche Volksgruppe nicht so schwächen, daß sie sich selbst aufgibt. Ihr völkischer Selbstbehauptungswille ist so gesund, so stark und so zukunftsgläubig, daß sich die polnische Staatsführung in einem grundlegenden Irrtum befindet, wenn sie glaubt, die Lebenskraft des deutschen Volkstums in Polen töten zu können!

Der deutsche Volksbestand in Westpreußen und Posen und seine Verluste in den ersten Jahren polnischer Herrschaft

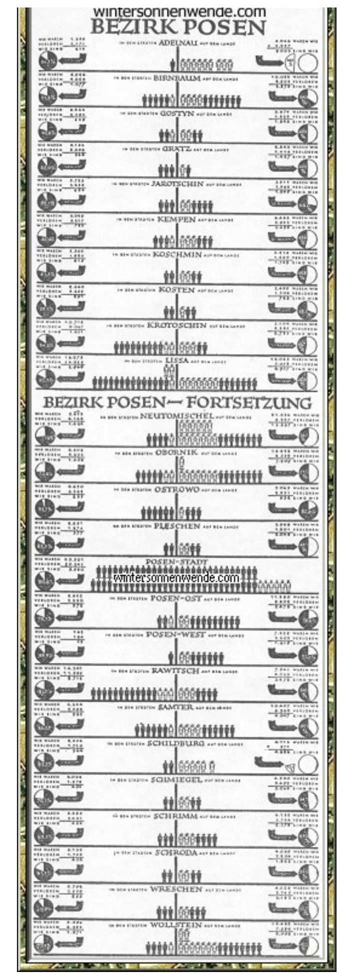


[Vergrößern]

Ohne die Durchsetzung des von den Autoritätsmächten zur Überwindung und Auslöschung des Versailler Unfriedenssystems neu in die Welt eingeführten europäischen Ordnungs- und völkischen Rechtsprinzips auch in dem künftigen deutsch-polnischen Nachbarverhältnis wird die Frage der polnischen Westmarken, das heißt das Schicksal der deutschen Volksgruppe im völkischen Mischraum von Danzig bis Oderberg, nicht endgültig gelöst werden. In heroischer Haltung besteht das Deutschtum in Polen den Kampf um seine völkischen Lebensrechte. Unübersehbar ist die volksdeutsche Verlustbilanz an materiellem, kulturellem und

seelischem Gut. Brutal ist der Zugriff des polnischen Staates und seiner Helfershelfer. Haß und abgrundtiefe Feindschaft gegen das deutsche Element sind die Triebfedern der polnischen Verdrängungspolitik. Natürlich können sich die Wojewoden der Westmarken "großer Erfolge" im Vergewaltigungskampf gegen die Deutschen rühmen, aber mit welchen brutalen Mitteln und aus welcher verbrecherischen Gesinnung sie diese "Erfolge" erzielt haben, das wird ewig ein Schandmal in der Geschichte des polnischen Staates von Versailles' Gnaden bleiben.





[Vergrößern]

Anmerkungen

1 Lloyd Georges Erklärung im Unterhaus am 13. Mai 1921: "Vom geschichtlichen Standpunkt hat Polen nicht das geringste Recht auf Oberschlesien." ...zurück...

2 Die polnische Behauptung, die Behörden würden "von der öffentlichen Meinung des Landes gedrängt", den deutschfeindlichen Kurs immer weiter zu verschärfen, widerspricht der Tatsache, daß die Wojewoden als Träger der Verdrängungspolitik den Chauvinismus der nationalistischen Verbände in ihre Ziele einspannen und dadurch den Anschein erwecken, als handele es sich bei dem Kampf gegen das Deutschtum um eine allgemeine polnische Volksbewegung. ...zurück...

3 Über "Die Entwicklung der Posener Landwirtschaft seit 1919" vergleiche Dr. agr. Albrecht Schubert (Posen 1928), der aufzeigt, wie Posens Erzeugung an Gerste, Roggen, Kartoffeln, Zuckerrüben bei weitem den landwirtschaftlichen Produktionsdurchschnitt Preußens überragte, die Posener Landwirtschaft sich aber im Rahmen der polnischen Staatswirtschaft sehr wechselvoll entwickelt hat. / Theodor Oberländer: *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellen vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich* (Berlin 1937). / Theodor Oberländer: "Die wirtschaftliche Notlage der früher preußischen Provinzen Posen und Westpreußen" (*Jomsburg*, Jhg. 1 [1937], S. 143ff.) / Imma Swart: *Das polnische Genossenschaftswesen im polnischen Staat* (Leipzig 1938). ...zurück...

4 Daß durch die Zuteilung des größeren Teiles des oberschlesischen Industriegebietes an Polen Ostoberschlesien nicht nur wirtschaftspolitisch sondern auch rein politisch gesehen zu einem Teil des Korridorproblems geworden ist, zeigen: Werner: *Weichselkorridor und Ostoberschlesien, Der weltwirtschaftliche Zusammenhang beider Probleme* (Breslau 1932) und Carl Budding: *Der polnische Korridor als europäisches Problem* (Danzig 1932). Über "Die Auswirkungen der Grenzziehung auf die oberschlesische Montanindustrie" unterrichten Gerhard Wende, ferner Paul Deutsch: *Die oberschlesische Montanindustrie vor und nach der Teilung des Industriebezirkes* (Bonn 1926) und Konrad Rasch: *Die Teilung Oberschlesiens und ihre Bedeutung für die Kohlen-, Eisen- und Zinkindustrie* (Berlin 1926). Durch die Grenzziehung sind 49,1 Milliarden Tonnen Kohlenvorräte, das heißt 85 v.H. der Kohlenvorräte des deutschen Besitzanteils an Polen gefallen, während Westoberschlesien nur einen Kohlenvorrat von 8,7 Milliarden Tonnen (bis 1000 Meter Teufe) behielt; es erhielt ferner weitaus die Mehrzahl der Produktionseinrichtungen, die Bergwerksschächte, Verhüttungsanlagen, Stahl- und Walzwerke usw., so daß es

verfügt über	74,4	v. H. der Kohlenproduktion
	81	v. H. der Zinkblendeproduktion
	72,5	v. H. der Bleierzproduktion
	62	v. H. der Roheisenproduktion
	69	v. H. der Rohstahlproduktion
	78	v. H. der Walzwerkproduktion

Nahezu vier Fünftel der bergbaulichen und industriellen Werte Oberschlesiens wurden Polen zugeteilt. ...zurück...

5 Vergleiche das Kartenwerk *Oberschlesien-Atlas* von Dr. Walter Geisler (Volk und Reich 1938) / Ferdinand Friedensburg: *Kohle und Eisen im Weltkriege und in den Friedensschlüssen* (München 1934), S. 273ff. / Th. Oberländer: *Polen und seine Wirtschaft* (Königsberg 1937). / Von der Kohlenförderung in ganz Polen in Höhe von 38 Millionen Tonnen entfiel auf Ostoberschlesien eine Förderung von 28,7 Millionen Tonnen, wovon rund 10 Millionen Tonnen im ostoberschlesischen Revier selbst verbraucht, 11,7 Millionen Tonnen exportiert und wenig

mehr als 7 Millionen Tonnen vom polnischen Binnenmarkt aufgenommen wurden, das heißt knapp 25 v.H. wurden in Polen selbst verbraucht, aber über 40 v.H. ins Ausland ausgeführt. Auch für die anderen Erzeugnisse des Reviers, vor allem Zink, Eisen und Blei, ist in Polen selbst kein genügender Absatz. ...zurück...

6 Diesen Namen gibt der Volksmund den aus **Holz** gebauten winzigen polnischen Bauernsiedlungen, die aus den durch die Agrarreformgesetze des Ministers Poniatowski aufgeteilten Gütern errichtet worden sind. ...zurück...

7 Angaben nach *Petit Annuaire Statistique de la Pologne* 1938 (Warschau) S. 12, 22/23. ...zurück...

8 Viktor Kauder: *Das Deutschtum in Polen* (Leipzig 1939); derselbe: *Das Deutschtum in Polnisch-Schlesien* (Plauen 1932). Nach Kauder hätte das Deutschtum in der Wojewodschaft Schlesien von 1921 bis 1931 durch Option und Abwanderung etwa 40.000 und von 1931 bis Anfang 1939 weitere 70.000 Seelen, insgesamt 110.000 Köpfe verloren, während Posen-Pommerellen in diesem Zeitraum an die 900.000 deutsche Menschen durch Massenabstrom eingebüßt hat. Die polnischen Zahlenangaben über den deutschen Besitzstand entbehren durchweg einer sachlichen Grundlage, sie sind willkürlich, in sich widerspruchsvoll und deshalb praktisch unbrauchbar. Die deutschen Ziffern dürften der Wirklichkeit sehr nahe kommen und richtig sein, weil sie auf sehr vorsichtigen und eingehenden Feststellungen beruhen. Durchweg gibt die polnische Statistik die Zahl der Deutschen in Polen zu niedrig an, während sie andererseits die Zahl der Polen in Deutschland mit "1½ bis 2 Millionen" um mehr als das Zehnfache zu hoch ansetzt (vergleiche Hans Schadewaldt: "Die Stärke der polnischen Minderheit im Reiche." *Der Oberschlesier*, April 1939). ...zurück...

9 Seit der Erklärung des polnischen Außenministers Oberst Beck vor der Völkerbundsversammlung am 13. September 1934 über die Loslösung Polens von dem internationalen System der Behandlung von Minderheitenangelegenheiten erkennt Warschau als alleinige Grundlage der Behandlung von Beschwerden der Minderheiten die polnische Verfassung Artikel 110 ff. an, für den aber die angekündigten, doch bisher nicht erlassenen Durchführungsverordnungen fehlen, so daß, wie die tägliche Praxis lehrt, das innerstaatliche System des Minderheitenschutzes nicht als ausreichend angesehen werden kann. ...zurück...

10 Vergleiche Hermann Rauschning: *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens*. Berlin 1930. R. schätzte schon für 1930 den deutschen Bodenverlust an Polen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen auf 700.000 Hektar (S. 373f.). ...zurück...

11 Die außerordentlich gesteigerten Landanforderungen an den deutschen Besitz in den Jahren 1937 bis 1938 zeigen, daß sich die polnische Regierung in ihrer Kampfstellung gegen die deutsche Volksgruppe ebenso wenig um den Geist des deutsch-polnischen Verständigungsvertrages vom 26. Januar 1934 scherte wie um die im Rahmen dieses Verständigungsvertrages zwischen Berlin und Warschau getroffene Minderheitenvereinbarung vom 5. November 1937. ...zurück...

12 Krahmer-Möllenberg berichtet in "Vom deutschen Schulwesen in Polen" (*NS.-Monatshefte*, Folge 108/1939), daß heute von rund 125.000 deutschen Schülern 103.000 = 80 v.H. als der Entdeutschung ausgesetzt betrachtet werden müssen, und Hans Kohnert teilt in "Die Verluste der Deutschen Volksgruppen in der Nachkriegszeit" (*Nation und Staat*, Heft 2/3, 1936) mit, daß von rund 50.000 deutschen Schulkindern in Kongreßpolen schon 1936 nur wenig über 1.000 öffentliche deutsche Schulen mit deutscher Unterrichtssprache besuchen konnten. Rund 17.000 deutsche Kinder haben dort in keiner Form mehr deutschen Unterricht. "Die öffentliche deutsche Schule in Polen ist zu einem großen Teil aus einer Volkstumsschule längst ein Werkzeug der Polonisierung geworden" (Krahmer-Möllenberg). ...zurück...

13 Die von polnischer Seite verbreitete These (die nur auf polnischem Papier steht und ausschließlich für die polnische Auslandspropaganda zurechtgemacht ist), daß im Bereich der Republik Polen über 550 deutsche Volksschulen und 36 Höhere deutsche Schulen bestehen, läßt sich leider durch den Wirklichkeitsbestand des deutschen Schulwesens in Polen nicht belegen. ...zurück...

14 Die deutschen Häuser wurden von der polnischen Presse als "Festungen des kämpfenden Germanentums" herausgestellt; ihre Schließung soll das Gemeinschaftsleben der Deutschen lähmen und zerstören. ...zurück...

15 Über den Leidensweg der deutschen evangelischen Kirche vergleiche meinen Aufsatz "Die kirchliche Lage in Polen" in: *Auslandsdeutschtum und evangelische Kirche*, Jahrbuch 1937, S. 165ff. *[Scriptorium merkt an: diesen Artikel haben wir hier bei dieser online-Ausgabe dieses Buches als **Anhang** hinzugefügt.]* ...zurück...



In den Jahren 1906 bis 1909 wurde die ***Münsterwalder Weichselbrücke*** *in einer Gesamtlänge von 1058 Meter errichtet. Sie galt als Meisterwerk deutscher Technik. Aufgabe der Brücke war es, bedeutende Wirtschaftsgebiete Ost- und Westpreußens mit dem Innern des Reiches zu verbinden. In den Jahren 1928 bis 1929 wurde diese gewaltige Brücke willkürlich von den Polen zerstört, um Ostpreußen mehr und mehr zu isolieren.*



Die Münsterwalder Weichselbrücke nach ihrer Vollendung im Jahre 1909.



Der gewaltige Bau vor dem Abbruch, aufgenommen am 20. August 1927.



Die Abrißarbeiten beginnen.



Aufnahmen vom 5. Mai und 4. Juli 1928.



Die Hälfte der Brücke ist abgebrochen. Winter 1928/29.



Stand der Abbruchsarbeiten am 28. August 1929.



Abbruch des letzten Brückenbogens, Aufnahme 11. Dezember 1929.



Die Pfeiler der Brücke vor der Sprengung.

Der deutsche Durchgangsverkehr durch den Korridor
Herbert Franze

In der *Preußischen Zeitung* erschien am 27. April 1939 folgende Meldung: "Ein einundzwanzigjähriger Berliner namens W. war zur Ableistung seiner Arbeitsdienstpflicht nach Ostpreußen einberufen worden. Am 2. April trat er die Fahrt nach Ostpreußen an. Während eines Aufenthaltes des visumfreien D-Zuges im Korridor entspann sich von einem Zugfenster aus eine Auseinandersetzung zwischen einem Fahrgast und dem Wagenmeister Kempinski aus Konitz, an der W. vollkommen unbeteiligt war, weil er in seinem Abteil saß und schlief. Ein Fahrgast, der nicht ermittelt werden konnte, hatte nach Aussagen einwandfreier Zeugen eine wirklich harmlose und eher als Anerkennung denn als Beleidigung aufzufassende Bemerkung über die Mütze des gerade mit seinem Hammer hantierenden Wagenmeisters K. gemacht. Da die Fahrgäste des Abteils den angeblichen 'Übeltäter' nicht gesehen hatten, konnten sie dem Verlangen der polnischen Beamten, ihn zur Festnahme zu bezeichnen, nicht nachkommen. Daraufhin nahmen die polnischen Beamten W. als Geisel mit. Das Tollste ist jedoch, daß sich ein polnisches Gericht gefunden hat, das diesem Willkürakt die Krone aufsetzte und W. zu acht Monaten Gefängnis verurteilte. W. büßt jetzt für die Provozierung des Wagenmeisters K. aus Konitz und seine Auseinandersetzung mit einem unbekannten Dritten in einem polnischen Gefängnis." Der Inhalt dieser Meldung wird durch eine Notiz der *Gazeta Pomorska* vom 21. April 1939 ergänzt, wonach W. wegen "Beleidigung des polnischen Staates" zu acht Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt wurde. Wie ist es möglich, daß im Korridor aus einem deutschen Zug heraus ein Arbeitsdienstpflichtiger, der sich zu einem Lager begibt, verhaftet werden kann?

Der Vorfall, der nicht einzig dasteht, zeigt, was die Zerreißung des Reiches in zwei Teile bedeutet. Gewiß weiß jeder Deutsche, daß die Schaffung des Korridors ein bitteres Unrecht war. **Um einem 30-Millionen-Staat einen Zugang zum Meer zu geben, wurde die Lebenseinheit eines 65-Millionen-Volkes im damaligen Reich zerschnitten.** Diese allgemeine Betrachtung, die jedem Deutschen geläufig ist, wird erst in ihrer ganzen Tragweite lebendig, wenn man einmal selbst durch den Korridor gefahren ist, wenn also plötzlich im deutschen Zug ein Beamter in fremder Uniform ins Abteil tritt und in fremder Sprache das Vorzeigen der Fahrkarten verlangt. Diesen ersten Eindruck müßte man jeden Deutschen und jedem Ausländer, der über diese Fragen mitreden will, einmal vermittelt haben, dann würde er auch Verständnis für die Fülle des Unmöglichen gewinnen, das die Regelung der Korridorfrage mit sich gebracht hat.

Als sich Deutschland in Versailles gegen das Unrecht des Korridors wandte, wurde ihm in der Note vom 16. Juni 1919 entgegengehalten, "daß sich der Verkehr Ostpreußens immer überwiegend auf dem Seeweg abgewickelt habe". Diese Begründung ist ebenso falsch wie die Auslegung der Wilsonschen vierzehn Punkte dahin, daß Polen seinen freien Zugang zum Meer über einen breiten Streifen eigenstaatlichen Gebietes, den Korridor, erhalten sollte. Im Personenverkehr ist zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet als ordentliches Verkehrsmittel nie der Seeweg benutzt worden, ebensowenig wie an anderen Teilen der deutschen Ostseeküste ein überlokaler Seeverkehr besteht.

Im Frachtverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wurden 1913 befördert:

mit der Eisenbahn	2 377 534 Tonnen
über See	632 116 Tonnen

Vier Fünftel des Verkehrs mit Ostpreußen beförderte also die Eisenbahn.

Die Zerschneidung des Reiches bedeutete eine so schwere Gefährdung des Wirtschaftslebens Ostpreußens, daß man sich sogar in Versailles dazu bequemte, besondere Bestimmungen über eine

Erleichterung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet vorzusehen. Diese Bestimmungen sollten ihre Ausführung durch einen deutsch-polnischen Vertrag finden, der binnen Jahresfrist abzuschließen war. Die Verhandlungen über diesen Vertrag begannen am 23. Februar 1920. Da sie ergebnislos blieben, wurden sie vom August 1920 an unter Vermittlung des Botschaftsrates fortgeführt, der zu den Verhandlungen einen französischen Eisenbahnfachmann abordnete. Am 16. Februar 1921 wurden sie durch das "Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland" abgeschlossen. Das Abkommen wurde am 21. April 1921 in Paris unterzeichnet. Der Abschluß kam auch in diesem Zeitpunkt nicht zustande, weil nun die einfachsten deutschen Forderungen anerkannt wurden sondern weil für das Reich die unbedingte Notwendigkeit bestand, endlich zu geregelten Verhältnissen zu kommen. In Kraft trat diese Regelung erst am 1. Juli 1922.

Bis zum Inkrafttreten des Abkommens herrschten im Eisenbahnverkehr völlig unhaltbare Zustände. Anfangs war er fast gänzlich unterbrochen. Auf der nördlichsten Durchgangsstrecke Lauenburg (Pom.) - Danzig - Marienburg konnte allmählich ein Personenverkehr stattfinden, aber unter Paßzwang und Zollrevisionen. Auf Grund einer vorläufigen Vereinbarung vom 1. Dezember 1920 wurde der Verkehr auf der Strecke Konitz - Marienburg freigegeben. Die Anzahl der Züge war völlig unzureichend, und der Fahrkartenverkauf mußte rationiert werden. Reichsdeutsche Reisende brauchten überdies ein polnisches Visum, dessen Beschaffung zunächst eine Reise zum nächsten polnischen Konsulat erforderte und auch sonst auf zahlreiche Schwierigkeiten stieß.

Der Güterverkehr wickelte sich noch unregelmäßiger ab. Ein bestimmter Fahrplan oder eine Vereinbarung über Zugfolgen konnte nicht getroffen werden. Grundsätzlich wurden für den Güterverkehr nur Nebenstrecken freigegeben. Tausende von beladenen Güterzugwagen mußten auf beiden Seiten des Korridors wochenlang abgestellt werden, da die polnischen Bahnen den Verkehr nicht bewältigten. Im August 1921, also schon nach Abschluß des Übereinkommens, wurde der Eisenbahnverkehr für acht Tage durch einen Streik der polnischen Eisenbahnangestellten fast völlig lahmgelegt. Es würde zu weit führen, alle die Schwierigkeiten dieser ersten Jahre aufzuzählen.

Die vielen Hemmnisse und Zwischenfälle legten es nahe, den unbeliebten Weg durch den Korridor über See zu umgehen. Zwischen Pillau und Swinemünde wurde ein ständiger Passagierdampferverkehr, der vor dem Kriege nie bestanden hatte, eingerichtet. Er brachte es bereits im ersten Jahre (1920) auf eine Rekordzahl, nämlich 183.021 Fahrgäste gegen 146.599 Fahrgäste beim Seedienst Ostpreußen im Jahre 1938. Auch im Güterverkehr wurde, besonders nach dem völligen Ausfall des Binnenschiffahrtsweges über Warthe, Netze, Weichsel, Nogat, der Seeweg unter erheblichen Kosten und Zeitverlusten aufgebaut.

Das Pariser Abkommen vom April 1921 regelte in erster Linie den Eisenbahnverkehr durch den Korridor. Einmal wurde der gewöhnliche Durchreiseverkehr, auf den die allgemeinen Regeln des zwischenstaatlichen Eisenbahnverkehrs - Paßzwang und Zollrevision - Anwendung finden, vorgesehen. Er gewann aber neben dem sogenannten privilegierten Durchgangsverkehr keine besondere Bedeutung. Auf bestimmten - zunächst sieben - Strecken wurde die Durchführung von geschlossenen Zügen oder Zugteilen ohne Paßzwang und Zollrevision vorgesehen. Die Züge bestehen aus deutschen Wagen, werden aber von polnischen Beamten mit polnischen Maschinen als polnische Züge durch den Korridor geleitet. Die Reisenden sind den Gesetzen des Durchgangslandes unterworfen. Die Zahl der Züge ist begrenzt, der Fahrplan wird in gemeinsamen Fahrplankonferenzen festgelegt. Polen kann den völligen Wegfall von Zugverbindungen beantragen, wenn die privilegierten Züge im Durchschnitt zu weniger als 60 v.H. der vorhandenen Plätze besetzt sind. Im August, dem stärksten Reisemonat, beträgt die Durchschnittsbesetzung im reichsdeutschen Schnellzugverkehr nur 50 v.H., im Korridor wird die täglich angebotene Platzzahl im Jahresdurchschnitt nur zu 30 v.H. ausgenützt, wobei zu beachten ist, daß eine Mindestzahl von

28 Achsen je Zug vertraglich vorgeschrieben ist. In den Verhandlungen, die auf dem Pariser Abkommen fußen, hat Polen es verstanden, die Zahl der benutzten Strecken von sieben über fünf auf zwei Durchgangsstrecken herabzudrücken, von denen die Strecke Lauenburg - Danzig - Marienburg fast keine Bedeutung hat. Auf der Strecke Konitz - Marienburg verkehren jetzt täglich zwölf Zugpaare, davon zehn regelmäßig, das heißt ebensoviel wie vor dem Kriege allein auf dieser Strecke Züge den Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich vermittelten, ohne daß die beförderte Personenzahl seither etwa geringer geworden wäre.

Bezeichnend für den Vertrag sind aber die kleinen Verkehrserschwerungen, die jeder einzelne Reisende als Schikane empfinden muß. Auf den Transitstrecken dürfen nur Wagen mit innerem Durchgang verkehren. Die Fenster durften während des Aufenthaltes auf Stationen im Korridor überhaupt nicht geöffnet werden, während der Fahrt nur auf der Gangseite. Was das an warmen Sommertagen bei den langen Aufenthalten in den Übergangsstationen bedeutet, weiß nur derjenige, der diese Strecke einmal gefahren ist. Erst 1933 wurde diese Bestimmung durch ein besonderes Abkommen fallengelassen. Angehörige der Wehrmacht dürfen nur die blanken Waffen (Säbel, Seitengewehr), aber keine Schußwaffen mitführen. Auch diese mußten anfangs im Gepäckwagen abgegeben werden. Das Herausreichen oder Hereinnehmen von Gegenständen und das Aussteigen ist den Reisenden untersagt. Dies hindert nicht, daß auf diesen Stationen alle Emigrantenzeitungen angeboten werden.

Besondere Erschwerungen treffen den Reiseverkehr nach Danzig. Der Reisende, der ohne polnische Zollkontrolle und polnisches Visum nach Danzig will, muß, wenn er den Weg über Konitz wählt, die gesamte Korridorstrecke nach Marienburg fahren, von dort auf der gleichen Linie bis Dirschau zurückfahren, nur deshalb, weil Polen die Möglichkeit des Umsteigens aus dem Transitzug in einen Zug nach Danzig auf der polnischen Station Dirschau ohne polnisches Visum nicht freigibt. Überdies gibt es nur zwei visumfreie Personenzüge von Marienburg nach Danzig, so daß Reisende, die diese Anschlußzüge nicht benutzen können, auf den Danziger Postomnibusverkehr angewiesen sind, der zwar in der Hauptreisezeit einen guten Ersatz bietet, im Winter und im Frühjahr durch den Weichseleisgang oft tagelang unterbrochen ist. Die Dirschauer Eisenbahn- und Straßenbrücken reichen nicht ohne Grund als polnische Brückenköpfe auf Danziger Gebiet hinüber, so daß es keine Brückenverbindung über die Weichsel im Danziger Gebiet gibt. Der Reisende, der von Ostpommern über Lauenburg visumfrei nach Danzig fahren will, stößt auf noch größere Schwierigkeiten. Er darf aus dem Transitzug in Danzig oder Zoppot nicht aussteigen sondern muß zunächst nach Marienburg fahren und von dort auf der gleichen Strecke nach Danzig oder Zoppot. Das bedeutet einen Umweg von 124 Kilometern bei achtmaliger Überschreitung einer Staatsgrenze.



Eisgang auf der Weichsel bei Thorn.

Im Güterverkehr müssen für die der polnischen Eisenbahn zu übergebenden Ladungen auf den Grenzbahnhöfen elf Zug- und sieben Ladelisten ausgestellt und abgestempelt werden, obgleich Polen schon von jeder Frachtkarte ein Duplikat erhält. Die geschlossen durchfahrenden Güterzüge müssen eine Mindeststärke von 100 Achsen haben. Die Festsetzung einer derart hohen Achsenzahl ist ganz ungewöhnlich und machte bei der allgemeinen Verkehrsschrumpfung in den Krisenjahren ein Sammeln von Ladungen notwendig, was eine Verlängerung der Beförderungsdauer zur Folge hatte. Bei dem heutigen gesteigerten Güter- und Personenverkehr lassen sich deshalb Güteranstauungen nicht vermeiden, weil die Güterzüge auf polnischer Seite mit sehr geringen Geschwindigkeiten fahren. Polen bemüht sich auch nicht, die Zahl der Güterzüge zu erhöhen.

Dabei ist der Korridorverkehr für Polen ein glänzendes Geschäft. Auf wenigen, sehr gut befahrenen

Strecken werden Züge aus deutschen Wagen, die die Maschinenkraft durch hohe Auslastung voll ausnutzen, ohne Abfertigungsaufwand, Rangierleistungen oder Leerfahrten, durchgeführt. Die Beförderungsanteile, die Polen dafür erhält, stellen eine starke Überbezahlung dar. Allein die Tatsache, daß sogar Militärzüge ohne Ermäßigung nach den Sätzen des allgemeinen öffentlichen Verkehrs zu vergütern sind, zeigt, welche Einnahmen der polnischen Bahn hier zufließen. Für die Reichsbahn bedeutet dagegen der Korridorverkehr ein erhebliches Verlustgeschäft, da die Mehrkosten des Transitverkehrs nicht aufgeschlagen werden können. Darüber hinaus hat das Reich für Ostpreußen besondere Aufwendungen zu machen, damit die durch den **Verlust Westpreußens und Posens** als Absatzgebiete Ostpreußens entstandene Wegverlängerung vom Erzeuger zum Abnehmer (300 bis 400 Kilometer) ausgeglichen wird. Die Frachtvermehrung beträgt zur Zeit jährlich etwa 25 Millionen Reichsmark. Das Reich muß zum Ausgleich der ungünstigen Frachtlage jährlich 10 Millionen Reichsmark als Ostpreußenhilfe aufwenden.

Wenn sich schon in geregelten Zeiten erhebliche Schwierigkeiten herausstellen, so wirkt sich der Korridor in Krisenzeiten noch viel gefährlicher aus. Bereits im Jahre 1921 hat ein Streik polnischer Eisenbahner die gesamte Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet gefährdet. Polen hat sogar das vertragliche Recht, im Falle eines Krieges in Europa, selbst wenn beide Staaten völlig unbeteiligt sind, 48 Stunden nach Ankündigung den Durchgangsverkehr einzuschränken, bei Verhängung des Belagerungszustandes kann es im Korridorverkehr Paßzwang anordnen. Aber schon bei besonderen Notständen, die in einem Teile Ostpreußens auftreten können, besteht bei den vielen einschränkenden Bestimmungen keine Möglichkeit, Ostpreußen durch die Eisenbahn aus dem Reich unverzüglich Hilfe zu leisten. Was das bedeutet, hat in der besten Zeit der deutsch-polnischen Beziehungen der Jahreswechsel 1935/36 gezeigt. Die polnischen Beförderungsanteile im Jahre 1935 betrugen rund 76 Millionen Zloty. Als die Reichsbahn infolge der kritischen Devisenlage des Reiches mit den Zahlungen im Rückstand blieb, schränkte Polen nach kurzfristiger Bekanntgabe zu Beginn des Jahres 1936 die Anzahl der Züge in einem solchen Umfang ein, daß ein großer Teil des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich einfach abgeriegelt wurde. Trotz der für den Seeverkehr klimatisch ungünstigen Zeit konnte unter größten Anstrengungen über See ein ordnungsmäßiger Verkehr mit Ostpreußen aufrechterhalten bleiben. Die Umleitung über See brachte jedoch eine erhebliche Kostensteigerung. Um die Wirtschaft vor Verlusten zu schützen und eine Verteuerung der Lebenshaltung in Ostpreußen zu vermeiden, mußte das Reich die Ausfälle und Mehrkosten tragen.

Der Umfang der Umstellung läßt sich am besten an den Beförderungszahlen des Seedienstes Ostpreußen ablesen. 1935 wurden 104.333 Fahrgäste, 1936 aber 315.582 befördert. Der Personenverkehr über See nach Ostpreußen entstand als ausgesprochene Notmaßnahme. Auch als der Eisenbahnverkehr durch den Korridor nach 1922 annähernd geordnete Formen annahm, wurde trotzdem der Seeweg als sichere Verbindungsmöglichkeit aufrechterhalten. Es bedeutet für die Bevölkerung Ostpreußens eine erhebliche Beruhigung zu wissen, daß notfalls immer noch durch den Seeweg eine Verbindung mit dem Reich hergestellt ist.

Das besondere Verdienst des Seedienstes Ostpreußen besteht darin, durch seine Verkehrswerbung für den deutschen Osten zusätzlichen Reiseverkehr nach Ostpreußen angeregt zu haben. Jugend- und Gesellschaftsfahrten auf den eigenen Motorschnellschiffen schufen eine gesicherte Verbindung mit Ostpreußen. Die Fahrgastzahlen des Seedienstes Ostpreußen betrugen:

1920	183 021	1925	27 940	1930	68 151	1935	104 333
1921	38 368	1926	15 624	1931	60 115	1936	315 582
1922	15 415	1927	40 678	1932	56 380	1937	163 874
1923	68 705	1928	49 033	1933	71 365	1938	146 599
1924	35 126	1929	63 677	1934	108 704		

Trotz dieser günstigen Entwicklung wird der Seeverkehr nie einen ausreichenden Ersatz für die Eisenbahnverbindung (weder für den Personen- noch für den Frachttransport) darstellen können. Für die Binnenschiffahrt und den Kraftwagenverkehr ist die Regelung des Pariser Abkommens noch unbefriedigender. Der Kraftwagenverkehr unterliegt dem Paß- und Sichtvermerkszwang und der Zollrevision im vollen Umfang. Trotzdem ist die Durchfahrt an bestimmte Transitstraßen gebunden. Abweichungen von den Straßen werden mit Polizeistrafen belegt. Schäden an Fahrzeugen oder Unfälle bei der Durchfahrt haben schon mit Rücksicht auf die Devisenbestimmungen die unangenehmsten Folgen. Auch der Binnenschiffahrtsverkehr, der nach dem Kriege völlig unterbrochen war, konnte sich trotz der deutschen Propaganda nicht recht erholen, da sich hier die unvollständigen Bestimmungen des Pariser Abkommens noch schädlicher auswirken. Der Flugverkehr, der im Pariser Abkommen überhaupt nicht geregelt werden konnte, ist erst nach langwierigen Verhandlungen im Jahre 1929 aufgenommen worden. Es wurden bestimmte Überflugwege festgelegt, die aber nur von regelmäßigen Verkehrsflugzeugen auf den Strecken Berlin - Königsberg und Berlin - Danzig benutzt werden können. Einzelne Maschinen brauchen eine für jeden Einzelfall auf diplomatischem Wege einzuholende Fluggenehmigung oder müssen den Korridor über See umfliegen.

Alle Schwierigkeiten im Verkehr mit Ostpreußen lassen sich solange nicht beheben, solange Polen Hoheitsrechte über die deutschen Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen besitzt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß auf deutsche Eisenbahnverbindungen polnisches Polizei- und Strafrecht Anwendung finden, daß also polnische Polizei aus deutschen Zügen harmlose Reisende verhaften kann. Die deutsche Gerichtsbarkeit hätte stets ausreichende Gewähr dafür geboten, daß bei Fahrten durch den Korridor Angriffe auf Ehre und Ansehen des Durchgangsstaates gesühnt werden, ganz abgesehen von der Verhinderung und Verfolgung sonstiger Vergehen und Verbrechen während der Bahnfahrt. Wozu die Anwendung polnischer Strafvorschriften führt, zeigt das vorsorglich von der Reichsbahn erlassene Photographierverbot für die Korridordurchfahrt. Weil nämlich in einigen Gebieten längs der Transitstrecke das Photographieren verboten ist, mußte zum Schutz der deutschen Durchreisenden diese Anordnung für die ganze Strecke getroffen werden.

Auf der anderen Seite muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Polen einfach nicht in der Lage ist, den deutschen Durchgangsverkehr vor Überfällen und Attentaten zu schützen. Jahrelang wurden regelmäßig Kohlenzüge von Oberschlesien nach Ostpreußen von polnischen Banden überfallen. Allein im Januar 1933 wurden 374 Sendungen beraubt. Der Gewichtsverlust betrug 246.878 Kilogramm. Die Kohlenzüge konnten auf Grund der Begleitpapiere von der deutschen Verwaltung in Ostpreußen deshalb nicht mehr übernommen werden sondern mußten Wagen für Wagen geprüft und nachgewogen werden. Allein durch diese Erschwerung bei der Übernahme erwuchsen der Reichsbahn durch Zeitverlust und erhöhte Personalleistungen erhebliche Mehrkosten. Wenn von der polnischen Verwaltung die Haftpflicht für diese Kohlenverluste überhaupt anerkannt wurde, erfolgte die Auszahlung des Entschädigungsbetrages erst nach längerer Zeit.

In letzter Zeit haben diese Bandendiebstähle eine andere Form angenommen. Kraftwagen, die wegen der Schwierigkeiten der Korridordurchfahrt mit der Reichsbahn befördert werden, werden erbrochen, Musterkoffer und Gepäckstücke werden geraubt. Neuerdings wurde sogar ein ganzer Transitzug im Korridor zum Halten gebracht und beraubt, wobei die Räuber erst durch das Eingreifen der Dirschauer Eisenbahnpolizei vertrieben werden konnten. Ist es bei solchen Zuständen zumutbar, deutsche Reisende und deutsche Transporte der polnischen Polizei- und Gerichtshoheit zu unterstellen? Das gleiche gilt für die Anwendung polnischen Verkehrsrechts auf diese Züge. Bei Unfällen im Korridor gelten polnische Haftungsbestimmungen. Als am 1. Mai 1925 bei dem schweren Eisenbahnunglück bei Preußisch-Stargard 29 Reisende getötet und 17 verletzt wurden, lehnte Polen eine Haftpflicht ab, weil der Unfall nach polnischer Darstellung auf ein Attentat zurückzuführen war und nach polnischem Recht im Gegensatz zum deutschen eine

Haftung der Bahn für solche Unfälle entfällt.

Für den Güter- und Tierverkehr gilt noch immer das längst überholte Frachtrecht des internationalen Übereinkommens vom Jahre 1890, im Personenverkehr gilt ein eigenes Verkehrsrecht, das ein wenig befriedigendes Kompromiß zwischen der polnischen und der deutschen Eisenbahnverkehrsordnung darstellt. Welche Folgen die Anwendung polnischen Eisenbahntarifrechts nach sich zieht, wurde bereits bei der Aufstellung der erhöhten Kosten des Ostpreußenverkehrs angedeutet. Die Polen erkennen zwar an, daß es unzweckmäßig ist, auf die in geschlossenen deutschen Wagen und Zügen beförderten Reisenden und Güter das Recht des Durchgangslandes anzuwenden, obwohl Reisende und Güter unter normalen Umständen in keinerlei Berührung mit der Umwelt des Durchgangslandes kommen, sie sind aber grundsätzlich nicht bereit, durch Anwendung deutscher Gesetze und Vorschriften eine Einschränkung der polnischen Hoheitsrechte hinzunehmen. Dieses Festhalten an ihren Hoheitsrechten wird besonders im Militärverkehr, für den im Pariser Abkommen und in den späteren Vereinbarungen besondere Regelungen getroffen sind, fast unerträglich. Selbst bei Manövern dürfen nach 14tägiger Vorankündigung täglich nicht mehr als drei Militärzüge den Korridor durchfahren. Es dürfen sich ferner nicht zwei Militärzüge gleichzeitig im Korridorgebiet befinden. Die Fahrten müssen bei Tageslicht erfolgen, und die Waffen müssen in besonders bewachten Wagen befördert werden. Die deutschen Soldaten unterstehen während der Fahrt durch den Korridor den polnischen Strafgesetzen!

Die Fülle der Schwierigkeiten und Schikanen des Korridorverkehrs macht diesen zu einem Problem, das allein schon genügt, um eine radikale Lösung zu verlangen, auch wenn man von allen sonstigen geschichtlichen, wirtschaftlichen oder moralischen Rechtstiteln absieht. Es heißt das Recht eines 80-Millionen-Volkes mit Füßen treten, wenn man ihm den Zugang zu seinen drei Millionen Volksgenossen in Ostpreußen und Danzig zu einer Quelle ständiger Bedrohung, Unruhe und Sorge macht. Der "geschichtliche Anspruch" Polens auf den freien Zugang zum Meer ist, wie allgemein bekannt ist, sehr zweifelhafter Natur. Unzweifelhaft hat aber Deutschland ein Recht darauf, daß seine Verbindung nach Ostpreußen und Danzig seinen eigenen und keinen fremden Hoheitsrechten untersteht.



Danzig und Gdingen
Kurt Peiser

Das Deutsche Reich hat die **14 Punkte des Präsidenten Wilson** angenommen und sich damit einverstanden erklärt, dem polnischen Staat, der geschaffen werden sollte, "einen freien und sicheren Zugang zum Meere" zu geben. Im Juni 1919 erklärte die deutsche Friedensdelegation die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, zur Erfüllung dieser übernommenen Verpflichtung die Häfen von Memel, Königsberg und Danzig zu Freihäfen auszugestalten und in diesen Häfen Polen weitgehende Rechte einzuräumen. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, durch eine entsprechende Vereinbarung dem polnischen Staatswesen jede Möglichkeit zur Errichtung und Benutzung der in Freihäfen erforderlichen Anlagen wie Docks, Anlegestellen, Schuppen, Kais und so weiter vertraglich zu sichern. Die deutsche Regierung erklärte sich weiterhin bereit, durch ein besonderes Abkommen mit dem polnischen Staat hinsichtlich der Benutzung der Eisenbahnen zwischen Polen und anderen Gebieten des ehemaligen Russischen Reiches einerseits und den Häfen von Memel, Königsberg und Danzig andererseits jede erforderliche Sicherheit gegen Differenzierung in den Tarifen und der Art der Benutzung zu geben unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. Schließlich erklärte die deutsche Regierung unter der gleichen Voraussetzung ihre Bereitwilligkeit, die von Polen, Litauen und Lettland durch Ost- und Westpreußen zur Ostsee führenden schiffbaren Wasserstraßen unter weitgehenden Sicherungen zur freien Benutzung und

zum freien Durchgangsverkehr den Polen zur Verfügung zu stellen.

So großzügig dieses Angebot der deutschen Regierung war, nach Meinung der alliierten und assoziierten Mächte reichte es nicht aus, um Polens Forderung nach einem "freien und sicheren Zugang zum Meere" erfüllen zu können. Am 16. Juni 1919 lehnten infolgedessen die alliierten und assoziierten Mächte das Angebot der deutschen Regierung in einer Antwortnote ab, in der der Versuch unternommen wird, das Rad der Geschichte um Jahrhunderte zurückzudrehen, indem man die Erinnerung an die Zugehörigkeit Danzigs zur Hanse wachruft und im Hinblick auf die von den alliierten und assoziierten Mächten geforderte Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich einem außerhalb der politischen Grenzen Deutschlands lebenden und in enge wirtschaftliche Beziehung zu Polen zu setzenden Danzig eine neue Handelsblüte in Aussicht stellt. Ohne sich der Mühe zu unterziehen, den Beweis hierfür zu erbringen, erklären die alliierten und assoziierten Mächte, die wirtschaftlichen Interessen Danzigs und Polens seien identisch, sie nennen den Danziger Hafen in völlig unmißverständlicher Weise Polens "einzigen Ausgang zum Meere" und begründen in einer **Mantelnote vom 16. Juni 1919** - kein anderer als Clémenceau hat sie mit seiner Unterschrift versehen - ihre Forderung auf Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich in aller Form damit, "weil es kein anderes mögliches Mittel gab, jenen 'freien und sicheren Zugang zum Meere' zu schaffen, welchen Deutschland zu überlassen versprochen hatte".

Zwölf Tage später wurde das **Diktat von Versailles** unterzeichnet.



Der Artikel 104 des **Diktats von Versailles** enthält die Verpflichtung der alliierten und assoziierten Mächte, ein Übereinkommen zwischen der polnischen Regierung und der Freien Stadt Danzig zu vermitteln, das mit der **Errichtung der Freien Stadt Danzig** in Kraft treten und unter anderem den Zweck haben soll, Danzig in die Zollgrenzen Polens einzuschließen und Polen eine große Anzahl von Rechten bei der Benutzung des Danziger Hafens im weiteren Sinne des Wortes zu sichern.

Der am 9. November 1920 in Paris unterzeichnete Vertrag zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen stellt dieses Übereinkommen dar. In ihm wird die Frage nach der Verwaltung des Danziger Hafens dahin beantwortet, daß ein zu gleichen Teilen aus Vertretern Danzigs und Polens zusammenzusetzender "Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege von Danzig" geschaffen und mit einem im Einvernehmen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen zu wählenden Präsidenten als Verhandlungsleiter und erstinstanzlichem Schiedrichter zwischen den beiden Delegationen ausgestattet werden soll. Dieser Danziger Hafenausschuß soll innerhalb der Grenzen der Freien Stadt Danzig die Leitung, Verwaltung und Ausnutzung des Hafens, der Wasserwege und der gesamten, besonders den Zwecken des Hafens dienenden Eisenbahnen ausüben. Der Danziger Hafenausschuß soll alle Abgaben, Gebühren und Einkünfte, die sich aus der Verwaltung des Hafens, der Wasserwege und der Eisenbahnen ergeben, erhalten, er soll alle Kosten ihrer Unterhaltung, Leitung, Ausnutzung, Verbesserung und Entwicklung bestreiten. Der Hafenausschuß soll verpflichtet sein, Polen die freie Benutzung und den Gebrauch des Hafens ohne jede Einschränkung und in dem für die Sicherstellung des Ein- und Ausfuhrverkehrs nach und von Polen notwendigen Maße zu gewährleisten; der Ausschuß soll verpflichtet sein, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, die den Ausbau und die Verbesserung des Hafens und der Verbindungswege sicherstellen, um allen Bedürfnissen dieses Verkehrs zu genügen. Noch einmal umreißt der Pariser Staatsvertrag vom 9. November 1920 den Aufgabenkreis des Danziger Hafens als Polens "freier und sicherer Zugang zum Meere", indem der Artikel 28 besagt: "Jederzeit und unter allen Umständen soll Polen das Recht haben, über Danzig Waren, gleichviel welcher Art, einzuführen und auszuführen, soweit dies nicht durch die polnischen Gesetze verboten ist."

Solange es Rechte gibt, enthalten sie - und sei es auch unausgesprochen - Verpflichtungen. Nicht

nur die alliierten und assoziierten Mächte haben vom Danziger Hafen als Polens einzigem freiem und sicheren Zugang zum Meere gesprochen, auch Polen hat dies getan. Angesichts dieser Feststellungen ist es kein Zufall gewesen, daß der Engländer Sir Richard Haking in seiner Eigenschaft als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig in einer Entscheidung vom 15. August 1921 der Verpflichtung Danzigs, die Interessen Polens bezüglich des freien Zuganges zum Meere zu allen Zeiten zu wahren, die Verpflichtung Polens gegenübergestellt hat, den Hafen von Danzig voll auszunutzen *(to make full use of the port of Danzig)*, welche anderen Häfen die polnische Regierung in Zukunft auch an der Ostseeküste errichten mag.

Aus dieser eindeutigen Rechtslage heraus mußte sich der Weg des Danziger Hafens ergeben. Weite Kreise der Danziger Wirtschaft haben ihm eine günstige Prognose gestellt, sind mit starkem Optimismus an die Arbeit gegangen in der Annahme, daß dem Danziger Hafen nach schweren Kriegsjahren ein rascher Aufstieg, dem Danziger Platz eine schnelle Belebung beschieden sein werde nachdem der Danziger Hafen Polens freier Zugang zur See geworden war und damit eine Monopolstellung in der Abwicklung des polnischen Seehandels erhalten hatte. War vor dem Weltkriege lediglich der Unterlauf der Weichsel, die preußische Weichsel, für Danzig als Binnenwasserstraße von Bedeutung gewesen, weil die russische Regierung an der mittleren Weichsel ebenso geringes Interesse zeigte, wie es bei der österreichischen Regierung an dem Oberlauf der Weichsel der Fall war, so schien der Weichselwasserstraße ein neuer größerer Aufgabenkreis erstanden zu sein, seitdem der ganze Strom mit Ausnahme der kurzen Mündungsstrecke im Staats- und Wirtschaftsgebiet der Republik Polen lag und einer einheitlichen Verwaltung überliefert war.

Doch die ersten Nachkriegsjahre brachten dem Danziger Hafen und dem Danziger Handel bereits ernste Enttäuschungen. Zwar hatte der Danziger Hafen in einer Zeit, in der die reichsdeutschen Häfen noch mehr oder weniger vollständig tot waren, einen Verkehr großer Fahrzeuge aufzuweisen, allein diese Schiffe dienten nicht dem Handelsverkehr sondern brachten lediglich Lebensmittel für die notleidende Bevölkerung Polens. Daß Polen damals noch keinen nennenswerten Seehandel treiben konnte, konnte auch keineswegs überraschen. Dazu hatte der Weltkrieg seine schwere Hand zu lange auf dieses Land gelegt. Als Polen dann an die schwierige Aufgabe heranging, aus den einzelnen Teilgebieten nach Möglichkeit ein einheitliches Staatswesen und Wirtschaftsgefüge zu gestalten, loderte noch einmal in den Sommermonaten 1920 die Kriegsfackel auf, als die bolschewistischen Armeen im Anmarsch auf Warschau waren. Das "Wunder an der Weichsel" brachte am 15. August 1920 den Wendepunkt in dieser für Polen außerordentlich bedrohlichen Lage. Noch gab es Unruhen und Kämpfe um das Schicksal Oberschlesiens, da begann die Zeit der zunehmenden Geldentwertung an den Grundlagen auch des polnischen Wirtschaftslebens zu rütteln und zu schütteln. Im Jahre 1924 geht Polen zur Zloty-Währung über und schafft damit die Voraussetzungen für eine feste Grundlage auch für seine Außenhandelspolitik.

Es ist politisch wie wirtschaftlich für Polen, das durch die Einverleibung des "Korridors" Anliegerstaat der Ostsee geworden ist, von besonderer Bedeutung, daß es nunmehr den Zeitpunkt für gekommen hält, zur Seehandelspolitik überzugehen. Polen, ein ausgesprochenes Binnenland mit 5.394 Kilometern Land- und - einschließlich der Halbinsel Hela - nur 140 Kilometern Seegrenzen, unternimmt den Versuch, seinen Außenhandelsverkehr aus der bis dahin ausschlaggebend gewesenen Ost-West-Richtung in die Süd-Nord-Achse abzudrehen. Zweifellos hat die Zuteilung wertvollster Teile des oberschlesischen Industriebeckens an Polen einen starken Einfluß auf diese Zielsetzung der polnischen Regierung ausgeübt, zumal der polnischen Industrie der Weg zum östlichen Nachbarlande, der Sowjet-Union, verschlossen blieb, und doch kann nicht daran gezweifelt werden, daß ausschlaggebend für diese Achsendrehung der Wunsch der polnischen Regierung gewesen ist, vor der Welt die These der Notwendigkeit eines Zuganges zur See für Polen unter Beweis zu stellen.

Das Jahr 1924 bedeutet für den Danziger Hafen, Polens freien und sicheren Zugang zum Meere, keine wesentliche Veränderung gegenüber den letzten Vorkriegsjahren, was die Menge des Güterumschlages betrifft. Dagegen machen sich Anzeichen für eine ungünstige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Ein- und Ausfuhrmenge bemerkbar, die vor dem Weltkriege ausgeglichene Tonnage-Bilanz im Danziger Seeverkehr verschiebt sich zuungunsten der durch die polnische Regierung gedrosselten Einfuhr. Da bringt das Jahr 1925 den Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges. Die Verpflichtung des Deutschen Reiches zur Abnahme von monatlich 500.000 Tonnen ostoberschlesischer Kohle erlischt. Für Polens Kohlenbergbau ist eine ernste Situation entstanden, man sucht sie zu lösen, indem der Versuch zur Erschließung der skandinavischen Märkte unternommen wird. Der Weg dorthin führt in der Süd-Nord-Richtung durch den "Korridor" über den Danziger Hafen.

Ein unerhörter Zufall wird zum stärksten Förderer der polnischen Seehandelspolitik: im Jahre 1926 bricht in England der große Bergarbeiterstreik aus. England hört für Monate auf, Kohlenexporteur zu sein. Eine Hochkonjunktur für den ostoberschlesischen Kohlenbergbau beginnt, eine Hochkonjunktur auch für den Danziger Hafen. Waren im Jahre 1924 erstmalig rund 41.000 Tonnen Kohle über den Danziger Hafen zur Ausfuhr gelangt, war diese Kohlenausfuhr im folgenden Jahre in Auswirkung des deutsch-polnischen Zollkrieges auf 618.000 Tonnen gestiegen, so schnellt der Kohlenumschlag im Danziger Hafen im Jahre 1926 auf nicht weniger als 3,4 Millionen Tonnen in die Höhe, er steigt im Jahre 1927 auf 4,1 Millionen Tonnen, um im Jahre 1928 mit 5,3 Millionen Tonnen seinen Höhepunkt zu erreichen.

Auch auf die Entwicklung der seewärtigen Einfuhr über Danzig ist der englische Bergarbeiterstreit indirekt von Bedeutung geworden. Aus dem Bestreben heraus, den mit Kohlen aus Ostoberschlesien der Seeküste zurollenden Eisenbahnwagen nach Möglichkeit Rückfracht zu verschaffen, geht Polen vom Jahre 1926 ab dazu über, in verstärktem Maße die Einfuhr von Erzen und Schwefelkies über den Danziger Hafen zu lenken. Diese Einfuhr, die sich im Jahre 1925 erst auf 4.700 Tonnen belaufen hatte, umfaßt im Jahre 1926 207.000 Tonnen, im folgenden Jahre 336.000 Tonnen, im Jahre 1928 bereits 438.000 Tonnen. Der Ablauf des deutsch-polnischen Schrott-Abkommens am 15. Juni 1927 ist sodann der Ausgangspunkt für die Lenkung auch der Schrotteinfuhr auf dem Seewege über den Danziger Hafen. Rund 3.100 Tonnen Schrott waren über den Danziger Hafen im Jahre 1926 zur Einfuhr nach Polen gelangt, im Jahre 1927 sind es 321.000 Tonnen, im Jahre 1928 sogar 477.000 Tonnen.

Mengenmäßig hat damit der seewärtige Warenverkehr über Danzig in dem Jahrfünft von 1924 bis 1928 eine Entwicklung erfahren, wie sie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht:
Es betrug in Tonnen:

	die Einfuhr:	die Ausfuhr:	insgesamt:
1924	738 071	1 636 485	2 374 556
1925	690 779	2 031 969	2 722 748
1926	640 695	5 659 604	6 300 299
1927	1 517 194	6 380 419	7 897 613
1928	1 832 409	6 783 273	8 615 682

Im Vergleich zum Durchschnitt der letzten drei Vorkriegsjahre hat der seewärtige Warenverkehr über Danzig im Jahre 1928 mengenmäßig nahezu eine Vervierfachung aufzuweisen, allerdings ist dieser starke mengenmäßige Aufstieg des Güterumschlages im Danziger Hafen der Danziger Wirtschaft nur in verhältnismäßig geringem Umfange zugutegekommen, da in diesem Warenverkehr geringwertige Massengüter wie die Kohle in der Ausfuhr, die Erze und Schrott in der Einfuhr von ausschlaggebender Bedeutung geworden sind, Massengüter, die den Danziger Hafen lediglich im Durchgangsverkehr berührten, ohne dem Danziger Eigenhandel die Möglichkeit zur Einschaltung in diesen Außenhandel zu bieten.

Obwohl man sich in jenen Jahren sehr bald über den grundsätzlichen Unterschied zwischen Handel und Verkehr im klaren war, wurde doch keine Zeit verloren, um die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafen den sozusagen über Nacht gestiegenen Anforderungen des Verkehrs anzupassen. Nicht nur der Danziger Hafenausschuß, auch die Danziger Hafenwirtschaft nahm regen Anteil an dem Ausbau des Danziger Hafens und seiner Umschlags- und Lagerungseinrichtungen. Von Bedeutung war dabei der Entschluß des Danziger Hafenausschusses, zur Konzentration des Umschlages von geringwertigen Massengütern in Weichselmünde ein besonderes Massengutbecken zu erbauen, das im Frühjahr 1929 dem Verkehr übergeben wurde, sowie zur Förderung des Stückgüterverkehrs im Freihafen moderne Lagerhallen zu errichten.

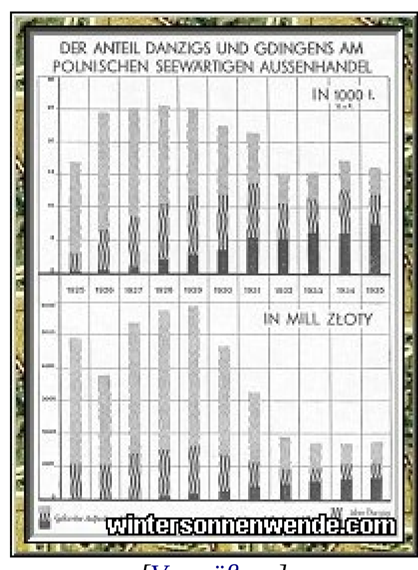
Millionen über Millionen waren in die Hebung der Umschlagskapazität, in die Verbesserung und Modernisierung der Anlagen des Danziger Hafens hineingesteckt worden, da bringt das Jahr 1929 eine Stagnation im seewärtigen Warenverkehr Danzigs. Ein kleiner Rückgang gegenüber dem Vorjahre ist eingetreten. Er vergrößert sich im Jahre 1930, um allerdings im Jahre 1931 einer geringfügigen Belebung Platz zu machen. Dann jedoch bringen die nächsten zwölf Monate einen katastrophalen Rückgang um mehr als 2,7 Millionen Tonnen, einen Niedergang, der in verringerten Ausmaßen sich in das Jahr 1933 hinein fortsetzt. Zahlenmäßig bietet der Güterumschlag des Danziger Hafens in dem Jahrfünft von 1929 bis 1933 folgendes Bild:
Es betrug in Tonnen:

	die Einfuhr:	die Ausfuhr:	insgesamt:
1929	1 792 951	6 766 699	8 559 650
1930	1 090 631	7 122 462	8 213 093
1931	754 300	7 576 205	8 330 505
1932	428 103	5 047 949	5 476 052
1933	493 167	4 659 808	5 152 975

Der Gesamtumschlag des Danziger Hafens ist also im Jahre 1933 um 3,46 Millionen Tonnen, das heißt um 40 v.H., geringer gewesen als im Jahre 1928. Was ist geschehen? Trifft es zu, daß die Weltwirtschaftskrise in ihren Auswirkungen auch auf Polen hieran die Schuld trägt? Die amtliche polnische Statistik beweist das Gegenteil, sie gibt das Volumen des polnischen Seehandels wie folgt an:

1929	11,38 Millionen Tonnen
1930	11,84 Millionen Tonnen
1931	13,63 Millionen Tonnen
1932	10,36 Millionen Tonnen
1933	10,64 Millionen Tonnen

Der Anteil Danzigs und Gdingens am polnischen seewärtigen Außenhandel

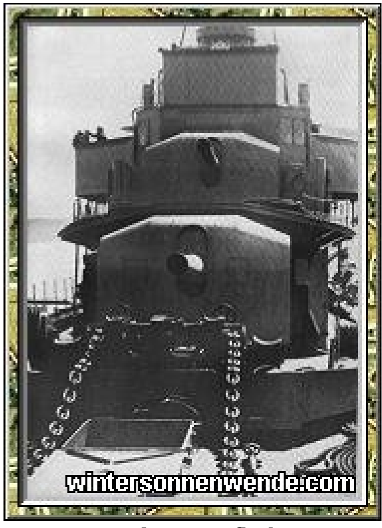


[Vergrößern]

Auch in dem Katastrophenjahr des Danziger Hafens, 1932, hat demnach Polens Seehandel, rechnet man den Danziger Eigenhandel dazu, das Doppelte von dem betragen, was dem Danziger Hafen an Umschlag verblieben war. Der Grund für den besorgniserregenden Niedergang des seewärtigen Warenverkehrs über Danzig seit dem Jahre 1931 liegt einzig und allein in der Tatsache, daß eine Aufteilung des polnischen Seehandels vor sich gegangen ist, seitdem die polnische Regierung in noch nicht 20 Kilometer Entfernung von Danzig sich einen neuen "freien und sicheren Zugang zum Meere" erbaut hat: den **Hafen von Gdingen**.

Es ist nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß schon im März 1919, in jenen Monaten also, in denen in Paris die polnische Forderung auf Einverleibung Danzigs in den polnischen Staat den stärksten Widerspruch Englands auslöste, eine polnische

Delegation die Drohung aussprach, daß, sollte Danzig nicht zu Polen kommen, Polen sich bemühen würde, an dem Teile der Küste, über den Polen das alleinige Verfügungsrecht besitze, sich einen eigenen Hafen zu erbauen.[1] Nur wenige Jahre später hat die polnische Regierung diese Drohung wahrgemacht. Es erübrigt sich eine jede Erörterung der von Polen im Laufe der Jahre in verschiedenster Gestalt genannten Gründe für die Notwendigkeit des Baues von Gdingen angesichts der Feststellung, daß die polnische Regierung den Entschluß zum Bau eines eigenen Hafens zu einer Zeit faßte, in der von einem systematischen Seehandel Polens überhaupt noch keine Rede war. Man muß sich noch einmal vergegenwärtigen, daß, als die polnische Regierung den Vertrag zum Bau von Gdingen im Sommer 1924 mit einem französisch-polnischen Baukonsortium unterzeichnete, der Güterumschlag des Danziger Hafens erst so groß wie vor dem Weltkriege war, daß der Danziger Hafen in seinem damaligen Zustande infolgedessen voll ausreichte zur Abwicklung des Güterumschlages, um die tieferen Gründe für den Bau von Gdingen erkennen zu können



Entgegen den Verpflichtungen, die Polen durch das Friedensdiktat von Versailles übernommen hat, Danzig, den altbewährten Hafenplatz, für seinen seewärtigen Außenhandel zu benutzen, baut es in der Danziger Bucht einen neuen eigenen Kunsthafen und gestaltet das kleine Dorf Gdingen zu einer wild aufwachsenden Großstadt. Mit Gdingen beginnt Polen, der Fremdling an der Ostsee, seinen Vernichtungskampf gegen Danzig und seinen Angriff gegen das Reich.

Hunderte von Millionen Zloty hat der polnische Staat in wirtschaftlich schwerster Zeit aufgebracht, um vor den Toren Danzigs Gdingen zu errichten. Ein Bruchteil dieser Summen hätte genügt, um dem Hafen, der bei seiner Loslösung vom Deutschen Reich die Aufgabe erhalten hatte, als Polens einziger freier Zugang zum Meere zu dienen, eine für alle Zeiten ausreichende Leistungsfähigkeit zu geben. Nachdem Polen, das Weichselland, eine Fülle weitestgehender Rechte im Danziger Hafen, dem Weichselmündungshafen, erhalten hatte, erbaute es den Korridorhafen Gdingen. Es verdient, immer wieder mit allem Nachdruck hervorgehoben zu werden, daß die Initiative zu diesem gewaltigen Vorhaben nicht von der Wirtschaft Polens sondern von der polnischen Regierung ausging. Die polnische Wirtschaft fand ja im Danziger Hafen und am Danziger Platz alles das, was für die Abwicklung eines jeden Außenhandelsverkehrs hätte erforderlich sein können. Die polnische Wirtschaft war in jenen schwierigen Nachkriegsjahren keineswegs daran interessiert, riesige Kapitalien aufzubringen, um in geringer Entfernung von dem in die Zollgrenzen Polens einbezogenen Danziger Hafen, der über eine jahrhundertealte Tradition verfügt, einen neuen Hafen zu finanzieren. Der polnische Staat allein war der Träger dieses Gdingen-Projekts, der polnische Staat sah sich dazu gezwungen, der polnischen Wirtschaft den Weg nach Gdingen schmackhaft zu machen, indem bereits im Juni 1927 durch eine Verordnung des Präsidenten der Republik Polen über die "Förderung des Ausbaues und der wirtschaftlichen Entfaltung der Stadt Gdingen und des Hafens von Gdingen" außerordentlich weitgehende steuerliche Vergünstigungen allen den privatrechtlichen Betrieben, die sich zur Niederlassung in Gdingen entschließen, gewährt werden. Die Befreiung von der staatlichen Gewerbesteuer, die Befreiung von jeglichen mit der



Danzig: Werft- und Hafenanlagen an der Toten Weichsel.



Gründung von Unternehmen verbundenen Abgaben und Gebühren zugunsten des Staates, die Niederschlagung der staatlichen Einkommenssteuer, die Befreiung von der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer für die Dauer von 25 Jahren sind einige der Attraktivmittel der polnischen Regierung gewesen, um die polnische Wirtschaft für Gdingen zu interessieren. Der polnische Staat als Träger des Hafenbaues von Gdingen ging unter Verzicht auf eine entsprechende Verzinsung und Amortisation der im Hafen von Gdingen investierten Kapitalien dazu über, die Hafenabgaben so niedrig zu halten, daß sie unbedingt werbend wirken mußten. Der polnische Staat sorgte dafür, daß die staatliche beziehungsweise halbstaatliche polnische Handelsflotte bedeutende Erleichterungen bei der Benutzung des Hafens von Gdingen erfuhr, wie der polnische Staat auch bestrebt war, ausländische Linien zu regelmäßigem Anlaufen des Hafens von Gdingen durch Gewährung besonderer Subventionen zu veranlassen.

Eisenbahnverkehr Danzigs und Gdingens mit dem polnischen Hinterland in 1000 t



[Vergrößern]

Waren so erhebliche Voraussetzungen für die Einschaltung Gdingens in den polnischen und den internationalen Seeverkehr geschaffen, so warf der polnische Staat sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um dem Hafen von Gdingen unter allen Umständen den ersten Platz im polnischen Außenhandelsverkehr zuzuweisen. Der polnische Staat veranlaßte zu diesem Zwecke, daß die polnischen Staatsmonopole sich fortan nahezu ausschließlich nur noch des Hafens von Gdingen bedienten, alle Gesellschaften und Betriebe, an denen der polnische Staat beteiligt ist beziehungsweise die seiner Kontrolle unterliegen, bemühten sich, diesem Beispiel zu folgen. Darüber hinaus bediente sich der polnische Staat, dessen Einfluß auf die Gestaltung des Außenhandels Polens sich zu einem ausgesprochenen "Etatismus" gesteigert hatte, der mannigfachsten wirtschaftspolitischen Mittel, um einen möglichst großen Teil des polnischen seewärtigen Warenverkehrs auf den Weg zu lenken, den der Staat in mühevoller Arbeit geschaffen hatte, den Weg über Gdingen. Ob es sich dabei um die Gewährung von Einfuhrbewilligungen oder um Zollnachlässe, um die Gewährung von Exportprämien oder Frachtvergünstigungen handelte, die Zielsetzung des polnischen Staates bleib stets die gleiche.



Der Küstenstreifen vor dem Bau von Stadt und Hafen Gdingen.



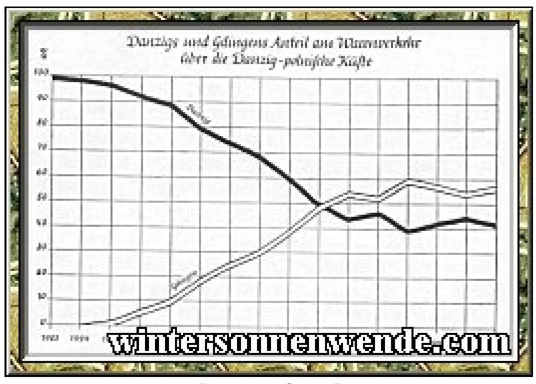
Die wild aufwachsende Stadt.

Der Erfolg ist dem polnischen Staat in seiner Gdingen-Politik nicht versagt geblieben. Der seewärtige Warenverkehr über den polnischen Staatshafen Gdingen hat in dem ersten Jahrzehnt seit Baubeginn folgende mengenmäßige Entwicklung aufzuweisen gehabt:
Es betrug in Tonnen:

	die Einfuhr:	die Ausfuhr:	insgesamt:
1924	631	9 086	9 717
1925	1 568	51 142	52 710

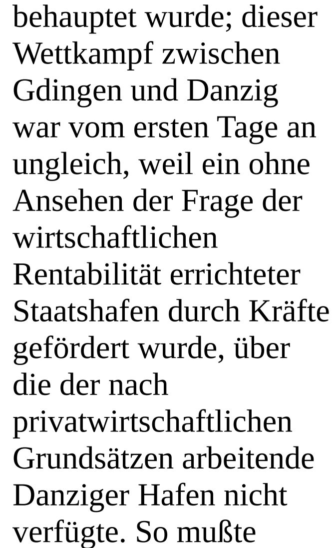
1926	179	413 826	414 005
1927	6 702	889 439	896 141
1928	192 711	1 767 058	1 959 769
1929	329 644	2 492 858	2 822 502
1930	504 117	3 121 631	3 625 748
1931	558 549	4 741 565	5 300 114
1932	432 887	4 761 400	5 194 287
1933	870 704	5 235 162	6 105 866

Danzigs und Gdingens Anteil am Warenverkehr über die Danzig-polnische Küste

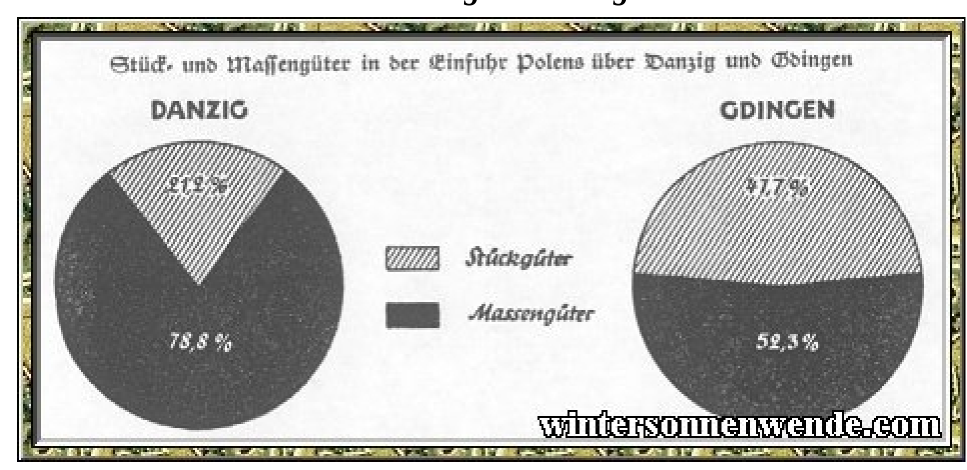


[Vergrößern]

Auf Kosten des Danziger Hafens ist diese Entwicklung Gdingens vor sich gegangen. Ungeachtet der Verpflichtung, vollen Gebrauch vom Danziger Hafen zu machen, hat der polnische Staat alle ihm zur Verfügung stehenden wirtschafts- und finanzpolitische Machtmittel rücksichtslos eingesetzt, um unter eindeutigster Benachteiligung des Danziger Hafens Gdingens Aufgabenkreis von Jahr zu Jahr zu erweitern. Die Tatsache, daß im Jahre 1933 der polnische Staatshafen Gdingen den alt-eingearbeiteten Danziger Hafen im Umschlag bereits um fast eine Million Tonnen übertraf, ist nicht der Ausdruck eines freien Wettbewerbs, auch nicht das Ergebnis etwa einer regeren Initiative des polnischen Kaufmanns, wie dies gelegentlich in der polnischen Presse behauptet wurde; dieser Wettkampf zwischen Gdingen und Danzig war vom ersten Tage an ungleich, weil ein ohne Ansehen der Frage der wirtschaftlichen Rentabilität errichteter Staatshafen durch Kräfte gefördert wurde, über die der nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeitende Danziger Hafen nicht verfügte. So mußte Gdingen, weil Polens seewärtiger Warenverkehr in jenen Jahren nicht ausreichte, um die stark ausgebaute Leistungsfähigkeit auch nur des Danziger Hafens voll und ganz in Anspruch nehmen zu können, zu einem Aderlaß für den Danziger Hafen werden. Auch hierfür seien einige Beispiele genannt.



Stück- und Massengüter in der Einfuhr Polens über Danzig und Gdingen



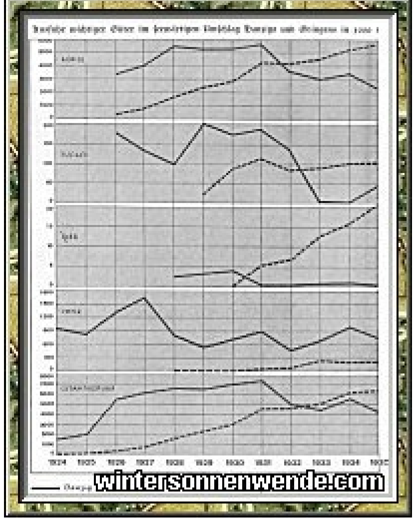
So betrug die **Einfuhr von Tee** in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1930	1 829	---
1931	1 287	166
1932	902	872
1933	661	1 048

Die Einfuhr von **Kakobohnen** betrug in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1930	2 953	---
1931	3 094	95
1932	2 541	3 583
1933	2 652	6 369

Ausfuhr wichtiger Güter im seewärtigen Umschlag Danzigs und Gdingens in 1000 t



[Vergrößern]

Die Einfuhr von **Wolle** betrug in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1931	1 474	31
1932	3 791	5 083
1933	1 080	15 370

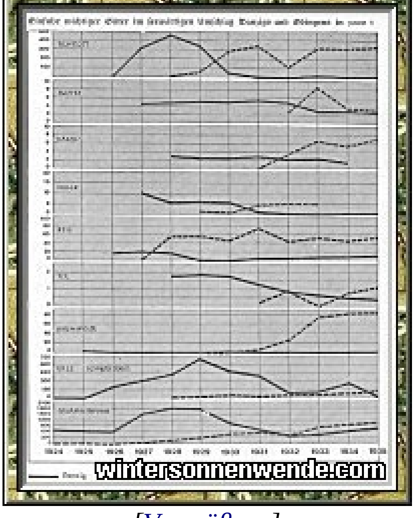
Die Einfuhr von **Baumwolle** betrug in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1930	1 064	564
1931	932	6 063
1932	891	26 839
1933	498	77 733

Die Ablenkung des Warenverkehrs von Danzig nach Gdingen machte auch vor der Ausfuhr nicht halt.

Ein Blick in die Statistik des seewärtigen Warenverkehrs über die Nachbarhäfen Danzig und Gdingen zeigt in geradezu erschütternder Weise die systematische Ablenkung zahlreicher Warenarten von Danzig nach Gdingen. Einige wenige Beispiele seien hierfür genannt.

Einfuhr wichtiger Güter im seewärtigen Umschlag Danzigs und Gdingens in 1000 t



[Vergrößern]

Die Einfuhr von **Tabak** über Danzig wurde durch den Bau und die Betriebnahme eines großen Lagerhauses für das polnische Tabakmonopol in Gdingen fast völlig zum Erliegen gebracht. Sie betrug in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1928	6 347	---
1929	6 903	2 035
1930	6 468	982
1931	1 583	4 495
1932	901	5 233

Die Einfuhr von **Reis** über Danzig erfuhr eine starke Einschränkung, seitdem im Gdingener Hafen die Reisschälmühle der Benutzung übergeben wurde. Sie betrug in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1927	20 654	230
1928	17 553	57 427
1929	1 859	56 665
1930	345	46 864
1931	4 560	75 286
1932	4 725	44 755

Die Einfuhr von **Schrott** nach Polen sollte nach einer Verlautbarung der Polnischen Telegraphen-

Agentur "je nach Maßgabe der Entwicklung des Gdingener Hafens" auf Wunsch des polnischen Industrie- und Handelsministeriums über diesen Hafen gehen. Sie betrug in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1928	477 343	11 161
1929	359 023	49 582
1930	52 068	272 479
1931	7 610	341 901

Für die Ablenkung namentlich wertvoller Stückgüter, die bis dahin über den Danziger Hafen eingeführt worden waren, nach Gdingen wurde eine am 14. Januar 1932 in Kraft getretene Verordnung über die Seevorzugszölle von größter Bedeutung. Diese Verordnung sieht eine gestaffelte Zollbegünstigung bei der Einfuhr gewisser Waren bei Benutzung des Seeweges vor, um die Gewährung der niedrigsten Zollsätze lediglich in das Ermessen des polnischen Finanzministers zu stellen. Wie die von den zuständigen polnischen Ministerien herausgegebene Zeitschrift *Polska Gospodarcza* im Dezember 1931 mitteilt, verfolgte diese Maßnahme der polnischen Regierung den Zweck, die Konzentration der in der Verordnung genannten Waren in Gdingen herbeizuführen. Kaffee, Kakaobohnen, Tee, Südfrüchte und eine Reihe anderer Stückgutwaren wurden infolgedessen in wenigen Jahren ganz oder teilweise dem Danziger Hafen entzogen und nach Gdingen gelenkt, andere Waren, die zuvor über die Landgrenze gegangen waren, unter Ausschaltung Danzigs dem Hafen von Gdingen zugeführt.

Die Ausfuhr von Bacons erfolgte bis zum Jahre 1929 ausschließlich über den Danziger Hafen. Mit der Inbetriebnahme des großen Exportkühlhauses in Zusammenhang mit der Eröffnung der Linie Gdingen-England änderte sich das Bild. Das durch eine Exportprämie unterstützte polnische Bacon-Export-Syndikat schaltete Gdingen ein. Es betrug die Ausfuhr von **Bacons** in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1929	15 073	----
1930	15 173	11 196
1931	2 989	51 821
1932	2 234	51 878

Die gleiche Entwicklung zeigte die Ausfuhr von **Eiern**. Sie betrug in Tonnen:

	über Danzig:	über Gdingen:
1929	3 444	----
1930	4 313	484
1931	578	5 601
1932	627	6 960

Die Ausfuhr von **Zucker** hat, nachdem in Gdingen große Zuckermagazine errichtet worden waren, folgende Entwicklung genommen. Sie betrug in Tonnen:

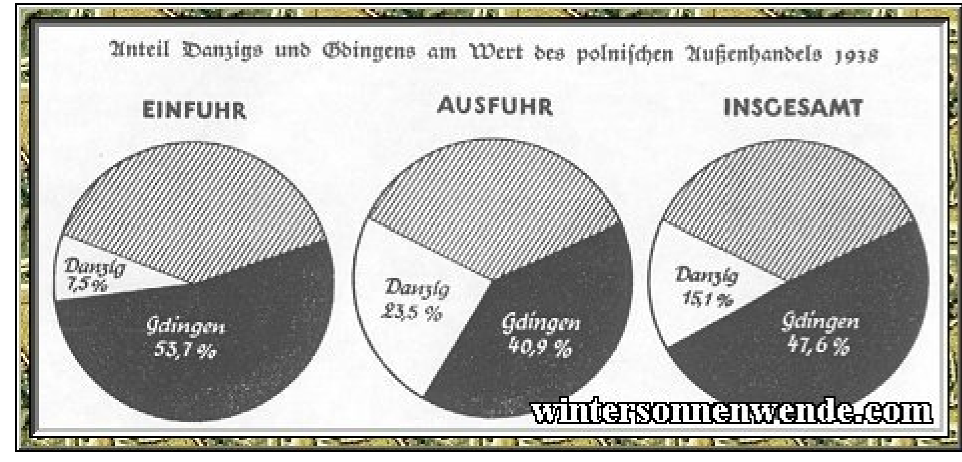
	über Danzig:	über Gdingen:
1928	104 649	----
1929	207 027	23 577
1930	177 952	89 766
1931	192 440	115 529
1932	141 625	88 309
1933	5 238	93 871

Aus der Statistik lassen sich mühelos zahlreiche ähnlich gelagerte Beispiele für die Ablenkung des Warenverkehrs von Danzig nach Gdingen erbringen. Im Laufe weniger Jahre erhielt der polnische Staatshafen ein Übergewicht, wie es anteilsmäßig in folgender Übersicht zum Ausdruck kommt:

Von dem über die Danzig-polnische Seegrenze gegangenen Warenverkehr entfielen in Prozenten

	auf Danzig:	auf Gdingen:
1929	75,2	24,8
1930	69,2	30,8
1931	61,1	38,9
1932	51,3	48,7
1933	45,8	54,2

Anteil Danzigs und Gdingens am Wert des polnischen Außenhandels 1938



Es ist immerhin kennzeichnend für die Haltung der polnischen Regierung dem Danziger Hafen gegenüber, daß die Verlagerung des Schwergewichts im polnischen Seehandel von Danzig nach Gdingen am stärksten in jenen Jahren vor sich ging, in denen die Danziger Regierung vor den Instanzen des Völkerbundes, der ja der "Beschützer" der Freien Stadt Danzig sein sollte, um die Lebensrechte des Danziger Hafens und der Danziger Wirtschaft rang. Am 9. Mai 1930 hatte der Senat der Freien Stadt Danzig an den Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig einen Klageantrag gerichtet, der davon ausgeht, daß entsprechend der Entscheidung Sir Richard Hakings vom 15. August 1921 "einerseits die polnische Regierung verpflichtet ist, den Hafen von Danzig voll auszunutzen, welche andere Häfen sie in Zukunft auch an der Ostseeküste errichten mag, und andererseits die Danziger Regierung verpflichtet ist, die Interessen Polens bezüglich des freien Zuganges zum Meere zu allen Zeiten zu wahren". Die Danziger Regierung bat den Hohen Kommissar, dahin zu entscheiden, daß die polnische Regierung verpflichtet ist, alle Maßnahmen zu treffen, um den nicht über die Landesgrenze Polens gehenden Verkehr über den Danziger Hafen gehen zu lassen; alles zu tun, um den Hafen von Danzig und die Zufahrtswege der Eisenbahnen und Wasserstraßen entsprechend zu entwickeln und zu verbessern; alle Maßnahmen in Bezug auf andere Häfen zu unterlassen, durch welche der Waren- und Personenverkehr von Danzig abgelenkt wird.

Länger als drei Jahre hat der Rechtsstreit Danzig-Gdingen gedauert, ohne daß es möglich war, nach der praktischen Seite auch nur um einen Schritt von der Stelle zu kommen. Die Rechtslage an sich war so klar, daß selbst der Rat des Völkerbundes als Berufungsinstanz nicht umhin konnte, die Verpflichtung Polens, vollen Gebrauch vom Danziger Hafen zu machen, festzustellen. Offen blieb dagegen die Frage nach Inhalt und Umfang dieser Polen auferlegten Pflicht und danach, wie weit



Der Bahnhof von Gdingen.

Polen sich dieser Verpflichtung zur Ausnutzung des Danziger Hafens entzogen hatte. Ein vom Völkerbund ernannter Sachverständigen-Ausschuß sollte diese Fragen in einem Gutachten klären. Nach umfangreichen Verhandlungen in Danzig und in Genf haben die fünf internationalen Mitglieder dieses Ausschusses ihr Gutachten im September 1932 erstatte. Es gipfelte in der Erklärung, daß ein schrankenloser Wettbewerb zwischen zwei so nahe gelegenen Häfen, die dem gleichen Hinterlande dienten, vernichtend wirken mußte. Deshalb erhoben die Sachverständigen die Forderung, der Begünstigungspolitik Polens gegenüber Gdingen gewisse Grenzen zu ziehen, die Hafenabgaben in Danzig und Gdingen einander anzugleichen, die Schiffahrtsgesellschaften, die Eigentum des polnischen Staates sind, von ihm kontrolliert oder durch ihn subventioniert werden, anzuhalten, ihre Schiffe im gleichen Maß und zu den gleichen Bedingungen den Hafen von Danzig anlaufen zu lassen wie den Hafen von Gdingen. Schließlich hielten die Sachverständigen es für erforderlich, daß eine Reihe von Waren, die von polnischen Staatsbetrieben ein- oder ausgeführt werden, ausschließlich über den Danziger Hafen gehen sollen, wie auch der Auswandererverkehr aus Polen seinen Weg über den Danziger Hafen nehmen soll.



Straßenbild von Gdingen.

Wenn auch dieses Sachverständigen-Gutachten bei weitem nicht dem entsprach, was die Danziger Regierung und mit ihr die Danziger Wirtschaft erwarten zu können geglaubt hatte, so bedeutete es insofern doch einen Fortschritt, als erstmalig durch Beauftragte des Völkerbundes praktische Vorschläge zur Lösung eines Problems gemacht worden waren, das für Danzig zur Lebensfrage geworden war. Dieses dem Hohen Kommissar des Völkerbundes erstattete Gutachten kommt nach Danzig, da ringt der Hohe Kommissar, Graf Gravina, mit dem Tode, um wenige Tage später seine Augen für immer zu schließen.

Ein Vakuum tritt ein. Polen stellt neue Millionen für den Ausbau [Gdingens] zur Verfügung, immer stärker wird die Bedrohung Danzigs durch den polnischen Staatshafen, den **die polnische Presse** in jenen Jahren leidenschaftlichen Ringens das "Schwert von Gdingen" nennt. Verhandlungen, die als Nachfolger des Grafens Gravina der Däne Rosting zwischen Danzig und Polen in der Hafenfrage anzubahnen versucht, scheitern. Erst die Machtübernahme durch die NSDAP. in Danzig schafft eine neue Lage. Die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt Danzig unternimmt den Versuch, an die Stelle der endlosen und nur zu oft ergebnislosen Verfahren vor allen möglichen Instanzen des Volkerbundes die direkte Verständigung mit dem Nachbarstaate Polen treten zu lassen. Das erste Problem, das auf dieser Grundlage zur Erörterung gestellt wird, ist die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen. Soll der Ruin des Danziger Hafens vermieden werden, muß der Wettbewerb zwischen Gdingen und Danzig normalisiert werden. Am 5. August 1933 bereits wird das erste Danzig-polnische Hafen-Übereinkommen unterzeichnet. Die Danziger Regierung erklärt sich bereit, für die Dauer dieses Übereinkommens das vor dem Völkerbund schwebende Verfahren in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens einzustellen. Demgegenüber übernimmt die polnische Regierung die Verpflichtung, unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Rückgang des über den Danziger Hafen gehenden Verkehrs zu verhindern. "Die polnische Regierung wird in Zukunft dem Hafen von Danzig, soweit dies in ihrer Macht liegt, eine gleiche Beteiligung an dem seewärtigen Warenverkehr (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr) unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Ware sichern."

Dieses Übereinkommen ist der Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen zwischen der Danziger und der polnischen Regierung, die mit der Unterzeichnung eines Protokolls in Warschau am 18. September 1933 beendet wurden. Eine Reihe von Einzelbestimmungen dieses Warschauer

Protokolls beziehen sich auf die Herstellung gesünderer Wettbewerbsbedingungen zwischen den beiden Nachbarhäfen, darüber hinaus ist dem Protokoll als Anlage eine Liste beigegeben worden, die 44 einzeln aufgezählte Warenarten enthält, von denen die polnische Regierung jährliche Mindestmengen über den Danziger Hafen zu schicken sich verpflichtet hat. Für den Danziger Hafen ist diese Warenliste besonders wichtig, weil sie zur Aufrechterhaltung der Struktur des Danziger seewärtigen Warenverkehrs neben einigen Massengütern eine Reihe von wertvollen Stückgutwaren aufweist, Waren, die nicht nur den Hafen sondern auch den Handel Danzigs interessieren.

Gegen Ende 1933 sind diese Vereinbarungen in Kraft getreten. Zweimal sind sie um je ein Jahr verlängert worden, um schließlich nach langwierigen Verhandlungen, die auf Wunsch der Danziger Regierung aufgenommen worden waren, durch eine am 5. Januar 1937 unterzeichnete Vereinbarung ergänzt zu werden. Auch dieses bis zum 31. Dezember 1939 gültige "Interpretationsabkommen" läßt den Wunsch Danzigs nach Ausschaltung aller Maßnahmen der polnischen Regierung erkennen, die zu einer Benachteiligung des Danziger Hafens gegenüber Gdingen führen können.

Im Zeichen der Danzig-polnischen Hafenverständigung hat der seewärtige Warenverkehr über Danzig im Vergleich zu demjenigen des Hafens von Gdingen in dem Jahrfünft von 1934 bis 1938 eine Entwicklung genommen, wie sie aus nachstehender Zusammenstellung hervorgeht: Es betrug in Tonnen:

	die Einfuhr über		die Ausfuhr über		der Gesamtumschlag über	
	Danzig	Gdingen	Danzig	Gdingen	Danzig	Gdingen
1934	655 763	991 544	5 713 181	6 200 369	6 368 944	7 191 913
1935	778 532	1 111 844	4 324 246	6 362 599	5 102 778	7 474 443
1936	953 154	1 335 456	4 675 002	6 407 490	5 628 156	7 742 946
1937	1 515 822	1 718 004	5 684 849	7 288 172	7 200 671	9 006 177
1938	1 547 866	1 526 536	5 583 886	7 646 902	7 131 752	9 173 438

Aus obiger Übersicht geht hervor, daß mengenmäßig der Gesamtumschlag im Hafen von Gdingen seit dem Jahre 1934 ununterbrochen erheblich größer gewesen ist als derjenige im Hafen von Danzig, daß er im Jahre 1938 den seewärtigen Warenverkehr über Danzig um nicht weniger als 2.041.686 Tonnen, das heißt um 28,6 v.H. übertroffen hat.

Was nicht weniger bedeutsam ist, ist die Feststellung, daß die Struktur des seewärtigen Warenverkehrs über Danzig gerade auch im Laufe der letzten Jahre namentlich in der Einfuhr eine weitere, außerordentlich bedrohliche Verschlechterung erfahren hat. Trotz der Warenliste vom 18. September 1933 ist Danzig immer weiter aus dem Umschlag zahlreicher Einfuhrgüter, an denen nicht nur Danzigs Spedition sondern auch Danzigs Handel stärkstens interessiert ist, ausgeschaltet worden, wie dies aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich ist:

Einfuhr	Für Danzig am 18. September 1933 festgelegte Mindestumschlagsmenge in Tonnen	Tatsächliche Umschlagsmenge in Tonnen 1938 über Danzig	Gdingen
Kaffee	4 000	1 784	4 991
Tee	750	587	6 039
Häute u. Leder	3 000	129	37 640
Pflanzliche Öle u. Fette	11 000	1 302	5 208
Gerbstoffe	14 600	8 569	15 128
Kupfer	700	479	28 041
Woll- u. Baumwollgarne	5 400	82	2 122
Nüsse u. Mandeln	500	201	1 888
Thomasschlacke	10 000	4 625	66 150
Früchte	2 000	494	56 176
Reis	5 000	4 153	45 257

Es bedarf keines besonderen Hinweises darauf, daß die gesteigerte Einfuhr eines geringwertigen Massengutes, wie es die Erze und Schwefelkies darstellen, die mit 1,07 Millionen Tonnen nicht weniger als 70 v.H. der Gesamteinfuhr über den Danziger Hafen im Jahre 1938 darstellten, keinerlei vollwertigen Ersatz für die Ablenkung wertvoller Speditions- und Handelsgüter zu bedeuten vermag.

Angesichts dieser Entwicklung kann es nicht überraschen, daß auch der Anteil des Danziger Hafens am Werte des polnischen Außenhandels eine starke Herabsetzung gegenüber Gdingen erfahren hat. Am Wert des polnischen Außenhandels waren im Jahre 1938 beteiligt:

	der Danziger Hafen	der Gdingener Hafen
in der Einfuhr mit	7,5 v.H.	53,7 v.H.
in der Ausfuhr mit	23,5 v.H.	40,9 v.H.
insgesamt	15,1 v.H.	47,3 v.H.

Daraus, daß im Jahre 1938 der Anteil der Stückgüter am Einfuhrverkehr über Danzig nur noch 21,2 v.H., über Gdingen jedoch 47,7 v.H. betrug, erklärt es sich, daß sich der Durchschnittswert der im Danziger Hafen umgeschlagenen Waren pro Tonne auf 62,8 Zl., im Hafen von Gdingen dagegen auf 135,8 Zl. belief.



Blick auf den Hafen von Gdingen 1929.



Im Gdingener Hafen.

Zieht man das Fazit aus diesen nüchternen Feststellungen, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die "gleiche Beteiligung" des Danziger Hafens am polnischen seewärtigen Warenverkehr weder quantitäts- noch qualitätsmäßig vorliegt. Der als Kriterium für die Einhaltung der "gleichen Beteiligung unter Berücksichtigung von Quantität und Qualität der Ware" im "Interpretationsabkommen" vom 5. Januar 1937 vorgesehene "Umschlagswert" ist in Gdingen von Jahr zu Jahr größer geworden als derjenige Danzigs: die polnische Regierung hat damit auch die auf der Grundlage der Danzig-polnischen Verständigung stark reduzierte Verpflichtung dem Danziger Hafen gegenüber nicht erfüllt!

So ernst die sich aus dieser Entwicklung zwangsläufig für die Danziger Wirtschaft ergebenden Sorgen sind, sie haben eine Steigerung dadurch erfahren, daß das polnische Element im Betriebe der Danziger Hafenwirtschaft eine von Jahr zu Jahr wachsende Ausdehnung aufzuweisen hat. Während die polnische Presse immer wieder in bewegten Tönen über Hindernisse und Erschwerungen klagt, die angeblich der polnischen Wirtschaft in Danzig bereitet werden und die polnischen Wirtschaftskreise an einer stärkeren Ausnutzung des Danziger Hafens hindern, hat der "Rat der polnischen Hafeninteressenten in Danzig" in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1938 Angaben veröffentlicht, die eine erhebliche Weitung des Beschäftigungsgrades polnischer Firmen erkennen lassen und ein Schlaglicht auf die der deutsch-Danziger Hafenwirtschaft hierdurch drohenden Gefahren werfen. So ist im Jahre 1938 von der in den Danziger Hafen eingelaufenen Tonnage bereits mehr als die Hälfte durch polnische Schiffsmakler abgefertigt worden. An der Spedition über Danzig waren im gleichen Jahre polnische Firmen mit nicht weniger als 42,6 v.H. beteiligt. Der Atemraum der deutschen Hafenwirtschaft Danzigs wird damit immer kleiner.

Seit jenem 16. Juni 1919, an dem die alliierten und assoziierten Mächte einem vom Deutschen Reich losgelösten und in enge wirtschaftliche Beziehungen zu Polen gesetzten Danzig eine neue "große Handelsblüte" in Aussicht stellten, sind zwei Jahrzehnte vergangen, die Handelsblüte Danzigs ist ausgeblieben. Zwanzig Jahre hindurch hat die Danziger Wirtschaft um ihre Existenz ringen müssen. Die Weichsel, Polens "Hauptwasserweg", ist immer stärker versandet und daher in ihrer Bedeutung als Binnenwasserstraße immer weiter gesunken. Der Danziger Hafen, "Polens einziger freier und sicherer Zugang zum Meere", ist aus dem ihm durch das Diktat von Versailles übertragenen Aufgabenkreis von Jahr zu Jahr stärker durch den Hafen verdrängt worden, den der polnische Staat vor den Toren Danzigs unter Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Machtmittel errichtete, um ihm - unbeschadet aller Verpflichtungen dem Danziger Hafen gegenüber - den ersten Platz im polnischen seewärtigen Warenverkehr einzuräumen, ihn zu dem Exponenten der polnischen Seeküstenpolitik zu machen.

Die von den alliierten und assoziierten Mächten vor zwanzig Jahren für die Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich genannten Gründe sind gegenstandslos geworden. **Das Problem, dem man in Versailles, befangen von politischen Irrtümern und wirtschaftlichen Trugschlüssen, den Namen "Freie Stadt Danzig" gab**, ist reif für eine Lösung, die Danzig als Hafen- und Wirtschaftsplatz die Möglichkeit zur Erfüllung einer Mission gibt, die so alt ist wie das Deutschtum dieser Stadt an der Mündung des Weichselstromes.



Anmerkung:

1 Vgl. "Questions relatives aux territoires polonais sous la domination prussienne." Paris, Mars [März] 1919.
...zurück...



Das Korridorproblem in der internationalen Diskussion
Ulrich Wendland

Der Korridor - schon als auftauchender Gedanke ein Ärgernis

Lange bevor der Korridor in Mißdeutung der von Wilson in seinem dreizehnten Programmpunkt für den neuen polnischen Staat erhobenen Forderung eines "freien und sicheren Zuganges zum Meere" greifbare Gestalt annahm, ja schon als der Gedanke an eine ähnliche Verstümmelung von Ostdeutschland auftauchte und in dem polnischen Politiker **R. Dmowski** einen ebenso rührigen wie beredten Anwalt in den Ententeländern fand, entbrannte darum eine lebhafte Diskussion.[1] Unter den im Ausland, namentlich in Frankreich, lebenden Polen selbst wurden im Herbst 1917 entschiedene Stimmen gegen Dmowskis Forderungen laut, und gleichzeitig warnte der Engländer **Brailsford**, dessen Meinung sich hochstehende britische Persönlichkeiten wie der Erzbischof von Canterbury und Asquith anschlossen, die englischen Anhänger Dmowskis nachdrücklich davor, die polnische Frage in dieser Form womöglich mit Bajonetten lösen zu wollen. Nach Dmowskis eigener Darstellung (*Polityka polska i odbudowanie panstwa*, 2. Auflage 1926, Seite 504) erklärten sogar ausgesprochene Deutschgegner in London und Paris im Dezember 1917, "daß man nicht davon träumen könne, die deutsche Herrschaft in Danzig zu stürzen, da die Deutschen diesen Verlust nie hinnehmen würden". Noch im Frühjahr 1918 sagte "ein hochgestellter französischer Diplomat, der sich viel mit der polnischen Frage beschäftigte", zu Dmowski (a. a. O., S. 200): "Aber das wäre ja ein Wunder, mein Herr, wenn das einträte, was Sie da sagen, wenn das Territorium Ihres Staates bis an die Ostsee reichte!" Wie stark im Ententelager Polens territoriale Gestaltung und Zugang zum

Meere noch unmittelbar vor dem Waffenstillstand umstritten waren, beweist ein Vorfall vom 2. November 1918: Die französische Forderung nach sofortiger Räumung aller ehemaligen Gebiete des historischen polnischen Staates einschließlich ganz Westpreußens durch das Reich wies damals der britische Staatsmann **I. A. Balfour** scharf zurück mit der Begründung, die Entente habe sich verpflichtet, einen wirklich aus Polen bestehenden Staat zu errichten, nicht aber das weit von dem Ziele entfernte Polen von 1772 wiederherzustellen (Mermeix, Band 5, Seite 246ff).



Männer von Versailles über den Korridor

Daß an dem Problem der deutsch-polnischen Grenzziehung, namentlich an der westpreußischen und Danziger Frage, die Pariser Konferenz noch im Mai 1919 zu scheitern drohte, ist bekannt. Fast wie die Stimme des Predigers in der Wüste mutet die hellsichtige, aufrechte Äußerung an, die der Lloyd George nahestehende Burengeneral **I. C. Smuts** damals tat: "Ich bin überzeugt, daß wir bei der ungebührlichen Vergrößerung Polens... einen politischen Kardinalfehler begehen, der sich im Laufe der Geschichte noch rächen wird. Das neue Polen wird Millionen Deutscher und Gebiete mit einer deutschen Bevölkerung oder solche, die für lange Zeit Teile Deutschlands gewesen sind, umfassen... Ich glaube, wir sind dabei, auf Flugsand ein Haus zu errichten. Angesichts dieser und zahlreicher anderer Bedenken würde ich die Grenzen Polens, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen sind, revidieren, Oberschlesien und alle wirklich deutschen Gebiete bei Deutschland lassen, die Grenzen der Freien Stadt Danzig enger ziehen und sie, anstatt sie der Oberherrlichkeit Polens zu unterstellen, wie wir es vorgeschlagen haben, unter Deutschlands Souveränität mit einer vom Völkerbund kontrollierten Verwaltung belassen" (Baker, a. a. O., Band 3, Seite 397ff.). Zwei andere tätige Mitarbeiter der Pariser Konferenz besaßen den Mut, ihren Protest gegen das **Versailler Diktat**, besonders gegen **die Reparationen** und die östliche Grenzziehung öffentlich dadurch zu bekunden, daß sie den Friedensmachern entrüstet den Rücken kehrten: Am 7. Juni 1919 legte der als europäischer Wirtschaftskenner bekannte Engländer **J. M. Keynes** seine Ämter als Sachverständiger nieder und ging bald darauf in dem Buch *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* mit den Versailler Größen ins Gericht. Das Gleiche tat der lange Zeit als politischer Berater Wilsons tätig gewesene Amerikaner **G. D. Herron**, der in seiner Schrift *Der Pariser Frieden und die Jugend Europas* die Konferenz eine "salbungsvolle Aktionärversammlung für die Dividendenverteilung" nannte.

Aber auch die eigentlichen Väter und Geburtshelfer des "Friedenswerks" sind - mit Ausnahme von Clemenceau und Poincaré - der Korridorschaffung nicht froh geworden. Sagte doch schon Anfang April 1919 **Wilson** selbst: "Das einzig wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht hat" (Baker, Band 2, Seite 47). Ja, später erklärte Wilson dem amerikanischen Senator Johnson ("Das Erbe Wilsons" in der New Yorker *Sun*, 1931) sogar unumwunden, der Korridor sei ein schwerer Einbruch in Deutschlands Sprach- und Nationalgebiet. Selbst Marschall **Foch** bekannte nachweislich kurz vor seinem Tode einem Besucher, daß im Korridorgebiet "die Wurzel des nächsten Krieges läge". Fochs einstiger Generalstabschef **Weygand**, der mit den Verhältnissen von seiner Mission in Polen (1920) her vertraut war, gab über den Korridor im *Oeuvre* das lakonische Urteil ab: "Unnütz im Frieden, nicht zu verteidigen im Kriege." Über **Lloyd George** äußerte Graf Sforza, daß die Konferenzteilnehmer, "wenn es nach Lloyd George gegangen wäre, schließlich noch eine vierte Teilung Polens erlebt hätten". Später meinte der ehemalige britische Premier, daß Polen fünf Elsaß-Lothringen habe: den Korridor, Oberschlesien, Wilna, die Ukraine und Weißrußland. Winston **Churchill**, der sich seit je in der Rolle des unerschütterlich an die Rechtmäßigkeit des Korridors Glaubenden gefällt, entschlüpfte in seinem Buch *Nach dem Kriege* (1930, Seite 184ff.) das bemerkenswerte Geständnis, daß Lloyd George, als er gegen das Sachverständigengutachten über die westpolnischen Grenzen in Paris lebhaft protestierte, naturlich vollkommen im Recht war

und daß die Vorschläge der Kommission, in der kein im wirklichen Sinne Sachverständiger saß, tatsächlich unhaltbar waren. Die Errichtung der Freien Stadt Danzig erscheint ihm als ein "genialer aber komplizierter und keine der beiden Parteien wirklich befriedigender Plan". Nach deutschen Zeitungsmeldungen, deren Richtigkeit leicht nachprüfbar ist, trat Churchill in der zweiten Novemberhälfte 1932 im Unterhaus sogar offen für eine Vertragsrevision ein und bezeichnete als dringlichste Probleme, die unter Englands Führung, noch ehe die Alliierten ihre militärische Überlegenheit verlören, gelöst werden müßten, Danzig, den Korridor und Siebenbürgen. Stärkste Mißbilligung drückte sich in den Reden und Schriften der mittelbar oder unmittelbar an den Pariser Vorortverträgen beteiligt gewesenen italienischen Politiker aus. Der schon erwähnte frühere italienische Außenminister und Teilnehmer an vielen Nachkriegskonferenzen Graf **C. Sforza** hat den "fürchterlich logischen und hartnäckigen" Pariser Delegierten Polens, nach deren "ewigen Ansprüchen und uferlos wachsenden Forderungen halb Europa ehemals polnisch gewesen wäre und wieder polnisch hätte werden müssen", kein eben sehr schmeichelhaftes Denkmal gesetzt (*Gestalter und Gestalten des heutigen Europas*, 1931) und im Sommer 1927 in einer Gastvorlesung in den Vereinigten Staaten freimütig betont, daß kein ernst denkender Staatsmann an einen Dauerbestand der Korridornotlösung geglaubt habe. Schärfere Töne schlägt der frühere italienische Ministerpräsident **F. Nitti** an, wenn er zum Beispiel in dem Buch *Der Niedergang Europas* (1923) schreibt: "Der Versailler Vertrag hat den lächerlichen Zustand geschaffen, daß man, um von einem Teil Deutschlands zum anderen zu gelangen, den Danziger Korridor durchqueren muß. Die neuen Grenzen haben Deutschland in zwei Teile gerissen.... Nicht die polnische Nation hat sich als Staat konstituiert, man hat einen polnischen Militärstaat geschaffen, dessen Hauptaufgabe darin besteht, Deutschlands Zerfall zu fördern.... Danzigs Loslösung vom Reich war eine Ungeheuerlichkeit äußerster Willkür." In dieser Auswahl von Verlautbarungen der Männer von und um Versailles über die Korridorfrage darf eine Stimme nicht fehlen, die unvermutet aufklang und ein ungewöhnlich starkes Echo fand: Im Herbst 1930 gab der tschechische "Präsident-Befreier", **Th. G. Masaryk**, ein über den Verdacht der Deutschfreundlichkeit erhabener, zudem den Versailler Größen zu äußerstem Dank verpflichteter Staatsmann, dem Berichterstatter der Wiener *Neuen Freien Presse* die später auch in der englischen *Sunday Review* erscheinende Erklärung ab: "Es bestehen zur Zeit zwei große Gefahrenzonen für den europäischen Frieden: der polnische Korridor und Ungarn.... was den polnischen Korridor betrifft, so kann man mit Bestimmtheit sagen, daß Deutschland sich niemals mit dem heutigen Stand der Dinge abfinden wird, durch den das ostpreußische Land vom Reich abgetrennt ist."



Die internationale Diskussion 1925-1933

Kurze Geschichte

Die Polen sind den von Graf Sforza treffend gekennzeichneten Methoden, ihren Standpunkt der Welt einzuhämmern, unentwegt treu geblieben. Ihrer Hauptthese zufolge ist das Korridorproblem eine jeder Wirklichkeit entbehrende Erfindung der nur auf Polens Vernichtung hinarbeitenden Deutschen, und das einzige tatsächliche Unrecht an der Versailler Grenzziehung besteht darin, daß Polens Gebietsansprüche nicht voll befriedigt und insbesondere Danzig und Ostpreußen Polen nicht zugesprochen worden sind. Auf die in diesem Sinne von Polen mit allen Mitteln unternommene Bearbeitung der öffentlichen Meinung des Auslandes soll hier nicht eingegangen sondern nur festgestellt werden, daß die ebenfalls von der Betrachtung ausgeschaltete Aufklärungsarbeit deutscherseits der polnischen Propaganda zunächst stark unterlegen war. Diesem Umstand und der jeder unvoreingenommenen politischen Erörterung abträglichen Atmosphäre der ersten Nachkriegsjahre ist es zuzuschreiben, daß erst verhältnismäßig spät weitere Auslandskreise die wirkliche Bedeutung der Korridorfrage zu ahnen und zu erörtern begannen. Ein vereinzelter und ungehört verhallender Appell war die Kammerrede, in der der Franzose **M. Sembat** bereits am 4.

September 1919 in Paris das Völkerrechtswidrige und Schwerbegreifliche der Korridorlösung darlegte.

Nicht zufällig setzte mit dem Jahr 1925, das nach schweren politischen Enttäuschungen schließlich den allerdings die mitteleuropäischen Ostfragen völlig in der Schwebe lassenden Locarnovertrag brachte, in der Presse der ehemaligen alliierten Länder eine stärkere Anteilnahme an der Korridorfrage ein. Die Anregung dazu ging vornehmlich von pazifistischen, linksgerichteten Kreisen Englands und Frankreichs aus. Bald begannen französische, englische, italienische und sogar amerikanische Bücher zu erscheinen, die dem Korridorproblem besondere Beachtung schenkten oder sogar überwiegend gewidmet waren. Dazu nahmen dann die ausländischen Blätter ohne Unterschied der Partei und auch Männer aus allen Gebieten des praktischen Lebens und der Wissenschaft Stellung. So wuchs die Zahl der in Europa und der Nordamerikanischen Union erscheinenden verschiedenartigsten Beiträge zur Korridorfrage schnell zu einer heute nur schwer übersehbaren Fülle. Der Gedanke, daß hier eine Bereinigung dringend vonnöten sei, schlug in weiten Kreisen des Auslandes Wurzel. In den Jahren 1930 bis 1933 war tatsächlich eine weltweite Aussprache über den Gefahrenherd an der unteren Weichsel in vollem Gange.



Kurze Charakteristik der Diskussion

Den zahlreichen wirklich ernsthaften und sachlichen Äußerungen des Auslandes zur Korridorfrage ist der Zug gemeinsam, daß sie eine mehr oder weniger starke Unruhe, ein mit dem Wunsch nach schneller Abhilfe gepaartes Gefühl echter Besorgnis offenbaren und die gegenwärtige Verwirklichung des dreizehnten Programmpunktes Wilsons für denkbar unglücklich, wo nicht ungerecht erachten. Sonst gehen die Ansichten im großen wie im kleinen denkbar weit auseinander. Schon über den Umfang des Korridorgebiets herrscht keinerlei einheitliche Auffassung, obwohl seit 1931 die Überzeugung an Boden gewinnt, daß nicht nur Danzig und Westpreußen sondern alle alten deutschen Ostgebiete einschließlich des östlichen Oberschlesiens organisch zusammengehören. Die größte Buntscheckigkeit weisen aber besonders die Besserungs- und Lösungsvorschläge des Auslands auf. Eine nicht geringe Anzahl tritt für die Rückgabe des heutigen Pommerellen und Danzigs an das Reich ein, wobei vielfach die schon am 29. Mai 1919 von der deutschen Friedensdelegation vorgeschlagenen Erleichterungen und Vorteile für Polen in Erwägung gezogen werden. Andere billigen Polen nur den Hafen Gdingen mit einem gewissen Landstreifen und einer freien Bahnverbindung durch deutsches Gebiet zu. Wiederholt ist angeregt worden, dem Reich einen ausreichenden Gebietsstreifen oder doch wenigstens angemessene eigene Verkehrsmöglichkeiten zu geben, wenn nicht gar ein deutsch-polnisches Kondominium über den Korridor und Danzig unter neutraler oder Völkerbundskontrolle zu schaffen. Aber auch phantastische Pläne wie der Bau einer reichseigenen vergitterten Hochbahn oder die Anlegung eines Deutschland zur Verfügung stehenden Tunnels durch den Korridor wurden ersonnen. Zu diesen Lösungsvorschlägen sei nur summarisch bemerkt, daß sie zumeist entweder von vornherein indiskutabel und undurchführbar waren oder von Voraussetzungen ausgingen, die heute gegenstandslos geworden sind.



Die schriftlich niedergelegten Zeugnisse

Frankreich

Schon am 15. April 1925 war in der Pariser *Information* zu lesen: "Die Verfassung von Danzig, Ostpreußen und dem Weichselkorridor, so wie sie das Ergebnis des Versailler Vertrags ist, kann

nicht als etwas Endgültiges betrachtet werden." Bald darauf griff der französische Politiker **A. Ebray** in seinem Buch *La Paix malpropre* (1925) den Korridor als eine moralisch wie juristisch ungerechtfertigte und für Deutschland untragbare Schöpfung an. Damals drahtete auch der Pariser Korrespondent des *Manchester Guardian* seinem Blatt, Frankreich würde einen Verzicht Polens auf den "als unhaltbar geltenden" Korridor begrüßen. Entgegen den stetigen Behauptungen der französischen Zeitungen *Temps*, *Matin* und *Figaro*, daß der Korridor rechtmäßig und für Deutschland kaum nachteilig sei, bezeichnete **L. Claudon** in der *Revue des deux mondes* (1926) die Lage Danzigs und seines Hinterlandes als änderungsbedürftig und fand damit schließlich auch bei den Pariser Blättern *Petit Parisien*, *Populaire*, *Paris midi*, *Echo de Paris*, *Soir* und *Volonté* Zustimmung. Dieser Zeit gehören die recht bezeichnenden Äußerungen aus dem Munde zweier französischer Politiker an, daß der Korridor "ein Pfahl im Fleische Deutschlands" (Senator **M. Cheneboit**) und "das Europa zu verseuchen drohende Geschwür" (**A. Dauzat**) sei. Trotz seiner offensichtlichen Sympathie für Polen gab **A. Fabre-Luce** in seinem bekannten Buch *Locarno sans rêves* (1927) zu, daß die in Versailles geschaffene Lage an der Weichselmündung höchst besorgniserregend und für Polen im Grunde nur eine Belastung sei. Während die pro-polnischen Journalisten vom Schlage **W. d'Ormessons** und **J. Sauerweins** gelegentlich ein baldiges Schwinden des "Mißvergnügens" an der deutsch-polnischen Grenzziehung zu wünschen für nötig erachteten, forderten die Zeitungen *Information*, *Quotidien*, *L'Ordre* und *République* beharrlich eine schnelle Lösung des Korridorproblems. "Das ist tatsächlich die schwere Frage, welche die beiden Länder (Deutschland und Polen) trennt und immer trennen wird," schrieb **G. Peytavi Faugère** in seinem Buch *Vive la Pologne, Monsieur!* (1928). Der Chefredakteur des sozialistischen *Le Soir* **R. Tourly** brachte von seinen östlichen Studienreisen die in zwei Büchern (*Le Conflit de demain: Berlin - Varsovie - Danzig*, 1928 und *Derrière les Brumes de la Vistule*, 1929) eindrucksvoll vertretene Überzeugung mit, daß die Grenzziehung an der unteren Weichsel "die Zerstückelung eines lebendigen Körpers" und "ein Unding" sei, das schleunigst verschwinden müsse. Völlig einer Meinung mit Tourly erklärt sich in der Broschüre *Et demain? France, Allemagne et Pologne* (1929) der Professor **P. Valmigère**, der schon 1926 in der großen französischen Zeitung *Dépêche de Toulouse* ein Ostlocarno gefordert hatte. Auf der Suche nach einem den Korridor "unsichtbar machenden" Kompromiß und vielfach verschwommen sind die Schriften von **I. Bainville**: *Les Conséquences politiques de la Paix*, **G. Blun**: *L'Allemagne mise en nu*, **M. Pernot**: *L'épreuve de la Pologne* und *L'Allemagne d'aujourd-hui* und **G. Roux**: *Les Alpes ou le Rhin?*

Korridorbeispiele in fremden Ländern als Vorstellung

Der Korridor, wie er in Versailles für Polen geschaffen wurde, steht in der Welt ohne Beispiel da. Er ist zu einem Begriff geworden, der als gegeben und damit vielleicht vielfach als selbstverständlich hingenommen wird. Der Widersinn dieses Korridors wird aber vollends klar, wenn man sich ähnliche Korridore in anderen Teilen der Welt vorstellt. Solche Korridorbeispiele als Vorstellung werden in diesen acht Karten gezeigt.



Ein schwedischer Korridor durch Norwegen

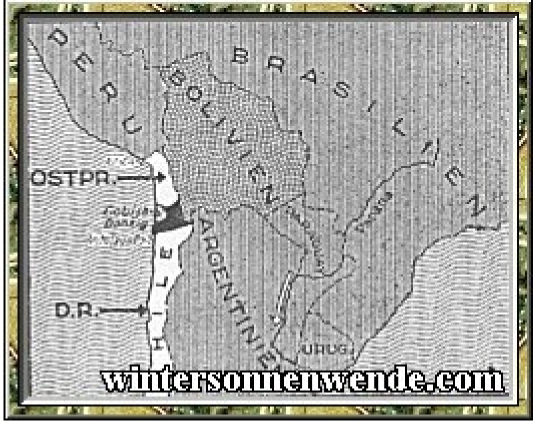


Ein Schweizer Korridor durch Frankreich

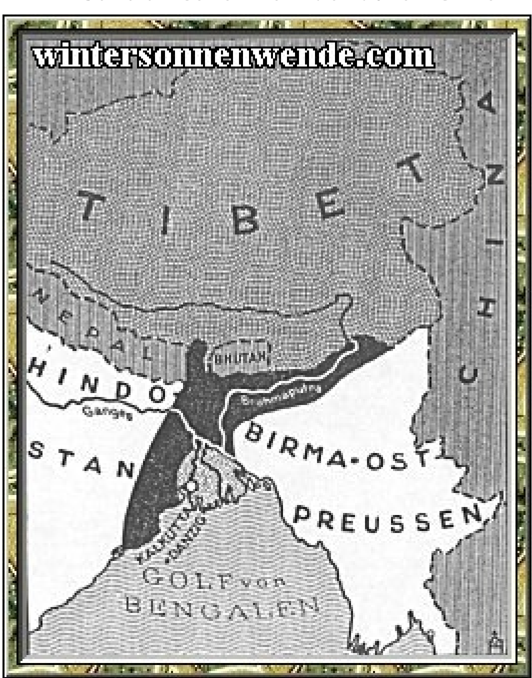
(1928). Durch die polnische Brille sehen **R. Martial**: *La Pologne jadis et de nos jours* (1928) und vor allem **E. Pezet**: *Où va la Pologne?* (1930). Wie stark und wirksam die polnische Propaganda in Frankreich der Revisionsarbeit entgegenarbeitete, zeigt am deutlichsten das von der Polnischen Bibliothek herausgegebene Sammelwerk *La Pologne et la Baltique* (1931), worin sogar angesehene französische Gelehrte (Bourgeois, Pagès, Hauser usw.) geradezu kritiklos die polnischen Thesen nachsprechen. Dagegen bezeichnete der Pariser Professor **G. Raphael** (*Allemagne et Pologne*, 1932) die deutschpolnische Grenzziehung als einen die ganze Welt beunruhigenden, eingewurzelten Konflikt, und Anfang 1933 äußerte ein anderer französischer Gelehrter, Professor **A. Bayet**, dem Vertreter der République gegenüber: "Seit fünf Jahren trete ich... vor allem für die Beseitigung des Korridors ein, der einen unhaltbaren Zustand in Europa geschaffen hat. Während ich anfangs auf Proteste und Verständnislosigkeit stieß, stimmen mir heute die Zuhörer rückhaltlos bei: 'Man solle den Deutschen den Korridor zurückgeben.' Wenn ich ein Deutscher wäre, gäbe es für mich keine andere Frage als die Beseitigung des Korridors."



Ein Schweizer Korridor durch Italien



Ein bolivianischer Korridor durch Chile



Ein tibetischer Korridor durch Indien

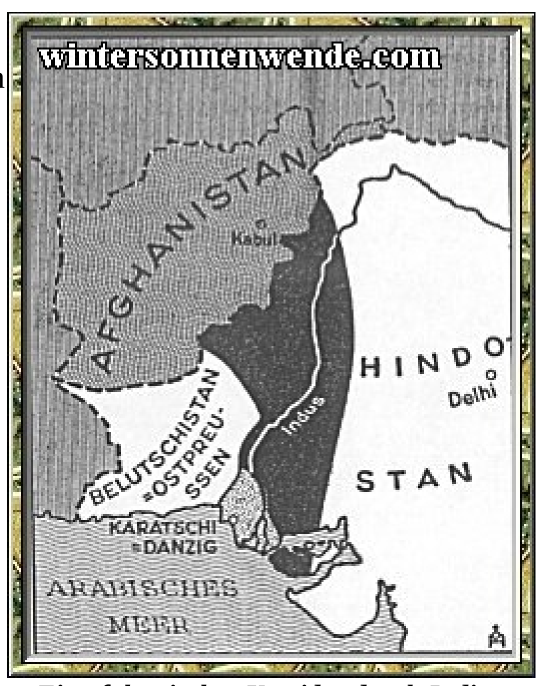
England

Sieht man von den rein polnisch orientierten Referaten in *The new Republic* (August 1924), *English Review* (1925) und *Fortnightly Review* (1925 ff.) ab, so ist eine ernsthafte Beschäftigung mit der Korridorfrage in England zuerst in den gemäßigten Linksblättern festzustellen. Schon im Februar und März 1925 schrieb der Chefredakteur des *Observer* **J. L. Garvin**, der Korridor, um den England nie einen Krieg führen werde, sei höchst revisionsbedürftig, und fügte im Winter 1925 hinzu, es handele sich hier um eine "unhaltbare Anomalie" und in England wie Frankreich "träte jeder Mensch mit gesundem Verstand für die Abänderung der deutsch-polnischen Grenze ein". Ähnlich befürwortete der *Manchester Guardian* unablässig die sofortige Wiedergutmachung des durch die Versailler Weichselgrenzen angerichteten Schadens. Das Blatt *Daily News* forderte sogar Lloyd George auf, sich für die Beseitigung des "nach der Meinung des letzten Engländers unhaltbaren Korridors" einzusetzen. Im Mai 1925 befaßte sich sogar das englische Parlament mit einer für Außenminister Chamberlain vom Auswärtigen Amt eigens hergestellten Denkschrift, worin die Ersetzung des Danziger durch einen Memel-Korridor erwogen wurde. Die Zeitschrift *The Nation and Athenaeum* (September 1926) riet ernstlich, eilends die ständige Unruhe bereitende Danziger Frage zu lösen, ehe Deutschland stark genug sei, selbst darüber zu verhandeln, wobei dann das "Verhandeln" allerdings einen anderen Sinn haben werde.

Eine abwartende, zum Teil sogar deutlich polenfreundliche Haltung zeigten indessen die konservativen Organe *Morning Post* und *Daily Telegraph* sowie die *Times*, obwohl in ihnen mancherlei revisionsfreudige Zuschriften veröffentlicht wurden. Offen Partei für die Polen nahm zunächst der linksradikale *Daily Herald*, der seine Informationen aus Warschau allerdings auch von einem polnischen Sozialisten bezog. Das erste einschlägige englische Buch, **R. B. Hansens** *Poland's Westward Trend* (1926), deckte Polens auf die Oderlinie hinstrebende Expansionsgelüste auf. Größtes Verständnis für die durch Versailles in Ostdeutschland geschaffene Lage bewies der dem Unterhaus als Labourabgeordneter angehörende frühere Marineoffizier **J. M. Kenworthy** (heute Lord Strabolgi) in seinem Buch *Will Civilisation Crash?* (1927), aus dessen neuntem Kapitel hier folgende Sätze zitiert seien: "Mit der Zuweisung rein deutschen Gebiets im Osten an die Polen werden sie (die Deutschen) sich nie abfinden.... Ich halte es nicht für notwendig, mich zu entschuldigen, wenn ich immer wieder betone, wie nachteilig und aufreizend für Deutschland der polnische Korridor ist.... Eins aber kann man Europa mit unfehlbarer Sicherheit voraussagen: Die gegenwärtigen polnischen Grenzen werden nicht bestehen bleiben. Sie können entweder auf friedlichem Wege oder durch Kampf geändert werden." Bald darauf stellt der seine loyale Polenfreundschaft betonende englische Abgeordnete **F. C. Linfield** in einem eindringlichen Aufsatz (*Current History*, New York, Februar 1928) die bange Frage: "Wird Großbritannien in den Krieg ziehen zur Aufrechterhaltung einer Grenze, die in einer Atmosphäre der Leidenschaft von Männern mit zerrütteten Nerven gezogen und vom Weltgewissen verurteilt worden ist?" Gegen Kenworthys und Linfields ernste, sachliche Darstellung sticht sehr unvorteilhaft ab die einseitig propolnische, zum Teil geradezu frivole Veröffentlichung *Eagles Black and White* (1929) von **Poliakow**, der jahrelang für die *Times* und andere englische Blätter unter dem Decknamen "Augurs" geschrieben hat. Zur Kennzeichnung dieser Schrift genüge "Augurs" ebenso gerechte wie humane Schlußfolgerung, daß man, da doch keine wirklich beide Teile befriedigende Lösungsmöglichkeit bestände, den Korridor unter Ignorierung der Forderungen des machtlosen Deutschlands am besten im gegenwärtigen Zustand belasse. Das Jahr 1930 brachte ein beträchtliches Anwachsen der Revisionsbewegung in England. Zwei dieser Zeit angehörende Bücher *Britain and the Baltic* von Major **E. W. Polson-Newman** und *The Fruits of Folly* von einem ungenannten Verfasser (vermutlich dem englischen Journalisten Lyon) gingen ausführlich auf das Korridorproblem ein. "Zurückblickend kann man schwer einsehen, warum Deutschland zerrissen und die Saat so vieler künftiger Konflikte



Ein Korridor Paraguays durch Brasilien



Ein afghanischer Korridor durch Indien



Ein südslawischer Korridor durch Griechenland

gesät wurde, nur um Ambitionen zu befriedigen, die weder rechtlich noch logisch begründet waren. Tatsächlich bedarf Polen weder eines freien Zugangs zur See noch der Kontrolle über den Danziger Hafen", heißt es in *Fruits of Folly*; und weiter: "Das ist eine offene Wunde, welche die Zeit nie heilen wird.... Es ist aber auch gewiß, daß in einem geeigneten, möglicherweise noch in ziemlicher Ferne liegenden Augenblick die Deutschen bis zum letzten Atemzug dafür kämpfen werden, um gerade diese Änderung (der Korridorverhältnisse) herbeizuführen, nicht auf Antrieb einer Militärclique, nicht aus Eroberungslust sondern einfach und allein, weil die gesamte Nation aufrichtig glaubt, daß die Zerschneidung Deutschlands ein unerträgliches Unrecht darstellt.... Daß Deutschland der Sieger sein würde, ist unvermeidlich." Einen ähnlichen Standpunkt vertritt, freilich in gedämpfterer Tonart, Polson-Newmans Buch. Für eine Neutralisierung des Korridorgebiets setzte sich anläßlich der Tagung des Pen-Clubs in Warschau Anfang Juli 1930 sogar der berühmte Schriftsteller **J. Galsworthy** ein, während der bekannte Kriminalschriftsteller **E. Wallace** seine mißbilligende Äußerung über den Korridor alsbald widerrief. Von **Greenwall** erschien in dem zunächst der Korridorerörterung fernstehenden *Daily Express* (Mai 1932) eine auf eigenen Erfahrungen beruhende Artikelreihe über "Die klaffende Wunde im Osten Deutschlands", und im *Evening Standard* (Oktober 1932) schilderte der Parlamentarier **Crossley** unter der Überschrift "Das Pulvermagazin Europas" den "unerträglichen Zustand" an der unteren Weichsel. Schließlich ließen sich sogar der Deutschland nicht eben günstig gesonnene **W. Steed** (*Sunday Times*, 1932) und der Franzosenfreund Brigadegeneral **Spears** (*Daily Telegraph*, 1932) dazu herbei, die Berechtigung der Deutschen zu ihren Beschwerden über die Ostgrenze anzuerkennen. In dem Buch *Germany Under the Treaty* (1933) ging der Oxforder Professor **W. H. Dawson** dem Korridorproblem mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu Leibe und empfahl den Polen dringend, auf diese besonders unheilvolle Versailler Schöpfung mit Ausnahme etwa von Gdingen und einem gewissen Landstreifen zugunsten Deutschlands zu verzichten. Selbst in den lange Zeit indifferenten oder geradezu revisionsfeindlichen Blättern Englands mehrten sich die Stimmen für die Bereinigung der Korridorfrage. So gestand der frühere Berater der Reparationskommission **L. Ditmas** (*Morning Post*, Mai 1933), die Korridorschaffung sei ein "scheußlicher Fehler" gewesen, und gleichzeitig schrieb das konservative Unterhausmitglied **M. W. Beaumont** (*Times*, Mai 1933), daß seiner Ansicht nach keine deutsche Regierung je die Rechtmäßigkeit der gegenwärtigen Korridorregelung anerkennen werde und daß sie dafür auch sehr gute Gründe habe. Allerdings verteidigte wenig später an der gleichen Stelle (*Times*, Juni 1933) der an der Pariser Konferenz beteiligt gewesene ehemalige britische Diplomat **Lord Howard of Penrith** die Rechtmäßigkeit der Korridorschaffung mit den alten, längst tausendfach widerlegten Argumenten von 1919.

Italien

In Italien ergriff am frühesten das Wort für eine Beseitigung des von ihm mehrfach unhaltbar, widersinnig und lächerlich genannten Korridors der schon erwähnte frühere Finanzminister und spätere Ministerpräsident des demokratischen Systems **F. Nitti** in mehreren, in fast allen Weltsprachen erschienenen Büchern, von denen hier namentlich *Das friedlose Europa* (1922) und *Der Niedergang Europas* (1923) angeführt seien. Bald (1925) nahmen auch größere Zeitungen wie *Corriere della serra* und *Epoca* in gleichem Sinne ausführlich Stellung. Eine Leistung von Niveau und bleibendem Wert ist das ebenfalls aus dieser Zeit stammende Buch *La Risurrezione della Polonia* von **F. Tommasini**, der aus eigener Kenntnis und nach intensivem Studium den Korridor als "hybrides Gebilde" und "unheilbare Wunde im lebenden Fleisch Deutschlands" kennzeichnete. Nicht müde geworden ist das faschistische Italien, die dringende Notwendigkeit einer Änderung der Weichselgrenzen zu betonen. **Mussolini** selbst sagte bereits im Herbst 1930 dem Sonderberichterstatter der *Saturday Review*: "Die Polen täten gut daran, ihre Haltung zu ändern, um nicht ihre Existenz aufs Spiel zu setzen." Damals erschienen die trotz verschiedenster Einstellung übereinstimmend die "gefährliche Absurdität" des Korridors betonenden Arbeiten *1919-1929. Da Versailles all'Aja* von dem Turiner Gelehrten **A. Cabiati** und *Balcani di Nord-Est* von **S. de Cesare**, der übrigens bald darauf in der Zeitschrift *Critica fascista* (1930) die Entscheidung in der

Korridorfrage bereits für das Jahr 1932 voraussagen zu können glaubte.

Verschiedene

Auf die zahlreichen, natürlich sehr verschiedenartigen, aber seit 1930 wachsendes Verständnis für eine Änderung aufbringenden Beiträge zum Korridorproblem, die aus Skandinavien, Holland, der Schweiz, Ungarn und anderen europäischen Ländern stammen, kann hier nicht eingegangen werden, um nicht ins Uferlose zu geraten. Nicht unerwähnt bleiben darf aber das in Frankreich 1920 viel Aufsehen erregende und französisch geschriebene geistvolle Buch *Quo vadis, Polonia?* Sein Autor, der frühere russische Diplomat **W. K. von Korostowetz**, ein ausgezeichneter Kenner der Verhältnisse, gelangte zu der Schlußfolgerung: "Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Grenzziehung des Versailler Vertrags in Osteuropa unhaltbar ist und daß die Großmächte über kurz oder lang dazu kommen werden, daß Danzig und der Korridor seinem rechtmäßigen geschichtlichen Besitzer Deutschland zurückgegeben werden müssen."

Amerika

In Nordamerika ist eine wirkliche Diskussion über den Korridor erst gegen 1930 in Gang gekommen. Allerdings wies der keineswegs deutschfreundliche Amerikaner **I. Bakeless** (*The Origin of the Next War*, 1926) schon früh auf diese denkbar mißliche und verdrießliche, für ein wieder wehrhaftes Deutschland ganz unerträgliche Lösung von Versailles hin. Ebenso nannte der Amerikaner **F. H. Simonds** schon 1928 (*How Europe Made Peace Without America*) den Korridor eine von den Briten eigentlich nie angenommene und für beständig gehaltene Paradoxie und sprach vier Jahre später vom polnischen Korridor als der Versinnbildlichung der Mißstände im gegenwärtigen Europa. Sonst beruhten vorerst fast alle Veröffentlichungen ausschließlich auf dem Material, das die in Amerika ungemein rege polnische Propaganda den Autoren freigiebig zuleitete. Das gilt auch von dem ersten größeren Spezialwerk *America and the New Poland* (1928) von **H. H. Fisher**, der bei allem Streben nach Objektivität doch immer wieder im Dickicht des propolnischen Materials sich verfängt. Unermüdlich und schließlich auch erfolgreich war für die Aufklärung seiner Landsleute über die Korridorfrage im revisionistischen Sinne der derzeitige Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, Senator **Borah**, tätig. Seine Meinung teilten im wesentlichen dann (1931) auch Präsident **Hoover** und der Deutschland zumindest kühl gegenüberstehende frühere Staatssekretär des Äußeren, **Stimson**. Viel gelesen wurde das Buch *Embattled Borders* (1931) von Oberst **E. A. Powell**, einem jahrelang in Europa als Kriegsberichterstatter tätig gewesenen, sachkundigen Beobachter, der "das Pulverfaß" des Korridors "eine politische Mißgeburt und eine strategische Unsinnigkeit" hieß und sogar in ziemlich deutschfeindlichen Zeitschriften für die Rückgabe wenigstens des deutschen Danzigs und des nördlichen Korridorteils an das Reich eintrat. Ein sicheres Zeichen für die Aktualität der Korridorfrage war es, daß die Versailler Weichselgrenzen zum beliebten Gegenstand der von der "New England Model League of Nations Assembly" veranstalteten akademischen Disputationen wurden. In der Presse erschienen jetzt Aufsätze von Amerikanern, die sich an Ort und Stelle über die Korridorverhältnisse informiert hatten und ihren amerikanischen Lesern ein von dem üblichen, polnisch gefärbten, wesentlich abweichendes Bild vermittelten. In Rundfunkvorträgen kamen gelegentlich sogar deutsche Sachkenner neben Polen zu Wort. **G. N. Shuster**, der Leiter der amerikanischen katholischen Zeitschrift *The Commonwealth*, zog sich zwar bissige Angriffe von den amerikanischen Polen zu, gab aber sicher der Meinung Ungezählter seiner Volksgenossen Ausdruck, wenn er 1932 in seinem Buch *The Germans. An Inquiry and an Estimate* folgende Sätze schrieb: "Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu zeigen, daß grundsätzlich das Wesen von Deutschlands (östlichen) Grenzverlusten darin liegt, daß sie der Wehrpolitik Frankreichs zugute kommen.... Auf jeden Fall hat der Korridor, so wie er jetzt besteht, die Welt mit politischen und wirtschaftlichen Problemen, wie sie schwerer überhaupt nicht sein können, belastet.... Gebiete, die fraglos dem Recht und der Geschichte nach deutsch sind, sind abgeschnitten worden.... Kein ausländischer Journalist hat jemals das Gebiet (des Korridors)

besucht, ohne genug zu sehen und zu erfahren, was ihn erschrecken müßte." In seinem gleichzeitigen Buch *The Cauldron Boils* faßte der amerikanische Publizist **E. Lengyel** seine polnischen Reiseeindrücke so zusammen: "Polen ist das Land vieler Probleme. Überall, wohin der Beobachter sich wendet, steht er vor einem neuen Problem. Der Korridor ist das schlimmste von ihnen, weil dort die Feindschaft stärker und das Gefühl der Ungerechtigkeit brennender ist als sonst irgendwo."

Nachlese und Schluß

Seit 1934 ist die internationale Diskussion der Korridorfrage zum Stillstand gekommen. Hin und wieder aufklingende Zeitungsstimmen drangen kaum durch. Wohl mehr als ein Versuchsballon zu bewerten sind die im Spätherbst 1938 in der englischen Presse auftauchenden, immerhin bemerkenswert leidenschaftslosen Erwägungen, daß nun nach der Münchener Begegnung Deutschland und Polen in der Danziger und Korridorfrage wohl bald einen Vergleich erzielen würden. Sonst erschienen nur einige wenige Veröffentlichungen vornehmlich von angelsächsischer Seite, ohne jedoch wirklich neue Gesichtspunkte zu bringen; meist ist sogar ein merkbarer Rückgang der Revisionsfreudigkeit festzustellen. Hier sei nur die materialreiche, belesene Arbeit von **I. F. D. Morrow** *The Peace Settlement in the German-Polish Borderlands* genannt, die vom Königlichen Institut für Internationale Angelegenheiten in London 1936 herausgebracht wurde. Darin wird wohl gelegentlich von der "Crux" des Korridors, von der polnischen "Torheit", den Hafen Gdingen zu errichten, und von dem verhängnisvollen Versagen der angeblich zu stark von idealistischen Grundsätzen und optimistischen Anschauungen erfüllt gewesenen Pariser Konferenz gesprochen. Auch wird zugegeben, daß die Abtrennung Danzigs und Westpreußens für den deutschen Nationalstolz nur schwer erträglich ist. Andererseits ist es für Morrows Buch bezeichnend, daß er nicht das geringste Verständnis für das neue Deutschland aufbringt und Behauptungen aufstellt wie die, daß der Korridor wirtschaftlich eigentlich nur die "ostelbischen Junker" schädige. Resigniert stellt der Verfasser abschließend fest, daß es "am Ausgang des zweiten Jahrtausends der Christlichen Aera tragisch ist", zugeben zu müssen, daß alteingewurzelte völkische *(racial)* Gegensätze im Ostraum eine wirkliche Befriedung und eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen verhindert haben.

Dem Irrtum, daß die Anfang 1934 von Adolf Hitler angebahnte deutsch-polnische Verständigung auch Deutschlands Aufgabe seiner berechtigten Forderungen auf eine angemessene Lösung der östlichen Grenzprobleme bedeute, huldigt Morrows Werk allerdings nicht. Dieser Täuschung aber gab man sich vielfach in Europa wie in Amerika hin. Daher, ferner aus der an Deutschland gewiß nicht zuschanden gewordenen Hoffnung, daß diese deutsch-polnische Verständigung zu einer reibungslosen und vernünftigen Lösung der Korridorfrage führen werde, und vor allem aus der von interessierten internationalen Kreisen gesäten Saat der Verleumdung und des Hasses gegen das Dritte Reich erklärt sich der zunächst unbegreifliche Umstand, daß die offenbare Revisionsfreudigkeit des Auslands in der Korridorfrage nicht nur einschlief sondern schließlich sogar ins Gegenteil umschlug.

Die schwerste Verantwortung jedoch trifft die maßgeblichen Staatsmänner der Welt - Italien ausgenommen -, daß sie nicht schon längst die Konsequenzen aus den von ihren eigenen Ländern weitestgehend als berechtigt anerkannten deutschen Ansprüchen gezogen haben. Heute aber ist das neuerstandene Deutschland, **so sehr es den Frieden liebt und im Gefühl seiner Stärke zu einer seinen Belangen angemessenen Verständigung stets bereit ist**, zur Erlangung seines heiligen Rechts nicht mehr auf Appelle an das einstweilen imaginäre Weltgewissen und auf die schwankende Gunst des Auslands angewiesen.



Anmerkung:

1 Vgl. die ausführliche, namentlich polnische Quellen heranziehende Darstellung bei W. Recke, *Die Polnische Frage als Problem der europäischen Politik* (1927), bes. Seite 306-322; ferner R. St. Baker, *Woodrow Wilson and world settlement*, Dtsch. Ausg, Bd. 2 und 3 (1923), und Mermeix, *Fragments d'histoire 1914-19*, Bd. 5 und 6 (1921/22). ...zurück...



Die polnische Absage
F. W. von Oertzen

Die Aera vergeblicher deutscher Verständigungsbemühungen

Die diplomatische Terminologie kennt für das Verhältnis zwischen Staaten eine Reihe von Schattierungen, in der die Form der sogenannten korrekten Beziehungen ungefähr dem entspricht, was wir aus unseren Aufsatzzensuren seligen Angedenkens etwa mit der Nummer "kaum noch so eben in drei Klammern" kennen gelernt haben. Durch die Art, in der der neue polnische Staat entstanden ist, durch seine in Versailles nur ungenügend legalisierte Expansion und jene expansiven Eruptionen, die dem Versailler Diktat folgten, war das Verhältnis zu Deutschland von vornherein mit einer ganzen Zahl schwierigster Probleme und dauernder Konfliktsmöglichkeiten belastet. In den ersten zwölf Jahren nach 1919 blieben alle diese drohenden Fragen völlig in der Schwebe, und zwar einmal weil von der Warschauer Seite aus nicht das mindeste getan wurde, um auch nur einfachere Fragen zu bereinigen und etwa durch loyale Einhaltung der Versailler Minderheitenschutzbestimmungen Ansätze zu einer atmosphärischen Beruhigung zu schaffen, und zum andern weil die deutsche Außenpolitik in dieser Zeit zwar nach vielen Seiten hin Konzessionen über Konzessionen machte, in der Frage der Beziehungen zu Polen jedoch ein erstaunliches Rückgrat insofern bewies, als sie sich weigerte, in einer wie immer gearteten Form die polnischen Staatsgrenzen zu garantieren und damit diese Teile des Versailler Diktates noch einmal freiwillig zu bestätigen. Diese Tendenz fand zum ersten Mal ihren ganz deutlichen Ausdruck bei den Verhandlungen über den Abschluß des viel berufenen **Locarno-Vertrages**. Damals wurde sowohl von französischer wie auch von polnischer Seite der Versuch gemacht, Polen in das Vertragswerk zwischen Deutschland und den Westmächten unmittelbar einzubeziehen, ohne daß diese Versuche zu einem Erfolge führten. In den späteren Jahren tauchte dann im Anschluß an den sogenannten Kellogg-Pakt vom August 1928 verschiedentlich das Problem eines sogenannten Ost-Locarno auf, aber die deutsche Außenpolitik ließ sich hier nicht festlegen.

Trotz dieser Belastungen und Unklarheiten, die lange Jahre hindurch in wirtschaftlicher Beziehung noch durch einen deutsch-polnischen Zollkrieg verschärft wurden, blieb Deutschland für Polen auf dem Gebiete des Außenhandels stets ein sehr wesentlicher Faktor, und wenn es für die natürlichen Gegebenheiten auf diesem Gebiete noch eines Beweises bedurft hätte, so wäre er durch die Wirkungen erbracht worden, die sich auch in Polen sehr schnell und sehr traurig bemerkbar machten, als Deutschland nach 1929 immer tiefer in den Strudel einer tödlichen Wirtschaftskrise versank.

Die Folge dieses fortwährend gespannten deutsch-polnischen Verhältnisses war in Polen ein immer starrer werdendes Festhalten an der These von der allein selig machenden polnisch-französischen Freundschaft. Polen galt überall in der Welt neben der Tschecho-Slowakei als der getreueste Gefolgsmann aller Kreuz- und Querzüge der französischen Politik. Mochte es sich um den Ausbau des Systems französischer Militärbündnisse in Europa handeln, mochte es um die Probleme der Abrüstung vor dem Forum des Genfer Völkerbundes gehen oder mochten auch Fragen zweiten und dritten Ranges auf der internationalen Tagesordnung stehen; immer schien die Warschauer Politik

nur das getreue Echo der Töne zu sein, die von Paris in die Welt hinaus klangen.

Der Amtsvorgänger des derzeitigen polnischen Außenministers, August Zaleski, war zeitweise mehr in Paris als in Warschau, und mindestens jede Reise nach Genf wurde mit einem Umweg über Paris verbunden. Dieser Zustand galt in der internationalen Politik lange Zeit hindurch als eines jener feststehenden Fakten, mit denen man unter allen Umständen zu rechnen hat, und der Deutsche, der gelegentlich einmal in dieser Periode einen polnischen Politiker oder Diplomaten höflich darauf aufmerksam machte, daß eigentlich die polnische Geschichte voll von Beispielen dafür sei, daß Frankreich immer wieder die politischen Hoffnungen Polens bitter enttäuscht habe, der stieß mit solchen Reminiszenzen auf ein ebenso naives Unverständnis wie derjenige, der etwa den Franzosen hätte in die Erinnerung zurückrufen wollen, daß nicht die Deutschen sondern die Engländer die Jungfrau von Orleans verbrannt haben.

So wie die Dinge in Warschau nun einmal zu liegen schienen, erregte es daher ein ganz außerordentliches internationales Aufsehen, als im November 1932 ein Wechsel im polnischen Außenministerium eintrat. August Zaleski, der seit dem Jahre 1926, also seit dem Staatsstreich von Marschall Pilsudski, das Außenministerium inne gehabt hatte, verschwand ohne eigentlichen Grund in der Versenkung - jedenfalls war ein besonderer Anlaß nicht ohne weiteres zu erkennen. An seine Stelle trat der damals 38jährige Oberst Joseph Beck, der dem jüngeren Kreise der Legionäre der "Ersten Brigade" angehörte und seine politische Karriere im Jahre 1926 als Adjutant und Kabinettschef Pilsudskis begonnen und als Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium und Vizeminister des Auswärtigen fortgesetzt hatte. Wenn der Wechsel im polnischen Außenministerium gegen Ende des Jahres 1932 überhaupt einen Sinn haben sollte, dann konnte es eigentlich nur der sein, daß der alternde Marschall vor seinem endgültigen Abtreten von der Bühne dieses Lebens noch einmal die Außenpolitik des neuen Polen selber in die Hand zu nehmen und in neue Bahnen zu lenken wünschte. Denn niemand konnte glauben, daß Joseph Beck vom Marschall eine Blankovollmacht auf dem Gebiete der Außenpolitik erhalten habe.

Eine polnische Außenpolitik, die von Pilsudski selber in stärkerem Umfange als bisher geführt wurde, konnte nicht ganz so aussehen wie die bisherige außenpolitische Linie Polens. Der Marschall war Zeit seines Lebens alles andere als ein Mann der Abhängigkeiten gewesen, und wenn er jetzt am Abend seines Lebens die außenpolitische Zügelführung seines Vaterlandes in die Hand nahm, dann durfte man als das Ziel eines derartigen Unternehmens die Lösung Polens aus den bislang gewohnten Abhängigkeiten erwarten.

Der Marschall hatte im Laufe der Jahre zwar sehr selten zu Fragen der Außenpolitik in der Öffentlichkeit das Wort genommen, aber es gab eine sehr bezeichnende Äußerung von ihm, die einmal in einer Rede auf der Jahrestagung der polnischen Legionäre gefallen war. "Man muß den Wert Polens unter seinen Nachbarn erhöhen. Man muß überall hoch spielen, niemals niedrig. Nur wer am höchsten spielt, kann am stärksten helfen."

Ein hohes Spiel war es zweifellos, das der alte Marschall nicht nur zu spielen sondern auch zu gewinnen hoffte. Die politische Abhängigkeit von Frankreich konnte eigentlich nur gelöst werden, wenn es gleichzeitig gelang, das Verhältnis Polens zu seinen beiden größten Nachbarn, Sowjetrußland und Deutschland, zu klären und zu bereinigen. Dabei war es von vornherein klar, daß Pilsudski nicht daran denken konnte, in ein irgendwie geartetes engeres Freundschafts- oder Bündnisverhältnis zu Moskau zu treten. Ganz abgesehen davon, daß Polen mit seiner langen, auf weite Strecken ungeschützten Grenze gegen Sowjetrußland sich noch weit weniger als irgendein anderer Staat ohne Lebensgefahr den Einwirkungen der bolschewistischen Propaganda aussetzen konnte, war für Pilsudski schon auf Grund seiner eigenen Lebenserfahrungen Sowjetrußland doch immer Rußland; und der Marschall, der den größten Teil seines Lebens im aktiven Kampfe für die Freiheit seines Volkes in der Frontrichtung gegen Rußland gestanden hatte, wußte vielleicht besser

als irgend jemand anderes, daß Rußland, ob sowjetisch oder nicht, stets eine Gefahr für Polen bleiben werde. Auf der anderen Seite schien es beinahe noch schwieriger, zu einer grundsätzlichen Klärung des polnischen Verhältnisses gegenüber Deutschland zu kommen. Jeder derartige Versuch, wenn er von polnischer Seite aus unternommen wurde, mußte eigentlich naturnotwendig all die Konflikte, die offen oder latent zwischen beiden Staaten schwebten, zu einer akuten Krisis aufflammen lassen, denn mancherlei Anzeichen hatten gerade in den letzten Monaten und Jahren vor dem Wechsel im polnischen Außenministerium der polnischen Politik gezeigt, daß die deutsche Öffentlichkeit - mochte sie auch sonst in einige dreißig Partien und Grüppchen zersplittert sein - in der polnischen Frage von einer merkwürdigen Einheitlichkeit der Auffassungen war.

Aber für Pilsudski, den Mann, der vor Jahrzehnten fast allein den aussichtslosen Kampf für Polens Freiheit gegen das russische Riesenreich aufgenommen hatte, gab es kein Unmöglich. Das wußte man, und deshalb war die interessierte Öffentlichkeit eigentlich gar nicht mehr besonders überrascht, als bald nach dem Ministerwechsel ziemlich sang- und klanglos die letzten französischen Militärinstrukteure aus Polen abreisten, und auch ein Pariser Besuch des neuen Außenministers Beck ließ trotz der betonten Herzlichkeit der Tischreden erkennen, daß Polen sich auch auf dem Gebiete der Außenpolitik nunmehr allmählich als mündig betrachten wollte.

Noch waren die Linien der neuen polnischen Außenpolitik in ihren Einzelheiten nicht klar zu erkennen, als die Verhältnisse in Deutschland durch den Umbruch des 30. Januar 1933 auf allen Gebieten eine grundlegende Veränderung erfuhren. In den ersten Februartagen des Jahres 1933 konnte man in Warschau den Eindruck haben, als ob die verantwortlichen Politiker und ein großer Teil der Öffentlichkeit den Atem anhielten. Was wird nun? Diese Frage wurde in den verschiedensten Variationen gestellt und in den verschiedensten Variationen beantwortet. Das neue nationalsozialistische Deutschland schien zunächst nicht der geeignete Gesprächspartner für Unterhaltungen über eine grundlegende Veränderung der deutsch-polnischen Beziehungen zu sein, und fast schien es so, als ob im Frühjahr 1933 der polnische Chauvinismus, dessen radikalster Vertreter stets die besonders deutschfeindlichen polnischen Nationaldemokraten gewesen waren, die Oberhand gewinnen werde, um mit einer gewaltsamen Aktion den von den zögernden Westmächten im Grunde ihres Herzens gewünschten Präventivkrieg gegen das Deutschland Adolf Hitlers in Gang zu bringen. Man mußte ernsthaft mit einer militärischen Eskapade Polens gegen Danzig rechnen, deren Folgen in der damaligen Situation gar nicht abzusehen gewesen wären. Da die Geheimarchive aus dieser Zeit noch jedem Einblick verschlossen sind, kann man kaum mit völliger Sicherheit sagen, weshalb diese Aktion im letzten Augenblicke unterblieb, aber man wird annehmen dürfen, daß es zu einem wesentlichen Teil innerpolitische Gründe waren, die die führenden Männer des Pilsudski-Regimes veranlaßten abzubremsen, weil sie nicht ihren schärfsten innerpolitischen Gegnern das Gesetz des Handelns überlassen wollten.

Noch war die Erregung über diese neue gefahrdrohende Komplikation im Verhältnis zwischen Polen und dem Deutschen Reiche nicht ganz verklungen, als von deutscher Seite ein Fanfarenstoß ertönte, der plötzlich ganz neue Aspekte eröffnete. In seiner großen **Rede im Berliner Sportpalast am 24. Oktober 1933** fand Adolf Hitler für das Verhältnis zwischen dem Dritten Reich und Polen die folgende Formulierung:

"Es gibt in Europa Deutsche. Es gibt in Europa Polen. Die beiden werden sich daran gewöhnen müssen, nebeneinander und miteinander zu leben und auszukommen. Weder können die Polen das deutsche Volk aus der europäischen Landkarte wegdenken, noch sind wir unverständig genug, um etwa die Polen wegdenken zu wollen. Wir wissen, beide sind da. Sie müssen miteinander leben."

Der neue Ton, der da von Berlin nach Warschau hinüberklang, wurde von Joseph Pilsudski sofort richtig verstanden. Ein neuer polnischer Botschafter wurde in der Person des bisherigen Direktors der Westabteilung im polnischen Außenministerium Lipski nach Berlin entsandt. Aus seiner

Amtstätigkeit kannte Lipski die deutschen Verhältnisse recht genau, und außerdem bot sein enges Vertrauensverhältnis zum Außenminister und damit zum politischen Wollen des Marschalls auch für die maßgeblichen deutschen Stellen eine einigermaßen sichere Gewähr, daß man auf der polnischen Seite gesonnen sei, an die Probleme eines etwaigen deutsch-polnischen Ausgleichs mit Nachdruck und Ernst heranzutreten. In einer Reihe von Besprechungen zwischen dem Botschafter Lipski und dem damaligen deutschen Außenminister Freiherrn von Neurath in Berlin und zwischen dem polnischen Außenminister Beck und dem deutschen Botschafter in Warschau von Moltke wurden in den letzten Monaten des Jahres 1933 die Grundlagen für einen Vertrag geschaffen, der als vorläufig auf zehn Jahre befristeter deutsch-polnischer Nicht-Angriffsvertrag am 26. Januar 1934 veröffentlicht werden konnte. Seinem Wortlaut und seinem Sinne nach wollte und konnte dieser deutsch-polnische Vertrag nicht auf einen Schlag alle zwischen Deutschland und Polen in der Schwebe befindlichen großen politischen Probleme aus der Welt schaffen. Aber ebenso war er ganz unzweifelhaft zum mindesten von deutscher Seite aus dazu bestimmt, eine neue Atmosphäre zu ermöglichen, in der dann im Laufe der Zeit beim Kleineren beginnend und zum Größeren weiterschreitend die einzelnen Fragen einer Klärung entgegengeführt werden konnten.

Die Wichtigkeit und Bedeutsamkeit dieses Vertrages wurde in der Weltöffentlichkeit sofort erkannt. Das Pariser Echo war außerordentlich unfreundlich, obschon durch den neuen deutsch-polnischen Vertrag das ältere und engere französisch-polnische Vertragsverhältnis gar nicht berührt wurde, denn ausdrücklich war in dem Vertrage vom 26. Januar 1934 gesagt worden, daß durch die neuen deutsch-polnischen Abmachungen früher getroffene vertragliche Verpflichtungen der beiden Vertragspartner nicht beeinträchtigt und berührt werden sollten. Schon das war von deutscher Seite ein außerordentlich weites Entgegenkommen, denn Deutschland hatte keinerlei Militärbündnisse, während das polnisch-französische Militärbündnis durch den Vorbehalt im deutsch-polnischen Vertrage ausdrücklich bestätigt wurde. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß das nationalsozialistische Deutschland gar nicht daran dachte, etwa Unfrieden zwischen Polen und seinen bisherigen Freunden stiften zu wollen, sondern daß es Adolf Hitler einzig und allein auf den Geist der Verständigung ankam, aus dem das deutsch-polnische Abkommen geboren worden war, so wäre er durch dieses deutsche Entgegenkommen erbracht worden.

In Warschau hielt man jedenfalls damals gewisse Gegenzüge der französischen Politik nicht für ausgeschlossen, und da Pilsudski die Neuregelung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht mit einer Belastung des polnischen Verhältnisses zu Sowjetrußland zu bezahlen wünschte, stattete noch im Laufe des Jahres 1934 Außenminister Beck einen Staatsbesuch in Moskau ab, der zwar den Abschluß des französisch-sowjetrussischen Militärbündnisses nicht mehr verhindern konnte, aber doch die eine für Polen wichtige Wirkung hatte, daß ausdrücklich antipolnische Spitzen diesem neuen Gliede des französischen Militärpaktsystems ferngehalten wurden.

Die deutsche Politik gegenüber Polen hatte durch den Vertrag vom Januar 1934 eine neue Blickrichtung erhalten, und mit jener Disziplin, die der nationalsozialistische Staat von jedem Deutschen fordert, schwenkte die deutsche Öffentlichkeit in die neu gewiesene Richtung ein. Der Führer hatte eine Entscheidung getroffen, und dieser Entscheidung hatte sich nicht nur jeder Deutsche zu fügen, sondern jeder Deutsche mußte es als seine Pflicht ansehen, auch für seinen Teil - mochte er so geringfügig sein wie er wollte - mitzuarbeiten an der Erreichung des von Adolf Hitler befohlenen Zieles. Und dieses Ziel war klar und deutlich ausgesprochen: Entgiftung der Atmosphäre, gegenseitiges Kennenlernen und gegenseitiges Verstehen, um von dieser Basis aus späterhin auch zu einer Regelung der unmittelbar politischen Fragen in freundschaftlichem Sinne kommen zu können.

In der deutschen Publizistik gab es vom Ende Januar 1934 an keine Angriffe mehr gegen Polen. Auf dem deutschen Büchermarkt erschienen eine Reihe von grundlegenden Werken, die das breite deutsche Publikum mit der Geschichte Polens und insbesondere mit der Person des Marschalls

Pilsudski bekannt und vertraut machen sollten. Ein großer deutscher Verlag brachte in mehreren Bänden die erste deutsche Übersetzung der Werke und politischen Schriften Pilsudskis heraus. Deutsche Biographien von Polens großem Marschall erschienen.

Auf der anderen Seite der deutsch-polnischen Grenzpfähle war leider das Bild von vornherein nicht gleich günstig. Zwar befleißigte sich die regierungsoffiziöse polnische Presse einer gewissen Liebenswürdigkeit gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, aber die publizistischen Organe der Oppositionsparteien auf der Linken und auf der Rechten taten nach einer ganz kurzen Anstandspause, als ob das deutsch-polnische Abkommen, obwohl es durch Spezialvereinbarungen über die Presse inzwischen ergänzt worden war, für sie nicht existiere. Die Regierungsstellen in Warschau ließen diesen Erscheinungen gegenüber die Zügel bald bedenklich schleifen. Gelegentlich wurde wohl einmal ein besonders gehässiger und perfider und persönlicher Angriff gegen Adolf Hitler mit einer Zeitungsbeschlagnahme oder einer gelinden gerichtlichen Bestrafung geahndet, aber im großen und ganzen war von dem Ernst und der Einheitlichkeit des Bemühens um eine Verständigung, wie sie auf deutscher Seite klar zutage traten, in Polen nicht allzu viel zu merken.

Immerhin konnte man bei einigem guten Willen während des ersten Jahres nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages auch auf der polnischen Seite gewisse Anstrengungen für eine Verbesserung der Atmosphäre feststellen. Eine peinliche Ausnahme auf diesem Gebiete machte allerdings der oberschlesische Wojwode Grazynski, der nach wie vor seinen Vernichtungskampf gegen das deutsche Element in Ost-Oberschlesien fortsetzte, wenn er sich allerdings auch zunächst nicht mehr der früher so oft und leider mit Erfolg angewendeten Mittel des blutigen Terrors bediente. Wenn er jetzt das deutsche Volkstum in Ost-Oberschlesien treffen wollte, so wurden dazu nicht mehr die Haufen des Aufständischen Verbandes oder des Westmarkenvereines mit Messern und Knüppeln eingesetzt, sondern das Finanzamt, der Gerichtsvollzieher und das Arbeitsamt mußten diese Funktionen übernehmen. Männer wie der Erbprinz Pleß, die sich lange Jahre hindurch in Ost-Oberschlesien für die Erhaltung des Deutschtums eingesetzt und herumgeschlagen hatten, verschwanden nun ohne großes Aufsehen in polnischen Gefängnissen, weil sie nicht in der Lage waren, die märchenhaften willkürlichen Forderungen einer übelwollenden polnischen Steuerbehörde zu begleichen; in Wirklichkeit natürlich deshalb, weil sie sich den immer wieder geäußerten Forderungen des Kattowitzer Wojwoden auf Entlassung ihrer volksdeutschen Angestellten und Arbeiter nicht hatten fügen wollen.

An den maßgeblichen Berliner Stellen sah man diese Erscheinungen mit ernster Sorge, und es ist vielleicht der erschütterndste Beweis für den festen Willen der deutschen Politik, dem Geiste des Vertrages von 1934 gerecht zu werden, daß all diese Schikanen und all diese offenkundigen Ungerechtigkeiten gegen das deutsche Volkstum im Raume des polnischen Staates zunächst mit Schweigen übergangen wurden. Es fehlte selbstverständlich nicht an freundschaftlichen diplomatischen Vorstellungen, aber derartigen Einflüssen gegenüber hatten die polnischen Chauvinisten schon seit vielen Jahren ein außerordentlich dickes Fell. Männer wie Herr Grazynski sahen, daß auf der deutschen Seite ernst gemacht wurde mit dem Bemühen um eine Veränderung der Stimmung und der Atmosphäre in Deutschland gegenüber Polen, und die Konsequenz, die sie daraus zogen, war die, daß ihr Weizen jetzt eigentlich am besten blühen müsse. Denn nun konnten sie, ohne daß jeder ihrer Schritte in der großen Weltöffentlichkeit angeprangert wurde, im Dunkeln weiter arbeiten, und zehn Jahre sind - so mögen Grazynski und seine Gesinnungsgenossen gerechnet haben - eine sehr lange Zeit. Vielleicht war es möglich, in dieser Zeitspanne das deutsche Element in Polen vollständig zu zermürben und ihm jede Existenzgrundlage zu entziehen. Dann mochten ruhig eines Tages die dummen Deutschen kommen und fragen, wo denn ihre deutschen Brüder **in Ost-Oberschlesien**, **in Posen und in Westpreußen** geblieben seien.

All diese Tendenzen verstärkten sich in bedenklicher Weise, bald nachdem Marschall Pilsudski am 12. Mai 1935 seine Augen geschlossen hatte. Solange er am Leben gewesen war, war wenigstens

die große Linie einigermaßen gewahrt worden, sodaß man zum Beispiel die Hoffnung hegen konnte, daß die sogenannte Grenzzonen-Verordnung, durch die den oberen und mittleren Verwaltungsbehörden das Recht eingeräumt wurde, aus einer bestimmten strategisch wichtigen Zone des Grenzgebietes mißliebige Personen auf dem Verwaltungswege auszuweisen, nicht unbedingt zu einer tödlichen Waffe gegen die deutschen Bauern längs der polnisch-deutschen Grenze werden würde.



Nach dem Tode des Marschalls Pilsudski setzen sich die deutschfeindlichen Kräfte in der polnischen Politik mehr und mehr durch. Sinn und Wortlaut des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes werden in der Minderheitenpolitik gegenüber der deutschen Volksgruppe in Polen und in der außenpolitischen Haltung des polnischen Staates durchbrochen. Polen reiht sich in die Front der Einkreisermächte gegen Deutschland ein.
Oben: *Der polnische Außenminister Oberst Beck beim britischen Außenminister Lord Halifax am 3. April 1939.*

Wenn man für die deutsche Politik gegenüber Polen in den Jahren nach dem Tode Pilsudskis eine charakteristische Formulierung finden will, so kann man vielleicht sagen, daß die immer wieder bewiesene Zurückhaltung gegen polnische Entgleisungen und polnische Verstöße gegen den Geist des deutsch-polnischen Abkommens als eine Art von ehrfürchtiger Reverenz gegenüber dem großen Toten aufgefaßt werden kann. Man wollte von deutscher Seite aus den Nachfolgern Pilsudskis, die ja zu seinen Lebzeiten seine engsten Mitarbeiter gewesen waren, jede Chance geben, um das Ziel zu erreichen, das der tote Marschall sich und ihnen gesteckt hatte: die Neu-Ordnung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf der Grundlage gegenseitigen guten Willens und gegenseitigen Verständnisses.

Doch die Anforderungen, die an die Langmütigkeit der deutschen Politik und der deutschen öffentlichen Meinung gestellt wurden, wuchsen von Monat zu Monat. Am 14. Juli 1937 lief das auf fünfzehn Jahre befristete sogenannte Genfer Abkommen über das ehemalige oberschlesische Abstimmungsgebiet ab. Dieses Abkommen war im Jahre 1922 geschlossen worden, weil die widerrechtliche und sinnlose Zerreißung des einheitlichen oberschlesischen Wirtschaftsgebietes eine solche Unzahl von Unmöglichkeiten im Gefolge gehabt hatte, daß eine Sonderregelung notwendig war, wenn nicht das ganze unglückliche oberschlesische Land in einer Dauerkrise elend zugrundegehen sollte. Die Verhältnisse waren so unendlich kompliziert, daß man nicht nur dieses Abkommen mit seinen mehr als sechshundert umfänglichen Paragraphen hatte schaffen müssen sondern daß auch noch ein besonderer ständiger Völkerbundkommissar und ein mit einem holländischen Vorsitzenden ausgestattetes deutsch-polnisches Schiedsgericht hatten eingesetzt werden müssen. All diese Einrichtungen und Vereinbarungen hatten zwar nicht vermocht, erträgliche Verhältnisse zu schaffen, aber sie hatten immerhin für die Dauer von fünfzehn Jahren ein gewisses Regulativ bilden können. Jetzt im Zuge der von deutscher Seite mit so viel Ernst betriebenen deutsch-polnischen Verständigung hätte Polen eine ungeheuer günstige Gelegenheit gehabt, auch seinerseits einmal an einem wirklich wichtigen und entscheidenden Punkte praktische Verständigungsbereitschaft zu beweisen. Von deutscher Seite wurde bei den Verhandlungen, die im Laufe des Jahres 1937 mit Polen geführt wurden, weitestes Entgegenkommen gegenüber allen berechtigten polnischen Ansprüchen an den Tag gelegt. Das gleiche von Polen zu behaupten, wäre leider eine blanke Vermessenheit. Die Warschauer Regierung betrachtete den Ablauf des Genfer Abkommens als eine günstige Gelegenheit, die letzten noch bestehenden Schutzbestimmungen für das deutsche



Die Mitte Europas im Jahre 1914
[Vergrößern]



Die Mitte Europas im Jahre 1939
[Vergrößern]

Volkstum in Ost-Oberschlesien zu beseitigen und für seine Entdeutschungspolitik freie Bahn zu gewinnen. Das Abkommen, das nach monatelangen Besprechungen und Verhandlungen im Juli 1937 zustande kam, mußte in seinem Schlußabsatz feststellen, daß über eine ganze Anzahl von Fragen zwischen beiden Regierungen ein Einverständnis nicht habe erzielt werden können.

Unter diesen Umständen wurde es für die deutsche Politik zu einer immer dringlicheren Aufgabe, mit Polen über die weitere Behandlung der gegenseitigen Minderheiten zu einer grundsätzlichen Vereinbarung zu gelangen. Die Verhandlungen über das Genfer Abkommen hatten schon gezeigt, wie schwierig eine solche Vereinbarung zu erzielen sein werde. Aber trotz all dieser Erfahrungen und all dieser Schwierigkeiten machte man auf deutscher Seite noch einmal den Versuch, in ganz großzügiger Weise an den guten Willen Polens zu einer wirklichen Verständigung zu appellieren. Die Vereinbarung über die Behandlung der gegenseitigen Minderheiten, die auf dieser Basis im November 1937 zwischen Berlin und Warschau zustandekam, gab nur ganz allgemeine Richtlinien, eben weil man es über der Regelung der Einzelfragen nicht zu einem offenkundigen Bruch hatte kommen lassen wollen. Wieder wurde hier der polnischen Politik eine Gelegenheit geboten, den Geist des Vertrages von 1934 am Leben zu erhalten und Polen in einer Frage, in der das im nationalsozialistischen Deutschland so erfreulich gewachsene Volkstumsgefühl besonders empfindlich sein mußte, Gelegenheit zu praktischer Verständigungsbereitschaft zu geben.

Auf deutscher Seite wurden im Zuge dieses Abkommens der polnischen Minderheit in den deutschen Reichsgrenzen eine ganze Reihe von fühlbaren Erleichterungen eingeräumt. Ein neues polnisches Gymnasium wurde geschaffen. Die polnischen Kultur-Organisationen erhielten die Förderung und Unterstützung amtlicher deutscher Stellen, und wenn man auf der polnischen Seite nach dem November 1937 auch nur fünfzig Prozent dessen für die deutsche Minderheit getan hätte, was man in Deutschland für die polnische Minderheit tat, dann wäre vielleicht nicht jenes immer bitterer werdende Gefühl der Enttäuschung in der deutschen Öffentlichkeit entstanden, das sich im Laufe der Zeit fühlbarer und fühlbarer machte. Denn mochten auch die deutschen Zeitungen in vorbildlicher politischer Disziplin noch immer zu all den direkten und indirekten polnischen Vertragsverletzungen schweigen, so waren doch die Bande des Volkstums und der persönlichen Beziehungen zwischen den Volksdeutschen in Polen und ihren Brüdern im Reiche viel zu eng, als daß nicht im Laufe der Zeit in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck hätte entstehen müssen, daß die Verständigungsbemühungen eigentlich nur noch eine sehr einseitige Angelegenheit seien.

Das **Großdeutsche Jahr 1938** kam heran. Adolf Hitler führte die Ostmark heim und befreite **dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von zwanzigjähriger Fremdherrschaft**. Und noch einmal bewies das Großdeutschland Adolf Hitlers Polen und der ganzen Welt, wie ernst es ihm damit war, Polen als osteuropäische Großmacht anzuerkennen. Gegen den kreischenden Widerspruch seiner französischen Freunde konnte sich Polen im Jahre 1938 unter den schützenden Fittichen Großdeutschlands aus dem zerfallenen tschecho-slowakischen Nationalitätenmosaik das wertvollste, von einer starken polnischen Bevölkerungsgruppe besiedelte Olsagebiet einverleiben. Die deutsche Politik deckte praktisch diese polnischen Ambitionen und bewies damit aufs neue ihren Willen zur Verständigung mit dem polnischen Staate. Die Quittung der Warschauer Politik für diese großzügige Geste Adolf Hitlers war bitter genug. Im Olsagebiet siedelten keineswegs nur Polen sondern auch viele Tausende von Deutschen. Zwanzig Jahre lang hatten diese deutschen Volksgenossen in hartem Kampf gegen das Prager Regime sich ihre Existenz erhalten können. Kaum herrschte der weiße polnische Adler in ihrer Heimat, als Tausende von ihnen flüchten

mußten, weil ein Terrorregime einsetzte, gegen das die Unterdrückungsmethoden Prags ein Kinderspiel gewesen waren.



Oberst Beck zeigt sich nach einer Sejmrede einer antideutschen Kundgebung in Warschau.

In allen deutschen Kreisen, die schon seit Jahren die Entwicklung der deutschen Verständigungsbemühungen gegenüber Polen sorgenvoll verfolgt hatten, wirkte das polnische Verhalten im Olsagebiet wie ein gewollter und bewußter Schlußstrich unter die Aera der deutsch-polnischen Verständigung. Dem Gefühl der deutschen Öffentlichkeit hätte es damals wahrscheinlich durchaus entsprochen, wenn von deutscher Seite ein geharnischter Protest und eine Kündigung des deutsch-polnischen Abkommens von 1934 erfolgt wäre. Aber da wo es um Frieden geht, da wo auch nur der Schimmer friedlicher Möglichkeiten sich auftut, hat es für Adolf Hitler Kleinlichkeit niemals gegeben. Noch war das deutsch-polnische Abkommen in Kraft. Noch galt seine Bestimmung, daß über alle zwischen Deutschland und Polen auftauchenden Fragen eine Aussprache ohne Anwendung von Waffengewalt möglich sein sollte. Und so tat der Führer den Schritt, der in der Geschichte des **Bemühens um eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen vielleicht der weitestgehende gewesen ist: er trat an Warschau mit der Anregung heran, die deutsche Stadt Danzig dem Großdeutschen Reiche zurückzugeben und durch das Mittel eines schmalen Korridors durch den ebenso widersinnigen wie breiten polnischen Korridor eine unbehinderte Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Reiche zu schaffen. Dafür wollte er auf fünfundzwanzig Jahre die gesamten übrigen deutsch-polnischen Grenzen in ihrem derzeitigen Bestande garantieren. Nächst dem** Verzicht auf Elsaß-Lothringen **war dieses Angebot der deutschen Politik an Warschau wohl der großzügigste Verzicht, der jemals auf territorialem Gebiet von deutscher Seite aus angeboten worden ist.**



Oberst Beck läßt sich die britische Kriegsflotte zeigen.

Die Antwort Polens war bezeichnend nicht nur für die Kurzsichtigkeit der Nachfolger Pilsudskis sondern auch für die Bedenkenlosigkeit, mit der sie aus Nervenschwäche die größte Chance des neuen polnischen Staates vertaten. Außenminister Joseph Beck floh vor Adolf Hitlers Angebot nach London und **gab Polen damit in die Fänge der englischen Einkreisungspolitik** ohne Rücksicht darauf, daß damit neue Abhängigkeiten eingegangen wurden, die weit drückender und weit gefährlicher werden mußten, als es die frühere Abhängigkeit von Paris jemals gewesen war. Mit der Flucht nach London und dem **polnisch-englischen sogenannten Garantievertrage** war naturgemäß dem deutsch-polnischen Vertrage von 1934 auch der letzte Boden entzogen worden. Am 28. April 1939 sah sich der Führer gezwungen, vor der Weltöffentlichkeit den Vertragsbruch Polens festzustellen und das deutsch-polnische Verständigungsabkommen von 1934 zu



In seiner Reichstagsrede am 28. April 1939 schildert der Führer den Abfall der polnischen Politik von der Linie des deutsch-polnischen Paktes. Er gibt die Vorschläge bekannt, die er der polnischen Regierung für die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen gemacht hat, um die Hauptpunkte des Versailler Unrechts zu tilgen und damit eine freie und natürliche Fortentwicklung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnisses zu ermöglichen. Polen hat diese einmaligen Vorschläge abgelehnt.

kündigen.

Wie immer auch sich die Verhältnisse gestalten mögen, Deutschland hat ein reines Gewissen. Von deutscher Seite aus ist alles und eigentlich sogar noch mehr getan worden, um für die Lösung der zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen eine freundschaftliche Grundlage zu finden.



Bild- und Kartennachweis

*[Anmerkung des Scriptorium: Die Illustrationen sind hier in der Reihenfolge aufgeführt, in der sie im **Originalbuch** erscheinen.]*



Tiefland
Diluviale Höhenrücken stärkeren Reliefs
Hochflächen und Platten, teilweise von Mittelgebirgscharakter
Karpathen (Hochgebirge)
Beckenlandschaften
Sanftwelliges Hügelland von Mittelgebirgscharakter
Diluviale Landrücken geringen Reliefs
Mittelgebirge stärkeren Reliefs
Karpathen-Vorzone
Grenze des Weichsel-Einzugsgebietes

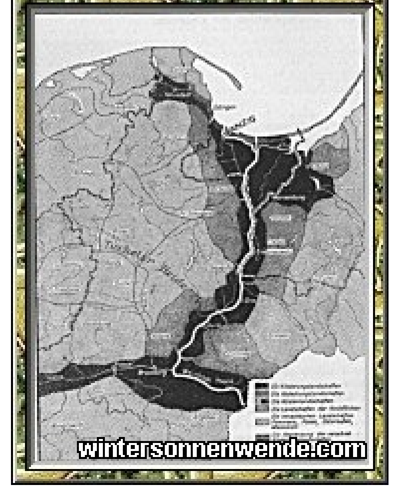
Die Reliefgliederung des Weichsellandes
(Original S. 15.)

Karte neu gezeichnet nach der entsprechenden Kartenbeigabe zu dem Beitrag von Nikolaus Creutzburg in dem Buch *Die Weichsel* (Leipzig: Hirzel, 1939).



Der Landschaftsaufbau der Küstenzone
(Original S. 16. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Die Landschaften des unteren Weichseltales
(Original S. 18. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Das Ursprungsland der Ostgermanen
(Original S. 26. Oder: hier vergrößern.)

Karte aus einem Aufsatz von Joachim Benecke in *Volk und Reich*, Jahrgang 13, Heft 9.



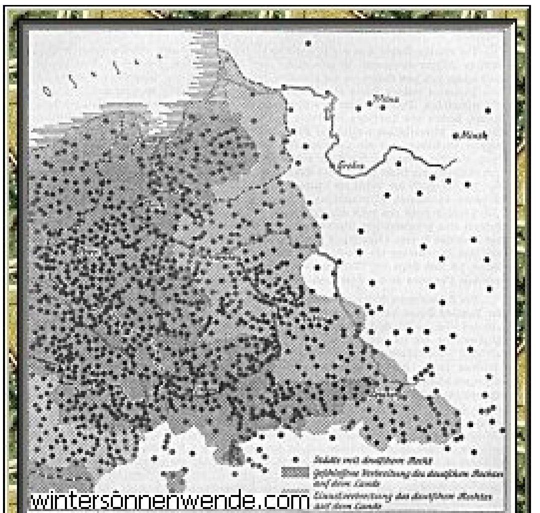
Germanische Funde der späteren Völkerwanderungszeit im Oder- und Weichselraum
(Original S. 28.)

Karte aus einem Aufsatz von Joachim Benecke
in *Volk und Reich*, Jahrgang 13, Heft 9.



Die Wieder-besiedlung des deutschen Ostens im Mittelalter
(Original S. 30. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Verbreitung des deutschen Stadtrechts im Osten
(Original S. 32.)

Quelle: Karte von Karl v. Maydell, "Die Verbreitung des deutschen Rechts nach dem Osten und Nordosten bis 1600".



Städte im deutschen Osten um 1600 und ihre Verkehrsverbindungen mit Binnendeutschland
(Original S. 35. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen dem 1936 im Volk und Reich Verlag erschienenen Buch von Konrad Olbricht, *Die Bevölkerungsentwicklung der Groß- und Mittelstädte der Ostmark*.



Die deutsche Siedlungsbewegung in Posen und Westpreußen vom 16. bis 18. Jahrhundert
(Original S. 37. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



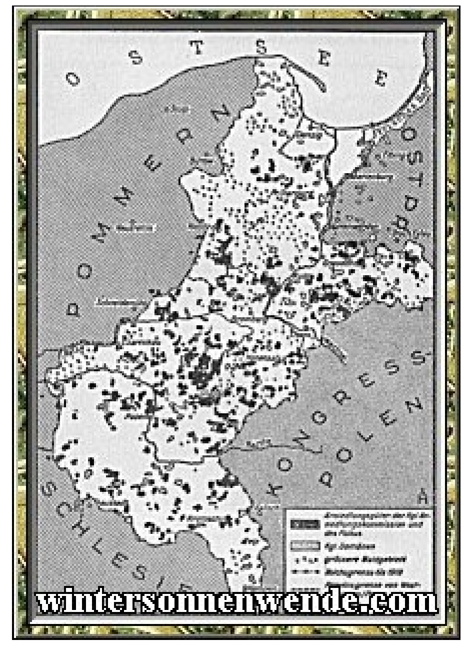
Die Verbreitung der Hauländerdörfer im Osten
(Original S. 38.)

Vereinfachte Wiedergabe der von Walther Maas in zwei Blättern bearbeitete Karte "Die Hauländerdörfer in Polen".



Der deutsche Anteil an den Städten des Weichsellandes um 1772
(Original S. 40. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.

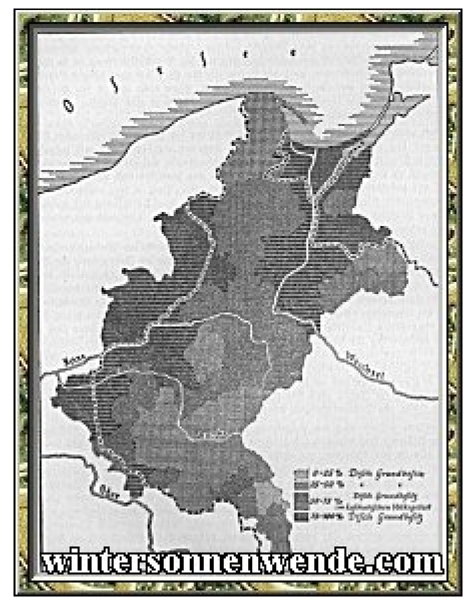


Die Wirtschaftsbelebung im unteren Weichselland unter Friedrich II.
(Original S. 41. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.

Die Siedlungstätigkeit Preußens seit 1870
(Original S. 42. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



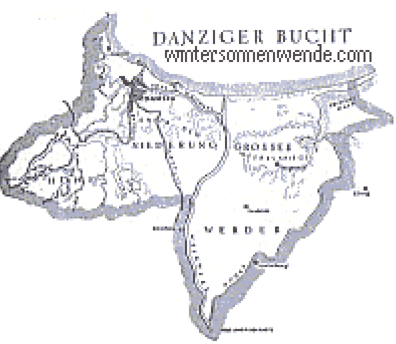
Der deutsche ländliche Grundbesitz in Posen und Westpreußen im Jahre 1910
(Original S. 43. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Die Bevölkerungsdichte im unteren Weichselland
(Original S. 46. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933).
Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Danziger Bucht
(Original S. 49.
Oder: hier vergrößern.)

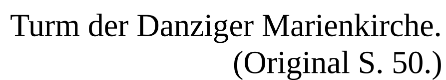
Volk und Reich.



Danzig, im Mündungsgebiet der Weichsel gelegen, wird schon im Jahre 997genannt und 1224 als deutsche Stadt gegründet, kommt 1309 in den Besitz des Deutschen Ordens und tritt 1361 der Hanse bei. Das Bild der Stadt ist ein Zeugnis ihrer allzeit deutschen Geschichte.
Blick über die Dächer der Stadt mit dem ragenden Turm der Marienkirche.
(Original S. 49.)

Volk und Reich (Else Hege), Berlin.





Turm der Danziger Marienkirche.
(Original S. 50.)

Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Mottlauhafen in Danzig mit dem Haus der Naturforschenden Gesellschaft und Sternwarte.
(Original S. 51.)

Volk und Reich (Else Hege), Berlin.

Das Danziger Rathaus am Langen Markt.
(Original S. 52.)

Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Mottlauhafen mit Sternwarte, Rathausturm, Marienkirche und Krantor, den Wahrzeichen der Stadt Danzig.
(Original S. 53.)

Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Hohe Speicher an der Mottlau in Danzig. (Original S. 54.)
Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Werft- und Hafenanlagen an der Toten Weichsel. (Original S. 55.)
Volk und Reich (Else Hege), Berlin.

Werft- und Hafenanlagen an der Toten Weichsel. (Original S. 55.)
Zeymer, Berlin.



Vorlaubenhaus in Tausee in der Danziger Niederung. (Original S. 56.)
Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Im Danziger Werder. (Original S. 56.)
Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Das deutsche Weichselland
(Original S. 57.
Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Nogatbrücke zwischen Danzig und Ostpreußen bei Marienburg. (Original S. 57.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



An der Diktatgrenze auf reichsdeutschem Boden die Marienburg, "das edelste weltliche Bauwerk des deutschen Mittelalters" (Heinrich von Treitschke), Wahrzeichen deutscher Aufgabe im Osten, 1274 vom Deutschen Ritterorden zur Sicherung der Nogatstraße gegründet und von 1309 bis 1457 Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens.
(Original S. 58.)

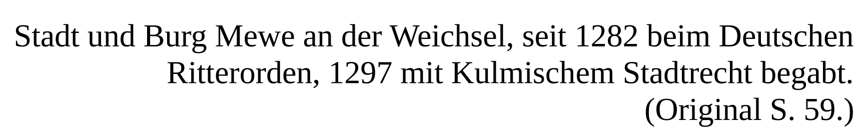
Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Stadt Marienburg.
(Original S. 58.)

Volk und Reich (Else Hege), Berlin.




Stadt und Burg Mewe an der Weichsel, seit 1282 beim Deutschen Ritterorden, 1297 mit Kulmischem Stadtrecht begabt.
(Original S. 59.)

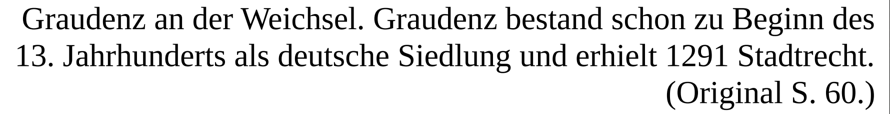

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Kiß), Berlin.



Die mächtige Ordensburg Mewe.
(Original S. 59.)

Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.




Graudenz an der Weichsel. Graudenz bestand schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts als deutsche Siedlung und erhielt 1291 Stadtrecht.
(Original S. 60.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Archiv), Berlin.



Ruine der Ordensburg Schwetz, die 1338 bis 1348 vom Deutschen Ritterorden errichtet wurde.
(Original S. 61.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Stewner), Berlin.



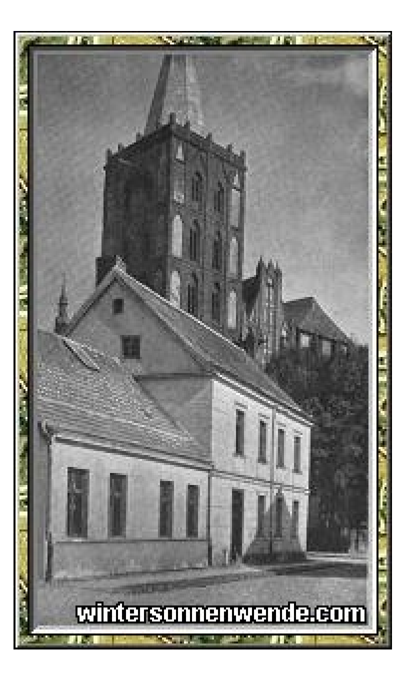
Straße in Kulm. Kulm wurde 1233 vom Deutschen Orden zur Stadt erhoben und war längere Zeit Landeshauptstadt des Ordenslandes. Die Kulmische Handfeste ist als deutsches Stadtrecht im Osten weit verbreitet..
(Original S. 61.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Marktplatz mit Rathaus in Kulm.
(Original S. 62.)

Reimesch, Berlin.



Backsteinkirche in Kulm.
(Original S. 62.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



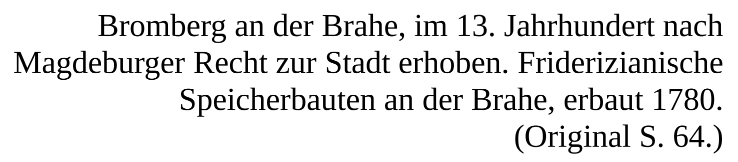
Ruine der im 13. Jahrhundert gegründeten Ordensburg Rehden.
(Original S. 63.)

Reimesch, Berlin.



Kulmsee im Kulmerland.
(Original S. 63.)

Techno-Photographisches Archiv, Berlin.



Bromberg an der Brahe, im 13. Jahrhundert nach Magdeburger Recht zur Stadt erhoben. Friderizianische Speicherbauten an der Brahe, erbaut 1780.
(Original S. 64.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Stadttheater in Bromberg.
(Original S. 64, hier S. 19.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Erstes preußisches Amtsgericht, erbaut 1830.
(Original S. 65.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



An der Brahe.
(Original S. 65.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Stewner), Berlin.



Alte Backsteinkirche in Bromberg.
(Original S. 66.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Weichsellandschaft bei Thorn mit Blick auf die Stadt Thorn.
(Original S. 67.)

Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.



Eisgang auf der Weichsel bei Thorn.
(Original S. 68.)

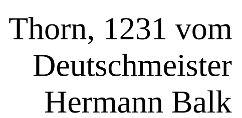
Chill, Berlin.



Holztraft auf dem weiten Strom.
(Original S. 68.)

Chill, Berlin.





Thorn, 1231 vom Deutschmeister Hermann Balk gegründet und 1233 mit Kulmischem Stadtrecht ausgestattet, war im Mittelalter eine blühende Hansestadt.
(Original S. 69.)

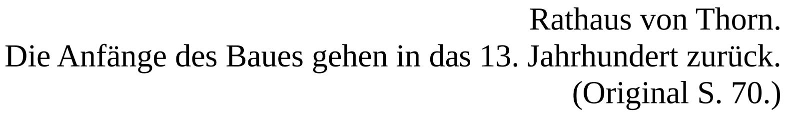
Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.



Am Weichselufer in Thorn.
(Original S. 69.)

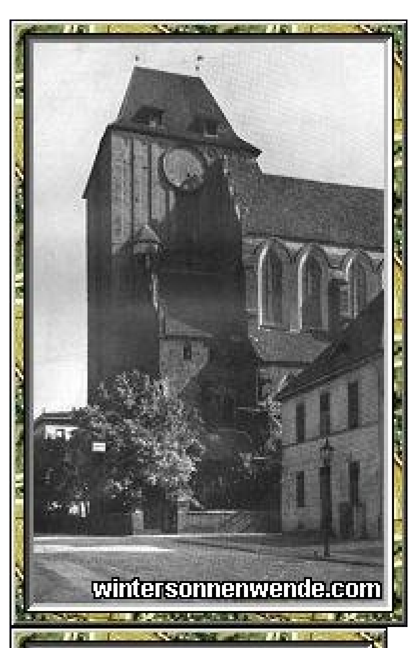
Professor Creutzburg, Dresden.





Rathaus von Thorn.
Die Anfänge des Baues gehen in das 13. Jahrhundert zurück.
(Original S. 70.)

Staatliche Bildstelle, Berlin.



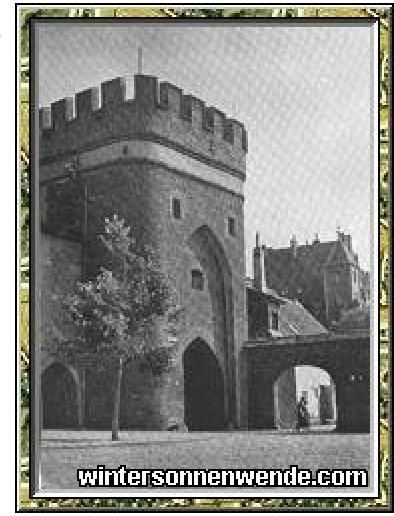
Mächtiger deutscher Kirchenbau in Thorn.
(Original S. 71.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Thorn war im Mittelalter durch Mauern und Türme stark befestigt.
(Original S. 72.)

Staatliche Bildstelle, Berlin.



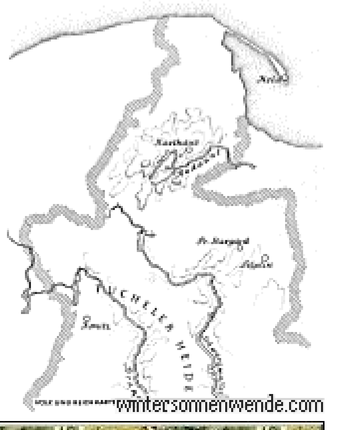
Thorn: Reste der Verteidigungsanlagen.
(Original S. 72.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Kiß), Berlin.



Ordensburg von Thorn.
(Original S. 72, hier S. 4.)

Rellensmann, Königsberg (Pr.).



Ostseeküste und Pommersche Seenplatte
(Original S. 73. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Ostseeküste mit der Halbinsel Hela.
(Original S. 73.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Fischereihafen in Hela.
(Original S. 74.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Im Fischerdorf Hela.
(Original S. 74.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Stewner), Berlin.



Im Hügelland südlich der Ostseeküste.
(Original S. 75.)

Volk und Reich (Else Hege), Berlin.



Ostritzsee in der "Kaschubischen Schweiz".
(Original S. 75.)

Professor Creutzburg, Dresden.

Backsteinkirche in Pelplin, von den Zisterziensern im 13./14. Jahrhundert als eine der bedeutendsten gotischen Kirchen des Ordenslandes errichtet..
(Original S. 76.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.

Schlochauer Tor in Konitz, der ehemaligen festen deutschen Ordensstadt.
(Original S. 76.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Das Netzegebiet
(Original S. 77. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Netzebrücke bei Schneidemühl an der Diktatgrenze.
(Original S. 77.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.

Lindenwerder mit dem Urstromtal der Netze.
(Original S. 78.)

Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.

Im Netzebruch.
(Original S. 78.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Stewner), Berlin.



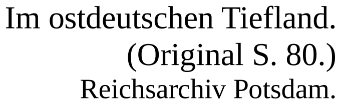
Kolmar am Südrand des Netzebruches.
(Original S. 79.)

Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.



Wochenmarkt in Samotschin.
(Original S. 79.)

Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.



Das Posener Land
(Original S. 80.
Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Im ostdeutschen Tiefland.
(Original S. 80.)
Reichsarchiv Potsdam.



Feldweg durch das weite Flachland.
(Original S. 81.)

Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.

An den Ufern der Warthe.
(Original S. 81.)
Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Am Margoniner See.
(Original S. 82.)
Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.



In Birnbaum an der Warthe.
(Original S. 82.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Stewner), Berlin.



Turm auf dem Marktplatz in Znin.
(Original S. 83.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Stewner), Berlin.



Burgruine Gollantsch.
(Original S. 83.)
Institut für Grenz- und Auslandsstudien, Berlin.



Posen - Kaiserschloß, erbaut 1905 bis 1910 von Schwechten..
(Original S. 84.)

Staatliche Bildstelle, Berlin.

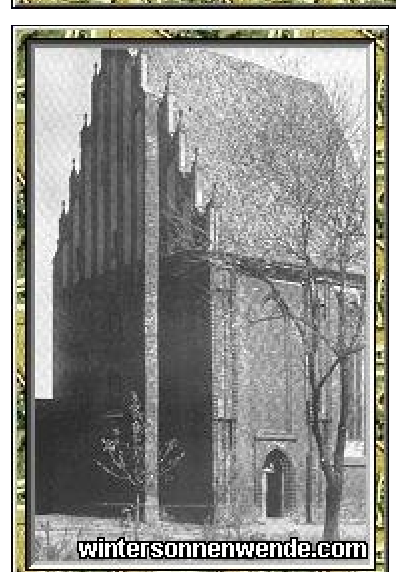


Posen - Kaiserschloß. Posen ist als Handelsstadt an der Straße Berlin - Frankfurt an der Oder - Warschau entstanden und zeigt auf dem westlichen Wartheufer heute noch den Kern der deutschen Stadtgründung..
(Original S. 84.)

Petschow, Berlin.

Rathaus in Posen, Renaissancebau aus dem 16. Jahrhundert.
(Original S. 85.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Backsteinkirche in Posen.
(Original S. 86.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Wollstein am Groß-Nelkersee.
(Original S. 86.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.





Rathaus in Lissa.
(Original S. 87.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



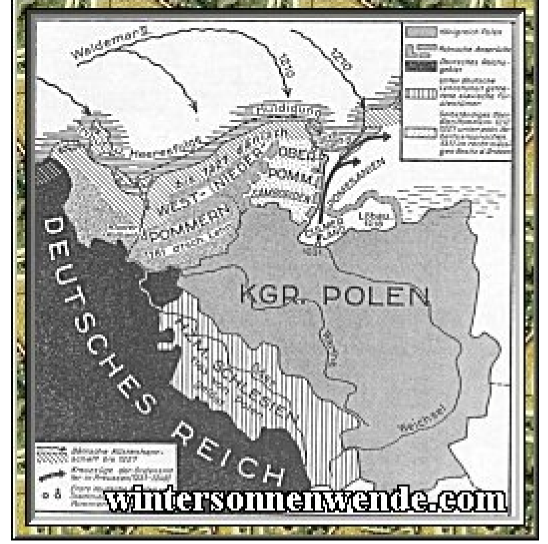
Wartheniederung bei Schrimm.
(Original S. 88.)

Petschow, Berlin.



Die politische Lage im Osten um 1000.
Die Grenze des polnischen Sprachgebietes, die nach Norden hin die Netzelinie nicht überschreitet, ist nach polnischen Forschungen eingezeichnet. Das polnische Sprachgebiet hat nie die Ostsee erreicht.
(Original S. 91. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Die politische Lage im Osten Anfang des 13. Jahrhunderts
(Original S. 93. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Ausdehnung des Deutschen Ordens bis 1410
(Original S. 95. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Pommerellen als deutsche Landbrücke zur Zeit des Ordens
(Original S. 96. Oder: hier vergrößern.)



Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.





Die deutsche Ostseestellung im Mittelalter
(Original S. 97.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.





Der Ostseeraum in der Hanse
(Original S. 99. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Danzigs Handelswege und seine Wirtschaftsstellung im deutschen Osten

(Original S. 104. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Westpreußen und der Netzedistrikt im Bandenburgisch-Preußischen Staat

(Original S. 106.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



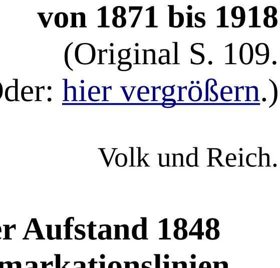
Die Einheit des Preußenlandes in der Napoleonischen Zeit

(Original S. 107. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Westpreußen und Posen im Schutz der Grenzen des Reiches von 1871 bis 1918



(Original S. 109. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.





Der Posener Aufstand 1848 und die Demarkationslinien

(Original S. 115. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die polnischen Annexionswünsche zur Zeit des Zusammenbruchs der Mittelmächte 1918/19 und in den Diktatverhandlungen

(Original S. 118. Oder: hier vergrößern.)

Diese Karte erschien zuerst in dem Aufsatz von Walter Geisler, "Die polnische Lügenpropaganda und ihre Auswirkung in den Diktatverhandlungen von Versailles und St. Germain" in *Volk und Reich* 1939, Heft 8.



Der polnische Aufstand in Posen
(Original S. 120. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933).
Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Ostdeutschland nach den Bestimmungen des Versailler Diktats
(Original S. 123.
Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Die Abstimmungsgebiete in Ost- und Westpreußen
(Original S. 127.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Vierteilung Westpreußens
(Original S. 129.
Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Die Zerschneidung Oberschlesiens
(Original S. 134.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Oberschlesien, wie es laut Friedensvertrag und Volksentscheid hätte aussehen müssen und wie es vergewaltigt wurde
(Original S. 135. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.

Als das Ergebnis der Versailler Diktatverhandlungen bekannt wurde, scharten sich in allen Städten des Reiches, besonders in den Ostgebieten, die deutschen Menschen zu großen Kundgebungen gegen die Vergewaltigung des Reiches und die Zerstörung des deutschen Ostens zusammen. Der Volkswille stand in den später abgetrennten Gebieten wie im übrigen Reich klar gegen den Diktatswillen der Feindmächte. Kundgebung auf dem Heumarkt in Danzig am 25. April 1919 gegen die Abtrennung der deutschen Stadt vom Reich. (Original S. 137.)



Staatliches Landesmuseum, Danzig-Oliva.



Kundgebung gegen die beabsichtigte Abtrennung der Ostgebiete in Schneidemühl. (Original S. 138.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.

Kundgebung gegen die beabsichtigte Abtrennung der Ostgebiete in Beuthen. (Original S. 138.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Am 28. Juni 1919 unterzeichneten die deutschen Delegierten im Spiegelsaal zu Versailles das dem Reich aufgezwungene Diktat, mit dessen Bestimmungen die Einheit des deutschen Ostens zerschlagen und weite Teile der Provinzen Posen und Westpreußen einschließlich Danzigs ohne Volksabstimmung vom Reich abgetrennt wurden. (Original S. 139.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Besetzung von Rawitsch in der Provinz Posen durch die Polen. (Original S. 140,.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.





Einmarsch polnischer Soldaten in Thorn. (Original S. 140.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Der Oberkommandierende der alliierten Besatzungstruppen in Danzig 1920. (Original S. 141.)

Kluwe, Berlin.



Einzug englischer Truppen in Danzig am 11. Februar 1920. (Original S. 141.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Abstimmungsberechtigte, die zu Schiff in ihre Heimat zur Abstimmung reisen. (Original S. 142.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Abstimmungsberechtigte, die zu Schiff in ihre Heimat zur Abstimmung reisen. (Original S. 142.)

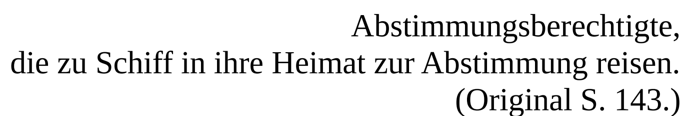
Scherls Bilderdienst, Berlin.



Abstimmungsberechtigte, die zu Schiff in ihre Heimat zur Abstimmung reisen. (Original S. 143.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.





Abstimmungsberechtigte, die zu Schiff in ihre Heimat zur Abstimmung reisen. (Original S. 143.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Abfahrt eines Zuges mit Abstimmungsberechtigten in Berlin nach Oberschlesien. (Original S. 144.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Ausfahrt zur Abstimmung
auf dem Markt einer kleinen Stadt.
(Original S. 144.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.





Abstimmungsberechtigte werden auf der Reise ins Abstimmungsgebiet verpflegt.
(Original S. 145.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Abstimmungsberechtigte aus Danzig beim Eintreffen in Marienburg am Morgen des Abstimmungstages.
(Original S. 145.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Meldestelle für Abstimmungsberechtigte in Allenstein.
Die Abstimmung brachte in allen Abstimmungsgebieten eine große, meist überwältigende Mehrheit für das Reich: im Abstimmungsgebiet Marienwerder 92,4 v.H., im Abstimmungsgebiet Allenstein 97,7 v.H., im Abstimmungsgebiet Oberschlesien 60 v.H.
(Original S. 146.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Abstimmungsfestzug in Marienburg.
(Original S. 146.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



In Oberschlesien suchte Polen entgegen dem Willen der Bevölkerung mit Gewalt deutsches Land zu rauben. Aufständische fielen in das Land ein.
Hier: Bürgerwehr schützt die Fabriken vor den Aufständischen.
(Original S. 147.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



In Oberschlesien suchte Polen entgegen dem Willen der Bevölkerung mit Gewalt deutsches Land zu rauben. Aufständische fielen in das Land ein.
Hier: Deutscher Selbstschutz in Myslowitz.
(Original S. 147.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



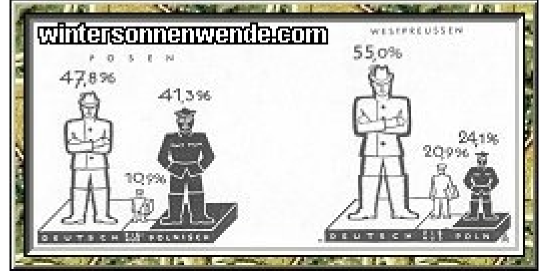
Spuren des polnischen Aufstandes: Trümmer des von den Polen gesprengten und angezündeten Bahnhofes in Rosenberg. (Original S. 148,.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



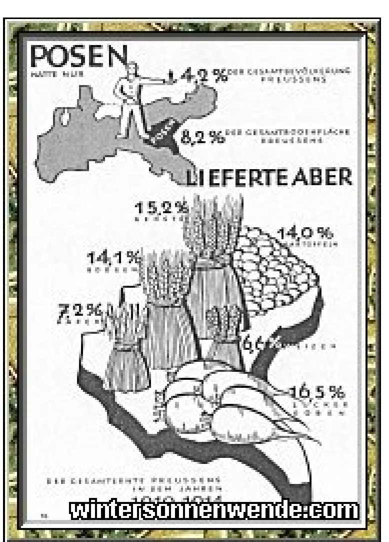
Von polnischen Aufständischen gesprengte Oderbrücke in Cosel.
(Original S. 148.)

Handelskammer Oppeln.



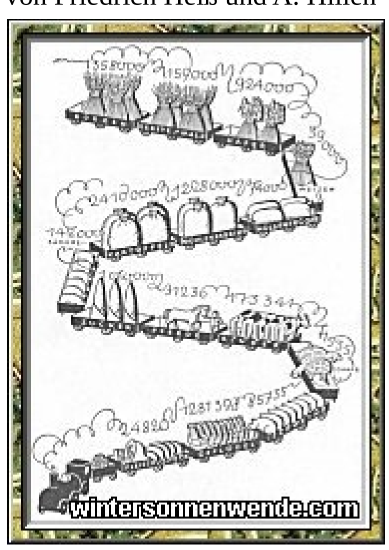
Der ländliche Grundbesitz in Posen und Westpreußen vor der Abtrennung (Von der Gesamtfläche errechneter Privatbesitz und Staatsbesitz.)
(Original S. 159. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



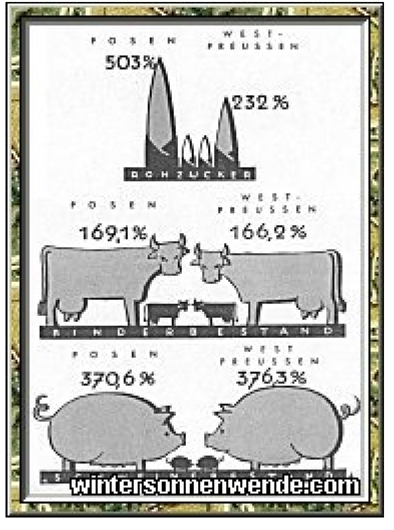
Die Kornkammer des Reiches: Landwirtschaftliche Erzeugung
(Original S. 160. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Kornkammer des Reiches: Die Ausfuhr aus Posen 1913 nach dem übrigen Reich auf dem Schienenweg
(Original S. 161.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Leistung der Landwirtschaft in Posen-Westpreußen: Die Steigerung der Produktionsziffern im Durchschnitt der Jahre 1910/14 im Vergleich zu 1885/89
(Original S. 163. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.

Der Wirtschaftsaufschwung im Gebiet des heutigen Korridors unter preußischer Verwaltung
(Original S. 164.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.




Die Zerreißung des Eisenbahnnetzes durch das Versailler Diktat
(Original S. 166.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Das zerrissene Wegenetz
(Original S. 167.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Zerschneidung der Wasserstraßen
(Original S. 168.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.





Das Gebiet der "Freien Stadt Danzig"
(Original S. 173. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Hafengebiet und Hafenanlagen von Danzig
(Original S. 179. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Im Jahre 1925 überließ der Völkerbund die Westerplatte, die zum Gebiet der Freien Stadt Danzig gehört, Polen zur Anlage eines Munitionshafens. Wie eine schwere Drohung liegt seitdem die Westerplatte an der Einfahrt zu dem alten deutschen Hafen Danzig. Die Drohung aber wurde zugleich zu einer ständigen ernsten Mahnung für Danzig und das Reich, den Willen zur Heimkehr der widerrechtlich abgetrennten Gebiete wach zu halten und zu stärken bis zu dem Tag, an dem Polen auch die Westerplatte wieder räumen muß. Hier: Das polnische Munitionslager. (Original S. 189.) Sammlung Seiler, Berlin.



Wie im Reich die nationalsozialistische Bewegung heranwuchs, so erfaßte sie auch das deutsche Danzig und kämpfte dort für Freiheit und Recht des Deutschtums und für eine kommende Neuordnung. Aus den Reihen der Danziger Nationalsozialisten gaben ihr Leben für Deutschland: Horst Hoffmann am 15. November 1931, Günter Deskowski am 12. Juni 1936, Paul Fressonke und Ernst Ludwig am 13. Juni 1936. (Original S. 190.)

Sönnke, Danzig.



In engster Schicksalsverbundenheit feiert Danzig mit dem Reich die Festtage der Nation. Im Bewußtsein seiner eigenen Zukunft gedenkt es des deutschen Sieges in der Saarabstimmung am 13. Januar 1935 und der Heimkehr des Saarlandes zum Reich. Es erlebt mit allen Deutschen in stolzer Dankbarkeit die Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlandes, der alten Reichsländer Böhmen und Mähren und des Memellandes ins Großdeutsche Reich. (Original S. 191.)

Sönnke, Danzig.



Die Wahlen zum Danziger Senat im April 1935 sind ein mächtiges Bekenntnis Danzigs zum Nationalsozialismus und zum Reich. (Original S. 192.)

Sönnke, Danzig.



Gauleiter Albert Forster in einer Wahlversammlung in Danzig. (Original S. 193.)

Sönnke, Danzig.



Werftarbeiter hören den Gauleiter Albert Forster. (Original S. 193.)

Sönnke, Danzig.



Führende Nationalsozialisten aus dem Reich kommen zum Wahlkampf nach Danzig und versichern der deutschen Stadt die Treue des Reiches. Hier: Ministerpräsident Hermann Göring in Danzig. (Original S. 194.)

Lulinski, Danzig.



Führende Nationalsozialisten aus dem Reich kommen zum Wahlkampf nach Danzig und versichern der deutschen Stadt die Treue des Reiches. Hier: Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß in Danzig. (Original S. 194.)

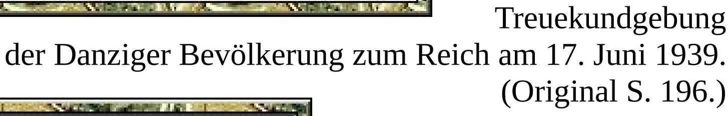
Atlantic Berlin.



Am 20. April 1939, dem 50. Geburtstag des Führers, überreicht Gauleiter Albert Forster Adolf Hitler den Ehrenbürgerbrief der deutschen Stadt Danzig. (Original S. 195.)

Presse-Illustrationen Hoffmann, Berlin.





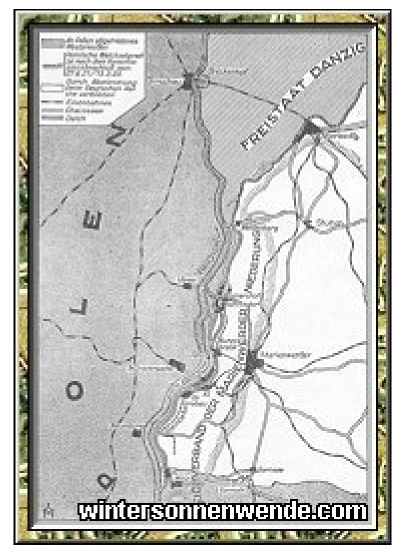
Treuekundgebung der Danziger Bevölkerung zum Reich am 17. Juni 1939. (Original S. 196.)

Associated Press, Berlin.



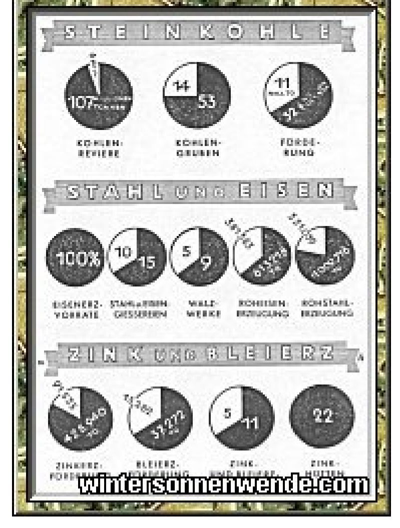
Schlesien unter den Diktatbestimmungen (Original S. 205. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



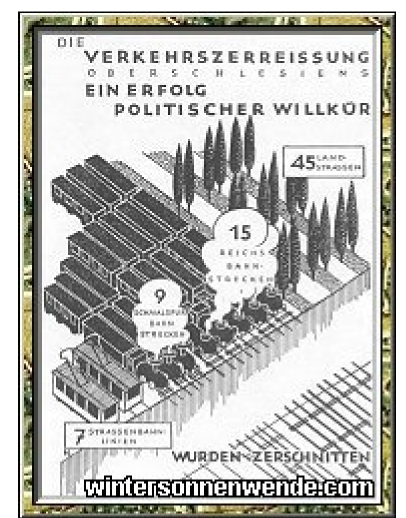
Die Weichselgrenze bei Marienwerder
(Original S. 207. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Der Wirtschaftsverlust Oberschlesiens
(Original S. 210.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die technische Verstümmelung Oberschlesiens
(Original S. 211.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Mitten durch die Einheit deutscher Lande zieht das Diktat von Versailles seine Grenzen und richtet seine Merksteine des Unrechts auf.
(Original S. 213.)

Volk und Reich Archiv [?]



Mitten durch die Einheit deutscher Lande zieht das Diktat von Versailles seine Grenzen und richtet seine Merksteine des Unrechts auf.
(Original S. 213.)

Volk und Reich Archiv [?]

In den Jahren 1906 bis 1909 wurde die Münsterwalder Weichselbrücke in einer Gesamtlänge von 1058 Meter errichtet. Sie galt als Meisterwerk deutscher Technik. Aufgabe der Brücke war es, bedeutende Wirtschaftsgebiete Ost- und Westpreußens mit dem Innern des Reiches zu verbinden. In den Jahren 1928 bis 1929 wurde diese gewaltige Brücke willkürlich von den Polen zerstört, um Ostpreußen mehr und mehr zu isolieren. Hier: Die Münsterwalder Weichselbrücke nach ihrer Vollendung im Jahre 1909. (Original S. 214.)



Volk und Reich (Archiv), Berlin.

Der gewaltige Bau der Münsterwalder Weichselbrücke vor dem Abbruch, aufgenommen am 20. August 1927. (Original S. 214.)

Volksbund für das Deutschtum im Ausland (Archiv), Berlin.



Die Abrißarbeiten an der Münsterwalder Weichselbrücke beginnen. Aufnahme vom 5. Mai 1928. (Original S. 215.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



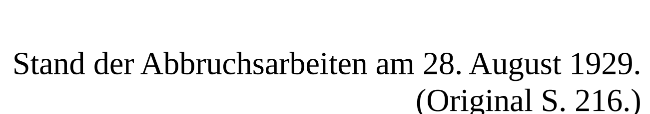
Die Abrißarbeiten an der Münsterwalder Weichselbrücke beginnen. Aufnahme vom 4. Juli 1928. (Original S. 215.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Die Hälfte der Brücke ist abgebrochen. Winter 1928/29. (Original S. 216.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.





Stand der Abbruchsarbeiten am 28. August 1929. (Original S. 216.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Abbruch des letzten Brückenbogens, Aufnahme 11. Dezember 1929. (Original S. 217.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Die Pfeiler der Brücke vor der Sprengung.
(Original S. 217.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Wege und Eisenbahnen sind von der Willkürgrenze zerschnitten. (Original S. 218.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.





Der Widersinn der Willkürgrenze: Das Ende der Kleinbahn bei Kurzebrack. (Original S. 218.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.

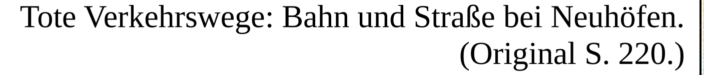
Widersinn der Willkürgrenze: Ostpreußen ist der Zugang zur Weichsel gesperrt. Nur an bestimmten Tageszeiten ist es den Bauern und Fischern möglich, mit einem besonderen Ausweis zu ihren Äckern und zum Strom zu gelangen. (Original S. 219.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Tote Verkehrswege: Straße bei Garnsee.
(Original S. 220.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



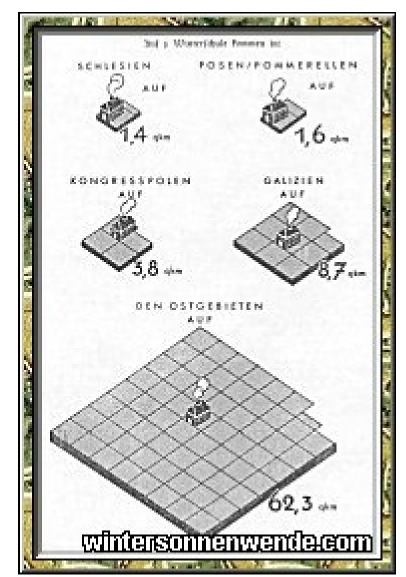


Tote Verkehrswege: Bahn und Straße bei Neuhöfen.
(Original S. 220.)

Volk und Reich
(Archiv), Berlin.

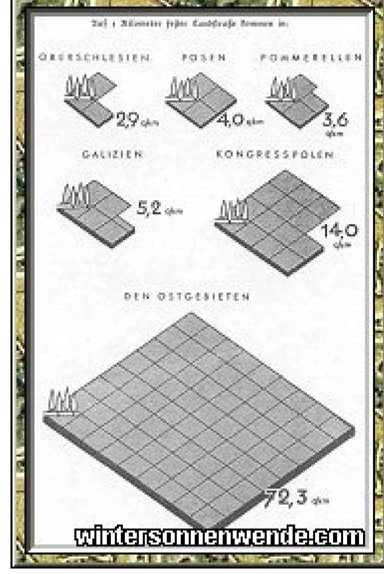
Der Bildungsstand in Polen
(Original S. 227. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933).
Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



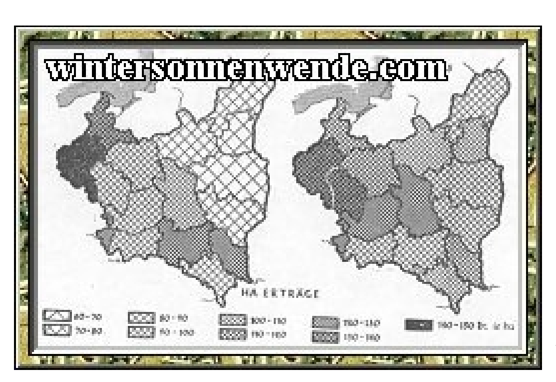
Das ländliche Fortbildungswesen in Polen
(Original S. 228. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Das Landstraßennetz in Polen
(Original S. 229.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.

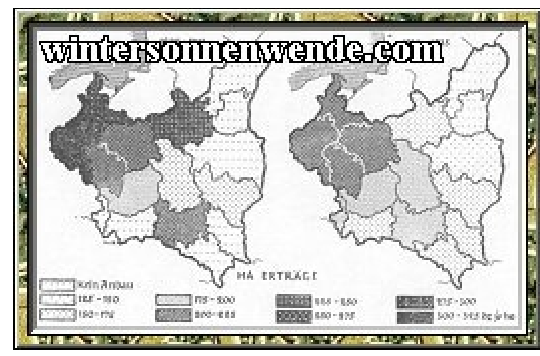


Die Kartoffel-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935
(Original S. 231.
Oder: hier vergrößern.)

Entnommen dem Buch von Theodor Oberländer, *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich* (Berlin: Volk und Reich 1937).

Die Zuckerrüben-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935
(Original S. 231. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen dem Buch von Theodor Oberländer, *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich* (Berlin: Volk und Reich 1937).





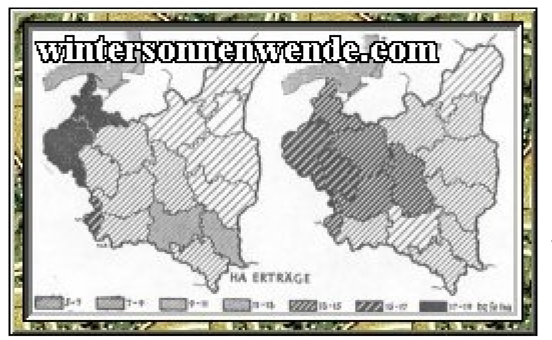
Die Roggen-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935 (Original S. 232. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen dem Buch von Theodor Oberländer, *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich* (Berlin: Volk und Reich 1937).

Die Weizen-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935 (Original S. 232. Oder: hier vergrößern.)

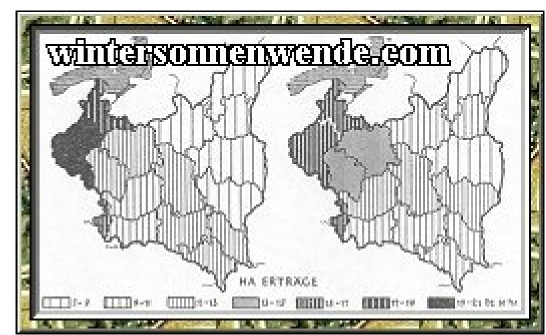
Entnommen dem Buch von Theodor Oberländer, *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich* (Berlin: Volk und Reich 1937).





Die Hafer-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935 (Original S. 233. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen dem Buch von Theodor Oberländer, *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich* (Berlin: Volk und Reich 1937).



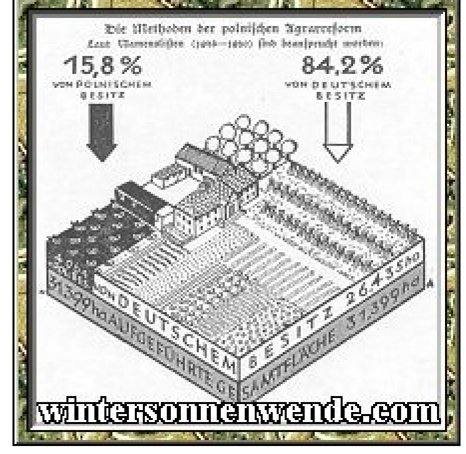
Die Gerste-Hektar-Erträge in den Jahren 1909-1913 und 1931-1935 (Original S. 233. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen dem Buch von Theodor Oberländer, *Die Landwirtschaft Posen-Pommerellens vor und nach der Abtrennung vom Deutschen Reich* (Berlin: Volk und Reich 1937).



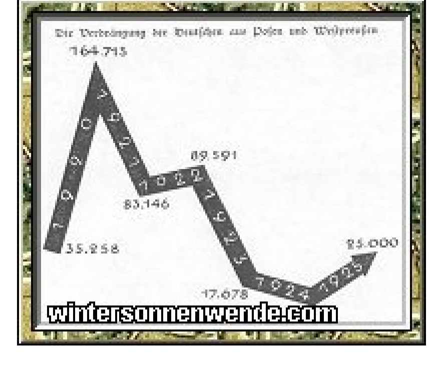
Das Deutschtum in Posen und Westpreußen im Jahre 1918 (Original S. 235. Oder: hier vergrößern.)

Vereinfachte Schwarz-weiß-Darstellung der von Walter Geisler vorgenommenen Richtigstellung der Spettschen "Nationalitätenkarte", die unter dem Titel "Sprachenkarte der östlichen Provinzen des Deutschen Reiches im Umfange von 1918" erschienen ist.



Die Methoden der polnischen Agrarreform (Original S. 238. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Verdrängung der Deutschen aus Posen und Westpreußen (Original S. 239. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Der deutsche Volksbestand in Westpreußen und Posen und seine Verluste in den ersten Jahren polnischer Herrschaft (Original S. 240-241. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches *Deutschland und der Korridor* (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.

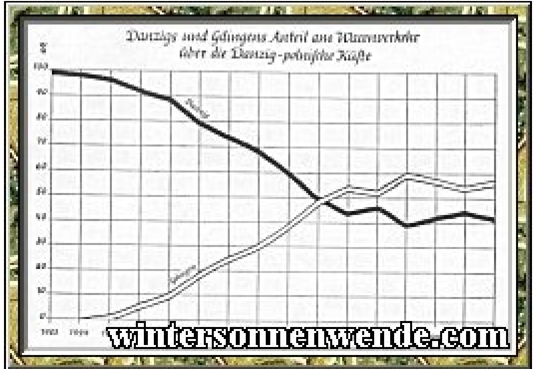


Die Entdeutschung Pommerellens
(Original S. 243. Oder: hier vergrößern.)

Nach einer Karte des Prussia-Museums.

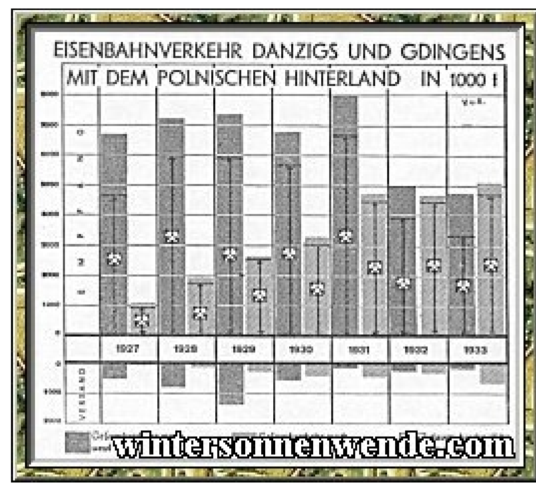
Der Anteil Danzigs und Gdingens am polnischen seewärtigen Außenhandel
(Original S. 260. Oder: hier vergrößern.)

Entnommen dem Buche von Peter Heinz Seraphim, *Die Ostseehäfen und der Ostseeverkehr* (Berlin: Volk und Reich 1937).



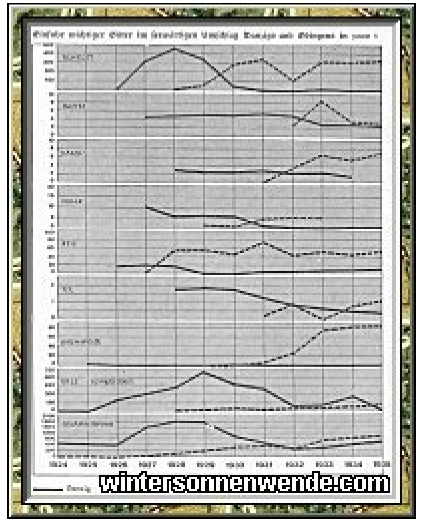
Danzigs und Gdingens Anteil am Warenverkehr über die Danzig-polnische Küste
(Original S. 261. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



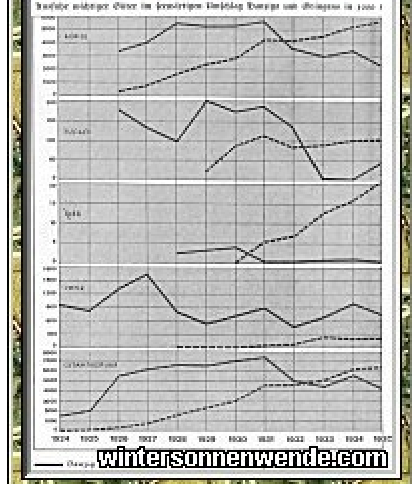
Eisenbahnverkehr Danzigs und Gdingens mit dem polnischen Hinterland in 1000 t
(Original S. 262. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



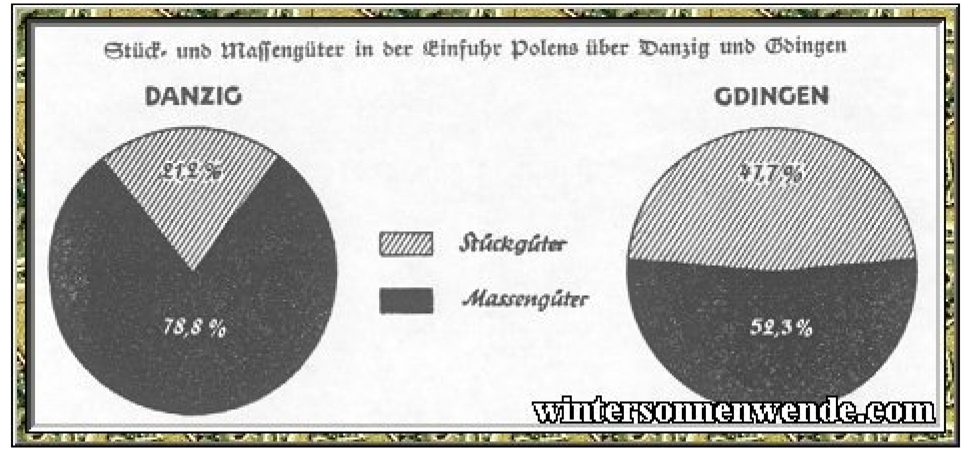
Einfuhr wichtiger Güter im seewärtigen Umschlag Danzigs und Gdingens in 100 t
(Original S. 264. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



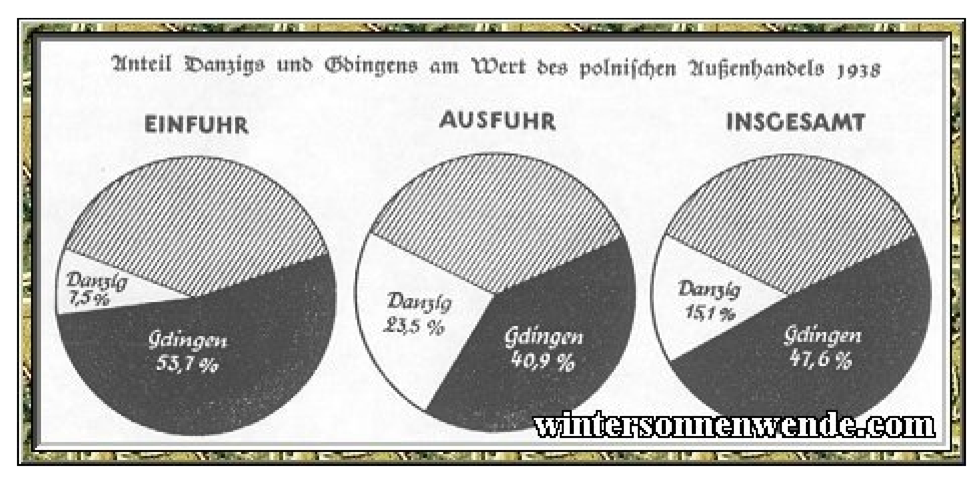
Ausfuhr wichtiger Güter im seewärtigen Umschlag Danzigs und Gdingens in 100 t
(Original S. 265. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



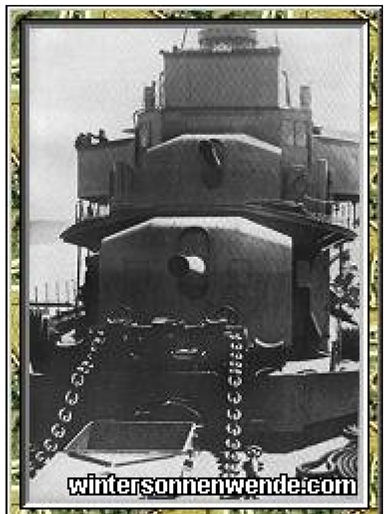
Stück- und Massengüter in der Einfuhr Polens über Danzig und Gdingen
(Original S. 266.)

Volk und Reich.



Anteil Danzigs und Gdingens am Wert des polnischen Außenhandels 1939
(Original S. 267.)

Volk und Reich.



Entgegen den Verpflichtungen, die Polen durch das Friedensdiktat von Versailles übernommen hat, Danzig, den altbewährten Hafenplatz, für seinen seewärtigen Außenhandel zu benutzen, baut es in der Danziger Bucht einen neuen eigenen Kunsthafen und gestaltet das kleine Dorf Gdingen zu einer wild aufwachsenden Großstadt. Mit Gdingen beginnt Polen, der Fremdling an der Ostsee, seinen Vernichtungskampf gegen Danzig und seinen Angriff gegen das Reich. (Original S. 269.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Der Küstenstreifen vor dem Bau von Stadt und Hafen Gdingen. (Original S. 270.)

Photo Plat, Warschau.



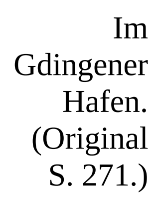
Die wild aufwachsende Stadt Gdingen. (Original S. 270.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Blick auf den Gdingener Hafen 1929. (Original S. 271.)

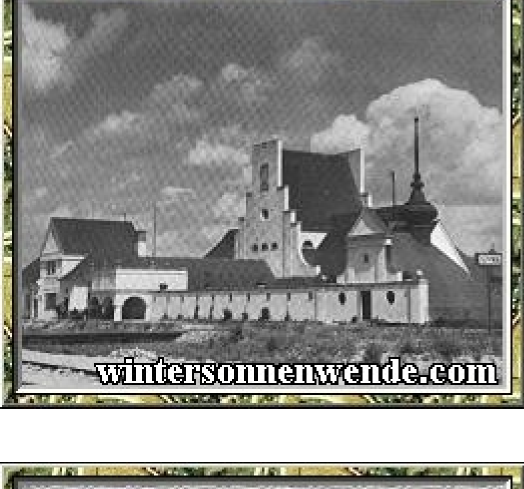
Photo Plat, Warschau.



Im Gdingener Hafen. (Original S. 271.)

Photo Plat, Warschau.





Der Bahnhof von Gdingen. (Original S. 272.)

Photo Plat, Warschau.



Straßenbild von Gdingen. (Original S. 272.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Der Korridor, wie er in Versailles für Polen geschaffen wurde, steht in der Welt ohne Beispiel da. Er ist zu einem Begriff geworden, der als gegeben und damit vielleicht vielfach als selbstverständlich hingenommen wird. Der Widersinn dieses Korridors wird aber vollends klar, wenn man sich ähnliche Korridore in anderen Teilen der Welt vorstellt. Solche Korridorbeispiele als Vorstellung werden in diesen acht Karten gezeigt. Hier: Ein schwedischer Korridor durch Norwegen. (Original S. 280.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.





Ein Schweizer Korridor durch Frankreich. (Original S. 280.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



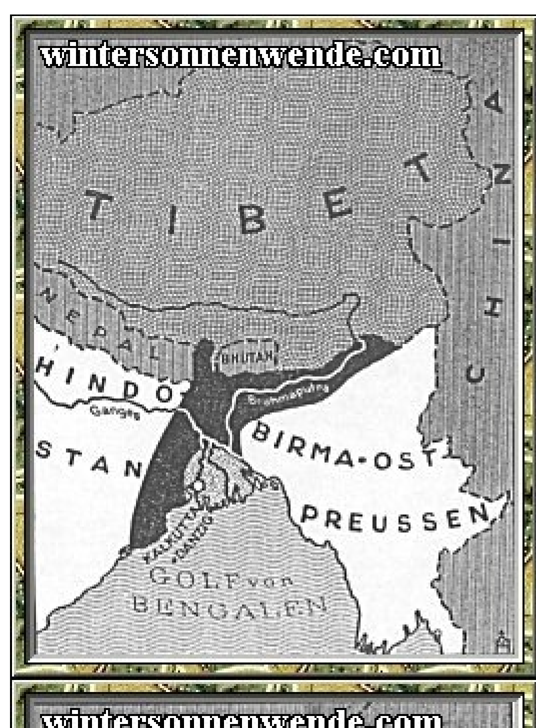

Ein Schweizer Korridor durch Italien. (Original S. 281.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Ein bolivianischer Korridor durch Chile. (Original S. 281.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.




Ein tibetischer Korridor durch Indien. (Original S. 282.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Ein Korridor Paraguays durch Brasilien. (Original S. 282.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Ein afghanischer Korridor durch Indien. (Original S. 283.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Ein südslawischer Korridor durch Griechenland. (Original S. 283.)

Entnommen der im Jahre 1933 erschienenen, von Friedrich Heiß und A. Hillen Ziegfeld herausgegebenen Ausgabe des Buches Deutschland und der Korridor (Berlin: Volk und Reich, 1933). Karte stammt von A. Hillen Ziegfeld.



Die Mitte Europas im Jahre 1914 (Original S. 296. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Die Mitte Europas im Jahre 1939 (Original S. 297. Oder: hier vergrößern.)

Volk und Reich.



Der heutige polnische Staat hat seinen Ursprung im Weltkrieg, in dem ihn die Mittelmächte nach den ersten schweren Schlägen gegen die russische Front errichteten. Das Doppelgesicht der polnischen Politik enthüllte sich noch während des Weltkrieges. Die polnische Führung ging bald auf die Seite der Westmächte über und verankerte den polnischen Staat im Diktatsystem von Versailles. Hier: Pilsudski bei der polnischen Legion in der österreichisch-ungarischen Armee im Jahre 1917. (Original S. 301.)

Reichsarchiv Potsdam.



Aus dem Geist von Versailles bezieht Polen in den Jahrzehnten seiner Existenz Stellung gegen das Deutsche Reich und das deutsche Volk. Hier: Haßerfüllte Inschriften auf polnischen Eisenbahnzügen, die polnische Demonstranten zum Fest des Meeres nach Gdingen bringen. (Aufnahme im Danziger Hauptbahnhof.) (Original S. 302.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.

Haßerfüllte Inschriften auf polnischen Eisenbahnzügen, die polnische Demonstranten zum Fest des Meeres nach Gdingen bringen. (Aufnahme im Danziger Hauptbahnhof.) (Original S. 302.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.



Haßerfüllte Inschriften auf polnischen Eisenbahnzügen, die polnische Demonstranten zum Fest des Meeres nach Gdingen bringen. (Aufnahme im Danziger Hauptbahnhof.) (Original S. 302.)

Volk und Reich (Archiv), Berlin.

Parade beim Fest des Meeres in Gdingen, das jährlich zu einem Höhepunkt aggressiver Demonstrationen gegen den deutschen Nachbarstaat wird. (Original S. 303.)

Photo Elite, Gdingen.

Das nationalsozialistische Deutschland versucht im Jahre 1933 eine Grundlage zur Verständigung über die gemeinsamen Fragen des deutschen und polnischen Volkes zu schaffen. Es findet in Marschall Pilsudski den polnischen Staatsmann, der die Einsicht für die politischen Notwendigkeiten besitzt. Am 26. Januar 1934 wird der deutsch-polnische Nichtangriffspakt für einen Zeitraum von zunächst zehn Jahren geschlossen. (Original S. 304.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.

Nach dem Tode des Marschalls Pilsudski setzen sich die deutschfeindlichen Kräfte in der polnischen Politik mehr und mehr durch. Sinn und Wortlaut des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes werden in der Minderheitenpolitik gegenüber der deutschen Volksgruppe in Polen und in der außenpolitischen Haltung des polnischen Staates durchbrochen. Polen reiht sich in die Front der Einkreisermächte gegen Deutschland ein. Hier: Der polnische Außenminister Oberst Beck beim britischen Außenminister Lord Halifax am 3. April 1939. (Original S. 305.)

Associated Press, Berlin.



Oberst Beck läßt sich die britische Kriegsflotte zeigen. (Original S. 305.)

Associated Press, Berlin.



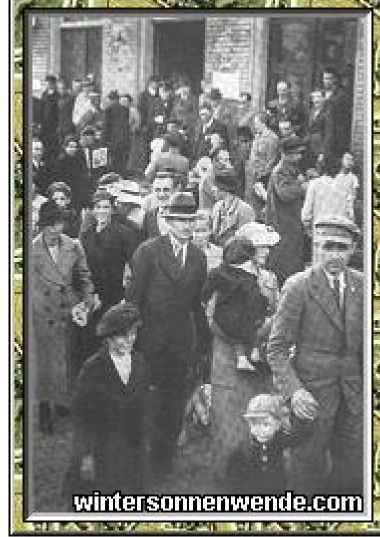
In seiner Reichstagsrede am 28. April 1939 schildert der Führer den Abfall der polnischen Politik von der Linie des deutsch-polnischen Paktes. Er gibt die Vorschläge bekannt, die er der polnischen Regierung für die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen gemacht hat, um die Hauptpunkte des Versailler Unrechts zu tilgen und damit eine freie und natürliche Fortentwicklung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnisses zu ermöglichen. Polen hat diese einmaligen Vorschläge abgelehnt. (Original S. 306.)

Atlantic Berlin.



In der Presse, in Flugschriften und Demonstrationen entfacht der polnische Chauvinismus die Leidenschaften für einen Angriff gegen das Reich und verkündet seine hemmungslosen Eroberungsziele.
Hier: Polnische Propaganda-Karte.
(Original S. 307. Oder: hier vergrößern.)

U. a. abgedruckt in der polnischen Zeitung *Dziennik Pozanski*, 26. 6. 1939.



Oberst Beck zeigt sich nach einer Sejmrede einer antideutschen Kundgebung in Warschau.
(Original S. 307.)

Scherls Bilderdienst, Berlin.



Schwer leidet das Deutschtum in Polen unter dem Terror. Eine neue Welle der Austreibung von Deutschen hat begonnen. Deutsche Familien werden von Haus und Hof vertrieben. Uralte deutsche Gewerbeunternehmen, Einrichtungen des deutschen Genossenschaftslebens, deutsche Handwerksstätten werden willkürlich geschlossen und den Deutschen genommen. Hier: Zahlreiche Flüchtlinge kommen ins Reich. (Original S. 308.)

Atlantic Berlin.

Zahlreiche Flüchtlinge kommen ins Reich.
(Original S. 308.)

Atlantic Berlin.



Zahlreiche Flüchtlinge kommen ins Reich.
(Original S. 308.)

Atlantic Berlin.

Anhang:

Die kirchliche Lage in Polen
Hans Schadewaldt

Ein Kapitel (S. 165-179) aus:
Auslanddeutschtum und evangelische Kirche. Jahrbuch 1937,
herausgegeben von D. Dr. Ernst Schubert, Pfarrer und Konsistorialrat,
Lehrbeauftragter an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin.
Chr. Kaiser Verlag, München, 1937.
(Hier auf dieser WebSite ist dieser Artikel als Zusatz zu dem Buch ***Deutschland und der Korridor*** veröffentlicht.)

Im Teufelsgürtel von Versailles hat die deutsche Ostgrenze bis zum Abschluß des deutsch-polnischen Zehnjahresvertrages vom 26. Januar 1934 einen Gefahrenherd erster Ordnung dargestellt. Von Memel bis Hultschin/Teschen war diese offene europäische Grenze infolge der Zerschneidung enger politischer, wirtschaftlicher, kultureller und vor allem völkischer Zusammenhänge ein Hexenkessel, aus dem der europäische Frieden andauernd gefährdet wurde. Nicht allein das gespannte deutsch-polnische Verhältnis, sondern der geopolitische Druck des Versailler Systems auf Mitteleuropa und vor allem die **Ausnutzung Polens als militärpolitischer Bundesgenosse Frankreichs und osteuropäischer Kontinentaldegen Englands** bewirkten, daß man sich in Paris, London und Genf ernstere Sorgen um die Aufrechterhaltung des territorialen und rechtlichen Versailler Besitzstandes in diesem chronisch unruhigen Grenzgebiet machte als um viele andere Brandstellen des zerrissenen Europas.

Zu den unerfreulichsten Ergebnissen des Versailler Diktates gehört nächst dem Weichselkorridor das durch die Grenzziehung vom 20. Oktober 1921 durch den Machtspruch der Pariser Botschafterkonferenz zerschnittene doppelte Grenzland **Oberschlesien**. Obwohl im Artikel 88 des **Versailler Vertrages** den Einwohnern des umstrittenen Teiles Oberschlesiens zugestanden worden war, im Wege der Abstimmung kundzugeben, ob sie mit Deutschland oder mit Polen vereinigt zu werden wünschten, und diese Abstimmung am 20. März 1921 mit 59,64 : 40,36 v.H. eine unbestreitbare deutsche Mehrheit für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland erbrachte, wurde das Abstimmungsgebiet durch eine Grenze zerteilt, die den bodenschätzereichsten und wirtschaftlich aufgeschlossensten Industrieteil zu Polen schlug. Zur Aufrechterhaltung geordneter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den zerschnittenen Gebietsteilen und zur Sicherstellung des Schutzes der in den beiden Teilen verbleibenden deutschen und polnischen Minderheiten wurde jener Staatsvertrag unter der Aufsicht des Völkerbundsrates geschlossen, der als **"Genfer Abkommen"** für einen Zeitraum von 15 Jahren, d.h. bis zum 15. Juli 1937, für die jüngste Geschichte Oberschlesiens zwar weniger praktische, aber rechtlich entscheidende Bedeutung gehabt hat. Das umfangreiche 606 Artikel umfassende Genfer Abkommen über Oberschlesien, dessen Durchführung der ehemalige Schweizer Bundespräsident Dr. Calonder durch die Gemischte Kommission leitete, stellt das größte Minderheitenschutz-Vertragswerk dar, das der Völkerbund geschaffen hat. Wenn es trotz dieser übergeordneten, völkerbundlichen Aufsicht Oberschlesiens durch den Genfer "Minderheitenschutz" in den 15 Jahren der Wirksamkeit des Genfer Abkommens nicht gelungen ist, eine befriedigende und praktisch ausreichende Sicherung des Minderheitenrechtes in Oberschlesien herbeizuführen, so trägt daran die Konstruktion dieses Abkommens insofern die Hauptschuld, als dem Präsidenten Calonder keine exekutiven Befugnisse, sondern lediglich "empfehlende Stellungnahmen" zustanden und deshalb die beiderseitigen Staatsregierungen durch die präsidentiellen Stellungnahmen nicht zur Durchführung der Rechtssprüche gezwungen werden konnten. Da auch der Polen im Versailler Vertrag auferlegte internationale Minderheitenschutz kaum mehr als eine moralische Bindung darstellte, sich jedenfalls praktisch zugunsten der deutschen Minderheit so gut wie nicht auswirkte, war und ist die Lage der Deutschen in Ostoberschlesien tatsächlich von dem Verdrängungswillen nachgeordneter

polnischer Behörden, deren Maßnahmen durch den Druck des **Westverbandes (Westmarkenvereins)**, der Aufständischen und einer durchaus deutschfeindlich gerichteten Presse gestützt werden, abhängig.

Das gespannte Verhältnis zwischen polnischer Staatsgewalt und deutscher Minderheit, das auch durch die loyale Haltung der Deutschen in Ostoberschlesien leider nicht gemindert wurde, ist bis auf den heutigen Tag trotz des richtungweisenden Berlin-Warschauer Verständigungskurses nur unwesentlich erleichtert worden, weil das Programm des Kattowitzer Woiwoden Dr. Grazynski die **restlose Polonisierung** dieses einst blühenden deutschen Gebietsteiles mittels aller möglichen Zwangsmaßnahmen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, vorsieht. In der Durchführung dieses Polonisierungsprogramms hat sich die Kattowitzer Woiwodschaftsbehörde weder durch den für Polen bis 1935 bindenden internationalen Minderheitenschutzvertrag noch durch das Genfer Abkommen noch durch das deutsch-polnische Verständigungsabkommen von 1934 stören lassen, im Gegenteil, das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Vernichtung der deutschen Minderheit ist planmäßig weiter verfolgt worden, wenn auch die Methoden gewechselt haben und in den letzten Jahren weniger öffentlich in Erscheinung traten, ohne freilich in der Praxis an Brutalität zu verlieren. Es ist die Tragik des Schicksals der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien wie in Pommerellen, daß ihr in ihrem schweren volklichen Daseinskampf um ihre international garantierten Rechte die Berlin-Warschauer Verständigung keinerlei Erleichterung gebracht hat, obschon der Geist des Hitler-Pilsudski-Vertrages auch einen Nutzen für die Minderheiten hüben und drüben als selbstverständliche Folge der loyalen Haltung der Zentralbehörden erscheinen lassen sollte. Wenn es aber das Sprachrohr des Woiwoden, die Kattowitzer *Polska Zachodnia*, fertig brachte, vor aller Öffentlichkeit festzustellen, daß nach der zwangsweisen Abwanderung von rund 120.000 ostoberschlesischen Deutschen noch "ein Drittel Deutsche zuviel" in der Woiwodschaft Schlesien lebten und aus Mangel an Beschäftigung das Land verlassen müßten, so kennzeichnet nichts treffender die drückende Atmosphäre in dem Polen zugeteilten oberschlesischen Gebiet als diese zynische Forderung: sie entspricht leider der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit, die durch erzwungene Arbeitslosigkeit infolge Massenentlassungen von tausenden deutschgesinnter Arbeiter und Angestellten wirtschaftlich zermürbt und seelisch zerbrochen wird! Trotzdem wird man die von polnischer amtlicher Seite angegebene, allein aus der Deutschsprachigkeit errechnete Kopfzahl der deutschen Minderheit von 90.000 = 7 v.H. der Gesamtbevölkerung der Woiwodschaft Schlesien als viel zu niedrig werten müssen, denn für Oberschlesien gilt die Tatsache, daß **nicht die Sprache entscheidend für die Volkstumszugehörigkeit ist, sondern einzig und allein das willensmäßige Bekenntnis, daß Deutscher ist, wer sich zum Deutschtum bekennt,** und Pole ist, wer sich zum Polentum bekennt, ohne Rücksicht ob er sich der deutschen, der polnischen oder beider Sprachen bedient, d.h. der doppelsprachige Oberschlesier drückt sein Volkstumsbewußtsein ausschließlich durch sein politisches Willensbekenntnis aus. Scheidet so die Sprache im volklich gemischten oberschlesischen Grenzland als Kriterium für die Volkstumszugehörigkeit aus, so läßt sich aus der Beobachtung der deutschen und der polnischen Willensrichtungen der Oberschlesier im Polen zugeteilten oberschlesischen Gebiet sagen, daß man heute noch mit 15 v.H. deutschgerichteter, d.h. sich zum deutschen Kulturkreis und zu Deutschland als Mutterland bekennender Oberschlesier rechnen kann; das ergibt bei einer Bevölkerungszahl von 1,3 Millionen rd. 200.000 Deutsche, eine Minderheitengröße, deren Bedeutung nicht allein durch die Zahl, sondern durch ihre organisatorische, wirtschaftliche und kulturelle Kraft einen Realitätswert darstellt, der die Bedeutung der oberschlesischen Frage für eine durchgreifende Regelung des Minderheitenschutzes und für die allgemeine Befriedung der ostmitteleuropäischen Grenze erhellt. Wie sich die Lage der Deutschen in Ostoberschlesien nach Ablauf des Genfer Abkommens gestalten wird, und ob die Erweiterung des deutsch-polnischen Verständigungsvertrages auch künftig der gequälten deutschen Minderheit Lebensmöglichkeiten sichert, ist nicht vorauszusagen - die Tatsache, daß der Woiwode Grazynski die völlige Überführung des in dem Autonomie-Statut verankerten verfassungsmäßig selbständigen Polnisch-Oberschlesien in den polnischen Staatskörper mit allen Mitteln durchzwingen wird, ist unbezweifelbar.

Bei dieser schweren Notlage der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien spielt die **evangelische Kirchenfrage** eine besondere Rolle. Als Bestandteil der unierten evangelischen Kirche Preußens war die evangelische Kirche nach der Abtrennung Ostoberschlesiens vom Reiche die Verpflichtung eingegangen, sich eine eigene Verfassung zu geben. Die damalige der Generalsynode in Breslau unterstehende Kreissynode **Pleß** wurde mit den Funktionen einer besonderen Provinzial- und Generalsynode als gesetzgebender Körperschaft ausgestattet und stabilisierte sich als selbständige unierte evangelische Kirche Ostoberschlesiens mit dem Sitz in Kattowitz unter der Leitung des Kirchenpräsidenten D. *[D.=Dr.; Anm. d. Scriptorium]* **Voß**, in vollkommener Unabhängigkeit von dem für die evangelisch-augsburgische Kirche Polens zuständigen Warschauer Konsistorium unter Generalsuperintendent D. Bursche. Aus dem Genfer Abkommen waren der unierten evangelischen Kirche Ostoberschlesiens besondere Rechte gesichert, deren Wahrung mit Ablauf des Abkommens polnischerseits kurzerhand nicht mehr anerkannt wurde: Die Selbständigkeit der evangelisch-unierten Kirche Ostoberschlesiens durfte rechtlich durch die Aufhebung des Genfer Schutzvertrages in keiner Weise berührt werden, da die kirchliche Verfassungsfrage unabhängig vom Genfer Statut im Juni 1923 völlig legal geordnet worden, **d.h. nicht befristet** ist. Kirche und Kirchenvolk stehen in Ostoberschlesien in einem engen und ausgezeichneten Vertrauensverhältnis zueinander, wie sie zuletzt am 18. Oktober 1936 bei den Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften in einem überzeugenden Beweis aller Welt vor Augen geführt worden ist. Überall siegten die deutschen Listen mit großen Mehrheiten; in den treuevangelischen Gemeinden Anhalt, Ludwigsthal und Loslau konnte überhaupt keine polnische Liste aufgestellt werden, und in den zahlenmäßig stärkeren Gemeinden Tarnowitz, Sohrau, Nikolai und Golassowitz fand durch Einigung der deutschen und polnischen Evangelischen auf eine Kompromißliste eine kampflose Wahl statt. Das beachtenswerte Ergebnis dieser evangelischen Kirchenwahlen, das durch die am 24. Januar 1937 erfolgte Nachwahl in **Pleß** noch nachdrücklich bestätigt wurde, ist als ein klares Urteil des oberschlesischen Volkes und seines unbegrenzten Vertrauens zur evangelisch-unierten Kirche anzusehen. Jeder Eingriff in dieses Vertrauensverhältnis und damit in die Selbständigkeit der evangelischen Kirche Ostoberschlesiens würde nur Schaden bringen. Trotzdem besteht die Befürchtung, daß der absolute Staatswille Warschaus versuchen wird, sich, gestützt auf den Polonisierungsakteur D. Bursche als geistliches Oberhaupt der Evangelischen Polens, durchzusetzen und das neue zentralistisch-autoritäre Kirchengesetz für die evangelisch-augsburgische Kirche, das zunächst nur für das ehemals russische, **kongreßpolnische Gebiet** gilt, in ähnlichen Formen auf alle sieben evangelischen Kirchen Polens auszudehnen, also auch auf die unierten Kirchen in Posen und Ostoberschlesien; schon heute gilt das neue Kirchengesetz für das ostschlesische Bielitz-Teschener Gebiet, auf das sich der Bereich der selbständigen evangelischen ostoberschlesischen Kirche nicht erstreckt.

Das neue **polnische Kirchengesetz** der Evangelisch-Augsburgischen Kirche[1] ist in der gesamten evangelischen Öffentlichkeit Polens umstritten und von den selbständigen Kirchen aufs schärfste bekämpft worden, weil es der Kirche die politische Unabhängigkeit raubt und sie restlos der Staatsgewalt ausliefert. Die Begründung für das Kirchengesetz, die den selbständigen evangelischen Kirchen staatspolitische Passivität und mangelnden guten Willen gegenüber dem Staat vorwirft, ja sogar sie offen der "Germanisierung" bezichtigt, ist von den zuständigen Wortführern der evangelisch-augsburgischen Kirche unter Beweis ihrer unbedingt loyalen Einstellung zum Staate und ihrer vorbehaltlosen Betreuung des volkstumsmäßig polnischbewußten Kirchenvolkes in der polnischen Muttersprache entschieden zurückgewiesen worden. Am guten Willen der evangelischen Kirche Polens, ihr Verhältnis zum Staate gesetzlich zu regeln, hat es seit 1920, also seit 17 Jahren, nicht gefehlt, d.h. seit dem Zeitpunkt, als in Artikel 114 und 115 der Staatsverfassung der evangelisch-augsburgischen Kirche die Gleichberechtigung mit der in Polen vorherrschenden römisch-katholischen Kirche und die Regelung des Kirchen-Verhältnisses zum Staate auf gesetzlichem Wege "nach Verständigung mit ihren rechtmäßigen Vertretern" zugestanden worden ist. Wiederholt hat man kirchlicherseits versucht, zu dieser gesetzlichen Regelung mit dem Staate zu kommen, aber Vorurteil und Mißtrauen, nicht zuletzt wohl auch kirchliche Interesselosigkeit der

stark freimaurerisch-freidenkerisch orientierten maßgebenden Staatsstellen haben das Zustandekommen eines gerechten, Religionsfreiheit und religiöse Gleichberechtigung der evangelischen Kirche sichernden Kirchengesetzes verhindert. Die von der polnischen Staatspresse tendenziös verbreitete Klage, daß die evangelische Kirche praktisch nichts getan habe, um ihr Verhältnis zum Polnischen Staate zu ordnen, ist objektiv falsch; das ist durch die aufklärende öffentliche Stellungnahme des polnischen Senators **Evert** als Präses der Evangelischen Gemeinde Warschaus zum Ausdruck gebracht worden: Hinter der Evertschen Auffassung steht die überwältigende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes Polens, während die auf die autokratische polnische Staatslinie eingestellte Haltung des Generalsuperintendenten D. Bursche nur von einer mehr und mehr bröckelnden evangelischen Front gebilligt wird. Die evangelische Kirche lehnt die politische Auslieferung an den Staat um ihrer inneren Selbständigkeit willen ab und kann sich bei dieser ihrer Verantwortung vor ihrem Gewissen auf die Auffassung des polnischen Staatspräsidenten Professor Moscicki stützen, der im Mai 1933 bei einem Besuch einer evangelischen Abordnung aus Skandinavien auf die Frage nach dem Stand der religiösen Toleranz in Polen mit starker Überzeugung antwortete: "Nicht nur Toleranz, Toleranz ist ein zu kaltes Wort - wir haben **Achtung vor fremden Anschauungen**!"

Ist durch das Dekret vom 26. November 1936 unter völliger Ausschaltung der Synode das mit der moralischen Verantwortung und der Zustimmung des Generalsuperintendenten D. Bursche geschaffene Kirchengesetz für die evangelisch-augsburgische Kirche in Kraft getreten, so stehen die nationalpolnischen evangelisch-reformierten Kirchen in Warschau und Wilna zunächst noch außerhalb der Staatsregelung ebenso wie alle anderen evangelischen Kirchen in Polen, deren Kirchenverfassung staatsrechtlich nicht anerkannt ist. Die Kirchenverfassung für die evangelisch-augsburgische Kirche schränkt die Rechte der Synode erheblich ein und gesteht dafür dem Bischof, der zugleich Präsident des Konsistoriums und Präses der Synode ist, um so mehr Befugnisse zu. Diese Beschränkung der Stellung der Synode und die gleichzeitige außerordentliche Zuständigkeitssteigerung des Bischofs hat seitens des Gros der Pastoren wie des Kirchenvolkes stärkste Ablehnung gefunden. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß der Staat die neue Regelung zwangsläufig auch auf die anderen evangelischen Kirchen ausdehnt und dadurch den Selbständigkeitscharakter aller evangelischen Kirchen Polens weitgehend aufhebt. Der Staat scheint sich dabei über die großen Bedenken hinwegzusetzen, die eine Schmälerung der ursprünglichen Lebenskraft der evangelischen Kirchen durch die dekretierten Kirchengesetze und Kirchenverfassung für die weltanschauliche und politische Abwehr der größten Gefahr für Polens Staat und Volk, nämlich des Bolschewismus, bedeutet. Gerade die Berufsauffassung und die Gewissenshaltung des evangelischen Menschen bilden den stärksten Schutzwall gegen den religionsfeindlichen Bolschewismus. Es kann dem Polnischen Staate nicht zum Nutzen gereichen, wenn er seine Stoßkraft durch die Zwangsbehandlung der Kirchen und die kleinliche Behandlung der Minderheitenfrage lähmt: Hier greifen Kirchen- und Minderheitenfrage ineinander, insofern als ein gutes Verhältnis des Staates zu den Nationalitäten in gleicher Weise wie zu den Kirchen die innere Kraft des Staates stärkt und sichert. Ein Nationalitätenstaat, wie es Polen mit seinen 35 Prozent völkischen Minderheiten ist, muß ein tragbares Verhältnis zu den nationalen Volksgruppen finden, weil ohne den Einsatz dieser volklichen Lebensbestandteile gemäß ihrer wirtschaftlichen Eignung und Kulturkraft das Staatswesen in ständiger Unruhe gehalten wird! Es ist nun eine merkwürdige Erscheinung, daß in dem ideologischen und staatsrealistischen Ringen um Kirchengesetz und Kirchenverfassung der Evangelischen der Gegensatz zwischen dem nationaldemokratischen Dmowskismus der um Polen als Mittelpunkt gruppierten Endeken und dem regierungsseitigen Pilsudskismus, der sonst die ganze innere und äußere Geschichte des neuen Polens erfüllt, nicht zugunsten der evangelischen Sache irgendwo bemerkbar geworden ist. Die Erklärung dafür liegt offenbar in der Tatsache, daß Polen sich als Vormacht des Katholizismus fühlt und dem römisch-katholischen Bekenntnis in Artikel 114 der Staatsverfassung "die Hauptstellung unter **gleichberechtigten** Bekenntnissen" gesichert ist, weil es die Religion der überwiegenden Mehrheit des polnischen Volkes ist. Immerhin kann sich der Staat auf den evangelischen Volksteil

schon aus dessen ethischer Grundauffassung von den Pflichten eines Christenmenschen als loyale Bürger verlassen, und dieses Vertrauen sollte die Grundlage für eine Behandlung der evangelischen Kirchen Polens bilden, die diesen nicht die Freiheit der Betätigung auf kirchlichem Gebiete nimmt. Die Verfassungen, die sich die evangelischen Kirchen Polens, unabhängig von der Staatsgewalt, freiwillig gegeben haben, nachdem der Polnische Staat als selbständiges Staatswesen ins Leben getreten war, haben dem Staate keinen Schaden bereitet, und überall ist das evangelische Kirchenvolk und seine Pastoren dem Staat gegenüber treu und loyal gewesen: Die oktroyierte Kirchenregelung ist aber nicht dazu angetan, die Staatsfreudigkeit der Evangelischen Polens zu stützen. Können die Evangelischen nicht die berechtigte Erwartung aussprechen, daß man ihnen ihre Kirche als Herzensheimat nach ihrer Väterart beläßt?[2] Den Kern des Kampfes um die evangelische Kirchenfrage in Polen hat vom Standpunkt der Deutschen Pastor Dr. Rudolf Schneider (Kattowitz) treffend so gekennzeichnet: ob es gelingt, einem neuen Kirchendenken Geltung zu verschaffen, das den Polen in seiner Art und den Deutschen in seiner Art wirtschaftliche Möglichkeit und kirchliche Freiheit gewährleistet. Diese Kernfrage hat ihre besondere Bedeutung für das evangelische Deutschtum in Ostoberschlesien, das zwar nur mit 2,5 v.H. Bevölkerungsanteil - 30.000 Evangelische (1937) gegen 80.000 (1921/22 z. Zt. der Abtrennung vom Deutschen Reiche) - auf den oberschlesischen Teil der Woiwodschaft Schlesien verteilt ist[3] und im Zuge des Grazynski-Systems noch weitere zahlenmäßige Einbußen erleiden wird, dessen wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung aber um ein Berächtliches größer ist als die Kopfzahl, weil hier das deutsch-evangelische Leben trotz allen politischen Terrors und wirtschaftlichen Drucks auf die Gemeinden in Blüte steht. Aber was erleben wir: Zu den 30 in Ostoberschlesien amtierenden Pfarrgeistlichen der selbständigen unierten evangelischen Kirche, für die der Theologennachwuchs aus der eigenen Kirche reichlich vorhanden ist, sind durch Generalsuperintendent D. Bursche in den letzten Jahren zehn polnisch gesinnte Pastoren in Oberschlesien eingesetzt worden, die eine Art kirchlichen Nebenapparat aufgebaut haben und unter dem Titel des evangelischen "Religionsprofessors" an den höheren polnischen und an den deutschen Minderheitsschulen jenen polnischen Geist verbreiten, der durch den Namen Bursche hinreichend gekennzeichnet ist. Es ist bedauerlich, daß durch diese fremden polnischevangelischen Pastoren in das kirchliche Leben Ostoberschlesiens über alle politischen Schwierigkeiten des Tages hinaus weitere Spannungen planmäßig hineingetragen werden - die Schuld daran trägt nicht das evangelische Deutschtum in Ostoberschlesien! Mit Anerkennung sei hier aber der **Theologischen Hochschule in Posen** gedacht, der zwar die staatliche Anerkennung noch immer fehlt, die aber den evangelisch-theologischen Nachwuchs in fachlich ausgezeichneter Weise zur Verfügung stellt und deshalb endlich vom Staate als anerkannte theologische Fakultät ausgebaut werden sollte, eine Forderung, die um so dringlicher ist, als noch heute keine evangelisch-theologische Fakultät mit deutscher Sprache an den Universitäten Polens besteht.

Wenn man bedenkt, daß die Deutschen in der Woiwodschaft Schlesien nicht eingewanderte landfremde, sondern auf der Heimaterde gewachsene, bodenständige ansässige Menschen sind, deren Väter das Land durch ihre Arbeit zu dem gemacht haben, was ihnen allen unter normalen Verhältnissen die Zukunft von Land und Leben sicherte, so wird es verständlich, daß diese deutschbewußten Oberschlesier nicht nur materiell, sondern vor allem auch völkisch und seelisch entsetzlich unter den Verlusten und Opfern leiden, die ihnen seit der Abtrennung vom Deutschen Reiche zugefügt worden sind. Es sind nicht die kleinlichen tausendfältigen Schikanen des Alltags, es ist nicht die bewußte Zurücksetzung der Minderheit und immer neue Herausforderung durch die chauvinistischen Verbände und ihre vom Deutschenhaß erfüllten Anführer, sondern es ist die Zerschlagung der Existenzgrundlage der ganzen deutschen Volksgruppe durch die Vernichtung der Arbeitsplätze, die Ausschaltung des Nachwuchses aus dem Berufsleben mangels jeglichen Unterkommens in allen Erwerbszweigen; es ist die Drosselung des deutschen Schulwesens und der kulturellen Betätigung über den engbegrenzten weder der Kopfzahl noch der Kulturstärke entsprechenden Aktionsraum; es ist die zermürbende Verdächtigung der Minderheitenangehörigen als Staatsfeinde, die fortgesetzte Anzweifelung der Ehrlichkeit des von den Deutschtumsführern

wiederholt abgegebenen Loyalitätsbekenntnisses gegenüber dem Polnischen Staat. Da werden die wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen ebenso wie bedeutende kulturelle Veranstaltungen von einer gewissen einflußreichen Presse als staatsgefährliche Erscheinungen verdächtigt und nur zu oft unter dem Druck dieser gehässigen Meinungsmache behördlicherseits verboten. Da werden Volksbundheime, die zur sozialen und kulturellen Betreuung der Mitglieder der deutschen Bezirksvereinigungen eingerichtet wurden, "aus staatspolitischen Gründen" geschlossen, wird die Durchführung eines deutschen Winterhilfswerkes zur Linderung der ärgsten Not unter den Zehntausenden arbeitsloser deutscher Familien nicht zugelassen, da werden deutsche Jugendvereine aufgelöst und der deutschen Jugend alle Möglichkeiten genommen, sich in einem Jugendverband zur Pflege kultureller Interessen zusammenzuschließen; da werden Mitglieder des Tarnowitzer Wandererbundes unter nichtigen Vorwände als "Verschwörer" vor Gericht gestellt und mit hohen Strafen belegt; da werden Zeitungen, die in Wahrung der international geschützten Rechte der deutschen Volksgruppe deren Interessen öffentlich vertreten, Dutzend Male beschlagnahmt und in Presseprozessen am laufenden Band mit Geld- oder gar Gefängnisstrafen ihrer Schriftleiter verfolgt - in welchem Kulturland ist heute solches noch Brauch? Nichts belegt die für das Staatsvolk ebenso wie für die Minderheit unersprießliche Unruhe der Verhältnisse so eindrucksvoll, wie die ständigen, leider weder in Warschau noch in Genf erhörten Klagen, Beschwerden, Eingaben und Notrufe der deutschen Volksgruppe über die Behandlung, deren sie in den 15 Jahren des Genfer Abkommens je länger, je stärker ausgesetzt ist. Noch wird die tiefeinschneidende polnische Grenzzonenverordnung und **die den deutschen Großgrundbesitz zerschlagende Agrarreform** in Ostoberschlesien nicht angewendet, aber die ostoberschlesischen Deutschen fürchten nicht ohne Grund, daß sie auch auf diesen Gebieten den Staatsmaßnahmen nicht entgehen werden, vor deren Durchführung sie bisher das Genfer Abkommen bewahrt hat. Wenn so die deutsche Minderheit sich innerlich auf einen neuen, gewiß nicht leichten Abschnitt ihrer Lebensperiode vorbereitet, in der sie keinen internationalen Minderheitenschutztitel mehr in Anspruch nehmen kann, weil Polen jede Verlängerung der Genfer Schutzbestimmungen grundsätzlich abgelehnt hat, so ist sie doch zum Ausharren und Durchhalten auf der alten angestammten Erde entschlossen und sucht neue Kraft aus der Einheit und Einigkeit des Deutschtums, deren Mangel ihr allzu lange schon schweren Schaden durch den Widerstreit ihrer Führer bereitet hat.[4]

Für die **planmäßige Verdrängung und wirtschaftliche Zerrüttung der deutschen Volksgruppe in Ostoberschlesien** ist bezeichnend, daß 80 v.H. aller erwerbsfähigen Deutschen heute arbeitslos, 7.000 deutsche Jungen und Mädel ohne jede berufliche Ausbildung und ohne jede Aussicht sind, in einem Berufe unterzukommen, daß die Zahl der deutschen Schüler von 34.500 (1922) auf 11.400 gesunken, von den sechs privaten deutschen Gymnasien die drei in Rybnik, Antonienhütte und Laurahütte infolge Schülerrückgangs, begründet durch die wirtschaftliche Not des Deutschtums, geschlossen werden mußten, daß sich unter den 40 Leitern der öffentlichen deutschen Minderheitsschulen 38 Nationalpolen befinden, von 160 Lehrern an den deutschen Schulen 92 polnischer Nationalität sind und daß bei der Besserung der Wirtschaftskonjunktur in den letzten Monaten zwar 4.000 polnische Arbeiter neu eingestellt, dagegen weitere 150 deutsche Arbeiter entlassen worden sind. Am bittersten tritt die deutsche Not auf dem Gebiet der Schulen in Erscheinung: Die öffentlichen deutschen Minderheits-Volksschulen gingen von ihrem Höchststand 1927/28 mit 84 Schulen und ca 20.500 Schülern auf 40 Schulen mit 7.629 Schülern 1936/37, die höheren deutschen Minderheitsschulen von 3.500 Schülern auf 970 im Laufe der 15 Jahre des Genfer Abkommens zurück, eine Entwicklung, die hauptsächlich in dem Terror begründet ist, den der **Westverband**, die Aufständischen, polnische Werksleitungen und Betriebsräte durch die Entlassungen der deutschen Arbeiter und Angestellten ausgeübt haben, welche ihr Kind in der deutschen Schule beließen bzw. zur deutschen Schule anmeldeten. Der Druck dieser fanatischen Deutschenfeinde wirkt sich aber nicht nur auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete aus, sondern richtet sich auch gegen den Gebrauch der deutschen Sprache, z.B. auch im Gottesdienst der beiden christlichen Konfessionen. Nicht kleiner ist die deutsche Schulnot in Pommerellen, wo von 10.689 deutschen Kindern über 7.000 (=66,4 v.H.) mangels deutscher Minderheitsschulen in die

polnische Schule gehen müssen.

Schwere Schläge hat dem evangelischen Deutschtum die polnische Agrarreform im Posenschen verursacht, indem sie den deutschen Besitzstand durch Enteignungen dezimierte. Auf der anderen Seite hat die deutschsprachige evangelische Kirche, wie die aufrechte Haltung der vier Diözesen des **kongreßpolnischen Gebietes** bei den Burscheschen Synodwahlen gezeigt hat,[5] durch den geschlossenen Einsatz ihrer Anhänger im altpolnischen Teil und durch den lebhaften Auftrieb der Evangelischen im ehemaligen Galizien zukunftsträchtige Impulse. Für die künftige kirchliche Lage von Wichtigkeit sind die neuen religiösen Bestrebungen und die hoffnungsreiche evangelisch-ukrainische Bewegung in Ostgalizien und Wolhynien. Ein Kristallisationszentrum bildet die **"Arbeitsgemeinschaft deutscher Pastoren"** in der Bursche-Kirche, die die Interessen der volksdeutschen evangelischen Kirchenangehörigen maßvoll, mutig und überzeugungstreu vertritt. Mit diesem seelisch-organisatorischen Rückhalt trotzt die feste Front von Pfarrer und Kirchengemeinde den chauvinistischen Eindringlingen, aber der Ansturm gegen die evangelische Kirche deutscher Gemeindeglieder wird um so bedrohlicher, je mehr sich der Polonisierungskurs Bursches von Warschau aus über das ganze Land ausweitet.

Durch die Haltung des Generalsuperintendenten D. Bursche ist in die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen ein Zwiespalt hineingetragen worden, der sich je länger je mehr zu einer Frontbildung hie polnische, hie deutsche Kirche auswirkt. Die deutschen Evangelischen lehnen eine solche durch die Polonisierungsparole geschaffene politische Spannung ab und erkennen auf Grund ihrer völkischen Zusammensetzung und ihrer geschichtlichen Lage nur die lutherische Volkskirche an, die "polnische" **und** "deutsche" Kirche ist und mit gleichen Rechten die 120.000 evangelischen Polen wie die 360.000 evangelischen Deutschen Polens umfaßt. Die Einheit der Evangelisch-Augsburgischen Kirche darf nicht durch die politisch bedingte kirchliche Sonderbehandlung von drei Vierteln der zum deutschen Volkstum gehörigen Gemeindeglieder gefährdet werden und deshalb lehnen die deutschen evangelischen Glaubensgenossen die Burschesche Kampfdeklarierung der lutherischen Kirche zur "polnischen" Kirche auch in Oberschlesien grundsätzlich ab. Durch die Sonderstellung der Evangelisch-Unierten Ostoberschlesiens ist ihnen die Auseinandersetzung über das Warschauer Kirchengesetz erspart geblieben; aber es ist wohl sicher damit zu rechnen, daß nach der Herstellung der vollen Souveränität des Polnischen Staates über Ostoberschlesien auch die evangelische Kirchenfrage neu aufgerollt und u.a. der durch die Grenzziehung geschaffene "Anachronismus" beseitigt wird, daß heute noch evangelische Gemeinden im polnisch gewordenen Gebietsteil von der Beuthener Pfarrgeistlichkeit betreut werden, wie umgekehrt z.B. von Lublinitz aus noch evangelische Seelsorge in westoberschlesischen Grenzgemeinden geübt wird. Brücksichtigt man, daß von den Angehörigen der evangelisch-unierten Kirche in Ostoberschlesien kaum 10 Prozent polnischgesinnte Evangelische (ca. 3.000) sind, so wird die Forderung der evangelischen ostoberschlesischen Deutschen verständlich, daß ihnen mit den Gottesdiensten in deutscher Sprache auch ihre völkische Bewegungsfreiheit als evangelisches Kirchenvolk nicht eingeengt werde, mit anderen Worten, daß Generalsuperintendent Bursches Arm mit der Übertragung des neuen Kirchengesetzes auf Ostoberschlesien nicht das blühende evangelische Kirchenleben spaltet und stört, sondern ihm die Erfüllung seiner christlichen und kulturellen Aufgaben in seelischer Harmonie und loyaler Einstellung zum Staate erhalten bleibt. Unsicher wie das wirtschaftliche Leben der deutschen Volksgruppe in Ostoberschlesien ist auch ihre kirchliche Zukunft; aber der Glaube an die Kraft des Evangeliums von Christo ist in den 30.000 bekenntnistreuen Evangelischen der Woiwodschaft Schlesien, denen noch 3.000 aufrechte Evangelische des Bielitz-Teschener Schlesiens hinzuzurechnen sind, stärker als alle materielle Not und Pein: er ist der sicherste Pfeiler im Kampf um die Erhaltung der völkischen Art!

Wie sich auch immer die Lage der Deutschen in Polen und insonderheit das neue Verhältnis der evangelischen Kirchen zum Polnischen Staat entwickeln werden, stets werden Kirche und Minderheit ihre Pflichten gegen den Staat loyal erfüllen; aber sie erwarten, daß der Staat auch seiner

Pflicht eingedenk ist, Kirche und Minderheit jene Rechte zu sichern, die sie als Mitträger des staatlichen Lebens und als Kulturstützen erster Ordnung beanspruchen. Die weltgeschichtliche Aufgabe Polens als Großmacht ist die **Wacht gegen den Bolschewismus**, ist der Schutz des Abendlandes vor dem Ansturm jener dunklen Kräfte, die mit der Fackel der Weltrevolution Not und Tod, Gesetzlosigkeit und Unfreiheit in alle Lande tragen: sie abzuwehren, braucht Polen die Rückendeckung durch die großen Kulturstaaten, voran Deutschland, aber nicht weniger die gesunde und geschlossene Kraft seines gesamten inneren Lebens, und zu dieser Kraft gehören wesentlich evangelische Kirche und deutsche Minderheit, auf deren zuverlässigen Einsatz der von Gefahren umdrohte, noch längst nicht innerlich gefestigte Polnische Staat nie und nimmer verzichten kann. Diese aus der geographischen Lage und der historischen Entwicklung Polens zwangsläufig gegebene Staatspflicht läßt erwarten, daß die polnische Staatsgewalt mit der wachsenden Konsolidierung ihres Machtbereiches im Innern und nach außen jene staatsmännische Weitsicht, Rücksichtnahme und Großzügigkeit gegenüber Kirchen und Minderheiten gewinnen und praktisch zur Anwendung bringen wird, die allein ein gedeihliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten von Staat, Kirche und Minderheit gewährleisten. Die Wirkungskraft Polens als europäische Realität wird sich in dem Maße steigern, wie alle seine Volksgruppen und seine Kirchen in das Bewußtsein der Notwendigkeiten hineinwachsen, die Polen durch seine europäische Aufgabe, die Front gegen den Bolschewismus zu halten, gestellt ist.



Schneller als man erwarten mußte, haben sich die Befürchtungen der deutschstämmigen Evangelischen Oberschlesiens erfüllt: Unmittelbar nach Ablauf des Genfer Abkommens hat der Schlesische Sejm ein Gesetz über die vorläufige Organisation der unierten evangelischen Kirche in der Woiwodschaft Schlesien einstimmig angenommen, durch das der **Polonisierung der evangelischen Kirche** in Oberschlesien der Weg geöffnet wird. Nach diesem Gesetz sind dem Woiwoden Dr. Grazynski Vollmachten übertragen, die er sofort auf die Neubildung des Landeskirchenrates in der Weise angewandt hat, daß er durch Ernennung von vier neuen polnisch-evangelischen Mitgliedern des Vorläufigen Oberschlesischen Kirchenrates eine **absolute polnische Mehrheit** in den sieben Köpfe umfassenden Kirchenrat der zu 90 v.H. **deutschen** evangelischen Kirche Ostoberschlesiens sichergestellt hat. Artikel 15 des Kirchengesetzes, der besagt, daß Personen, die die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, weder kirchliche Ämter bekleiden noch irgendwelche Stellungen und Mandate in der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien innehaben können, macht den zahlreichen reichsdeutschen Pastoren die Ausübung ihres Hirtenamtes unmöglich und schafft dadurch Platz für die unter dem Druck des Woiwoden einzustellenden polnischen Pfarrer, ein Ziel, das der *Ewangelík Górnóslaski*, das Sprachrohr des Vereins der evangelischen Polen in Oberschlesien, unmißverständlich so gekennzeichnet hat: Die Kernbevölkerung Oberschlesiens muß ausnahmslos zum Polentum zurückkehren! Dieser politischen Tendenz des Kirchengesetzes entspricht auch der Artikel 18 Abs. 7, wonach den Gemeinden das wichtige **Recht der Pfarrwahl** entzogen und dieses Recht dem polonisierten Kirchenrat übertragen wird, der die freien Pfarrstellen nach Verständigung mit dem schlesischen Woiwoden(!) zu besetzen hat. Der bewährte und vom dankbaren Vertrauen der oberschlesischen Kirchengemeinden getragene Kirchenpräsident **D. Voß** hat gegen das Kirchengesetz scharfen Protest eingelegt, da es einen schweren Eingriff in die verfassungsmäßig garantierte Selbständigkeit der evangelischen Kirche bedeutet, weil es staatsrechtliche Bestimmungen mit innerkirchlichen, nach der Staatsverfassung der selbständigen Regelung durch die Kirche vorbehaltenen Fragen diktatorisch verbindet. Kirchenpräsident Voß hat weiter dagegen Einspruch erhoben, daß das Kirchengesetz ohne alle Beratung, ja ohne Fühlungnahme mit den zuständigen kirchlichen Körperschaften, voran mit der Kirchenleitung, im Sejm eingebracht und verabschiedet worden ist. Er hat schließlich bei dem polnischen Staatspräsidenten um eine Audienz nachgesucht, um ihm die Besorgnis der oberschlesischen Kirche namens der Kirchenleitung und der Kirchengemeinde vorzutragen. Nach Lage der Dinge muß aber damit gerechnet werden, daß durch die Auslieferung

der ostoberschlesischen uniert-evangelischen Kirche an die Gewalt des Woiwoden und durch den Einzug polnisch gesinnter Pastoren in die deutschen Gemeinden eine Polonisierung großen Umfanges in der evangelischen Kirche Oberschlesiens vor sich gehen wird und eine Annäherung und möglicherweise Überleitung der oberschlesischen Kirche an die vom Bischof Bursche rein polnisch geleitete Augsburgische Kirche beabsichtigt ist.

Der deutsche Senator **Hasbach** hat im Warschauer Senat am 29. Juli 1937 eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem vom Schlesischen Sejm verabschiedeten "Gesetz über die vorläufige Organisation der unierten evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien" beschäftigt und der Regierung zur Stellungnahme weitergereicht worden ist; sie hat folgenden Wortlaut:

> "Am 16. Juli 1937 hat der Schlesische Sejm ein von dem Herrn Wojewoden für Oberschlesien eingebrachtes Gesetz in drei Lesungen angenommen, welches als Gesetz über die vorläufige Organisation der unierten evangelischen Kirche in Oberschlesien bezeichnet ist. Dieses Gesetz steht mit Artikel 115 Abs. 1 und 2 der Staatsverfassung in Widerspruch.
>
> 1. Das Gesetz gewährt dem Herrn **Wojewoden** entscheidenden Einfluß auf die Bildung eines Organs, mit welchem sich die Regierung über die endgültige Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche verständigen will. In diesem Vorgehen liegt eine **Verletzung** des Art. 115, Abs. 2 der Staatsverfassung.
>
> 2. Obgleich das Gesetz nach seiner Überschrift nur die **vorläufige** Organisation der unierten Kirche bezweckt, enthält es eine Reihe von Bestimmungen, welche das Verhältnis von Staat und Kirche in wesentlichen Beziehungen bereits **endgültig** regeln, ohne daß dabei irgendeine kirchliche Stelle mitgewirkt hat. Darin liegt ebenfalls eine **Verletzung** des Artikels 115, Abs. 2 der Staatsverfassung.
>
> 3. Das Gesetz enthält eine große Reihe von Bestimmungen, welche in die **inneren Verhältnisse** der Kirche eingreifen, vor allem die Bestimmung, wer zur Kirche gehört, die Ernennung der Mitglieder ihrer leitenden Kirchenbehörde, die Bildung der Synode und viele andere Handlungen, welche der ausschließlichen Regelung durch die Kirche selbst vorbehalten sind. Darin liegt eine **Verletzung** des Artikels 115, Abs. 1 der Staatsverfassung.
>
> Welche Maßnahmen gedenkt die Hohe Staatsregierung zu ergreifen, um dieses Gesetz in Übereinstimmung mit der Staatsverfassung zu bringen?"

Senator **Hasbach** hat damit die **schweren Bedenken**, die die unierte evangelische Kirche in Ostoberschlesien gegen das neue Gesetz des Schlesischen Sejms hegt, zum Ausdruck gebracht. Das evangelische Kirchenvolk steht vor der unverständlichen Tatsache, daß die endgültige Regelung der Rechtslage für die unierte Kirche Oberschlesiens einer Vertretung in die Hand gegeben werden soll, die sich nicht nach ihrem Willen, sondern nach dem des schlesischen Wojewoden zusammensetzt. Damit liegt die **Stimmenmehrheit** bei denen, die in den Gemeinden nur über eine **verschwindende Minderheit** verfügen, nämlich bei den aus anderen Gebieten nach Oberschlesien zugewanderten evangelischen Polen.

Die Evangelischen Ostoberschlesiens, die seit Jahren dem Druck einer sehr kleinen, kaum 10%igen polnischen Minderheit, die danach strebte, die Unierte Kirche und ihre Einrichtungen in ihre Hand zu bekommen, ausgesetzt sind, ihm aber sehr erfolgreich widerstanden haben, begleiten diese polnische Kirchenentwicklung mit um so größerer seelischer und religiöser Opposition, als es ihnen immer sichtbarer wird, daß der Weg der Kirchenpolitik Bursches über die Polonisierung der deutschen evangelischen Gemeinden letzten Endes zur **Katholisierung**, d.h. zu der in der Staatsverfassung mit Vorzugsstellung bedachten, staatlich wohlgelittenen Katholischen Kirche

führt. Das Kirchengesetz in Oberschlesien stellt einen Wendepunkt in der Geschichte der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien dar: es stellt die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Kirche in Frage und vernichtet formal ihren deutschen Charakter. Nicht kirchlicher Aufbauwille, sondern staatliche Entnationalisierungspolitik haben hier einen Rahmen gesteckt, der eine unerhörte Belastung der Gewissen geschaffen hat: Das Kirchengesetz in Ostoberschlesien ist als völlig einseitiger, der Kirche aufgezwungener Staatsakt ein weiteres schwerwiegendes Moment in der Reihe der Kümmernisse, denen das oberschlesische Volk, insonderheit die Deutschen Oberschlesiens, seit der zwangsweisen Zuteilung ihrer Heimat an Polen ausgesetzt ist.



Übersicht über die evangelischen Kirchen in Polen

*[**Scriptorium merkt an**: Ausführlicheres zu den Kirchen und ihren Beziehungen zu den Volksdeutschen in Polen finden Sie **hier**.]*

1. Die Evangelische Kirche **augsburgischen** Bekenntnisses in Polen mit dem Sitz in **Warschau** mit ungefähr 480.000 Seelen,[6] von denen 80 Prozent dem deutschen, 20 Prozent dem polnischen Volkstum angehören. Die Kirchenleitung mit Generalsuperintendent D. **Bursche** an der Spitz ist rein polnisch. Die bisherige Rechtsgrundlage dieser Kirche war das (russische) Gesetz vom 20. Februar 1849.

2. Die **Unierte-evangelische** Kirche in Polen mit dem Sitz in **Posen** mit ungefähr 300.000 Seelen, die fast ausschließlich dem deutschen Volkstum angehören. An der Spitze der Kirche steht Generalsuperintendent D. **Blau**.

3. Die Unierte-evangelische Kirche in **Polnisch-Oberschlesien** mit dem Sitz in **Kattowitz** und ungefähr 30.000 Seelen, die zu 90 Prozent dem deutschen Volkstum angehören. Die Kirche wird geführt von Präsident D. **Voß**. - Die Rechtsgrundlage für die beiden unierten Kirchen bilden die alten deutschen Kirchengesetze, in Oberschlesien darüber hinaus die Artikel 84-96 der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922.

4. Die Evangelische Kirche **A.** und **H. B.** in Kleinpolen mit dem Sitz in **Stanislau** und ungefähr 35.000 Seelen, von denen etwa 30.000 dem deutschen Volkstum angehören. An der Spitze der Kirche steht Superintendent D. **Zöckler**. Die Rechtsgrundlage dieser Kirche bildet das (österreichische) Kaiserliche Patent vom 8. April 1861 und die Evangelische Kirchenverfassung vom 9. Dezember 1891.

5. Die Evangelisch-**reformierte** Kirche in der Republik Polen mit dem Sitz in **Warschau** und 14.000 Seelen, die fast ausschließlich dem polnischen Volkstum angehören. Die Rechtsgrundlage bildet das (russische) Gesetz vom 20. Februar 1849.

6. Die Evangelisch-**reformierte** Kirche in der Republik Polen mit dem Sitz in **Wilna** und 10.000 Seelen. Sie ist rein polnisch. Die Rechtsgrundlage bildet das (russische) Gesetz betr. die fremden Bekenntnisse.

7. Die Evangelisch-**lutherische** Kirche in Westpolen (altlutherische Kirche) mit 3.800 Seelen. Sie ist rein deutsch. Ihre Rechtsgrundlage bilden die alten deutschen Bestimmungen.



Nachsatz vom Scriptorium:

Als höchst aufschlußreiche weiterführende Literatur
empfehlen wir das Buch von Adolf Eichler:
Das Deutschtum in Kongreßpolen.



Anmerkungen

1 Als Kirchengesetz wird im folgenden die **Verordnung** des Staatspräsidenten Moscicki über das Verhältnis des Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen vom 26. November 1936 bezeichnet. ...zurück...

2 Diese enge Verbundenheit von evangelischer **Kirche** und deutschem **Volkstum** kommt in der Entschließung treffend zum Ausdruck, die der **"Rat der Deutschen"** unter Vorsitz des Senators **Hasbach** zur Lage der Evangelisch-Augsburgischen Kirche Polens gefaßt hat. Die Entschließung lautet: "Der Rat der Deutschen hat die Berichte über die bewußte Benachteiligung des deutschen evangelischen Kirchenvolkes bei der Bildung der Körperschaften der Evangelisch-Augsburgischen Kirche gehört. **Für uns Deutsche ist Glaube und Volkstum unlösbar verbunden.** Die Ratsmitglieder ohne Unterschied der Konfession erklären sich mit aller Schärfe gegen die Zurücksetzung unserer Volksgenossen im religiösen und kirchlichen Leben." ...zurück...

3 Der evangelische Bevölkerungsanteil erreicht in den Städten **Kattowitz** und **Königshütte** sowie im Kreise **Pleß** 5 v.H. ...zurück...

4 Die **Forderungen des Deutschtums** in Ostoberschlesien sind

1. das Recht der Minderheit, ihr Deutschtum kulturell zu pflegen,
2. die Sicherung der deutschen Organisationen,
3. die Sicherung des deutschen Schulunterrichts für unsere Kinder und Verhinderung jeglicher wirtschaftlicher und moralischer Druckmittel zwecks Verminderung der deutschen Schülerzahl,
4. die Gewähr für die Abhaltung deutscher Gottesdienste,
5. das Recht der Deutschen auf den Arbeitsplatz als gleichberechtigte polnische Staatsbürger. ...zurück...

5 Von den 10 Kreisen der Evangelisch-Augsburgischen Kirche sind dank der tendenziösen Handhabung des Wahlsystems durch Generalsuperintendent D. Bursche die **vier größten Diözesen** (Lodz, Plozk, Kalisch, Luck), die allein mehr als zwei Drittel der stimmberechtigten Kirchenglieder stellen, durch die gewaltsame Ausschaltung der Wahl von deutschgesinnten Synodalen überhaupt **nicht** in der Warschauer **Generalsynode** vertreten. Die Generalsynode ist unter dem Vorsitz Bursches eine **Rumpfsynode**, da sie infolge Fehlens der deutschen Synodalen statt aus den gesetzlich vorgeschriebenen 54 Mitgliedern nur aus 25 Synodalen besteht. ...zurück...

6 Generalsuperintendent B. **Bursche** gibt die Zahl der **Evangelischen in Polen** mit rund 1 Million an, wovon auf die Evangelisch-Augsburgische Kirche 600.000 entfallen. ...zurück...





Aus unserem Versandbuchhandel:

Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,
Gegenvorschläge der deutschen Regierung



Mehr aus unserem Archiv:

4000 Jahre bezeugen Danzigs Deutschtum:
Geschichte der ethnographischen, geschichtlichen, kulturellen,
geistigen und künstlerischen Verbundenheit Danzigs mit Deutschland
von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart

100 Korridorthesen: Eine Auseinandersetzung mit Polen

Danzig als Handelsstadt,
unter besonderer Berücksichtigung
der durch den Frieden von Versailles geschaffenen Lage

Danzig, Polen und der Völkerbund:
Eine politische Studie

Das deutsche Danzig

Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934-39

Deutsches Land: Das Buch von Volk und Heimat,
besonders das Kapitel "**Westpreußen und die Grenzmark**"

Deutschtum in Not: Das Deutschtum in Polen

Die Entstehung der Freien Stadt Danzig

Das Grenzlanddeutschtum: Die Freie Stadt Danzig
und
Das Grenzlanddeutschtum im polnischen Staate

Der neue Reichsgau Danzig-Westpreußen:
Ein Arbeitsbericht vom Aufbauwerk im deutschen Osten

Polnische Netze über Danzig

Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote
und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge:
Amtlicher Wortlaut

Zehn Jahre Versailles,
besonders Bd. 3, die Kapitel
"Gebietsverlust durch erzwungene Abtretung oder Verselbständigung:
Posen und Westpreußen"
und
"Gebietsverlust durch erzwungene Abtretung oder Verselbständigung:
Die Freie Stadt Danzig."

